

BESCHLUSSANTRAG

Bozen, 19.04.2024

EU-Wahlkreis für Südtirol Kleines Europa in Europa braucht kleinen Wahlkreis

In wenigen Wochen sind rund 430 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedsländern aufgerufen das Europäische Parlament zu wählen. Darunter befinden sich rund 46 Millionen italienische Staatsbürger und unter diesen wiederum knapp 400.000 Südtiroler Wahlberechtigte.

Gerade für die autonome Provinz Bozen-Südtirol, mit ihren drei Volksgruppen, spielen die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess eine ganz besondere Rolle:

Am 1. April 1998 konnten von den beiden Landeshauptleuten Luis Durnwalder und Wendelin Weingartner die Grenzbalken zwischen der Innertiroler Grenze am Brenner entfernt werden. Vorausgegangen war der EU-Beitritt Österreichs und die Umsetzung des Schengener Abkommens. Auch die Einführung des Euros in beiden Staaten hat die Tiroler Landesteile wieder näher zusammenrücken lassen. All dies mag dazu beigetragen haben, dass Südtirols Politiker und Bürger der Europäischen Union grundsätzlich positiv gegenüberstehen und eine generelle EU-Skepsis und Austrittsforderungen in Südtirol geringer ausgeprägt zu sein scheinen als in den benachbarten Regionen.

Trotzdem zeigt sich, dass das geltende Wahlsystem ausgerechnet für Südtirol und alle anderen Regionen mit mehreren anerkannten Volks- und Sprachgruppen äußerst ungeeignet ist. Dies liegt zum einen an der in Italien geltenden 4 % Hürde auf Staatsebene, als auch an den Mega-Wahlkreisen in denen Minderheiten wie deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler zahlenmäßig keine Chance auf eine angemessene Vertretung haben. Die rund 46 Millionen Wahlberechtigten Italiener sind derzeit nur fünf Wahlkreisen zugeteilt:

Nord-Ost, Nord-West, Zentrum, Süden und Inseln. Die Region Trentino-Südtirol und somit die Wählerinnen und Wähler in Südtirol gehören dem Wahlkreis Nord-Ost an.

Die derzeitige Regelung ist auf staatsweit agierende Parteien ausgelegt und bevorzugt Parteien welche Vertreter ins italienische Parlament entsenden. Parteien welche wie in Südtirol, nur auf lokaler, regionaler Ebene existieren, bleiben auf der Strecke oder sind gezwungen völlig unnatürliche Wahlbündnisse auf Staatsebene einzugehen. Dies führt dazu, dass sich zahlreiche Südtiroler Parteien gar nicht erst an den EU-Wahlen beteiligen oder unter dem Symbol einer staatlichen Partei an den Start gehen müssen. Dies hat zur Folge, dass angesichts der äußerst beschränkten Wahlmöglichkeiten viele wahlberechtigte Südtiroler zuhause bleiben und das Interesse an der Europäischen Union und ihrer Zukunft

für viele Menschen ausgerechnet in einer historisch gewachsenen europäischen Kulturregion schwindet. Um der Sonderrolle der autonomen Provinz Bozen-Südtirol und dem Minderheitenschutz gerecht werden zu können ist deshalb die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises notwendig.

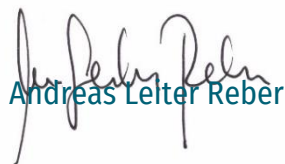
Ein eigener EU-Wahlkreis mit beispielsweise zwei garantierten Abgeordneten würde nicht allein den Wählerwillen und die demokratische Mitsprache der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler stärken, sondern wäre auch für die italienische Parteienlandschaft äußerst interessant und würde das Zusammenleben aller drei Sprachgruppen positiv beeinflussen. Denn ohne eine zwangsläufige Ausrichtung auf Rom und die Abhängigkeit von staatlichen Parteien könnten sich auch Südtirols italienische Parteien und Listen bei einer EU-Wahl unter Umständen völlig anders präsentieren. Dies könnte interessante Optionen ergeben und sich auch auf künftige Landtagswahlen auswirken, wo italienische Regionalparteien oder sprachgruppenübergreifende Optionen noch immer kaum existent zu scheinen.

Dies vorausgeschickt:

1. Spricht sich der Südtiroler Landtag für eine Änderung des derzeitigen italienischen Wahlgesetzes zur EU-Wahl und für die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises aus, der der Sondersituation der autonomen Provinz Bozen-Südtirol gerecht wird.

beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung

2. Die Schaffung eines eigenen EU-Wahlkreises für die autonome Provinz Bozen-Südtirol auf die ständige Agenda des Autonomieausbaus zu setzen und in die aktuellen Verhandlungen zur Autonomiereform mit der italienischen Regierung aufzunehmen.
3. Dem Landtag innerhalb von 12 Monaten eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Errichtung eines Südtiroler EU-Wahlkreises vorzulegen, welche über die verschiedenen vom Autonomiestatut vorgesehene Kommissionen zwischen Land und Staat sowie über die Südtiroler Vertreter im italienischen Parlament vorangetrieben wird.
4. Bei Südtirols aktuellen und künftigen Vertretern in Brüssel konkret für die Schaffung minderheitenfreundlicher Wahlkreise und transnationaler Listen vorzusprechen und sie ersuchen dieses Interesse des Landes Südtirol über ihre jeweiligen Fraktionen im Europäischen Parlament konkret voranzutreiben.
5. Vertreter der Republik Österreich, des Südtirol-Ausschusses im österreichischen Parlament und alle anderen überregionalen und internationalen Ansprechpartnern und Kontakte für minderheitenfreundliche EU-Wahlkreise und transnationale Listen und einen eigenen EU-Wahlkreis für Südtirol zu sensibilisieren.



Andreas Leiter Reber



An den Präsidenten
des Südtiroler Landtages
Bozen

Al presidente
del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
Bolzano

BESCHLUSSANTRAG

Nr. 77/24

EU-Wahlkreis für Südtirol Kleines Europa in Europa braucht kleinen Wahlkreis

In wenigen Wochen sind rund 430 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedsländern aufgerufen das Europäische Parlament zu wählen. Darunter befinden sich rund 46 Millionen italienische Staatsbürger und unter diesen wiederum knapp 400.000 Südtiroler Wahlberechtigte.

Gerade für die autonome Provinz Bozen-Südtirol, mit ihren drei Volksgruppen, spielen die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess eine ganz besondere Rolle:

Am 1. April 1998 konnten von den beiden Landeshauptleuten Luis Durnwalder und Wendelin Weingartner die Grenzbalken zwischen der Innertiroler Grenze am Brenner entfernt werden. Vorausgegangen war der EU-Beitritt Österreichs und die Umsetzung des Schengener Abkommens. Auch die Einführung des Euros in beiden Staaten hat die Tiroler Landesteile wieder näher zusammenrücken lassen. All dies mag dazu beigetragen haben, dass Südtirols Politiker und Bürger der Europäischen Union grundsätzlich positiv gegenüberstehen und eine generelle EU-Skepsis und Austrittsforderungen in Südtirol geringer ausgeprägt zu sein scheinen als in den benachbarten Regionen.

Trotzdem zeigt sich, dass das geltende Wahlsystem ausgerechnet für Südtirol und alle anderen Regionen mit mehreren anerkannten Volks- und Sprachgruppen äußerst ungeeignet ist. Dies liegt zum einen an der in Italien geltenden 4 % Hürde auf Staatsebene, als auch an den Mega-Wahlkreisen in denen Minderheiten wie deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler zahlenmäßig keine Chance auf eine angemessene Vertretung haben.

MOZIONE

N. 77/24

Circoscrizione elettorale del Parlamento Europeo per l'Alto Adige Per la "piccola Europa in Europa" serve una piccola circoscrizione elettorale

Tra poche settimane, circa 430 milioni di cittadini e cittadine degli Stati membri dell'UE saranno chiamati a votare per il Parlamento europeo. Tra questi ci saranno circa 46 milioni di cittadini italiani, di cui 400.000 altoatesini aventi diritto al voto.

L'Unione Europea e il processo di unificazione europeo rivestono un ruolo importante proprio per la Provincia autonoma di Bolzano/Alto Adige con i suoi tre gruppi etnici.

Il 1° aprile 1998, l'allora presidente della Provincia, Luis Durnwalder, e il governatore del Tirolo, Wendelin Weingartner, avevano eliminato le sbarre di confine al Brennero che dividevano in due il Tirolo. Questa operazione era stata preceduta dall'adesione dell'Austria all'UE e dall'attuazione dell'accordo di Schengen. Anche l'introduzione dell'euro in entrambi i Paesi ha avvicinato nuovamente i due territori al di là e al di qua del confine. Tutto ciò ha fatto sì che i politici e i cittadini altoatesini vedano fondamentalmente di buon occhio l'Unione Europea e che in Alto Adige lo scetticismo generale nei confronti dell'UE e le sollecitazioni a uscirne siano meno frequenti rispetto alle regioni vicine.

Tuttavia, è chiaro che l'attuale sistema elettorale è inadatto soprattutto per la Provincia di Bolzano e per tutte le altre regioni in cui vivono gruppi etnici e linguistici riconosciuti. Ciò è dovuto da un lato alla soglia del 4% vigente in Italia, dall'altro alle enormi circoscrizioni elettorali in cui minoranze come quella sudtirolese e quella ladina non hanno alcuna possibilità di essere adeguatamente rappresentate. I circa 46 milioni di italiani aventi diritto al voto sono attualmente ripartiti in sole cinque circoscri-

Die rund 46 Millionen Wahlberechtigten Italiener sind derzeit nur fünf Wahlkreisen zugeteilt: Nord-Ost, Nord-West, Zentrum, Süden und Inseln. Die Region Trentino-Südtirol und somit die Wählerinnen und Wähler in Südtirol gehören dem Wahlkreis Nord-Ost an.

Die derzeitige Regelung ist auf staatsweit agierende Parteien ausgelegt und bevorzugt Parteien welche Vertreter ins italienische Parlament entsenden. Parteien welche wie in Südtirol, nur auf lokaler, regionaler Ebene existieren, bleiben auf der Strecke oder sind gezwungen völlig unnatürliche Wahlbündnisse auf Staatsebene einzugehen. Dies führt dazu, dass sich zahlreiche Südtiroler Parteien gar nicht erst an den EU-Wahlen beteiligen oder unter dem Symbol einer staatlichen Partei an den Start gehen müssen. Dies hat zur Folge, dass angesichts der äußerst beschränkten Wahlmöglichkeiten viele wahlberechtigte Südtiroler zuhause bleiben und das Interesse an der Europäischen Union und ihrer Zukunft für viele Menschen ausgerechnet in einer historisch gewachsenen europäischen Kulturregion schwindet. Um der Sonderrolle der autonomen Provinz Bozen-Südtirol und dem Minderheitenschutz gerecht werden zu können ist deshalb die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises notwendig.

Ein eigener EU-Wahlkreis mit beispielsweise zwei garantierten Abgeordneten würde nicht allein den Wählerwillen und die demokratische Mitsprache der deutsch- und ladinisch-sprachigen Südtiroler stärken, sondern wäre auch für die italienische Parteienlandschaft äußerst interessant und würde das Zusammenleben aller drei Sprachgruppen positiv beeinflussen. Denn ohne eine zwangsläufige Ausrichtung auf Rom und die Abhängigkeit von staatlichen Parteien könnten sich auch Südtirols italienische Parteien und Listen bei einer EU-Wahl unter Umständen völlig anders präsentieren. Dies könnte interessante Optionen ergeben und sich auch auf künftige Landtagswahlen auswirken, wo italienische Regionalparteien oder sprachgruppenübergreifende Optionen noch immer kaum existent zu scheinen.

Dies vorausgeschickt:

1. Spricht sich der Südtiroler Landtag für eine Änderung des derzeitigen italienischen Wahlgesetzes zur EU-Wahl und für die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises aus, der der Sondersituation der autonomen Provinz Bozen-Südtirol gerecht wird.

zionen elettorali:

nord-orientale, nord-occidentale, centrale, meridionale e insulare. La Regione Trentino-Alto Adige e quindi gli elettori dell'Alto Adige fanno parte della circoscrizione elettorale nord-orientale.

L'attuale sistema è pensato per i partiti presenti a livello nazionale e favorisce i partiti i cui rappresentanti risultano eletti al Parlamento italiano. I partiti che – come in Alto Adige – esistono solo a livello locale e regionale non hanno alcuna possibilità di essere rappresentati o sono costretti a stringere alleanze elettorali a livello statale del tutto innaturali. Questo fa sì che numerosi partiti altoatesini non partecipino nemmeno alle elezioni europee o lo debbano fare con il simbolo di un partito presente a livello statale. Di conseguenza, vista la poca scelta, molti aventi diritto al voto rimangono a casa e numerosi cittadini e cittadine di una regione culturale che storicamente ha radici europee sono sempre meno interessati all'Unione Europea e al suo futuro. Per tener conto del particolare ruolo rivestito dalla Provincia autonoma di Bolzano e della tutela delle minoranze, è quindi necessario istituire una circoscrizione elettorale a parte per l'Alto Adige.

Una circoscrizione europea a sé stante con, ad esempio, due europarlamentari garantiti, non solo rispecchierebbe la volontà degli elettori e rafforzerebbe la partecipazione democratica dei sudtirolesi di lingua tedesca e ladina, ma sarebbe anche estremamente interessante per il panorama politico italiano e avrebbe un'influenza positiva sulla convivenza dei tre gruppi linguistici. Infatti, se non si fosse costretti a orientarsi verso Roma e non si dipendesse dai partiti nazionali, i partiti e le liste italiane dell'Alto Adige potrebbero presentarsi alle elezioni europee in modo completamente diverso, il che potrebbe aprire scenari interessanti e ripercuotersi anche sulle future elezioni provinciali, dove i partiti regionali italiani o le liste alternative comprendenti tutti i gruppi linguistici sono ancora pressoché inesistenti.

Ciò premesso,

1. il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara favorevole alla modifica della vigente legge elettorale statale per le elezioni europee nonché all'istituzione di una circoscrizione europea a sé stante per l'Alto Adige che tenga conto della particolare situazione della Provincia auto-

noma di Bolzano/Alto Adige.

**beauftragt
der Südtiroler Landtag
die Landesregierung**

2. Die Schaffung eines eigenen EU-Wahlkreises für die autonome Provinz Bozen-Südtirol auf die ständige Agenda des Autonomieausbaus zu setzen und in die aktuellen Verhandlungen zur Autonomiereform mit der italienischen Regierung aufzunehmen.
3. Dem Landtag innerhalb von 12 Monaten eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Errichtung eines Südtiroler EU-Wahlkreises vorzulegen, welche über die verschiedenen vom Autonomiestatut vorgesehene Kommissionen zwischen Land und Staat sowie über die Südtiroler Vertreter im italienischen Parlament vorangetrieben wird.
4. Bei Südtirols aktuellen und künftigen Vertretern in Brüssel konkret für die Schaffung minderheitenfreundlicher Wahlkreise und transnationaler Listen vorzusprechen und sie ersuchen dieses Interesse des Landes Südtirol über ihre jeweiligen Fraktionen im Europäischen Parlament konkret voranzutreiben.
5. Vertreter der Republik Österreich, des Südtirol-Ausschusses im österreichischen Parlament und alle anderen überregionalen und internationalen Ansprechpartner und Kontakte für minderheitenfreundliche EU-Wahlkreise und transnationale Listen und einen eigenen EU-Wahlkreis für Südtirol zu sensibilisieren.

gez. Landtagsabgeordneter
Andreas Leiter Reber

**Il Consiglio della Provincia
autonoma di Bolzano
incarica la Giunta provinciale**

2. di prevedere nell'agenda permanente per l'ampliamento dell'autonomia l'istituzione, per la Provincia autonoma di Bolzano/alto Adige, di una circoscrizione a sé stante per le elezioni europee e di inserire questo punto nelle trattative con il Governo sulla riforma dell'autonomia;
3. di presentare a tal fine entro 12 mesi al Consiglio provinciale un'iniziativa legislativa concernente l'istituzione, per la Provincia autonoma di Bolzano, di una circoscrizione per le elezioni europee da promuoversi attraverso le varie commissioni Stato-Provincia previste dallo Statuto di autonomia nonché attraverso i parlamentari altoatesini a Roma;
4. di attivarsi concretamente presso i rappresentanti attuali e futuri della Provincia di Bolzano a Bruxelles affinché si provveda all'istituzione di circoscrizioni e liste transnazionali rispettose delle minoranze, chiedendo loro di promuovere questo obiettivo della Provincia autonoma di Bolzano attraverso i rispettivi raggruppamenti politici del Parlamento europeo;
5. di sensibilizzare i rappresentanti della Repubblica d'Austria e della Sottocommissione per l'Alto Adige del Parlamento austriaco nonché tutti i restanti interlocutori sovra regionali e internazionali in merito all'istituzione, per le elezioni europee, di circoscrizioni e liste transnazionali rispettose delle minoranze nonché di una circoscrizione a sé stante per l'Alto Adige.

f.to consigliere provinciale
Andreas Leiter Reber

Beim Generalsekretariat des Südtiroler Landtages
am 19.4.2024 eingegangen, Prot. Nr. 2104/bb

Pervenuta alla segreteria generale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano in data
19/4/2024, n. prot. 2104/ED/pa



XVII. Legislaturperiode

XVII legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 16

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE
N. 16

.....

vom 8.5.2024

.....

dell'8/5/2024

Präsident
Vizepräsident

Arnold Schuler
Angelo Gennaccaro

Presidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 16

vom 8.5.2024

Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 69/24 vom 11.4.2024, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Anpassung des Pflegegeldes an die Gehälter der Hauspflegekräfte. (Fortsetzung) Seite 1

Beschlussantrag Nr. 52/24 vom 5.3.2024, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll, Rabensteiner und Atz Tammerle, betreffend öffentliche Toiletten entlang der Radrouten. Seite 7

Begehrensantrag Nr. 12/24 vom 18.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle, Knoll, Zimmerhofer und Rabensteiner, betreffend Maßnahmen gegen die TeuerungSeite 13

Beschlussantrag Nr. 72/24 vom 18.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz und Ploner Alex, betreffend Wohnbauförderung - Auszahlung jetzt und nicht in zwei Jahren.Seite 22

Beschlussantrag Nr. 73/24 vom 18.4.2024, eingebracht vom Abgeordneten Widmann, betreffend Bürokratieabbau: ein politischer Vorschlag für mehr Verwaltungseffizienz und Bürgerentlastung.Seite 33 und Seite 57

Beschlussantrag Nr. 74/24 vom 19.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Rieder, Ploner Franz und Ploner Alex, betreffend: Südtirols Natur generiert Reichtum. Alle müssen was davon haben. Seite 43

Beschlussantrag Nr. 76/24 vom 19.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Rohrer, Foppa und Oberkofler, betreffend: Zughaltestelle Sinich/Lana auf Schiene bringen.Seite 58

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE N. 16

dell'8/5/2024

Indice

Mozione n. 69/24 dell'11/4/2024, presentata dal consigliere Repetto, riguardante adeguamento assegno di cura agli stipendi delle badanti (continuazione).pag. 1

Mozione n. 52/24 del 5/3/2024, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll, Rabensteiner e Atz Tammerle, riguardante servizi igienici pubblici lungo le ciclovie.pag. 7

Voto n. 12/24 del 18/4/2024, presentato dai consiglieri Atz Tammerle, Knoll, Zimmerhofer e Rabensteiner, riguardante: Misure contro i rincari. pag. 13

Beschlussantrag Nr. 72/24 vom 18.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz und Ploner Alex, betreffend Wohnbauförderung - Auszahlung jetzt und nicht in zwei Jahren.pag. 22

Mozione n. 73/24 del 18/4/2024, presentata dal consigliere Widmann, riguardante la sburocratizzazione: una proposta politica per una un'amministrazione più efficiente e più sgravi per i cittadini. pag. 33 e pag. 57

Mozione n. 74/24 del 19/4/2024, presentata dai consiglieri Köllensperger, Rieder, Ploner Franz e Ploner Alex, riguardante: La natura della nostra provincia produce ricchezza e tutti devono trarne vantaggio. pag. 43

Mozione n. 76/24 del 19/4/2024 presentata dai consiglieri Rohrer, Foppa e Oberkofler, riguardante: Porre le basi per la realizzazione della fermata ferroviaria di Sinigo/Lana. pag. 58

Beschlussantrag Nr. 77/24 vom 19.4.2024, eingebracht vom Abgeordneten Leiter Reber, betreffend EU-Wahlkreis für Südtirol. Kleines Europa in Europa braucht kleinen Wahlkreis. Seite 68

Beschlussantrag Nr. 6/23 vom 20.12.2023, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Post ans Land (Fortsetzung).Seite 78

Mozione n. 77/24 del 19/4/2024, presentata dal consigliere Leiter Reber, riguardante circoscrizione elettorale del Parlamento Europeo per l'Alto Adige. Per la "piccola Europa in Europa" serve una piccola circoscrizione elettorale. pag. 68

Mozione n. 6/23 del 20/12/2023, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll e Atz Tammerle, riguardante le Poste alla Provincia (continuazione). pag. 78

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Arnold Schuler

Ore 10.11 Uhr

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Für die heutige Sitzung hat sich die Abgeordnete Scarafoni (nachm.) entschuldigt.

Namensaufruf - appello nominale

Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten zur Verfügung gestellt. Das Protokoll wurde allen Abgeordneten von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Rechtsamtes zur Einsicht übermittelt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

(Aufzeichnung unterbrochen – Auszug aus dem Protokoll

LH Kompatscher spricht zum Fortgang der Arbeiten und teilt mit, dass er sich aufgrund eines Zivilschutznotfalles für ca. eine halbe Stunde entschuldigen müsse.

Der Landtagspräsident fährt mit der Behandlung der Tagesordnungspunkte, die in der Zeit der Opposition zu behandeln sind, fort.

Registrazione interrotta – estratto dal verbale

Il presidente della Provincia Kompatscher interviene sull'ordine dei lavori per comunicare che dovrà assentarsi per circa mezz'ora a causa di un'emergenza della protezione civile.

Il presidente prosegue nell'esame dei punti all'ordine del giorno da trattare nel tempo riservato all'opposizione.)

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 69/24 vom 11.4.2024, eingebracht vom Abgeordneten Repetto, betreffend Anpassung des Pflegegeldes an die Gehälter der Hauspflegekräfte."** (Fortsetzung)

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 69/24 dell'11/4/2024, presentata dal consigliere Repetto, riguardante adeguamento assegno di cura agli stipendi delle badanti."** (continuazione)

Wir kommen nun zu den Stellungnahmen. Abgeordnete Foppa, bitte, Sie haben das Wort.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Volevo prendere la parola proprio per non lasciare senza dibattito questa mozione che trovo importante e non merita di cadere nel silenzio di quest'Aula, perché i temi che tratta sono importantissimi e tantissime volte abbiamo parlato in quest'Aula di questo tema e sappiamo anche come gli assegni di cura da un lato siano non adeguati ai tempi, tant'è che non c'è stato l'adeguamento all'inflazione, e lo avevamo chiesto anche noi pochi mesi fa mi sembra, alla fine della scorsa legislatura era stato tema in un ordine del giorno al bilancio di assestamento.

Quindi da un lato c'è la richiesta di adeguare gli assegni di cura ai tempi che corrono, e dall'altro però sentiamo anche dalla Giunta stessa e dall'assessora che l'assegno di cura è messo in dubbio, potrebbe essere messo in dubbio per la questione di garantire il finanziamento nel tempo.

C'è stato due o tre settimane fa un importantissimo convegno che ha ricordato gli ultimi decenni di autonomia sociale in Alto Adige, sono state ripercorse proprio le tappe verso il nostro status di politiche sociali del momento e l'assegno di cura era stato proprio ricordato come una delle più grandi conquiste del nostro welfare, però era stato anche detto che sulla finanziabilità doveva essere da subito istituito il fondo necessario e questo è ancora oggi lacunoso.

Per cui è molto importante mettere adesso un punto per dire "ci sarà, abbiamo trovato il modo di finanziarlo e dobbiamo adeguarlo ai tempi". Ecco, su questo non volevo non aver detto niente. Grazie!

COLLI (JWA Wirth Anderlan): ... *(Aufzeichnung unterbrochen – registrazione interrotta)* ...

Wenn wir jetzt schon wissen, dass aufgrund des Personalmangels und vor allem auch aufgrund der fehlenden Zweisprachigkeitsnachweise, die eigentlich auch erbracht werden müssen in den Altersheimen und in den Pflegeheimen, ... wie er sich vorstellt, dass man in der Lage ist, das in dieser Legislatur in den Griff zu bekommen, wenn es jetzt schon so prekär ist, dass man teilweise gewisse Betten in Altersheimen nicht mehr belegen kann und sie freilassen muss, weil dort eben Personalmangel besteht.

PLONER Franz (Team K): Ich finde diesen Beschlussantrag auch sehr interessant. Er weist auf ein ganz großes Problem hin, und zwar das Anpassen des Pflegegeldes der Pflegenden zu Hause. Wir haben in der Pflegeeinstufung eine Großzahl der Menschen, die zu Hause gepflegt werden. Wenn man das auch nach den entsprechenden Kollektivverträgen vornimmt, dann muss man einen 24-Stunden-Dienst machen, je nach Pflegestufe. Das heißt, dass wenn jemand Pflegestufe 4 hat, muss man eine ganz intensive Pflege zu Hause machen. Das Thema sie von zu Hause in die Pflegeheime zu bringen, ist für viele Menschen nicht der primäre Weg. Wir möchten ja die Menschen, so weit als möglich, zu Hause pflegen. Die zu Pflegenden, die wir haben, sind laut Kollektivvertrag meistens in der unteren Finanzierungsstufe, aber auch, und das haben wir gestern bereits diskutiert, die Renten, mit denen man diese Leute finanziert, sind nicht ausreichend, also sie brauchen die Gelder der Pflegestufe. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, wenn Menschen zu Hause sind, dann kostet, und das ist hier aufgelistet worden, eine normale Pflege zu Hause durchschnittlich ca. 1.800 bis 2.000 Euro pro zu Pflegenden mit den Sozialabgaben auch noch dazu. Und das muss finanziert werden, da müssen Menschen aufkommen, das zu finanzieren. Deshalb finde ich es auch richtig, dass man die Pflegestufen anpassen muss.

Wie wir dann eine Pflegesicherung machen, das ist ein anderes Thema. Darüber wäre auch noch zu diskutieren. Ich muss ja eine Pflegesicherung mit Geldern gegenfinanzieren. Das muss auch diskutiert werden. Da gibt es sehr viel unterschiedliche Leistungen, die zu erbringen sind. Ich finde diesen Ansatz deshalb gut.

Vorhin ist auch gesagt worden, wie gehen wir in die Pflegeheime (Punkt 2), wo jetzt schon, ich glaube, 400 Betten leer stehen, oder 200, aber sie stehen leer bei gleichzeitigem Mangel an Pflegepersonen. Wir hätten dort schon Platz, aber wir haben das entsprechende Pflegepersonal nicht und dann ist auch noch die entsprechende Qualitätskontrolle. Wir sind hier also in einem Dilemma. Ich frage den Landesrat, was wäre unser Ziel? Unser Ziel sollte sein, wir sollten so lange als möglich gesund bleiben. Der salutogenetische Ansatz von Aaron Antonovsky wäre schon lange, einen Weg zu gehen, unser Ziel müsste sein, die Selbstbefähigung zu Hause zu behalten, um den letzten Teil des Lebens auf so kurz als möglich zu reduzieren. Ansätze gibt es, nordeuropäische Länder machen es uns vor. Ich sage nur, der salutogenetische Ansatz von Antonovsky wurde schon vor 30 Jahren entwickelt. Das müsste man als primärpräventive Maßnahme erst recht umsetzen, dann würden wir vielleicht rauskommen aus dem Dilemma. Mit dem können wir das jetzt aber leider Gottes nicht lösen. Wir müssen hier diese Mindestlöhne für die zu Pflegenden nach oben bringen, das sind Finanzierungen, die nicht ganz der kollektivvertragsrechtlichen Ebene entsprechen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ein Problem, das sich hier ergibt, ist die Frage des regulären Arbeitsvertrages, den der Kollege hier aufzeigt. Es hat vor einem halben Jahr eine Untersuchung gegeben, wie diese Pflegekräfte vertraglich abgesichert sind. Es ist dabei ein eigentlich recht großer Skandal in Deutschland aufgedeckt worden, gerade was die Pflegekräfte aus Rumänien anbelangt, weil die nicht mit dieser Person einen Vertrag abschließen, sondern teilweise diese Verträge über Agenturen abgeschlossen werden. Es wurde aufgezeigt, dass diese Pflegekräfte über zum Beispiel eine rumänische Agentur einen Nettolohn von 900 Euro im Monat bekommen, für einen 24-Stunden-Dienst, und diese 900 Euro netto auch nur dann bekommen, wenn sie nachweisen können, dass sie an 31 Tagen im Monat gearbeitet haben. Wenn sie also weniger als 31 Tage gearbeitet haben, was allein schon ein freier Tag wäre, da reden wir noch gar nicht davon, dass manche Kalendermonate nicht 31 Tage haben, dann haben sie bis zu 30% weniger bekommen über die Agentur. Die Familien hat es immer gleich viel gekostet. Da ist die Frage, wie können wir sicherstellen, dass wir hier diese Pflegekräfte nicht in eine Situation bringen, wo sie von diesem Zusatzgeld, das wir als Land zur Verfügung stellen, im Grunde genommen gar nichts bekommen. Das ist etwas, was man sich im Detail noch ein bisschen genauer anschauen müsste, wie wohl ich absolut der Meinung bin, dass das ein ganz wichtiges Problem ist, denn viele Familien, und die Zahlen, die hier genannt worden sind, ist der untere Teil dessen, was ein 24-Stunden-Pflegekraft kostet, denn es ist nicht damit abgetan, die Leute müssen untergebracht werden, teilweise auch versorgt werden, usw. Dann reden wir noch gar nicht von den ganzen Kosten, die auf Familien

zukommen für Medikamente, und alles, was dazugehört zur Betreuung, die nicht alle immer automatisch abgedeckt werden, auch Physiotherapien, Schmerzmilderungen und vieles mehr, was dazugehört.

Ein zweiter Punkt, und der ist im Punkt B genannt, ist: ich bin auch dafür, dass die Wartezeiten in den Altersheimen reduziert werden, auch das erleben wir immer wieder von Menschen, die an uns herantreten und sagen, wir haben ein Problem. Wir alle glauben, dass wir schon langsam altern werden und man kommt stufenweise dann irgendwann in diese Situation hinein, das ist aber nicht so. Sehr viele Familien werden überfordert von der Situation, dass ein angehöriger Elternteil vielleicht von einem Tag auf den anderen pflegebedürftig wird. Viele haben nicht die Möglichkeit sie dann daheim zu pflegen und brauchen dann einen Platz in einem Altersheim. Dann heißt es oft, man muss ein halbes bis dreiviertel Jahr warten, oder vielleicht gar nicht in der eigenen Gemeinde, sondern irgendwo in einer Nachbargemeinde, was für alte Menschen ein sehr großes Problem ist, wenn man aus dem sozialen Umfeld herausgerissen wird, niemanden mehr kennt und in ein fremdes Heim gegeben wird. Automatisch nur zu sagen, wir garantieren, dass die Leute früher in ein Heim kommen, das klingt zwar gut, wenn uns aber die Pflegekräfte im Heim dann wieder fehlen, dann leidet darunter die Betreuung. Ich habe das hier bereits sehr oft gesagt, wir haben sehr viele Heime in Südtirol, wo die Mitarbeiter an die Grenzen ihrer Arbeitsbelastung stoßen und die Bewohner des Heimes in den Nachtstunden sediert werden müssen, um 6 Uhr abends ins Bett geschickt werden, weil einfach nicht das Personal dafür da ist. Ich wohne neben einem Altersheim, ich sehe das sehr oft. Das ist ein großes Problem. Das ist nicht die Schuld der Betreuerinnen, denn die würden gerne einen anderen Dienst anbieten, aber wenn sie in der Nacht alleine sind, oder maximal zu zweit, dann geht es einfach nicht anders. Deshalb sage ich, das Ganze ist als großes Ganzes zu sehen und nicht nur alleine zu sagen, wir garantieren, dass man schneller in ein Heim kommt, damit ist das Problem noch nicht gelöst.

RIEDER (Team K): Ich glaube in diesem Zusammenhang müssen wir doch noch auf einige Aspekte zusätzlich eingehen. Jene, die schon in der letzten Legislatur hier gesessen sind, die erinnern sich vielleicht, dass wir vom Team K damals schon (ein bisschen abgeändert, sogar zweimal in der Legislatur) die Einführung eines Registers für Hauspflegekräfte gefordert haben. Ich glaube viele Sachen, die hier im Beschlussantrag in den Prämissen angesprochen werden – einige werden eben nicht angesprochen – könnten sich damit vermeiden lassen. Der Kollege spricht hier an, dass die Personen nicht immer die geeignete Ausbildung haben. Bei den Hauspflegekräften ist es so, dass wir jetzt wahrscheinlich nicht verlangen können, dass alle eine abgeschlossene Krankenpflegeausbildung haben. Ich glaube, wenn wir sonst in allen Bereichen, auch in den Seniorenheimen – das ist auch gut so, bitte verstehen Sie mich nicht falsch – auf Qualität so großen Wert legen und auch überall die Kriterien Anwendung finden, dann müssten wir doch auch in diesem Bereich ein Mindestmaß an Voraussetzungen schaffen. Das heißt, der Vorschlag, ein Register für Hauspflegekräfte einzuführen, wäre schon wichtig. Das wäre auch für die Betroffenen bzw. für die Angehörigen eine große Hilfe, weil sie dann wissen, diese Hauspflegekraft, die sie anstellen, hat diese und jene Grundausbildung, hat vielleicht schon hier und dort gearbeitet und hat im Laufe der Jahre auch Weiterbildungen gemacht. Ich glaube, was in diesem Zusammenhang auch sehr wichtig wäre, ist, mit dieser Eintragung in dieses Register auch zu verbinden, dass ein bestimmtes Maß an Weiterbildungsangeboten dann jährlich zur Verfügung stehen würde. Ich glaube, das bräuchte auch viele dieser Hauspflegekräfte. Das wäre eine Sicherheit und eine Hilfe für alle. Wir haben das, wie gesagt, in der letzten Legislatur schon zweimal eingebracht, es wurde zweimal abgelehnt. Jetzt im neuen Landessozialplan steht das auch als Vorschlag drinnen, das hat sich an den Tischen, an denen man gearbeitet hat, herauskristallisiert. Ich habe das herauskopiert, da steht: Die privaten Hauspflegekräfte sollen in einem öffentlichen Berufsverzeichnis erfasst und bei der Aus- und Weiterbildung unterstützt werden. Also genau das, was wir bereits vorgeschlagen haben, steht im Landessozialplan. Ich hoffe, dass wir in diesem Zusammenhang in dieser Legislatur hier einen Schritt weitergehen. Danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, somit das Wort an die Landesregierung, bitte Frau Landesrätin Pamer.

PAMER (Landesrätin für Sozialen Zusammenhalt, Familie und Ehrenamt - SVP): Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es sind viele Wortmeldungen und viele Ideen eingebracht worden. Ich versuche das jetzt ein bisschen zusammenzufassen und auf die einzelnen Themen und Aspekte hier einzugehen. Ich denke, insgesamt das Thema der Pflege, und das ist uns allen bewusst, ist natürlich das große Thema der Zukunft. Hier besteht Handlungsbedarf und deshalb alle Vorschläge, die es auch in der

Vergangenheit gegeben hat, oder auch zukünftig, nehme ich natürlich sehr gerne an, denn nur gemeinsam können wir diese großen Herausforderungen stemmen, die hier auf uns zukommen.

Wie es in den Prämissen in diesem Beschlussantrag geschrieben steht, was die Entwicklung der Pflege anbelangt, so sind die Diagnosen, oder was die verschiedenen Studien hier in Südtirol festgestellt haben, im Prinzip ähnlich. Die EURAC hat eine Studie gemacht, auch AFI, die Uni Bozen, und andere, im Grunde werden sie von zwei Effekten getrieben und das ist auch im Beschlussantrag in den Prämissen geschrieben, dass das vor allem dem demographischen Wandel, der demographischen Entwicklung geschuldet ist, und hier spricht man davon, dass bis 2025 ein Drittel mehr Pflegebedürftige sein werden. Das ist natürlich eine sehr große Zahl, wenn wir heute die Pflegebedürftigkeit anschauen und die Schwierigkeiten, die wir heute schon haben. Ein großer Faktor ist auch, das kommt vor allem in einer Studie der Uni Bozen heraus, dass sich in den letzten Jahren die Familienstrukturen in Südtirol, aber auch anderswo, sehr stark geändert haben, vor allem sind es kleinere Familien und nicht mehr Großfamilien wie früher, dann sind die Familienmitglieder auch stark geographisch verstreut, und vor allem hat sich das Erwerbsleben geändert. Die Menschen bleiben bzw. müssen länger in der Erwerbstätigkeit bleiben, vor allem Frauen, und das schränkt auch die häusliche Pflege sehr ein, das heißt, die Pflege, die Angehörige von Betroffenen machen könnten. Insgesamt sagen auch diese Studien, dass ungefähr 70% der Pflegeleistungen heute zu Hause erbracht werden. Das ist wichtig und auch was Kollege Ploner gesagt hat, das Wichtigste wäre, so lange als möglich aktiv zu bleiben. Vom aktiven bis zum stationären Bett ist eine Riesengroße Spannweite und wir müssen hier versuchen, die gesamte Spannweite gut aufzustellen, um hier diese Herausforderungen zu stemmen.

Ein großes Thema, und das ist auch ein paarmal angesprochen worden, ist der Fachkräftemangel. Diese Entwicklung ist nicht nur in Südtirol so, sondern fast alle Länder, vor allem in Europa, sind davon stark betroffen. Es ist wirklich nicht nur ein Wettbewerb, sondern ein Kampf um die Arbeitskräfte. Hier ist es sicherlich unsere Hausaufgabe, dass wir die Rahmenbedingungen in Südtirol so schaffen, dass auch Fachkräfte/Pflegekräfte in Südtirol bleiben. Aus diesen Prämissen heraus und aus diesen Entwicklungen, die es europaweit gibt, braucht es sicher Mittel und langfristige Strategien und auch, wie es angesprochen wurde, ein Gesamtkonzept, wo natürlich solche Vorschläge sicher auch gut hineinpassen können.

Was ist insgesamt die Strategie jetzt? Ich bin jetzt erst seit ein paar Monaten für diesen Bereich zuständig. Es braucht sicher weiterhin finanzielle Mittel, die müssen sicher auch entsprechend aufgestockt werden, das haben wir auch gesehen, wenn wir uns die Ausgaben für das Pflegegeld anschauen, das waren im Jahr 2023 280 Millionen Euro, wobei 132 Millionen Euro rein fürs Pflegegeld zu Hause hergenommen wurden, der Rest für Seniorenwohnheime. Was kostet die Pflege insgesamt? Man spricht von 600 bis 700 Millionen Euro, natürlich auch der Bereich Sanität, usw., das sind die Zahlen, die aus den Studien hervorgehen.

Was auch wichtig ist, und das wurde auch im Beschlussantrag angesprochen, ist die Pflege zu Hause auszubauen. Alles, was wir schaffen, zu Hause zu pflegen, haben wir dann nicht in den Strukturen, die entsprechend auch arbeitsintensiver sind. Hier geht es vor allem darum, die pflegenden Angehörigen entsprechend zu entlasten. Hier setzt auch die Politik, auch schon in der Vergangenheit und es ist sicherlich auch ein Schwerpunkt meiner Politik, auf die Entlastung der pflegenden Angehörigen. Hier gehört dazu, der Ausbau der Tagespflegeheimplätze, die Kurzzeitpflege, und vor allem auch Gruppen zu entlasten, die, wenn zu Hause gepflegt wird, es schwierig haben, und vor allem das Thema der Demenzzkranken. Hier sieht der Landessozialplan auch 4 Kompetenzzentren vor, wo wir dabei sind, die Kriterien dafür zu erarbeiten, um pflegende Angehörige entsprechend zu entlasten, zu unterstützen und wirklich Hilfestellungen zu leisten. Wir sind auch jetzt dabei, den Hauspflegedienst, der eine große Stütze in dieser Pflege zu Hause ist, zu überarbeiten, vor allem die Kriterien genau anzuschauen – es wurde in den einzelnen Bezirksgemeinschaften doch unterschiedlich gearbeitet –, um diesen Dienst entsprechend aufzuwerten.

Dann gilt es, und das ist auch ein Teil des Beschlussantrages, den Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten. Hier wurde in der Vergangenheit schon die Politik entsprechend in diese Richtung gestaltet, dass man jene Wohnformen bevorzugt, die weniger arbeitsintensiv sind, das heißt, mehr begleitendes, betreutes, neu dazu gekommenes betreutes Plus-Wohnen vor den stationären Plätzen in den Altersheimen oder Seniorenwohnheimen, die sehr arbeitsintensiv sind.

Ganz wichtig ist auch, dass man hier einen Schwerpunkt setzt, den dritten Sektor einzubauen. Wir brauchen vor allem, was die Pflege betrifft, auch Freiwillige, sonst werden wir diesen großen Bereich sicherlich nicht stemmen.

Ein Punkt, der auch angesprochen wurde, und den ich auch in den letzten Diskussionen angeführt habe, ist natürlich die Pflegesicherung. Dort geht es um das Pflegegeld. Ich habe auch den Begriff Pflegeversiche-

rung verwendet. Wenn hier im Beschlussantrag die Rede davon ist, dass der Eindruck gewonnen wird, dass das Sozialsystem des Landes Stück für Stück abgebaut wird, dann stimmt das nicht. Im Gegenteil, wir müssen wirklich dafür sorgen, dass die Pflege nicht zu einer Zweiklassenpflege wird, dass nur jene, die es sich leisten können, gut versorgt sind, und die anderen nicht. Das ist ein großer Schwerpunkt, den ich setzen möchte, wenn wir über Pflegesicherung sprechen, dass dies auch sozial verträglich ist. Das kurz zur Einleitung und zu den großen Herausforderungen.

Wenn wir jetzt auf das Pflegegeld schauen, das ist sicherlich ein Meilenstein, wie von einigen Vorrednerinnen/Vorrednern gesagt worden ist, das 2007 eingeführt worden ist. Dieser Beitrag ermöglicht einfach auch – und das Pflegegeld ist in Italien einzigartig –, dass die Personen so lange wie möglich zu Hause bleiben können, um ein eigenständiges Leben zu führen.

Der Vorschlag, diese Hauspflege zu überlegen, das ist sicher interessant, aber ich möchte vorausschicken, und dazu komme ich nachher, wenn ich zu den einzelnen Punkten Stellung nehmen werde, es gibt auf staatlicher Ebene gesetzliche Neuerungen in diesem Bereich. Hier warten wir jetzt auf die Durchführungsbestimmungen, hier wurde uns von römischer Seite gesagt, dass das aktuelle System der Pflegeeinstufung in Südtirol überarbeitet und verbessert werden sollte.

Das Pflegegeld wird überhaupt nicht in Frage gestellt, wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dann stimmt das sicher nicht.

Nun zu den einzelnen Punkten.

Punkt 1. Wenn hier eine einzelne Maßnahme beschlossen werden soll, wie es hier vorgeschlagen wurde, dann kann ich dem nicht zustimmen, sondern ich möchte ein Gesamtkonzept zur Sicherung der Pflege in Südtirol erarbeiten. Vor allen, wenn wir von Pflegesicherung sprechen, sind wir dabei, wirklich alle Studien in diese Richtung zu durchforsten, anzuschauen. Auch die Studie, die hier genannt worden ist, die Studie von Tappeiner wird im Sommer vorgestellt. Wir sind in Planung eines großen Pflegegipfels, der im Oktober stattfinden wird. Den Termin haben wir festgelegt, wo wir uns eben genau diese Themen der Pflegesicherung auch mit internationalen Experten gut anschauen, und schauen, wo der Weg hingeht. Hier braucht es wirklich auch alle, die mitarbeiten, und alle sind hier herzlich willkommen.

Punkt 2. Es waren bereits einige Wortmeldungen in diese Richtung, mit den Seniorenwohnheimen eine Programmierung oder einen Investitionsplan zu erarbeiten. Man muss sagen, dass die Investitionen die Gemeinden machen oder die Bezirksgemeinschaften. Das Land gibt die Beiträge. Wenn wir uns die Bauprojekte in den letzten Jahren anschauen und auch die zukünftigen, haben wir überall die Finanzierung zugesichert. Es gibt eine Programmierung, und zwar haben vor einigen Jahren alle Bezirksgemeinschaften die Pflegelandkarten erstellt. In diesen Pflegelandkarten der Bezirksgemeinschaften unter Einbindung aller Beteiligten in den Bezirken, Gemeinden, Seniorenwohnheimen, Hauspflege, also alle, die mit Pflege zu tun haben, ist klar herausgekommen, wie der Bedarf in den einzelnen Bezirksgemeinschaften besteht. Diese Pflegelandkarten sind sicher neu anzuschauen, zu bewerten, was wurde umgesetzt, was können wir jetzt für die Zukunft noch tun? Das ist sicher eine Aufgabe, die wir als Ressort haben.

Deshalb zusammenfassend möchte ich hier nicht zustimmen, weil uns ein Gesamtkonzept der Pflege wichtig ist, und vor allem Punkt 2 nicht in unsere Kompetenz fällt, der Bau von entsprechenden Strukturen, das ist Kompetenz der Gemeinden und Bezirksgemeinschaften. Danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Das Wort nun für die Replik an den Einbringer. Bitte, Abgeordneter Repetto.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Grazie della risposta, assessora, e grazie del contributo che è stato dato su questa mozione da parte di chi è intervenuto, da parte dei consiglieri, da parte dell'Aula.

Io prendo atto che da parte della Giunta provinciale e dell'assessora c'è questo desiderio, questa volontà e naturalmente questa necessità di cominciare a fare un ragionamento complessivo sulla questione, come era stato fatto in precedenza anche dall'altra assessora, nel senso che è chiaro, questo è un tema estremamente fondamentale ed estremamente importante che sta andando avanti e negli anni ha sempre un maggior peso sulla nostra società, come è stato da tutti sottolineato.

Intanto chiedo formalmente al presidente di votare per parti separate il punto A e il punto B, ma ritenevo comunque importante come promemoria votare questa mozione nel momento in cui si andavano a costituire questi stati generali diciamo, che da quello che ho capito si vuole nei prossimi mesi organizzare da parte dell'assessorato per affrontare questa problematica. E tenendo alcuni punti fermi secondo me da parte

dell'Aula consiliare e da parte della politica e dire che ci devono essere gli aumenti stipendiali delle badanti, per cui ci deve essere un aumento dell'assegno di cura collegato a un regolare contratto di lavoro, ritengo che siano questi stimoli utili e positivi che l'Aula dà alla Giunta e che possono essere tenuti presenti anche con un voto positivo. Io capisco che la Giunta dice "no, ma noi già pensiamo di operare in prospettiva e vediamo", però già avere delle basi di confronto, delle basi su cui l'Aula si è già confrontata, ritengo che sia una delle cose importanti.

Per quanto riguarda il punto B, ho sentito le critiche, naturalmente corrette, su cosa vuol dire fare più investimenti per la costruzione di nuovi alloggi protetti per anziani e di residenze per anziani, con l'obiettivo di abbattere il 50% delle liste d'attesa. Le liste d'attesa sono estremamente lunghe e le case protette per anziani determinano quel passaggio che ho detto anche durante il mio intervento, prima di arrivare alla casa di riposo permettono alla persona anziana di poter gestire in modo un po' autonomo, sempre meno, però con questa possibilità di essere più autonomo nell'ambito della propria vita, fino ad arrivare appunto alla casa di residenza per anziani, e questo determina avere maggiori finanziamenti da parte della Provincia nei confronti delle amministrazioni comunali che lo richiedono sia per gli alloggi protetti per anziani, sia per quanto riguarda nuove case di riposo.

La cosa che io vorrei sottolineare in prospettiva di questi stati generali è, assessora, che Lei ha bisogno, a mio modo di vedere, veramente di un team di lavoro tramite l'assessorato alla sanità e l'assessorato alle attività dell'edilizia pubblica, perché sotto questo profilo a mio parere è fondamentale che ci sia collaborazione tra questi tre assessorati per individuare un percorso unico. Cioè come nel 2007 l'assegno di cura è stato una grande conquista per come ci si è mossi allora nei confronti degli anziani, e siamo sicuramente un esempio nel resto del Paese, io ritengo che adesso ci sia da fare questo salto di qualità e questo salto di qualità lo si può fare solamente in base a un rapporto e una relazione forte tra questi tre assessorati.

Questo a mio modo di vedere è il futuro vero che si può intraprendere. Spero che l'Aula ci sorprenda e voti a favore almeno di uno dei due punti di questa mozione. Grazie!

PRÄSIDENT: Danke. Eine Frage an den Einbringer, und zwar – wir haben jetzt eine außerordentliche Situation, dass zwei Mitglieder der Landesregierung aufgrund des Großbrandes inzwischen nicht mehr anwesend sind und das somit bei den Abstimmungen entsprechende Auswirkungen haben kann –, ob, und damit muss natürlich der Einbringer einverstanden sein, wir die Abstimmung zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen können. Wie gesagt, in der Geschäftsordnung ist so eine außergewöhnliche Situation nicht vorgesehen, wie wir sie zurzeit haben. Die Frage geht an den Einbringer, ob das möglich ist.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Una richiesta estremamente strana, l'ideale sarebbe un'interruzione per qualcosa. Secondo me è come fare il Tafazzi della situazione, Tafazzi era un personaggio televisivo che per farsi del male si dava addosso.

È una domanda difficile, io direi di andare avanti, di approfittare della situazione chiaramente. Mi devo scusare, però io gioco nel campo dell'opposizione, non della maggioranza, di solito nell'ambito della politica si dice, e io avrei dei compagni di viaggio che dicono "che cosa c'è in cambio, in cambio cosa ricevo?" Faccio un favore gratuitamente? No, mi dispiace, presidente, ma deve capire la posizione che io ricopro. Grazie!

PRÄSIDENT: Wir sind hier nicht auf dem Markt, sondern im Südtiroler Landtag, natürlich liegt die Entscheidung bei Ihnen, ich habe den Antrag gestellt, wenn es möglich ist, ansonsten werden wir abstimmen.

STAUDER (SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage eine Unterbrechung von 15 Minuten für die Mehrheit, um uns aufgrund der neuen Situation kurz abzustimmen.

PRÄSIDENT: Dem Antrag wird stattgegeben. Somit unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten.

ORE 10.49 UHR

ORE 11.04 UHR

PRÄSIDENT: Wir fahren mit der Sitzung fort.

Wir sind beim Beschlussantrag Nr. 69/924 stehengeblieben. Wir stimmen nun über den Beschlussantrag Nr. 69/24 ab, und zwar getrennt nach Absätzen, so wie vom Abgeordneten Repetto beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 13 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt A des beschließenden Teils: mit 13 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt B des beschließenden Teils: mit 12 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Wir kehren nun zu Punkt 6 der Tagesordnung zurück, nachdem der dafür zuständige Landesrat heute anwesend ist.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 52/24 vom 5.3.2024, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll, Rabensteiner und Atz Tammerle, betreffend öffentliche Toiletten entlang der Radrouten."**

Punto 6) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 52/24 del 5/3/2024, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll, Rabensteiner e Atz Tammerle, riguardante servizi igienici pubblici lungo le ciclovie."**

Öffentliche Toiletten entlang der Radrouten

Der Radtourismus und die Radmobilität im Allgemeinen erfahren einen stetigen Aufschwung, in- zwischen sind alle Haupttäler und einige Seitentäler Süd-Tirols mit Radrouten erschlossen. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen, da es in vielerlei Hinsicht positive Auswirkungen hat. Doch es gibt auch negative Seiten, wenn z. B. hinter jedem Busch menschliche Exkremente, Taschentü- cher und diverser Abfall zum großen Ärger der Grundbesitzer und Bauern herumliegen, weil es offensichtlich an genügend öffentlichen Toiletten entlang der Radrouten fehlt. Mehr fixe und mo- bile Toiletten sollten Abhilfe schaffen.

Nicht immer ist ein Gastbetrieb in der Nähe, wo man einkehren kann. Besonders unangenehm ist es für Damen und für Familien mit kleinen Kindern, wenn sie, aufgrund mangelnder Toiletten, ihre Notdurft neben dem Radweg in den Büschen verrichten müssen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

*Der Südtiroler Landtag
wolle beschließen:*

Der Südtiroler Landtag fordert die Landesregierung auf, dass in regelmäßigen Abständen fixe öffentliche, barrierefreie Toiletten an Orten mit möglichem Anschluss an die Kanalisation sowie mobile Toiletten für Orte, an denen es keinen solchen Anschluss gibt, errichtet werden. Zur Infor- mation der Radfahrer sollten bereits einige Kilometer vor der WC-Anlage Hinweisschilder ange- bracht werden.

Servizi igienici pubblici lungo le ciclovie

Il cicloturismo e la mobilità ciclistica in generale sono in costante aumento. Nel frattempo nella nostra provincia tutte le valli principali e alcune valli laterali hanno le loro piste ciclabili. Questo sviluppo è da considerarsi molto positivo da svariati punti di vista. Ci sono però anche degli aspetti negativi, come, per esempio, quando dietro a ogni cespuglio si trovano escrementi umani, fazzo- letti e rifiuti di vario genere, che suscitano l'ira dei proprietari dei terreni e dei contadini, perché evidentemente non ci sono abbastanza servizi igienici lungo le ciclovie. La presenza di un numero maggiore di servizi fissi e mobili risolverebbe il problema.

Nelle vicinanze non si trova sempre un locale dove entrare e prendere qualcosa. La situazione è particolarmente scomoda per le signore e le famiglie con bambini piccoli che, in mancanza di servizi pubblici, devono espletare i loro bisogni fisiologici dietro ai cespugli lungo la ciclabile.

Pertanto, i sottoscritti chiedono al

*Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
di deliberare*

quanto segue:

il Consiglio provinciale sollecita la Giunta provinciale a provvedere a quanto necessario affinché a distanza regolare, lungo i percorsi, si realizzino servizi igienici pubblici fissi e privi di barriere architettoniche nei luoghi con possibilità di allacciamento alla fognatura nonché WC mobili nei luoghi non dotati di questo tipo di allacciamento. Per informare i ciclisti e le cicliste andrebbero predisposti idonei cartelli alcuni chilometri prima.

Ich bitte um Erläuterung des Beschlussantrages.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Mich hat etwas gewundert, dass ich am Montag in der größten Tageszeitung des Landes gelesen habe, dass der zuständige Landesrat diesem Beschlussantrag schon ein negatives Gutachten beschieden hat. Ich bin der Meinung, das ist eine Geringschätzung des Landtages. Die Debatte sollte hier im Landtag geschehen und hier sollten Ideen und Vorschläge gesammelt werden, und dann sollen die Leute nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden können. Zumindest in unserer Fraktion ist es so. Das zu dem.

Wir haben diesen Antrag vorgezogen, weil die Radsaison beginnt. Radtourismus, Radfahren insgesamt ist bei Jung und Alt sehr beliebt, bei Gästen und Einheimischen. Die E-Bikes haben hier einen zusätzlichen Schub erhalten. Ich bin mit dem Kollegen Knoll Gesamtirol abgefahren, um hier wirklich alle Ecken und Enden des Landes ein bisschen zu erkunden. Ich muss sagen, die Radwege sind sehr gut ausgebaut insgesamt, es fehlen noch einige Seitentäler. Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinweisen, dass genau das Ahrntal noch immer keinen geschlossenen Radweg hat. Ich ersuche hier den zuständigen Landesrat, dass hier die Finanzierung endlich durchgeführt wird und die restlichen Teilstrecken verwirklicht werden.

Aber zurück zu diesem Antrag. Der Radtourismus und die Radmobilität im Allgemeinen erfahren einen stetigen Aufschwung. Inzwischen sind alle Haupttäler und einige Seitentäler Südtirols mit Radrouten erschlossen. Diese Entwicklung ist natürlich sehr zu begrüßen, da es in vielerlei Hinsicht positive Auswirkungen hat. Doch es gibt auch negative Seiten, wenn zum Beispiel hinter jedem Busch menschliche Exkremente, Taschentücher und diverser Abfall zum großen Ärger der Grundbesitzer und Bauern herumliegen, weil es offensichtlich an genügend öffentlichen Toiletten entlang der Radrouten fehlt. Mehr fixe und mobile Toiletten sollten Abhilfe schaffen.

Nicht immer ist ein Gastbetrieb in der Nähe, wo man einkehren kann. Besonders unangenehm ist es für Damen und für Familien mit kleinen Kindern, wenn sie, aufgrund mangelnder Toiletten, ihre Notdurft neben dem Radweg in den Büschen verrichten müssen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:

Der Südtiroler Landtag wolle beschließen: Der Südtiroler Landtag fordert die Landesregierung auf, dass in regelmäßigen Abständen fixe öffentliche, barrierefreie Toiletten an Orten mit möglichem Anschluss an die Kanalisation sowie mobile Toiletten für Orte, an denen es keinen solchen Anschluss gibt, errichtet werden. Zur Information der Radfahrer sollten bereits einige Kilometer vor der WC-Anlage Hinweisschilder angebracht werden.

Wenn man eine Infrastruktur baut, dann sollte man den Weg zu Ende denken, also Eventualitäten mit einbeziehen. Auf der Autobahn gibt es Raststätten, bei jedem Fest, bei jeder Veranstaltung müssen öffentliche Toiletten vorhanden sein. Deshalb ist es unverständlich, dass gerade hier bei den Radwegen, wo ein Wachstum an Benutzer da ist, diese Infrastruktur nicht vollständig ist. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Bevor ich das Wort weitergebe, begrüße ich die Klasse 2C der TFO und WFO Brixen mit der Begleitperson Frau Elisabeth Peer.

Gibt es Stellungnahmen zum Beschlussantrag? Bitte, Abgeordneter Ploner.

PLONER Alex (Team K): Lieber Kollege Zimmerhofer, willkommen im Club. Ich habe vor 2 Jahren das Gleiche gefordert. Damals in Zusammenarbeit mit dem Gemeindenverband und der Südtiroler Gemeinden ein landesweites Netz öffentlicher Toiletten aufzubauen, die barrierefrei zugänglich sind. Das war meine Forderung vor 2 Jahren. Sie wollten es damals nicht gleich ablehnen, sie haben mich gebeten, ich solle in den beschließenden Teil hineinschreiben, zu prüfen, ob wir Toiletten brauchen, das heißt, ob wir aufs Klo gehen müssen. Ich habe das damals abgelehnt. Diese Kompromisse sind für mich einfach nicht tragbar. Der Beschlussantrag ist abgelehnt worden.

Ich frage mich jetzt schon, was in diesem Land los ist, wenn wir Millionen in Straßen investieren, Millionen in Tourismuswerbung investieren, Millionen in Bauten, in Schulbauten investieren. Du hast zu Recht gesagt, wir haben keine Schulen ohne Klos, wir haben keine Krankenhäuser ohne Klos. Warum dann Radwege ohne Klos? Ihr bezieht euch auf Radwege, ich sage grundsätzlich warum Südtirol ohne öffentliche Klos? Das ist damals abgelehnt worden. Ich weiß, es gibt Gemeinden, die hier schon bemüht sind, öffentliche Toiletten aufzustellen, die dann auf das Bahnhofs-WC ausweichen, wie in meiner Heimatgemeinde in Niederdorf zum Beispiel. Auch in Brixen – ich kenne die Radwege in Brixen, ich bin Radfahrer in Brixen – sind öffentliche Toiletten installiert worden. Aber wenn man dann als Radfahrer von Brixen nach Klausen fährt, dann hat man ein Problem. Dann muss man auf das Würstl-Stand (Einfahrt Villnöss) hoffen, dass man da vielleicht einkehrt, aber wenn ihr mit Kindern unterwegs seid, dann wisst ihr, das Kind sagt, jetzt muss ich aufs Klo und nicht einen Kilometer früher beim Würstl-Stand. Wenn ich dann unten bei der Zone bin, wo gegrillt werden kann, dann fehlt dort das Klo, und es fehlt bis Klausen. Also die Notwendigkeit ist da.

Wenn ich dann im Vorfeld, und da bin ich auch bei dir, Kollege Zimmerhofer, in der Zeitung lese, wie hier heute abgelehnt wird, mit dem Hinweis – Kollege Alfreider bitte zuzuhören, das sind Ihre Worte – "zum Glück ist in Südtirol die Gastronomie fast in allen Tälern sehr gut aufgestellt und bietet die Möglichkeit zur Einkehr. Mit der Errichtung von Toiletten wäre es zudem nicht getan, für deren Instandhaltung, Überwachung und Sauberkeit wären die Gemeinden zuständig und das wäre nicht ganz ohne für sie." Wenn wir Straßen bauen, Herr Landesrat, dann schauen wir auch, dass sie instandgehalten werden. Das machen sie, und das machen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Straßen gut. Wenn wir Radwege bauen, warum ist die Instandhaltung dann plötzlich ein Problem? Die Sauberkeit dieser WCs. Und wir haben die Gastronomie. Haben Sie die Gastronomen gefragt, ob sie das tun wollen? Ich habe einen Gastronomen gefragt, und der sagt, "lächerlich, was von uns hier erwartet wird, dass die Touristen, die Einheimischen unsere Toiletten benutzen sollen", abgesehen davon, dass nicht alle überall sind, dass nicht alle immer offen sind, und dass die Gastronomie das nicht will. Wenn Sie von der Gastronomie das Okay haben, dass wir das so proklamieren können, dann gerne.

Abschließend nur noch kurz. Wir sorgen dafür, dass die Gäste zu Trinken bekommen entlang der Radwege, aber das passiert dann hinter dem Busch. Vorne bekommen sie zum Essen und Trinken und hinter dem Busch ist das dann die Realität in Südtirol. Wir werden auf alle Fälle dem Beschlussantrag zustimmen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich glaube, man sollte auch über die kleinen Dinge sprechen, die eine große Bedeutung haben. Es gilt ein Grundsatz, und alle jene, die reisen, glaube ich, teilen diesen Grundsatz, dass man an den Toiletten die Zivilisation eines Landes erkennt. Wie die ausgestattet sind und ob man welche findet, das liegt tatsächlich auch im Interesse der Öffentlichkeit. Ich habe selbst 30 Jahre lang an einem Radweg gewohnt. Wenn keine Müllkübel sind, dann wird der Müll eben in den Garten geschmissen. Wenn keine Trinkwasseranlagen, keine Brunnen sind, dann ist es natürlich, dass man den Radfahrern auch Wasser vom Gartenbrunnen gibt, das ist normal, aber es sollte anders sein. Wenn wir nicht nur den Radtourismus, sondern auch die Radmobilität fördern möchten, dann brauchen wir auch einen minimalen Komfort. Es ist in Ihrem Mobilitätsplan drinnen, ich glaube auch im Klimaplan, dass man die Radmobilität in jeder Weise fördern soll. Da genügen eben nicht nur die Kilometer. Das möchte ich dazusagen. Es genügen nicht nur die Kilometer, sondern man braucht einen Grundstandard an Komfort an der Linie. Ich möchte aber auch auf jene Kategorien hinweisen – wir teilen natürlich den Antrag vollkommen –, die eben nicht die Möglichkeit haben, länger zu warten mit ihrem Toilettengang. Es gibt nämlich auch die, und auch denen sollte ein Radweg nicht verwehrt sein. Menschen mit kleinen Kindern, wie es die Kollegen bereits gesagt haben, Frauen, die zum Beispiel schwanger sind, die ein anderes Toilettenbedürfnis haben, ältere Herren zum Beispiel, Menschen, die Darmerkrankungen haben, auf die wir immer wieder hinweisen und die selbst immer sehr intensiv darauf hinweisen, wie dringend notwendig es ist, dass in den Ortschaften und Städten Toiletten frei zugänglich sind. Und das Hinweisen auf die Gastronomie ist eine Verantwortung abzugeben, die eigentlich die öffentliche Hand in dieser Hinsicht hat. Wir sollten uns hier wirklich profilieren als Land, das hier eine Freundlichkeit aufweist und ein Zurverfügungstellen von einem Grundbedürfnis. Das sollte Anliegen auch von diesem Landtag sein. Danke schön.

COLLI (JWA Wirth Anderlan): Natürlich sollten wir es vermeiden, dass wir entlang der Radwege irgendwann DNA-Proben entnehmen müssen. Spaß beiseite. In der Theorie klingt dieser Antrag nicht schlecht. Ich habe mit dem Kollegen Zimmerhofer auch im Vorfeld gesprochen, doch in der Praxis halte ich ihn für doch sehr schwer durchführbar. Wir wissen, dass mit dem Dekret des Landeshauptmannes Nr. 50 aus dem Jahre

2007 festgelegt wurde, dass die Finanzierung das Land macht, den Bau und die ordentliche und außerordentliche Instandhaltung die Bezirksgemeinschaften, und die Gemeinden sind für die Grundverfügbarkeit zuständig. Ich sehe deshalb ein Problem. Wenn wir sagen, dass wir in gewissen Abständen Toiletten mit Anschluss an die Kanalisierung brauchen, so wissen wir, dass sehr viele dieser Radwege durch landwirtschaftliches Grün gehen, wo dann sicherlich kilometerlange Kanalisierungsleitungen gebaut werden müssten. Ein zweites Problem sehe ich auch aus urbanistischer Sicht, wenn man im landwirtschaftlichen Grün Toiletten aufstellen müsste, wie würde man das mit dem Bauleitplan machen? Wie macht man das mit den Dienstbarkeiten? Nachdem in diesem Dekret im Artikel 9 bereits festgeschrieben ist, dass in Abständen von 5 Kilometern Toiletten bzw. Raststätten verfügbar sind und dort die Einrichtungen genutzt werden können, die im Umkreis von 500 Metern sind, glaube ich, ist das in der Praxis fast nicht durchführbar. Außerdem Toiletten, die nicht gewartet bzw. gereinigt werden sind meistens ein sehr, sehr schlechtes Vorzeigebild und vor allem erfüllen sie auch den Zweck nicht. Deshalb sehe ich das in der Praxis als sehr schwierig und tue mich deshalb schwer, diesem Antrag zuzustimmen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Kollege Colli hat jetzt etwas flapsig den Hinweis mit den DNA-Proben gemacht, aber so witzig ist es eigentlich nicht, denn die Grundbesitzer finden jeden Tag auf ihren Grundstücken die Überbleibsel. Und wir reden noch gar nicht von Windeln, das ist auch so ein Thema, wenn es keinen Müllkübel gibt. Wir brauchen nur auf diesen Radwegen entlangfahren. Ich würde mir wünschen, dass viele, die jetzt vielleicht mit Nein stimmen von der Mehrheit, sich einmal selbst auf das Rad setzen und den Radweg von Brenner bis Bozen fahren, und sich selbst die Frage stellen, wo geht man dort hin? Ich bin der Überzeugung, die meisten sind noch nie auf diesem Radweg gefahren. Vielleicht würde die Meinung anders aussehen, wenn man sich einmal selbst auf den Drahtesel setzt, und sich diese Problematik vor Ort anschaut. Wir sagen ja nicht, es muss alle 5 Kilometer eine Toilette errichtet werden mit Kanalisationsanschluss – das steht so gar nicht drinnen –, sondern es ist die Rede, wo möglich, einen Kanalisationsanschluss zu nutzen. Das heißt auch nicht, dass es direkt auf dem Radweg sein muss, es gibt sehr viele Radwege, die zum Beispiel entlang von stillgelegten Bahntrassen laufen, die in der Nähe einer Bahntrasse laufen. Wie mein Kollege Zimmerhofer auch gesagt hat, es gilt auch Hinweisschilder aufzustellen, das heißt, wenn man ortsunkundig ist, dann weiß man vielleicht nicht, wenn man kurz vom Radweg abfährt, dass wenige Meter daneben ein Bahnhof ist, wo es zum Beispiel eine Toilette gäbe – das hängt also auch mit Information zusammen –, und an den Orten, wo es eben nicht möglich ist, eine mobile Toilette aufzustellen. Es gäbe sehr viele Ansätze, die man angehen könnte, um dieses Problem einfach zu lösen.

Wir fragen uns, wenn dieser Antrag abgelehnt wird, was ist die Alternative? Was ist die Alternative? Was bieten wir den Menschen als Alternative an? Und das ist immer der Gedanke, den wir uns machen müssen, wenn wir einen Antrag bewerten. Nichts tun? Dann müssen die Menschen selbst schauen, wo sie hingehen. Sie müssen gutwilliger Weise einen Privaten finden oder eine Gastwirtschaft finden. Das ist doch nicht die Lösung.

Landesrat Alfreider, ich habe eine Frage. Ich habe das Beispiel gebracht mit diesen Bahntrassen. Es gibt zum Beispiel entlang der Brennerbahn ganz viele ehemalige Bahnwärterhäuschen, die heute teilweise verfallen, die aber auch unter Denkmalschutz stehen, wo das Land teilweise nicht weiß, wie man eine Nachnutzung gestalten könnte, und da wäre meine konkrete Frage an Sie: Gibt es nicht Projekte, dass man derartige Bahnwärterhäuschen für so etwas umfunktionieren könnte? Das wäre eine konkrete Nachnutzung für derartige Objekte, weil sehr oft der Radweg entlang der Bahnstrecke oder sogar auf der alten Bahnstrecke verläuft. Mich würde das deshalb interessieren. Dasselbe gilt auch für das Pustertal, dasselbe gilt auch für die Fleimstalbahn, und viele andere Orte, wo man einfach keine Nachnutzung für derartige Gebäude hat. Das wäre vielleicht ein gangbarer Weg, wie man nicht alle 5 Kilometer aber mit gewissen Abständen bestehende Infrastrukturen schon nutzen könnte.

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Ich spreche hier als persönlich Betroffener, nicht als Radfahrer, sondern als Landwirt. Ich denke, wenn ich den Landesrat einladen könnte, mit mir entlang des Radweges die Böschung zu mähen, was ich zweimal im Jahr machen muss, dann... Es geht nicht nur darum, dass da etwas rumliegt, sondern dass man mit dem Gerät, das sich sehr, sehr schnell dreht, diese Wiese mäht. Das ist ein unbeschreibliches Gefühl, muss ich sagen. Ich werde deshalb dem Antrag des Kollegen Zimmerhofer zustimmen, weil das, wie gesagt, wirklich für viele Bauern im gesamten Gebiet unterhalb des

Kalterer Sees dringend notwendig wäre. Es ist ein unbeschreibliches Gefühl, aber im negativen Sinne. Danke schön.

STAUDER (SVP): Ich spreche als Nutzer, Kollege Knoll, die Aufforderung selbst die Radwege zu benutzen, ich habe gerade nachgedacht, ich habe im letzten Jahr ca. 7.000 Kilometer auf dem Radweg gemacht, und ich habe mit sehr vielen Menschen gesprochen, außerhalb Südtirols und auch in Südtirol. Wenn man in Südtirol auf dem Radweg unterwegs ist, man spricht Leute an, die den Weg suchen, usw. Die Touristen sind voll des Lobes für das, was wir in Südtirol an Radwegen bieten. Die Leute sagen, so gut ausgebaute, beschilperte, asphaltierte, hergerichtete Radwege wie in Südtirol findet man kaum irgendwo in Europa. Ich glaube, auch das sollte einmal ganz klar deponiert werden. Ich habe im letzten Jahr eine Tour durch 7 europäische Länder gemacht, die Niederlande können mithalten mit unseren Radwegen, in allen anderen Ländern habe ich gemerkt, wir sind mittlerweile auf einem höheren Niveau, was die gesamte Infrastruktur der Radwege betrifft. Es ist noch einiges zu tun, das stimmt. Es wurden Wasserstellen nachgerüstet. Das war auch immer ein Thema, vor allem in den Sommermonaten, wo man sagt, in einigen Kilometern findet man eine Möglichkeit, die Wasserflasche wieder aufzufüllen, natürlich gratis, Trinkwasser, wie wir es fast überall in bester Qualität in Südtirol finden. Grundsätzlich sind wir aber auf einem sehr, sehr guten Punkt. Entlang der Zuglinien da bin ich absolut einverstanden, ich spreche als Nutzer, man weiß, es gibt Bahnhöfe, diese werden von den Nutzern der Radwege auch verwendet, wenn es die Notwendigkeit gibt, auf die Toilette zu gehen. Also diese Möglichkeit besteht fast überall. Im Pustertal, im Eisacktal und im Etschtal ist der Zug eigentlich meistens neben dem Radweg, als Nutzer kann ich durchaus sagen, es gibt viele Möglichkeiten. Es gibt nicht überall Möglichkeiten, aber es gibt durchaus auch Gasthäuser. Mir hat einmal ein Bekannter eher den Grünen nahestehender Verkehrsplaner, Prof. Knoflacher, gesagt, die Kaffeehäuser sind die Tankstellen der Radfahrer. Man sollte das in dieser Kombination auch sehen, anhalten, etwas trinken, entsprechend die Notwendigkeiten verrichten, und dann weiterfahren. Da gibt es durchaus viele Möglichkeiten dieser Kombination, dass der Private mit dem Öffentlichen kooperiert. Wir wissen auch von den meisten anderen europäischen Ländern, dort ist es durchaus üblich, dass man einen kleinen Obolus, also diese 50 Cent bezahlt, um eine öffentliche Toilette auch benutzen zu können. Also diese Kombination ist durchaus eine Möglichkeit auf den Privaten zurückgreifen, der ja da ist, und der Öffentlichkeit damit einen Dienst geben. Danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, somit das Wort an den zuständigen Landesrat. Landesrat Alfreider, bitte.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung und Kultur, Mobilität und Infrastruktur - SVP): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Danke für diese interessante Diskussion. Wie schon aus den Medien gesehen, es tut mir leid, ein Journalist hat mich gefragt, was ich dazu sage, und ich habe natürlich meine persönliche Meinung dort deponiert. Es steht aber nichts im Wege, die Diskussion hier ordentlich, fachlich, usw. zu führen. Ich glaube, deshalb gibt es absolut kein Problem damit.

Es ist sicherlich wichtig, etwas aus dem Weg zu räumen und hier noch einmal zu unterstreichen. Wir sind absolut nicht gegen Toiletten, weder im Ressort noch in der Landesregierung. Das darf man sicherlich nicht behaupten! Wir sind für eine Infrastruktur, für eine gute Infrastruktur.

Kollege Stauder hat das vorher gut erklärt, es gibt in Südtirol eine gute Infrastruktur, es braucht allerdings noch Maßnahmen, gerade in der Mikromobilität. Wir versuchen es überall. Zum Beispiel braucht es Bike Stations hier in Bozen, auch das wurde verhindert. Wir haben gesagt, es braucht kleine Maßnahmen gerade bei den Kreuzungen. Gerade im Straßenbereich sind die Kreuzungen noch nicht so ausgerichtet, dass sie fahrradfreundlich sind. Das sind kleinere Maßnahmen, die braucht es auch.

Man muss aber etwas zur Errichtung und Zurverfügungstellung der Toiletten sagen. Es ist genau wie Kollege Colli das vorhin gesagt hat, wenn jemand aus der Praxis kommt, weiß er was in den Gemeinden los ist, und weiß im Konkreten, wie so ein Beschluss dann in Wahrheit aussehen würde. Die Gemeinde muss sich ausrichten, muss so eine Toilette warten und das Schlimmste ist, wenn sie nicht gewartet ist, wenn sie schmutzig ist, und wenn sie nicht genutzt werden kann. Das wollen wir sicherlich nicht! Wir wollen, wenn Toiletten da sind, dass sie ordentlich gewartet werden.

Kollege Knoll, Sie haben einen Radabschnitt genannt, und zwar den vom Brenner Richtung Süden. Wahrscheinlich sind sie ihn nicht gefahren oder sind vorbeigefahren bei dieser schönen Raststätte, die vor einiger Zeit errichtet worden ist, wo wir ein Bahnwärterhäuschen umgewidmet haben, und dort ein junges Paar

dieses Haus mietet für eine Radraststätte. Ich lade Sie alle ein zum Radrast Giggelberg, eine tolle Struktur, tolle Menschen, die diese Struktur bewirtschaften, fahrradfreundlich, jedem begegnen, der über den Brenner nach Südtirol fährt und hier gut essen kann, etwa trinken kann und auch die Toiletten nutzen kann. Ich glaube, man muss sich die Sachen in der Realität anschauen, wo sie gut funktionieren, und das funktioniert dort sehr gut. Das ist auch im Urbanistikgesetz so vorgesehen. Natürlich ist es so, dass man vielleicht mehrere solche Raststätten noch vorsehen sollte, könnte, die dann auch gewartet, betrieben werden und wo dann auch eine Gastfreundschaft zu erleben ist. Wir sind absolut dafür, dass wir diesen Weg weitergehen, weitermachen, so wie es auch im Urbanistikgesetz vorgesehen ist, und eventuell diese Radraststätten ausweiten.

Es ist aber klar, dass eine Gemeinde alleine es nicht schafft, überall Toiletten aufzustellen, die gewartet und erhalten werden müssen. Dafür ist ein großer Personaleinsatz nötig und das ist nicht immer leicht. Wenn wir von Gastbetrieben sprechen, sprechen wir gerade von dem und nicht wie es Kollege Ploner gesagt hat, ob die Hotellerie dafür ist oder nicht. Wir möchten auch die Gastbetriebe miteinbeziehen, wenn sie natürlich Lust und Laune haben, hier mitzuwirken. Ich glaube, sie haben es bewiesen, dass sie es tun wollen. Einige machen es auch sehr, sehr gut.

Wenn Gemeinden heute schon die Ideen haben, in diese Mikromobilität oder Toilettenerrichtung zu investieren, spricht gar nichts dagegen, das heute zu tun, und wir werden sie auch unterstützen. Dazu braucht es diesen Beschlussantrag sicherlich nicht. Wir unterstützen jede Gemeinde, die in diese Richtung investieren wird und will.

Ein Radabschnitt ist genannt worden im Bereich Ahrntal, vielen Dank für den Hinweis. Wir sind hier in sehr engem Kontakt mit der Gemeinde, mit dem Präsidenten der Bezirksgemeinschaft Steger, der hier sehr intensiv daran arbeitet, aber vor allem mit dem Gemeindereferent Hofer, der sich hier einsetzt. Wir sind dabei ein Projekt, das schon fertig ausschreibbar wäre, zu finanzieren. Es sollte demnächst auch geschehen. Ich bin sehr froh, dass auch die Seitentäler an das Netz angeschlossen werden können und Teilabschnitte jetzt gemacht werden. Das kann ich Ihnen jetzt schon ankündigen, es wird daran gearbeitet, den nächsten Teilabschnitt auch zu realisieren. Ich hoffe, dass wir Ihnen das dann auch so bald als möglich mitteilen können.

Wir hoffen, dass der Mobilitätsplan so gut wie möglich umgesetzt wird und da spielt das Rad eine ganz wesentliche Rolle. Wir wollen natürlich, dass die Alternative zum Auto, egal welche diese ist, ausgebaut ist, damit jeder die Chance hat. Wir sind nicht für Verbote, wo man sagt, du darfst nicht mehr das oder jenes fahren, sondern wir möchten eine Lebensqualität und eine Alternative zum Auto aufbauen, damit jeder, der sich auch anders bewegen möchte, die Gelegenheit hat, das zu tun, natürlich mit den dementsprechenden Serviceleistungen, die es dafür braucht.

PRÄSIDENT: Danke. Das Wort geht für die Replik an den Abgeordneten Zimmerhofer. Bitte.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, Herr Landesrat, vielen Dank für die positive Rückmeldung zum Radweg Ahrntal. Wir wollen, dass die Radwege sicher sind und dass die Leute sicher unterwegs sind, die Familien, usw. Ich bin auch der Meinung, dass viele auf dem Weg zur Arbeit auf das Auto verzichten würden, deshalb müssen diese Radwege einfach ausgebaut werden. Ich bedanke mich bei sämtlichen Wortmeldungen. Ich möchte noch einige kommentieren. Kollege Ploner, ich wusste nicht, dass du bereits einen Antrag eingereicht hattest, insofern ist es kein Plagiat. Dein Vorschlag, die Landesregierung solle prüfen, das ist oft Standard. Das habe ich bereits in der vorletzten Legislatur bemerkt.

Kollege Colli, die Finanzierung der Urbanistik, das sind Probleme, die anfallen werden, aber wie Kollege Knoll bereits erläutert hat, man sollte hier bestehende Infrastruktur nutzen.

Kollege Stauder, Gratulation zu den gemachten Kilometern. Als Hobbysportler kann man sich sicher besser organisieren. Es geht hier hauptsächlich um Familien mit Kindern und Frauen.

Wir haben eine gute Infrastruktur, das stimmt. Aber sie ist noch ausbaufähig. Wir wollen insgesamt auf Qualität setzen in allen Bereichen und da gehören einfach die Toiletten auf den Radwegen dazu. Danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Somit kommen wir zur Abstimmung des Beschlussantrages Nr. 52/24.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Begehrensantrag Nr. 12/24 vom 18.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Atz Tammerle, Knoll, Zimmerhofer und Rabensteiner, betreffend Maßnahmen gegen die Teuerung."**

Punto 8) all'ordine del giorno: **"Voto n. 12/24 del 18/4/2024, presentato dai consiglieri Atz Tammerle, Knoll, Zimmerhofer e Rabensteiner, riguardante misure contro i rincari."**

Maßnahmen gegen die Teuerung

Die aktuelle Teuerung stellt viele Bürger vor finanzielle Schwierigkeiten. Die Preise für Lebensmittel, tägliche Bedarfsgüter, Benzin, aber auch für Mieten und die Zinsen der Schuldner steigen ständig. Besonders spürbar waren letzthin die Preissteigerungen in der Lebensmittelproduktion. Zunehmend mehr Menschen empfinden die notwendigen Einkäufe ihrer unentbehrlichen Bedarfsgüter regelrecht als Qual, wenn sie den hohen Geldbetrag an der Kasse entrichten müssen. Diese zusätzlichen Belastungen für Menschen mit geringem Einkommen führen regelrecht zu Verarmung. Aber auch Menschen aus dem Mittelstand beklagen zunehmend, diese finanziellen Teuerungen zu spüren und erste finanzielle Einschränkungen vornehmen zu müssen. Der bisherige Lohn reicht bei immer mehr Menschen nicht mehr für die monatlichen Ausgaben. Prognosen deuten darauf hin, dass diese Teuerungen, die sich bereits seit einiger Zeit zeigen, erst der Anfang einer Teuerungswelle sind.

Zur Unterstützung der Bevölkerung werden in Ländern wie Österreich und Deutschland Hilfspakete geschnürt, darunter Preisdeckelungen bei Energiekosten, günstige Tickets für öffentliche Verkehrsmittel, Steuersenkungen und Lohnerhöhungen.

Auf europäischer Ebene wurde sogar die Einführung eines Mindestlohns beschlossen. In Südtirol sind die Lebenshaltungskosten im Vergleich zu anderen Regionen ohnehin bereits wesentlich höher, längere Heizperioden und eine höhere Mehrwertsteuer als im restlichen Österreich erschweren die Situation weiter. Es wird daher rasches Handeln gegen die Teuerung gefordert, um die Schwächsten der Gesellschaft zu unterstützen.

Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag

Der Südtiroler Landtag wolle beschließen:

- 1. Der Südtiroler Landtag fordert das italienische Parlament und die italienische Regierung auf, die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel sowie Bedarfsgüter des täglichen Gebrauchs zeitweilig auszusetzen oder zumindest signifikant zu senken.*
- 2. Der Südtiroler Landtag spricht sich für einen gesetzlichen Mindestlohn nach europäischen Standards aus.*
- 3. Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine Senkung der Lohnnebenkosten aus, um einerseits die Betriebe zu entlasten und andererseits damit die Löhne erhöhen zu können.*
- 4. Der Südtiroler Landtag erkennt die Notwendigkeit an, dass die Löhne der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft erhöht und schnellstmöglich an die steigende Inflation und an die aktuellen Lebenshaltungskosten in Südtirol angepasst werden und beauftragt daher die Landesregierung sich zu verwenden, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Sozialpartnern die Landeszusatzverträge in der Privatwirtschaft neu zu verhandeln und anzupassen bzw. den Abschluss von Betriebsabkommen zu fördern.*
- 5. Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung, sich bei den Verhandlungsgesprächen zu den Landeszusatzverträgen für die Privatwirtschaft zur Erhöhung der Löhne gemeinsam mit den Gewerkschaften und Sozialpartnern dafür einzusetzen, dass für Arbeitgeber die "Arbeitgeberabgaben" so niedrig wie möglich ausfallen.*
- 6. Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer bzw. alternativ für eine Anpassung derselben in den Grenzregionen an Nachbarregionen aus.*
- 7. Zur Umsetzung all dieser Punkte wird die Landesregierung aufgefordert, mit der italienischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Sollte die italienische Regierung nicht geneigt sein, derartige Maßnahmen auf Staatsebene einzuführen, wird die Landesregierung beauftragt, entsprechende Sonderregelungen für Südtirol auszuhandeln.*

Misure contro i rincari

L'attuale carovita comporta difficoltà finanziarie per molti cittadini. I prezzi dei generi alimentari, dei beni di prima necessità, della benzina, ma anche gli affitti e gli interessi passivi sono in costante aumento. Negli ultimi tempi tale aumento è stato particolarmente evidente nel settore dei prodotti alimentari. Sempre più persone trovano angosciante acquistare i beni di prima necessità, perché sanno che poi alla cassa dovranno pagarli cari.

Per chi ha redditi bassi questi aumenti portano a un vero e proprio impoverimento. Ma sempre più spesso anche persone del ceto medio lamentano di sentire gli effetti dei rincari, e per la prima volta si vedono costrette a limitarsi sul piano finanziario. Per un numero crescente di persone la retribuzione finora percepita non basta più a coprire le spese mensili.

Secondo le previsioni questi rincari, già evidenti da tempo, sono solo l'inizio di un'ondata d'inflazione.

Per sostenere la popolazione, in Paesi come Austria e Germania si stanno mettendo a punto pacchetti di aiuti comprendenti fra l'altro tetti ai costi dell'energia, biglietti economici per il trasporto pubblico, tagli alle tasse e aumenti retributivi.

A livello europeo si è addirittura deciso d'introdurre un salario minimo. In provincia di Bolzano il costo della vita è già significativamente più alto rispetto ad altre regioni. La situazione è ulteriormente aggravata da periodi di riscaldamento più lunghi e un'IVA più alta che nel resto dell'Austria. Bisogna dunque agire al più presto contro i rincari, al fine di sostenere i più deboli nella società.

Pertanto, i sottoscritti invitano

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
a deliberare*

quanto segue:

- 1. Il Consiglio provinciale invita Parlamento e Governo ad abolire o quantomeno ridurre significativamente in via temporanea l'IVA sui generi alimentari di base e sui beni di prima necessità.*
- 2. Il Consiglio provinciale si esprime a favore di un salario minimo fissato per legge secondo gli standard europei.*
- 3. Il Consiglio provinciale si esprime a favore di una riduzione del cuneo fiscale, da una parte per sgravare le aziende e dall'altra per poter aumentare gli stipendi.*
- 4. Il Consiglio provinciale riconosce la necessità di aumentare gli stipendi dei dipendenti del settore privato e adeguarli quanto prima all'aumento dell'inflazione e all'attuale costo della vita in questa provincia, e pertanto incarica la Giunta provinciale di adoperarsi con i sindacati e le parti sociali per rinegoziare e adeguare i contratti integrativi provinciali nel settore privato, ovvero per promuovere la conclusione di accordi aziendali.*
- 5. Il Consiglio provinciale incarica la Giunta provinciale di adoperarsi, assieme ai sindacati e alle parti sociali nell'ambito delle trattative sui contratti integrativi provinciali per il settore privato sull'aumento degli stipendi, affinché i contributi previdenziali a carico del datore di lavoro siano ridotti al minimo possibile.*
- 6. Il Consiglio provinciale si esprime a favore di una riduzione generale dell'IVA o, in alternativa, di un adeguamento di tale imposta nelle zone di confine alle aliquote in vigore nelle regioni vicine.*
- 7. Al fine dell'attuazione dei punti di cui sopra la Giunta provinciale è invitata ad avviare delle trattative con il Governo. Se il Governo non fosse disposto a introdurre misure di questo tipo a livello statale, la Giunta provinciale viene incaricata di negoziare una regolamentazione in deroga per la provincia di Bolzano.*

Ich bitte um Erläuterung des Begehrensantrages.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Maßnahmen gegen die Teuerung. Die aktuelle Teuerung stellt viele Bürger vor finanzielle Schwierigkeiten. Wir nehmen alle wahr, dass tägliche Bedarfsgüter, Benzin, Mieten, aber auch die Zinsen bei Darlehen auf den Banken massiv gestiegen sind. Nicht nur Menschen mit einem geringeren Einkommen tun sich jetzt zunehmend schwer mit ihrem Monatsgehalt überhaupt auszukommen, sondern mittlerweile hat diese Situation auch den Mittelstand erreicht. Menschen aus dem

Mittelstand müssen finanzielle Kürzungen vornehmen, sie müssen überlegen, was kann ich mir noch leisten. Der Griff zur Handtasche, zur Geldbörse sitzt nicht mehr so locker, sondern auch die sind mittlerweile gezwungen, jeden Cent umzudrehen.

Vielen Menschen, wenn sie an die Kassa kommen und sehen, was sie einerseits im Einkaufskorb haben und das ist nicht viel, und zum anderen einen hohen Geldbetrag niederlegen müssen, für die ist es regelrecht eine Qual. Jedes Mal zucken sie zusammen, wenn sie diesen Geldbetrag hinlegen müssen für so wenig, was sie mit nach Hause nehmen. Sie wissen, dass sie bei dieser Rechnung nicht auskommen. Sie kommen mit diesem Lohn nicht mehr aus, mit dem was sie entrichten müssen, Monat für Monat, sei es für Einkäufe, sei es für Miete. Vielleicht hat man noch Raten eines Autos abzubezahlen, vielleicht hat man auch noch eine höhere Zahnarztrechnung zu begleichen. Müll, Wasser, Strom, Gas, all dies braucht man, all dies ist notwendig. Man ist gezwungen, all dies zu bezahlen. Diese zusätzlichen Belastungen treffen immer mehr Menschen. Ich glaube, nicht nur wir von der Südtiroler Freiheit werden zunehmend von Menschen kontaktiert, die sich in finanziellen Notsituationen befinden, sondern das wissen wir auch aus Zahlen, die immer wieder auch von Caritas oder anderen Hilfsorganisationen oder dem Vinzenzverein beispielsweise veröffentlicht werden, die sagen, jährlich erhöhen sich die Anfragen von Menschen, die Hilfe brauchen, einerseits indem sie Lebensmittel ausgehändigt bekommen, andererseits effektiv in finanzieller Art und Weise, wo sie anfragen, ob ihnen eine Monatsmiete übernommen wird oder andere Rechnungen beglichen werden, weil sie selbst nicht imstande sind.

Nicht nur in Südtirol erleben wir jetzt diese Teuerungswelle und die Schwierigkeiten der Menschen, sondern auch außerhalb Südtirols, quer durch Europa durch. Österreich und Deutschland haben bereits darauf reagiert. Es wurden bereits erste Maßnahmen in Bezug auf Hilfsmaßnahmen, aber auch gegen die Teuerung unternommen. Beispielsweise Preisdeckelungen, auch die Deckelung von Energiekosten, günstigere Tickets für öffentliche Verkehrsmittel, Steuersenkungen, aber ganz wichtig auch Lohnerhöhungen.

Wenn man sich die Statistiken anschaut, die veröffentlicht werden, wie es mit den Durchschnittslöhnen in Europa sowohl der Bruttogehälter als auch der Nettogehälter im Schnitt anschaut, dann schaut es in Italien und somit, weil wir zu diesem Staat momentan gehören, auch in Südtirol nicht besonders gut aus. Viele Kollektivverträge sind veraltet, weisen veraltete Grundlöhne auf, die vielleicht vor zig Jahren noch aktuell waren, wo man mit denen noch ausgekommen ist, aber sie entsprechen nicht mehr der derzeitigen Situation, wo einerseits – das hat man ganz stark während der Corona-Zeit gemerkt – die Preise ganz rasant in die Höhe gegangen sind, aber andererseits auch durch die Inflation, durch andere Gründe, die häufig genannt werden, sei es – ob es wahr ist, oder nicht – wegen der Kriege, die ringsum geschehen, sei es durch Zulieferungen, wo man in Engpässe kommt, sei es Produktionen, die ins Stocken geraten. All diese Gründe werden immer wieder angeführt, aber letztendlich ist der Konsument der, der nicht mehr mit seinem Lohn auskommt. Alles wird teurer, nur sein Lohn bleibt gleich, und das seit Jahren.

Aus diesem Grunde ist es jetzt wichtig, dass ganz schnell Maßnahmen ergriffen werden. Ich glaube, wir alle haben während der Wahlzeit bei zahlreichen Diskussionen auch über finanzielle Diskussionen in diesem Land Stellung bezogen, haben von Menschen zahlreiche Schilderungen erhalten, wie es ihnen geht, und dass es dringend notwendig ist, sowohl bei den Löhnen eine Erhöhung als auch bei den Renten eine Erhöhung vorzusehen, weil die Menschen einfach real nicht mehr mit ihrem Einkommen auskommen. Wenn man sich die Renten anschaut, um die 800 Euro, wie will man da Miete bezahlen, Kleidung bezahlen, und dann auch noch irgendwo etwas sparen, als Reserve, sollte man vielleicht im Alter einen Arzt brauchen, eine größere Zahnarztrechnung haben, beispielsweise einen größeren Eingriff haben, aber auch als Arbeitnehmer ist es zunehmend schwieriger mit den Einkommen auszukommen, weil eben alles steigt, nur die Löhne nicht.

Aus diesem Grund haben wir hier mehrere Punkte, die wir für momentan sehr wichtig erachten, zusammengefasst.

1. Der Südtiroler Landtag fordert das italienische Parlament und die italienische Regierung auf, die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel sowie Bedarfsgüter des täglichen Gebrauchs zeitweilig auszusetzen oder zumindest signifikant zu senken.

2. Der Südtiroler Landtag spricht sich für einen gesetzlichen Mindestlohn nach europäischen Standards aus.

3. Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine Senkung der Lohnnebenkosten aus, um einerseits die Betriebe zu entlasten und andererseits damit die Löhne erhöhen zu können.

4. Der Südtiroler Landtag erkennt die Notwendigkeit an, dass die Löhne der Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft erhöht und schnellstmöglich an die steigende Inflation und an die aktuellen Lebenshaltungskosten

in Südtirol angepasst werden und beauftragt daher die Landesregierung sich zu verwenden, gemeinsam mit den Gewerkschaften und Sozialpartnern die Landeszusatzverträge in der Privatwirtschaft neu zu verhandeln und anzupassen bzw. den Abschluss von Betriebsabkommen zu fördern.

5. Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung, sich bei den Verhandlungsgesprächen zu den Landeszusatzverträgen für die Privatwirtschaft zur Erhöhung der Löhne gemeinsam mit den Gewerkschaften und Sozialpartnern dafür einzusetzen, dass für Arbeitgeber die "Arbeitgeberabgaben" so niedrig wie möglich ausfallen.

6. Der Südtiroler Landtag spricht sich für eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer bzw. alternativ für eine Anpassung derselben in den Grenzregionen an Nachbarregionen aus.

7. Zur Umsetzung all dieser Punkte wird die Landesregierung aufgefordert, mit der italienischen Regierung in Verhandlungen zu treten. Sollte die italienische Regierung nicht geneigt sein, derartige Maßnahmen auf Staatsebene einzuführen, wird die Landesregierung beauftragt, entsprechende Sonderregelungen für Südtirol auszuhandeln.

Wir finden, dass es jetzt dringend notwendig ist, hier den Menschen unter die Arme zu greifen. Sie haben, wie gesagt, mit ihrem Einkommen kein Auskommen mehr. Man kann die Menschen nicht noch länger in dieser Situation lassen. Zahlreiche Menschen haben wirklich schlaflose Nächte, sie befinden sich in einer Sackgasse. Das schlägt nicht nur auf den Geldbeutel, sondern das schlägt auch auf das Gemüt. Auch das sind die Auswirkungen, dass es den Menschen zunehmend nicht gutgeht, dann leidet das ganze Umfeld, leidet auch die Arbeit, die Produktivität darunter, die Gesundheit darunter und das ist unsere Pflicht in der Politik. Als oberste Gewählte des Landes hier darauf zu reagieren und schnellstmöglich Maßnahmen zu ergreifen. Wir sind Volksvertreter und müssen so die Belange des Volkes wahrnehmen, darauf reagieren und deshalb ist es jetzt notwendig, dass rasch gehandelt wird, damit die Menschen mit ihrem Einkommen wieder auskommen.

Presidenza del vicepresidente | Vorsitz des Vizepräsidenten: Angelo Gennaccaro

PRESIDENTE: Grazie. Ha chiesto la parola la consigliera Rieder, prego.

RIEDER (Team K): Kollegin Atz Tammerle, ob das mit einem Begehrensantrag an die Regierung in Rom gelingt, dass wir hier ganz schnelle Maßnahmen und Änderungen haben, wage ich zu bezweifeln. Aber egal, wir probieren es.

Ich möchte mehr auf den beschließenden Teil eingehen und möchte Ihnen ein paar Fragen stellen. Mir sind hier schon einige Sachen aufgefallen. Sie haben unter Punkt 1 in Ihrem Beschlussantrag die Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel angeführt, dass die italienische Regierung aufgefordert wird, diese auszusetzen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie da eine Berechnung gemacht haben, wieviel das dann pro Familie ausmachen würde. Wir wissen, auf Grundnahrungsmittel sind nur 4% Mehrwertsteuer, bei bestimmten Nahrungsmitteln sind es 10%. Ich habe ein bisschen gerechnet und recht viel mehr als 27, 28, 30 Euro pro Familie schaut da an Ersparnis nicht heraus. Da muss man halt auch immer die Rechnung machen.

Dann möchte ich Sie fragen, Sie haben im Punkt 2 von einem gesetzlichen Mindestlohn nach europäischen Standards gesprochen, vielleicht habe ich es in der Präsentation überhört, Sie sind nicht darauf eingegangen, was dieser europäische Mindestlohn nach dem europäischen Standard aus Ihrer Sicht sein sollte. Wir haben in Europa sehr differenzierte Mindestlöhne, wir haben in Luxemburg einen Mindestlohn von fast 15 Euro, wir haben in Spanien einen Mindestlohn von 6,87 Euro. Wir haben in Kroatien einen Mindestlohn von 4,86 Euro. Das wird dann wohl eher nicht gemeint sein. Das müsste man nachschärfen, wir haben bei dem Mindestlohn ja diese Diskussion und da müssen wir sicherlich die Diskussion hier auf Südtiroler Ebene führen.

Punkt 3. Die Lohnnebenkosten ja, auch darüber müssen wir sprechen und haben hier schon oft gesprochen.

Im Punkt 4 gehen Sie dann auf die höheren Löhne in der Privatwirtschaft ein. Natürlich müssen wir hier diese Landeszusatzverträge, diese Betriebsabkommen, das alles zukünftig verhandeln, und die Landesregierung muss hier den Beitrag leisten, was mir aber in Ihrer Aufzählung fehlt, sind die Löhne im öffentlichen Dienst. Sie sind hier nur auf die Privatwirtschaft eingegangen. Das verwundert mich ein bisschen. Über die Löhne im öffentlichen Dienst, das ist eigentlich etwas, zumindest die Gelder, die wir zur Verfügung stellen, was wir hier im Südtiroler Landtag entscheiden könnten. Wenn wir endlich für die Kollektivvertragsverhandlungen mehr Gelder zur Verfügung stellen würden, dann könnten wir da einen Schritt tun. Ich glaube, wenn

wir auf der Ebene der öffentlichen Löhne endlich Fortschritte machen würden, dann wäre das auch in der Privatwirtschaft möglich.

Nur ein kleiner Hinweis, und den kann ich mir hier nicht verkneifen, das muss ich wirklich sagen, Sie haben in den letzten 5 Jahren ... wir haben hier jedes Mal beim Haushaltsgesetz Änderungen für die Erhöhung der Gelder für die öffentlich Bediensteten eingebracht, von Ihrer Seite ist da nie Etwas gekommen, da ist öfters eine Enthaltung gekommen. Ich würde mir deshalb einfach wünschen, dass Sie auch konkretere Vorschläge machen würden, die wir hier in Südtirol umsetzen, denn das große Problem ist das Wohnen, sind die hohen Zinsen und sind die Löhne, und da müsste der öffentliche Dienst mit gutem Beispiel vorausgehen.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Intanto vorrei chiedere una votazione separata dei vari punti, quando andremo alla votazione.

Vado direttamente sulle proposte fatte dalla mozione, che comunque tocca un tema importante.

Sull'abolizione o riduzione dell'IVA sui prodotti alimentari di prima necessità, per alcuni prodotti alimentari di prima necessità tipo pasta, pane, latte e farina è già stata anticipata come misura in quella che dovrebbe rappresentare appunto la riforma del fisco, da mesi allo studio del Governo. L'attuale aliquota IVA su tali prodotti è del 4%, l'esenzione dell'IVA per tali prodotti avrebbe un effetto estremamente limitato per le famiglie, le stime sarebbero dai 90 ai 300 euro e non sarebbe differenziata. Questo comporterebbe la necessità di trovare grandi coperture finanziarie pubbliche a fronte di benefici ridotti. Poi osserviamo che la riduzione ed esenzione dell'IVA in periodi inflazionistici non è efficace, poiché con i prezzi in crescita i produttori potrebbero aumentare i prezzi dei prodotti esenti a livelli a cui erano prima dell'introduzione dell'esenzione senza che il consumatore riesca a percepire l'aumento, abituato ai prezzi precedenti.

Sul salario minimo, invece, è possibile per aumentare gli stipendi e i salari e la capacità di spesa delle persone, tuttavia è un tema che in provincia di Bolzano non è particolarmente sentito e rilevante poiché l'eventuale salario minimo, data la situazione di sostanziale piena occupazione, sarebbe sensibilmente inferiore agli stipendi realmente applicati.

La riduzione del cuneo fiscale è quello che deve essere fatto ed è banale dirlo, il problema sono le coperture finanziarie per cui il cosiddetto cuneo fiscale rappresenta per le casse dello Stato un'entrata rilevante certa, di fatto senza rischio di evasione con un basso costo di controllo, ma noi siamo qui effettivamente d'accordo.

Anche per l'integrazione dei contratti del settore privato, come proprio nel punto 2, in provincia di Bolzano non c'è questo problema dei minimi salariali troppo bassi, l'adeguamento all'inflazione sarebbe da applicare in modo più reattivo alle pensioni e per gli stipendi dovrebbe avvenire senza maggiori oneri per le imprese.

Poi c'è la riduzione del contributo a carico del datore di lavoro, qui sarebbe bello, però qualcuno i contributi deve necessariamente versarli; l'abbassamento dell'IVA nelle zone di confine – l'iniziativa creerebbe un'enorme complessità amministrativa, quello di cui le imprese non hanno bisogno, porterebbe a una complicata gestione dei comportamenti elusivi e dei tentativi di frode. Il problema poi non sarebbe risolto, ma spostato letteralmente di qualche chilometro con la creazione di nuove aree di confine fiscale.

La regolamentazione fiscale in deroga – si tratterebbe di mettere in pratica il cosiddetto federalismo fiscale con autonomia locale in materia di imposizione delle imposte dirette e indirette. Premesso che questo non pare attualmente costituzionalmente applicabile né possibile per le norme comunitarie, probabilmente la strada per risolvere le disuguaglianze fiscali in Europa non è creare nuove politiche fiscali indipendenti, ma unificare quelle a livello sovranazionale.

Per cui chiedo appunto la possibilità di votare i vari punti, su alcuni siamo d'accordo e su quegli altri, come ho detto, c'è una critica e non riteniamo che siano da votare a favore. Grazie!

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Ich glaube, dass das Problem schon hauptsächlich in Südtirol liegt. Ich habe ein kleines Häuschen in der Gemeinde Malosco in Welschtirol und ich möchte euch einige Preise sagen: Macchiatto 1,10 Euro, Pizza Margherita 5,50 Euro, Benzin, 1,69 Euro, eine 80-m²-Wohnung mit zwei Garagen 135.000 Euro. Ein Außenwandziegel, um vielleicht den Vergleich besser zu verstehen, kostet in Südtirol 6,94 Euro und genau der gleiche Typ kostet im Trentino, im Welschtirol 2,35 Euro.

Ich denke schon, dass das Hauptproblem, wie es die Abgeordnete Rieder angesprochen hat, mehr oder weniger in Südtirol liegt und dass wir hier einen Handlungsbedarf haben. Wir sind mittlerweile in vielen Bereichen auf den Tourismus konzentriert, den wir jetzt sicherlich nicht schlecht reden sollten, denn wir sollten nicht in die Suppe spucken, von der wir jährlich rausessen, wie bereits in den letzten 50 Jahren. Ich glaube schon,

dass es in Südtiroler Hand liegt, hier die Maßnahmen zu setzen. Wir werden diesem Antrag zustimmen. Danke schön.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich glaube, es ist allen klar, dass die Lebenshaltungskosten hier in Südtirol viel zu hoch sind. Sie sind ca. 25% über den Durchschnitt in Italien, die Löhne sind allerdings nur 9% höher als im restlichen Italien. Das bedeutet, dass die Menschen in Südtirol nicht genügend Geld haben, um gut ans Monatsende zu kommen. Viele Menschen haben nicht genug Geld und deshalb ist es notwendig, dass wir strukturelle Lohnerhöhungen auf den Weg bringen.

Ich bin auch mit Kollegin Rieder einverstanden, es braucht unbedingt auch strukturelle Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst, denn wenn die öffentliche Hand richtig gute Löhne bezahlt, faire und gerechte Löhne bezahlt, dann wird dem die Privatwirtschaft natürlich auch nachkommen. Aber für eine Inflationsanpassung, für höhere Löhne im öffentlichen Dienst braucht es dementsprechend die Mittel im Haushalt.

Ich muss aber schon sagen, dass in diesem Antrag, der natürlich in die richtige Richtung geht, im Punkt 7, wo man für pauschale Steuersenkungen ist was die Mehrwertsteuer anbelangt, dass das aber vielleicht nicht in die richtige Richtung geht. Wir schaffen damit ein Haushaltsloch, mit dem wir dann nicht die Möglichkeit haben, die Löhne für den öffentlichen Dienst, für die KrankenpflegerInnen zu erhöhen, für die Lehrkräfte zu erhöhen, usw. Solche pauschalen Steuersenkungen bedeuten eigentlich nur, dass derjenige, der jetzt seinen dritten Porsche kauft, gleich viel entlastet wird, wie die Person, die Studentin, der Angestellte, der sich vielleicht einmal eine Pizza im Monat leisten kann und dafür an anderer Seite sparen muss. Wir sind deshalb nicht dafür, dass wir pauschale Steuersenkungen, wie die Senkung der Mehrwertsteuer auf den Weg bringen, sondern wir brauchen gezielte Maßnahmen, gezielte Lohnerhöhungen, die Stärkung der öffentlichen Hand, die Stärkung der öffentlichen Einnahmen und nicht solche Maßnahmen, die dementsprechend eigentlich nur die öffentliche Hand schwächen würden.

Die anderen Punkte sind sehr wichtig und gehen in die richtige Richtung. Ich finde es auch wichtig, dass man gerade hier unterstreicht, dass ein Mindestlohn notwendig wäre. Da bin ich absolut der Meinung dieses Antrages, hier ist Italien eines der wenigen Länder, das sich gegen einen Mindestlohn total sträubt. Ich kann es wirklich nicht nachvollziehen und wirklich nicht verstehen. Hier auch die Frage an den Kollegen Galateo und den Kollegen Bianchi, wieso die italienische Regierung diese Maßnahme, die so wichtig wäre für die Menschen, die arbeiten, in Italien blockiert wird. In fast allen europäischen Ländern gibt es einen Mindestlohn, wieso gibt es ihn in Italien nicht? Es ist unverständlich, es ist nicht sozial gerecht, das versteht wirklich niemand. Das ist eine ideologische Versperrung der italienischen Rechten in der Regierung, die wirklich überhaupt nicht nachvollziehbar ist. Das geht so einfach nicht, da muss Italien unbedingt nachsteuern, nicht nur beim Mindestlohn, sondern auch bei den Löhnen. Italien ist eines der Länder in Europa, mit den niedrigsten Löhnen, das können wir wirklich nicht verantworten. Da ist die italienische Regierung auch in die Pflicht zu nehmen, endlich konkrete Schritte zu setzen und die Löhne, die seit Jahren nie erhöht wurden, sondern immer gleichgeblieben sind, und die Lebenshaltungskosten, die immer höher geworden sind, dass man hier nachsteuert.

Wir werden deshalb die ersten Punkte auf jeden Fall unterstützen, hingegen den Punkt der Senkung der Mehrwertsteuer finden wir nicht gezielt gerichtet und auch nicht im Sinne einer starken und öffentlich gerechten Sozialpolitik. Ich beantrage eine getrennte Abstimmung. Danke.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zunächst eine Klarstellung für den Kollegen Oberkofler. Wir fordern nicht die generelle Senkung der Mehrwertsteuer, sondern auf die Grundnahrungsmittel – das ist ein Unterschied, das möchte ich nur klarstellen –, auf die Dinge des täglichen Gebrauchs vor allen Dingen. Darum geht es primär in Punkt 1.

Kollegin Rieder, wir haben zwei Möglichkeiten, wir können bei jedem Antrag das Haar in der Suppe suchen, oder wir versuchen, konstruktiv eine Lösung zu finden. Wir haben überhaupt kein Problem damit, wenn wir die öffentlich Bediensteten mit aufnehmen. Damit haben wir überhaupt kein Problem. Nur das allein löst das Problem aber nicht. Das ist der Fehler zu glauben, wenn der öffentliche Sektor seine Löhne hochschraubt, was dringend notwendig wäre, da sind wir dafür, dass dann die Privatwirtschaft automatisch nachziehen wird. Das ist eben nicht der Fall. Und ich nenne dir ein ganz konkretes Beispiel. Es ist letzte Woche in Südtirol durch die Medien gegangen. Im neuen Kaufhaus hier in Bozen, das gebaut wird, wird ein Lebensmittelgeschäft einziehen, das 130 Mitarbeiter in Südtirol sucht. Es sind aber in Südtirol nicht 130 Mitarbeiter zu finden. Was ist also die Lösung des Unternehmens? Sie wollen diese Mitarbeiter von außerhalb Südtirols

herholen, sagen aber jetzt schon, dass diese Leute sich in Südtirol dann keine Wohnung leisten können, deshalb gehen sie an die öffentliche Hand, an das Land, und sagen, bitte stellt mir Wohnungen zur Verfügung. Da frage ich mich, ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, für ein Privatunternehmen Menschen Wohnungen zur Verfügung zu stellen? Wenn, wäre es doch die Aufgabe dieses Unternehmens diesen Mitarbeitern Löhne zu zahlen, mit denen sie sich auf dem freien Mietmarkt Wohnungen leisten können und nicht, dass das Unternehmen die Gewinne einschöpft und für die Folgekosten soll die öffentliche Hand zur Verfügung stehen. Das alleine löst das Problem einfach nicht. Es ist auch klar, wenn wir vom Mindestlohn nach europäischem Standard sprechen, bewusst keine Zahl hineinschreiben. Warum? Der Mindestlohn in einem osteuropäischen Land ist monetär nicht gleichzusetzen mit einem Mindestlohn beispielsweise in Südtirol, weil einfach die Lebenshaltungskosten in Osteuropa andere sind. Es ist doch klar, dass wir nicht eine Zahl hineinschreiben, das muss doch an einem Standard gemessen werden, der den Lebenshaltungskosten, die Mietpreise, und alles andere mitberücksichtigen. Deshalb haben wir hier von einem Standard gesprochen und haben es hier bewusst so hineingeschrieben.

Ich wäre auch vorsichtig zu sagen, wenn wir hier eine Rechnung machen, dann sind das nur 30 Euro im Monat, die sich eine Person erspart. Das sagt sich leicht, wenn man über diese 30 Euro verfügt als Landtagsabgeordneter. Zu uns kommen aber Menschen, vor allem Pensionisten, die sagen, am 27. des Monats habe ich keinen Euro mehr im Sack, um mir Lebensmittel zu kaufen. Denen zu sagen, was sind schon 30 Euro? Für diese Menschen wären 30 Euro sehr viel, Kollegin Rieder. Deshalb bitte Vorsicht mit derartigen Aussagen, weil da kommt bei der Bevölkerung schon das Empfinden auf, dass manche hier gar nicht wissen, wo die Probleme der Menschen in diesem Land überhaupt liegen.

Deshalb sage ich noch einmal, wir müssen aufpassen, dass wir in Südtirol nicht ein soziales Ungleichgewicht bekommen. Wer arbeiten geht und fleißig ist, der muss sich in Südtirol ein Leben leisten können. Das ist im Moment leider nicht der Fall! Wir haben schon einmal einen Begehrensantrag an das italienische Parlament geschickt in der letzten Legislaturperiode, wo wir eben gesagt haben, es gibt gewisse Grundbedürfnisse und da zählt nicht der Porsche dazu, sondern da zählen Lebensmittel dazu, dass man es im Winter in der Wohnung warm hat. Wenn man sich das nicht mehr leisten kann, dann muss man die Energiepreise senken oder muss die Mehrwertsteuer senken.

Ein Letztes und dann schließ ich ab. Im Bundesland Tirol wurde letzte Woche angekündigt, dass die Gaspreise drastisch, um mehr als die Hälfte reduziert werden. Das ist monatlich ein Ersparnis von 60 Euro für eine Familie. Ich frage mich, und was passiert in Südtirol? Bei uns passiert wieder gar nichts. Und das ist eben da, wo wir einhaken müssen.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): In persönlicher Angelegenheit. Ich habe nicht den Punkt 1 gemeint, dem werden wir zustimmen. Sie müssen aber schon den Antrag lesen, den Sie verfasst haben, den Sie auch mitunterzeichnet haben. Im Punkt 6 steht der Südtiroler Landtag spricht sich für eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer aus bzw. alternativ für eine Anpassung derselben in den Grenzregionen an Nachbarregionen aus. Das bedeutet eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer oder Anpassung. Das ist nicht gezielt gedacht. Nur um das klarzustellen, was ich in meinem Redebeitrag gemeint habe. Vielen Dank.

PRESIDENTE: Grazie. Do la parola alla giunta per la risposta, assessora Amhof, prego.

AMHOF (Landesrätin für Europa, Arbeit und Personal - SVP): Landeshauptmann Kompatscher und ich haben vereinbart, dass wir uns die Antworten aufteilen, einen Teil er und einen Teil ich. Wenn er nicht kommen sollte, übernehme ich selbstverständlich auch seinen Teil.

Womit Sie Recht haben, Kollegin Atz Tammerle, ist, dass die Teuerung der letzten Jahre den Familien und mittlerweile auch dem Mittelstand sehr zu schaffen macht. Allerdings sehe ich im Moment nicht die Prognosen in die Richtung gehen, dass wir am Anfang einer Teuerungswelle sind. Die Prognosen zeigen eigentlich dahingehend, dass sie sich abflachen und die Inflation eigentlich wieder am Sinken ist, dass ganz besonders Italien im Moment im europäischen Mittelwert die niedrigste Inflationsrate hat. Nein, insgesamt die niedrigste. Also die Zahlen können Sie gerne nachlesen, im europäischen Vergleich hat zurzeit Italien die niedrigste Inflationsrate. Es steigt sehr langsam. Vielleicht ist das für den einen oder anderen auch beruhigend, was aber nicht einhergeht damit, ist, dass die Preise auch sinken. Das nicht, die Inflationsrate sinkt.

Jetzt möchte ich auf die einzelnen beschließenden Teile eingehen.

Zu Punkt 2. Der Südtiroler Landtag hat sich hier in diesem Saal bereits im Jahr 2022 für einen gesetzlichen Mindestlohn in Italien ausgesprochen und dazu auch einen Begehrensantrag nach Rom geschickt. Ich kann mich noch an die lebhafte Debatte hier im Landtag erinnern. Frau Kollegin Rieder hat es heute wiederholt. Wenn wir von einem Mindestlohn in Italien sprechen, dann müssen wir auch das Gefälle in Italien mitberücksichtigen. Das Parlament hat im Dezember 2023 diesen gesetzlichen Mindestlohn heftig diskutiert, den Mindestlohn von 9 Euro, und hat ihn im Dezember 23 versenkt. Fakt ist, dass die Europäische Union vorsieht, dass in den europäischen Staaten ein Mindestlohn eingeführt wird, aber wie Kollegin Rieder bereits richtig ausgeführt hat, in allen Ländern unterschiedliche Löhne vorsieht. Italien ist eines jener 5 europäischen Staaten, die zurzeit keinen Mindestlohn haben und zurzeit auch nicht verpflichtet werden können, von Seiten der Europäischen Kommission diesen Mindestlohn einzuführen, weil in Italien ein Kollektivvertragssystem vorherrscht und ständige kollektivvertragliche Anpassungen gemacht werden. Folge dessen kann die Europäische Kommission Italien auch nicht verpflichten, diesen Mindestlohn einzuführen. Wenn wir heute die 9 Euro Mindestlohn und die Diskussion, die darüber geführt worden ist, mit den kollektivvertraglichen Mindestlöhnen vergleichen, die in den einzelnen Branchen festgelegt wurden, dann sind wir zurzeit in sehr wenigen Bereichen unter diesem 9-Euro-Mindestlohn. Wir sind, vor allem, was die Sicherheitskräfte anbelangt, die Sicherheitsdienste wie da draußen auf dem Platz machen, unter diesem Mindestlohn. Die liegen deutlich darunter. Aber die meisten anderen Kollektivverträge, die heute in Italien abgeschlossen sind, liegen bei 9 Euro und darüber. So viel zu diesem Punkt. Ich möchte hinzufügen, dass die verschiedenen Gewerkschaften, aber auch die Expertinnen und Experten in Italien nicht einig sind darüber, ob es in Italien einen Mindestlohn braucht oder nicht, weil wir eigentlich ein Kollektivvertragssystem haben. Österreich ist auch nicht verpflichtet, einen Mindestlohn einzuführen, weil sie auch eine Sozialpartnerschaft hat, die in den Teilbereichen die eigenen kollektivvertraglichen Abkommen schließt.

Zu Punkt 3, die Forderung der Senkung der Lohnnebenkosten. Das betrachte ich immer als einen sehr schwierigen Aspekt, denn mit den Lohnnebenkosten werden Maßnahmen finanziert, die man ansonsten anderweitig finanzieren muss. Was gehört dazu? Dazu gehören die Pensionen, unsere Renten, die Mutterschaftsgelder, die Krankengelder, der Lohnausgleich, das Arbeitslosengeld, ganz viele Leistungen werden über diese Lohnnebenkosten finanziert. Deshalb bin ich mit dieser Forderung nicht einverstanden, dass man diese senken soll. Auch bei Steuersenkungen muss man immer mitbedenken, dass wir ein öffentliches Gesundheitssystem haben, das steuerfinanziert ist, und für jeden frei zugänglich, was wir in vielen anderen europäischen Ländern nicht haben.

Zu Punkt 4. Wir haben keine Möglichkeit auf Kollektivvertragsverhandlungen im privaten Sektor einzugreifen, dafür sind einzig und allein die Sozialpartner zuständig. Was die Landesregierung schon tun kann, ist, solche Vertragsverhandlungen zu fordern. Und das tun wir. Wir hatten erst letzte Woche wieder ein Treffen mit den Gewerkschaftsbünden und haben das auch noch einmal mit ihnen besprochen, auch über flankierende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Senkung der IRAP-Steuer, auch bei öffentlichen Ausschreibungen gewisse Parameter vorzusehen. Aber dahingehend hat sich dieser Landtag bereits ausgesprochen und sich positiv dafür ausgesprochen.

Zu Punkt 5. Auch Arbeitgeberabgaben im Sinne von Sozialabgaben und Steuern sind keine Kompetenz von Vertragsverhandlungen. Das kann in Vertragsverhandlungen nicht definiert werden. Was es gibt, das sind mögliche Zusatzleistungen, die bei Vertragsverhandlungen verhandelt werden können. Das sind zum Beispiel Gesundheitsfonds, wie es einzelne Branchen auch schon gemacht haben und die von Branchen eingeführt worden sind, oder auch Solidaritätsfonds, die dann zur Weiterbildung, zur Ausbildung der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter herangezogen werden können. Aber auch hier gilt immer das Prinzip, wer mehr einzahlt, kann auch mehr herausholen. Dann sind wir wieder bei den Lohnnebenkosten, wer mehr in solche Fonds, also über Lohnnebenkosten, einzahlt, der kann auch wieder mehr herausnehmen.

Der Landeshauptmann ist jetzt nicht da, dann würde ich auch ganz schnell seinen Teil übernehmen.

Kurz zum Punkt 1 des beschließenden Teiles. Hier geht es um die Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel. Da muss ich Kollegin Rieder auch wieder Recht geben. Wir haben eine Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel, die liegt bei 4%. Im Vergleich, wenn Sie sagen eine Anpassung an die Nachbarregionen, liegt in Österreich die Mehrwertsteuer auf Nahrungsmittel bei 10%. Ich denke, da sind wir mit den 4% relativ gut bedient. In Italien gibt es verschiedene Stufen. Einmal gibt es Steuersätze von 4%, von 5%, von 10% und dann noch die 22%. Im Gegensatz dazu gibt es in Österreich im Vergleich drei Mehrwertsteuersätze. Der ordentliche Satz liegt dort bei 20% und zwei verminderte Mehrwertsteuersätze, nämlich 10% für Medika-

mente und Lebensmittel und dann noch 13%. Wenn man es aufs Ganze berechnet, insgesamt die verschiedenen Steuersätze, dann haben wir keine recht großen Unterschiede.

Zu Punkt 6. Eine generelle Senkung der Mehrwertsteuer wäre in Italien insgesamt sicherlich zu begrüßen, es gilt aber zu bedenken, dass bei der Reduzierung von Steuereinnahmen, eben Ausgabenkürzungen, höhere Einnahmen in anderen Bereichen braucht. Ein höheres Staatsdefizit wäre dann die Folge. Eine Anpassung/Reduzierung der Mehrwertsteuer in Grenzregionen würde nicht nur Südtirol, sondern auch alle anderen Grenzregionen treffen. Weiters wäre zu berücksichtigen, dass eine diesbezügliche Mehrwertsteuerreduzierung voraussichtlich einer EU-Untersuchung nicht standhalten würde, wenn wir das nur für die Grenzregionen einführen würden. Schließlich wäre eine territorial begrenzte Senkung praktisch nicht umsetzbar, da der Warenaustausch für die Erbringung von Dienstleistungen meistens innerhalb eines gesamten Staates stark vernetzt ist und gegeben sein muss.

Wir schlagen deshalb vor, mit all diesen Begründungen, diesen Beschlussantrag nicht anzunehmen. Danke.

PRESIDENTE: Grazie. Prima di dare la parola alla consigliera Atz Tammerle begrüße ich die Klasse 5A der technischen Fachoberschule Max Valier, Bozen, mit der Begleitperson Frau Katrin Saltuari.

Prego, consigliera Atz Tammerle.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wer nicht wagt, der nicht gewinnt. Aus diesem Grund haben wir diesen Begehrensantrag ausgearbeitet und eingebracht. Ich muss schon sagen, wenn es darum geht, zu schauen, ob der italienische Staat mit der Mehrwertsteuer irgendwie auskommt, ob seine Rechnung aufgeht, tut mir leid, da gehe ich nicht mit. Ich sitze hier, ich bin gewählte Volksvertreterin, von Menschen gewählt, um mich hier für die Menschen einzusetzen und nicht für den Staat. Der Staat kann seine Rechnung machen, aber Fakt ist, dass sehr viele Menschen in Südtirol die eigene Rechnung nicht mehr machen können, weil sie nicht mehr auskommen. Unsere Pflicht ist es, hier im hohen Haus für diese Menschen Sorge zu tragen und uns hier dafür einzusetzen, dass ihnen vielleicht einigermaßen diese Rechnung wieder aufgeht. Ich verstehe die Begründungen, alles okay, sachlich gesehen ja, aber das ändert nichts daran, dass wir zahlreiche Menschen in Südtirol haben, die mit ihrem Einkommen kein Auskommen mehr haben, die schlaflose Nächte haben, sich keinen Zahnarzt mehr leisten können. Vielleicht müssen sie in die Notaufnahme gehen, anstatt eine Reparatur vornehmen zu lassen und weil die zu teuer ist. Der Zahn muss gezogen werden, weil das eine einfache Lösung ist. Danach jedes Mal, wenn sie in den Spiegel schauen, fühlen sie sich nicht wohl. Soll das alles besser sein? Schauen wir über die Situation hinweg?

Ich muss schon sagen, eines der ersten Interviews, die ich gegeben habe als ich 2015 in den Landtag kam, war, dass ich gefragt wurde, was ich davon halte, dass die Landesregierung das Pflegegeld um 2 bzw. 4 Euro erhöht hat. Es ist zum Schämen, war damals dann überall großgeschrieben. Jetzt machen wir hier eine Rechnung, ob es sich für Menschen auszahlt, um 30 Euro plus oder minus das Ganze voranzutreiben. Ja! Meine Antwort ist ja, ganz klar! 30 Euro kann für jemand, der nichts hat, sehr viel sein! Sehr viele Menschen sagen, wenn ich nur diese 30 Euro hätte. Aus diesem Grund ist es notwendig, dass wir hier Maßnahmen ergreifen. Es sind viele Jahre vergangen, wo in irgendwelche Infrastrukturen, in Mauern, in Projekte, Millionen investiert wurden, aber die Menschen haben am Ende des Monats nichts mehr auf dem Teller. Dieser Vergleich ist für jeden Menschen, der in dieser Situation ist, einfach eine Zumutung, der möglicherweise schlaflose Nächte hat und schauen muss, wie er morgen überhaupt noch etwas zum Essen hat. Das ist eine Zumutung! Unsere Aufgabe ist es, ich sehe es hier als Pflicht, dass wir schauen, dass unsere Menschen etwas auf dem Teller haben, dass sie Geld in ihrer Geldtasche haben, dass sie überhaupt an der Kassa stehen können. Erst kürzlich war vor mir eine Frau, eine Rentnerin, die vielleicht ihr Leben lang in Südtirol gearbeitet hat und in die ganzen Kassen eingezahlt hat, dazu beigetragen hat zu einem funktionierenden Sozialsystem und gesellschaftliches System in Südtirol, der öffentlichen Hand vielleicht nicht zur Last gefallen ist, und jetzt steht sie an der Kasse und muss die Sachen aus dem Korb herausnehmen, wo alles in letzter Minute um den halben Preis verkauft wird, bevor es zusammenfällt. Das ist die Realität von sehr vielen Menschen in Südtirol. Das ist ein Armutszeugnis für Südtirol! Da können wir uns hier in diesem hohen Haus selbst an die Nase fassen und fragen, was liegt in unserer Pflicht zu tun, damit es den Menschen besser geht? Und nicht nur vor den Wahlen immer schön diskutieren auf den ganzen Podiumsdiskussionen, und dann wird hier ein Antrag gemacht, und dann wird er in alle Bruchstücke zerlegt und das Haar in der Suppe gesucht, damit man ihn ablehnen kann. Und es ändert sich um keinen Beistrich, um keine Kommastelle in Bezug auf das Geld, auf das Konto der

Menschen, die draußen schauen müssen auszukommen, damit sie überhaupt etwas zum Essen haben, damit sie vielleicht eine warme Wohnung haben, damit sie Wasser zum Duschen haben.

Wenn wir aber hier über die Ausländer diskutieren, über Flüchtlinge, da versteht man es, dass sie ein Lebensminimum brauchen, dass sie Recht auf ein würdiges Leben haben und auf das Minimum, das man braucht. Umgekehrt aber, bei unseren Menschen, die kein Auskommen mehr haben, da schaut man wieder drüber hinweg. Aus diesem Grund ersuche ich wirklich sehr um Zustimmung, wie gesagt, man muss es probieren, wir wollten etwas in die Wege leiten, das sind wir den Menschen in Südtirol schuldig.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Fortgang der Arbeiten. Zu Punkt 6 des beschließenden Teiles. Die Landesrätin hat gesagt, dass eine eigene Steuer EU-rechtswidrig wäre. Ich möchte dazu nur sagen, weil das vielleicht das Abstimmungsergebnis hier im Landtag ändert, es gibt in Europa viele Gemeinden und Regionen, wo ein anderer Mehrwertsteueransatz angewendet wird, zum Beispiel in Tirol in den Gemeinden Jungholz, und auch in anderen, also das ist gängige Praxis. Ich will das nur sagen, weil das vielleicht wirklich das Abstimmungsverhältnis ändern könnte, wenn das so stehenbleibt.

PRESIDENTE: Grazie. Passiamo alla votazione. Pongo in votazione il voto n. 12/24 per parti separate come richiesto dal consigliere Repetto.

Apro la votazione sulle premesse: respinte con 12 voti favorevoli, 18 voti contrari e 4 astensioni.

Apro la votazione sul punto 1 della parte dispositiva: respinto con 15 voti favorevoli e 19 voti contrari.

Apro la votazione sul punto 2 della parte dispositiva: respinto con 16 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Apro la votazione sul punto 3 della parte dispositiva: respinto con 16 voti favorevoli, 17 voti contrari e 1 astensione.

Apro la votazione sul punto 4 della parte dispositiva: respinto con 16 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Apro la votazione sul punto 5 della parte dispositiva: respinto con 15 voti favorevoli, 18 voti contrari e 1 astensione.

Apro la votazione sul punto 6 della parte dispositiva: respinto con 11 voti favorevoli, 21 voti contrari e 1 astensione.

Apro la votazione sul punto 7 della parte dispositiva: respinto con 12 voti favorevoli e 20 voti contrari.

Il voto non viene approvato.

Punto 9) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 72/24 del 18/4/2024, presentata dai consiglieri Rieder, Köllensperger, Ploner Franz e Ploner Alex, riguardante edilizia abitativa agevolata: liquidare i contributi subito e non dopo due anni."**

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 72/24 vom 18.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz und Ploner Alex, betreffend Wohnbauförderung - Auszahlung jetzt und nicht in zwei Jahren."**

Edilizia abitativa agevolata: liquidare i contributi subito e non dopo due anni

In Alto Adige, l'aumento dei prezzi degli immobili e del costo della vita in generale penalizzano la popolazione ostacolando nella realizzazione della prima casa. Questa situazione viene aggravata dalle complesse procedure di approvazione delle domande di agevolazione edilizia e dai lunghi tempi di attesa per ottenere i relativi contributi. Attualmente, chi fa richiesta deve attendere mediamente 22 mesi per la risposta e altri sette mesi per la liquidazione del contributo della Provincia. Questi ritardi e la conseguente svalutazione dei contributi fanno sì che molte persone intenzionate a costruire rinuncino ai loro progetti o si trovino a dipendere dal sostegno economico delle loro famiglie.

La risposta all'interrogazione consiliare n. 91 del 12 febbraio 2024 ci mostra quanti/e richiedenti attendono ancora, in data 12/3/2024, che la propria domanda per l'acquisto, la nuova costruzione o il recupero della prima abitazione venga valutata.

- Anno 2022: sono in attesa di valutazione 517 domande e 40 domande sono in fase di elaborazione.
- Anno 2023: sono in attesa di valutazione 1111 domande e nessuna domanda si trova in fase di elaborazione.

- Anno 2024: sono in attesa di valutazione 207 domande e nessuna domanda si trova in fase di elaborazione

A fine marzo/inizio aprile è prevista la liquidazione del contributo provinciale a circa 200 richiedenti.

Con la legge provinciale n. 5/2021, il Consiglio provinciale ha previsto diverse semplificazioni dell'ordinamento dell'edilizia abitativa agevolata, tra cui l'abolizione delle verifiche sulla capacità di rimborso, sull'importo massimo del mutuo ipotecario nonché sul patrimonio immobiliare complessivo di genitori, suoceri e figli. La legge provinciale n. 15/2022 ha introdotto ulteriori semplificazioni in materia, in particolare per quanto riguarda l'annotazione del vincolo sociale, che ora avviene solo tramite notaio, e la cancellazione di tale vincolo. Con la legge provinciale n. 18/2023 si è deciso che la superficie convenzionata non inciderà più sull'entità del contributo. Nonostante queste modifiche non sembra però essere stato conseguito l'obiettivo di ridurre i lunghi tempi di attesa per la liquidazione del contributo provinciale. Se è comprensibile che le modifiche legislative comportino sempre una grande mole di lavoro aggiuntivo per l'amministrazione, si pone tuttavia la questione se esse siano davvero mirate agli obiettivi prefissati, vale a dire la riduzione dei tempi di attesa per l'effettiva corresponsione dei contributi. Il fatto che il Decreto del presidente della Provincia n. 26 del 21 agosto 2023 abbia accorpato l'Ufficio promozione dell'edilizia agevolata e l'Ufficio tecnico dell'edilizia agevolata in un nuovo ufficio non cambia la situazione. Naturalmente questa riorganizzazione è importante, perché la fusione dei due uffici ha migliorato di fatto il coordinamento dei processi di consultazione e di elaborazione delle domande, riducendo le sovrapposizioni tra uffici. Ma a cosa serve un'innovazione organizzativa se per quanto riguarda la digitalizzazione siamo ancora all'età della pietra? La rielaborazione dei moduli online, che per gli utenti rende più facile reperire e utilizzare i moduli, è un piccolo passo verso la digitalizzazione. La completa digitalizzazione della presentazione e dell'elaborazione delle domande ridurrebbe in modo significativo lavoro e oneri amministrativi nonché i tempi per la valutazione. Si tratta dell'unico modo per ridurre gli eccessivi tempi di attesa, ma la strada da percorrere è ancora molto lunga, come si evince anche dalla risposta all'interrogazione di cui sopra: "La Ripartizione edilizia abitativa diversi anni fa attraverso un'analisi aziendale ha rilevato le diverse procedure e ha predisposto un piano di sviluppo informatico che attualmente si trova in fase di revisione da parte della Ripartizione informatica, al fine di stabilire se la Ripartizione edilizia abitativa possa essere ricompresa nel programma PABgoesdigital. Questo è tutto per quanto riguarda la rivoluzione digitale".

Un ulteriore fattore significativo che determina i lunghi tempi per la valutazione da parte della Ripartizione edilizia abitativa è la carenza di personale, visto che attualmente sei posti sono vacanti. Il fatto che tra la presentazione della domanda di agevolazione edilizia e la liquidazione del relativo contributo provinciale passino tre o più anni e che l'Ufficio promozione dell'edilizia agevolata sia ancora sotto organico comporta per i/le richiedenti degli alti costi aggiuntivi. Nel frattempo c'è sempre meno comprensione per i lunghi periodi di attesa per la liquidazione dei contributi. Nella maggior parte dei casi il contributo provinciale viene prefinanziato da una banca attraverso una cosiddetta garanzia bancaria. Gli interessi su tale garanzia fanno sì che dopo tre anni i/le richiedenti subiscano una svalutazione del già modesto contributo provinciale, e chi ha scelto un tasso di interesse variabile ora deve pagare il doppio. La casa è e rimane una difficile impresa, soprattutto per i giovani.

È quindi necessario intervenire adesso: la valutazione delle domande presentate negli ultimi anni e la liquidazione dei contributi provinciali sono una priorità assoluta. Lo stallo creatosi negli ultimi anni nell'elaborazione delle domande va superato con provvedimenti immediati, e in futuro sarà necessario adottare delle misure affinché i contributi per l'edilizia agevolata siano valutati ed erogati in tempo utile. Lo dobbiamo alla popolazione altoatesina.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

1. a esternalizzare l'elaborazione delle domande di agevolazione edilizia degli anni 2022 e 2023 con l'obiettivo di evaderle entro il 2024 e di liquidare i relativi contributi;

2. *ad avviare negli uffici competenti l'elaborazione delle domande relative al 2024;*
3. *ad adottare misure per semplificare e digitalizzare le domande di agevolazione edilizia, in modo che in futuro possano essere evase e liquidate in tempi accettabili.*

Wohnbauförderung – Auszahlung jetzt und nicht in zwei Jahren

Die steigenden Immobilienpreise und gestiegenen Kosten in Südtirol belasten die Bevölkerung und führen zu einem Rückgang beim Bau von Eigenheimen. Erschwert wird die Situation durch komplizierte Genehmigungsverfahren und lange Wartezeiten bei der Wohnbauförderung. Aktuell warten Antragsteller im Durchschnitt 22 Monate auf den Bescheid und weitere sieben Monate auf die Auszahlung der Landesbeiträge. Diese Verzögerungen und die Entwertung der Beiträge führen dazu, dass viele Bauwillige von ihren Projekten Abstand nehmen oder auf finanzielle Unterstützung von Familie angewiesen sind.

Wie viele Antragsteller:innen mit Stand 12.03.2024 auf die Bearbeitung ihrer Gesuche für den Kauf, Neubau und Wiedergewinnung der Erstwohnung warten, zeigt uns die Antwort auf die Landtagsanfrage Nr. 91 vom 12.02.2024.

- Jahr 2022: 517 Gesuche warten derzeit auf die Bearbeitung; 40 Gesuche werden derzeit bearbeitet.*
- Jahr 2023: 1111 Gesuche warten derzeit auf die Bearbeitung; keine Gesuche sind in Bearbeitung.*
- Jahr 2024: 207 Gesuche warten derzeit auf die Bearbeitung; keine Gesuche sind in Bearbeitung*
- An ca. 200 Gesuchsteller:innen soll Ende März - Anfang April der Landesbeitrag ausbezahlt werden.*

Mit Landesgesetz Nr. 5/2021 wurden mehrere Vereinfachungen zum Wohnbauförderungsgesetz vom Südtiroler Landtag in die Wege geleitet, u.a. die Abschaffung der Kontrolle der Rückzahlungsfähigkeit, die Abschaffung der Kontrolle des max. Hypothekendarlehen, die Abschaffung der Kontrolle des gesamten Immobilienvermögens von Eltern, Schwiegereltern und Kindern. Mit Landesgesetz Nr. 15/2022 wurden weitere Vereinfachungen im vorliegenden Bereich verabschiedet, insbesondere was die Eintragung der Sozialbindung betrifft, welche nur noch über einen Notar erfolgt und die Löschung der Sozialbindung. Mit Landesgesetz Nr. 18/2023 wurde beschlossen, dass die Konventionalfläche nicht mehr für die Beitragshöhe berücksichtigt wird. Aber auch diese Änderungen haben augenscheinlich das Ziel verfehlt, nämlich den Abbau der langen Wartezeiten für die Auszahlung der Landesbeiträge. Dass gesetzliche Änderungen auch immer einen großen Mehraufwand für die Verwaltung mit sich bringen, ist verständlich, es stellt sich jedoch die Frage ob diese Gesetzesänderungen wirklich auf den erhofften Erfolg abzielen, nämlich die Reduzierung der Wartezeiten für die Auszahlung der Beiträge. Daran ändert wohl auch der Umstand nichts, dass mit dem Dekret des Landeshauptmannes Nr. 26 vom 21. August 2023 das Amt für Wohnbauförderung und das technische Amt für den geförderten Wohnbau zusammengelegt und ein neues Verwaltungsamt für den geförderten Wohnbau geschaffen wurde. Natürlich ist diese Reorganisation wichtig, da durch den Zusammenschluss des Amtes für Wohnbauförderung und des ehemaligen technischen Amtes für den geförderten Wohnbau die Abläufe der Beratung und Gesuchbearbeitung in der Praxis besser aufeinander abgestimmt und die Schnittstellen zwischen den Ämtern abgebaut wurden. Aber was nützt die organisatorische Neuerung, wenn wir uns mit der Digitalisierung immer noch in der Steinzeit befinden. Die Überarbeitung der Online-Formulare, welche die Vereinfachung für die Bürger/innen in Bezug auf das Auffinden und Verwenden der Formulare mit sich bringt, ist ein kleiner Schritt zur Digitalisierung. Die vollständige Digitalisierung der Gesuchseinreichung und -abwicklung würde die Bearbeitung und den Verwaltungsaufwand sowie die Bearbeitungszeiten erheblich reduzieren. Nur so können die immensen Wartezeiten verkürzt werden, aber bis dahin ist es wohl noch ein sehr langer Weg, was auch aus der Antwort der obengenannten Anfrage hervorgeht: "Demnach hat die Abteilung Wohnungsbau zwar bereits vor einigen Jahren die verschiedenen Verfahren über eine Business Analyse erfasst und einen IT Bebauungsplan erstellt. Zurzeit wird dieser von der Abteilung Informatik überprüft, um auszuloten, ob die Abteilung Wohnungsbau in die Schiene PABgoesdigital aufgenommen werden kann. So viel zur digitalen Revolution."

Ein erheblicher Faktor für die langen Bearbeitungszeiten in der Abteilung Wohnungsbau ist auch der Personalengpass, da aktuell 6 Stellen vakant sind, was sich wiederum auf die Bearbeitungszeiten auswirkt. Dass zwischen Vorlage des Gesuches um Wohnbauförderung und der Auszahlung des Landesbeitrages immer noch drei Jahre und mehr vergehen und das Amt für Wohnbauförderung weiterhin unterbesetzt ist, bringt für die Gesuchsteller:innen hohe finanzielle Zusatzkosten. Das Verständnis für die langen Wartezeiten bei der Auszahlung der Beiträge schwindet. Der Landesbeitrag wird in den meisten Fällen durch eine Bank mittels einer so genannten Bankgarantie vorfinanziert. Durch die Verzinsung der Bankgarantie erfahren die Gesuchsteller innerhalb von drei Jahren eine Entwertung des ohnehin bescheidenen Landesbeitrages. Und wer in den letzten Jahren auf einen variablen Zinssatz gesetzt hat, der wird nun doppelt zur Kasse gebeten. Das Wohnen ist und bleibt insbesondere für junge Menschen eine große Herausforderung. Daher muss jetzt gehandelt werden, die Bearbeitung der Gesuche der letzten Jahre und die Auszahlung der Landesbeiträge hat höchste Priorität. Der in den letzten Jahren entstandene Stau in der Bearbeitung muss mit Sofortmaßnahmen abgearbeitet werden, zukünftig müssen Maßnahmen für die termingerechte Bearbeitung und Ausbezahlung der Beiträge für die Wohnbauförderung ergriffen werden. Das sind wir den Menschen in Südtirol schuldig. Dies alles vorausgeschickt

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

- 1. die Bearbeitung der Gesuche für die Wohnbauförderung betreffend die Jahre 2022 und 2023 auszulagern mit dem Ziel, diese innerhalb des Jahres 2024 zu bearbeiten und die zustehenden Beiträge zur Auszahlung zu bringen.*
- 2. Mit der Bearbeitung der Gesuche betreffend das Jahr 2024 in den zuständigen Ämtern zu beginnen.*
- 3. Maßnahmen zur Vereinfachung und Digitalisierung der Gesuche zur Wohnbauförderung zu setzen, damit diese zukünftig in annehmbaren Zeiten bearbeitet und ausbezahlt werden.*

Do la parola alla consigliera Rieder per l'illustrazione della mozione. Prego.

RIEDER (Team K): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wenn wir vorher darüber gesprochen haben, was sich die Menschen in diesem Land nicht mehr leisten können, dann glaube ich, ist das hier ein Thema, was sich viele überhaupt nicht mehr leisten können. Da geht es nicht um 27 oder um 30 Euro.

1.835 Gesuche für die Wohnbauförderung warten auf Bearbeitung. 515 aus dem Jahre 2020, davon sind 40 in Bearbeitung. 1.111 Gesuche aus dem Jahr 2023 davon sind null Gesuche in Bearbeitung und dazu kommen noch die 207 Gesuche aus dem Jahr 2024, auch diese werden noch nicht bearbeitet.

Jene, die bereits in der letzten Legislatur hier gesessen haben, wissen, dass ich dieses Thema auch damals schon öfters aufgegriffen haben. Ich habe in der letzten Legislatur auch immer wieder Anfragen gemacht, gerade in diesem Zusammenhang, weil mich wirklich verzweifelte WohnungskäuferInnen, HausbauerInnen kontaktiert haben, die diese drei bis dreieinhalb Jahre auf die Auszahlung der Wohnbauförderung warten müssen. Ich glaube, und da hoffe ich, dass alle zustimmen, das ist nicht tragbar.

Wir hatten in der letzten Legislatur darüber geredet und in den Antworten auf den Anfragen ist auch immer wieder gesagt worden, es werden Gesetzesänderungen gemacht, (die dann auch gemacht wurden), und diese würden dann Besserung bringen. Bis jetzt hat es den großen Erfolg offensichtlich noch nicht gegeben.

Was in der letzten Legislatur bei den Anfragen auch immer wieder aufgetaucht ist, ist das fehlende Personal, also Stellen, die offen sind. Ich habe am Anfang dieser Legislatur wieder eine Anfrage gestellt, und auch da wurden mir diese Sachen bestätigt, dass weiterhin 6 Stellen unbesetzt sind und dass das Personal fehlt. Ich glaube, wir können wenig Hoffnung haben, dass wir alle Stellen besetzen können, weil das mit der Personalakquise sehr schwierig ist. Ich glaube, es macht auch nicht unmöglich viel Spaß in einem Amt zu arbeiten, wo dann wahrscheinlich sehr viele der Menschen, die vorbeikommen oder die anrufen, ungehalten sind, weil sie so lange warten müssen. Ich habe nach den Gründen gefragt, warum so viele kündigen. Es hat viele Kündigungen gegeben. Da waren viele MitarbeiterInnen, die sich auf der hohen Arbeitsbelastung, der geringen Entlohnung bezogen und auch weil sie sagen, es ist nicht zumutbar, und deshalb gekündigt haben.

Ich möchte hier wirklich betonen, ich möchte die Mitarbeitenden in diesen Ämtern herausnehmen, sie tun sicher das Beste, ich möchte denen wirklich keinen Vorwurf machen, sie tun sicher alles, was in ihrer Macht steht, aber ich glaube, wir müssen hier und da muss allen voran die Landesrätin Lösungen finden, da muss es von der Landesrätin Verbesserungen geben. Wenn ich die Antwort anschau, Frau Landesrätin Mair, da haben mich zwei Sachen sehr skeptisch gemacht, dass diese Besserungen schnell kommen werden, und zwar einmal, das mit den offenen Stellen und zum Zweiten, das mit der Digitalisierung.

Wenn Sie mir antworten, dass eine vollkommene Digitalisierung der Einreichung der Gesuchsabwicklung die Bearbeitung revolutionieren würde, und mit großem positivem Aufwand verbunden wäre, dann glaube ich das natürlich. Ich habe gehofft, dass das schnell passiert. Wenn Sie aber zwei Zeilen drunter schreiben, dass hier eigentlich vom zuständigen Amt die Vorarbeiten schon geleistet wurden, dass man aber jetzt auf die Abteilung Informatik wartet, die überprüft, auszuloten, wann und ob die Abteilung Wohnbau in die Schiene aufgenommen werden kann.

Ich glaube, hier sind wir immer wieder beim selben Thema, wir haben in der Sanität das Problem mit der Digitalisierung und wir sehen es auch hier. Was aber nicht geht und was die Menschen wirklich nicht mehr hinnehmen können, ist, dass die Konsequenzen des Versagens der öffentlichen Verwaltung allein die Bürgerinnen und Bürger tragen. Sie können nichts dafür. Was noch schlimmer ist, sie können gar nichts dagegen tun. Sie sind einfach dem ausgeliefert und müssen diese negativen Konsequenzen tragen.

Wenn wir hier Rechnungen machen, dann müssen wir auch hier die Rechnung machen, denn wegen dieser verspäteten Auszahlung der Wohnbauförderung geht auch ein Teil des Beitrages einfach verloren. Denn diese Betroffenen müssen einen Kredit bei der Bank aufnehmen, der kostet ja, und müssen dann die Zinsen bezahlen. Wenn wir die Rechnung machen (über die Beiträge müssen wir natürlich gesondert diskutieren) und zum Beispiel eine Einzelperson einen maximalen Beitrag für den Bau von 32.500 Euro bekommt, dann macht sie damit nicht sehr viel. Wenn sie aber dann auch noch 3 Jahre warten muss, bis er ausgezahlt wird, und in der Zwischenzeit in der Bank die Zinsen begleichen muss, wenn wir von einem Zinssatz von 5%, 6% reden, was mittlerweile sehr realistisch ist, dann gehen von den 32.000 Euro über 5.500 Euro verloren, nur für die Zinsen. Nicht weil er oder sie säumig war, nein, weil wir hier vom Land säumig sind, weil wir die Gesuche nicht bearbeiten können.

Kollegin Mair, Sie wissen auch, dass wir in der letzten Legislatur schon Vorschläge gemacht haben, wie man das schneller oder besser machen könnte. Damals habe ich vorgeschlagen, dass das Land einfach den Menschen die Differenz nachbezahlt, einfach das Geld ausbezahlt, das ihnen verloren gegangen ist, weil die Ämter säumig sind. Das wurde abgelehnt.

Heute mache ich einen anderen Vorschlag. Ich glaube, es ist einfach notwendig. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, bei diesem Beschlussantrag, wo ich den Vorschlag gemacht habe, wurde ein Teil des beschließenden Teils genehmigt. Ich möchte ich Sie an den Beschlussantrag Nr. 697 vom April 2023 erinnern, wo mit 30 Ja-Stimmen genehmigt wurde, dass Maßnahmen ergriffen werden, um die langen Wartezeiten für die Bearbeitung der Gesuche für den Kauf, den Bau und die Wiedergewinnung der Erstwohnung zu verringern. Bisher haben die Maßnahmen, die eventuell ergriffen wurden, noch nicht gegriffen.

Deshalb schlage ich heute hier vor, dass wir die Bearbeitung der Gesuche für die Wohnbauförderung für die Jahre 2022 und 2023 – ich habe es gesagt, das sind über 1.600 Gesuche – auslagern, dass wir jemanden beauftragen, der diese Gesuche abarbeitet, und dass die Beamtinnen und Beamten des zuständigen Amtes der Wohnbauförderung mit der Bearbeitung der Gesuche aus dem Jahr 2024 beginnen. Es ist notwendig, hier einfach einmal nachzuarbeiten. Es geht nicht, wenn über 1.600 Gesuche in der Schublade liegen, dann glaube ich, ist es hier mit dem Personal, das wir derzeit haben, nicht möglich, das irgendwann nachzuarbeiten. Das ist Punkt 2.

Dann in Punkt 3, die Maßnahmen zur Vereinfachung und Digitalisierung der Gesuche zur Wohnbauförderung zu setzen, damit diese zukünftig in annehmbaren Zeiten bearbeitet und ausgezahlt werden.

Ich glaube, in dieser Legislatur müssen wir weggehen vom Ankündigen, wir müssen weggehen, Pläne zu schreiben, denn Pläne haben wir in der letzten Legislatur genügend geschrieben, Pläne haben wir auch genehmigt. Jetzt geht es darum, dass wir diese Pläne mit Leben füllen und konkrete Maßnahmen für die Menschen setzen. Eine wichtige Maßnahme, gerade in Zeiten, wo es so schwierig ist, überhaupt eine Wohnung zu kaufen, ein Haus zu bauen, ist, dass die Wohnbauförderung wirklich termingerecht ausbezahlt wird. Dafür müssen wir alle Möglichkeiten ausschöpfen. Einen Vorschlag haben wir heute hier eingebracht. Ich freue mich auf die Diskussion. Danke.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Arnold Schuler

PRÄSIDENT: Danke. Um das Wort gebeten hat der Abgeordnete Leiter Reber, bitte.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Danke den Kollegen, die diesen Antrag eingebracht haben. Zustimmung zu diesen 3 Punkten, dass man schauen muss, so schnell als möglich hier diese Ansuchen abzuwickeln.

Ich möchte aber die Gelegenheit nutzen und darauf hinweisen, dass diese Wohnbauförderung auf diese Art schon seit Jahren das Gegenteil von dem bewirkt, was sie eigentlich soll. Diese Wohnbauförderung bringt meiner Ansicht nach nichts, außer Kosten für das Land, die nicht das effektive Ziel erfüllen. Ich habe deshalb im November diesen Gesetzentwurf eingereicht, um alternativ zu dieser Wohnbauförderung ein Landesdarlehen als auch andere Maßnahmen vorzuschlagen, die meines Erachtens sinnvoller sind als diese Wohnbauförderung. Diese Wohnbauförderung, als sie vor über drei Jahrzehnten entstanden ist, hatte noch einen ganz anderen Wert im Verhältnis, was damals eine Wohnung gekostet hat und wie hoch der Beitrag war. Der Beitrag ist stehengeblieben, während die Wohnungskosten in die Höhe geschossen sind. Das heißt, damals konnte jemand, der Anspruch auf eine Wohnbauförderung hatte, knapp ein Drittel seiner Wohnungskosten mit diesem Beitrag decken. Jetzt ist es gerade mal die Einrichtung der Küche, sage ich jetzt mal überspitzt, die da drinnen ist. Damals hatte diese Wohnbauförderung wirklich für viele Jahre den großen Vorteil und hat Wohnen in Südtirol leistbar gemacht. Diese Zeiten sind aber lange, lange vorbei.

Ich glaube, dass die Gelder, die über die reguläre Wohnbauförderung zumindest der letzten beiden Jahrzehnte, zwischen 15 und 20 Jahren, nicht mehr treffend sind und am Ende sind diese eine Belastung für den Landeshaushalt, weil eben nicht die gewünschten Erfolge messbar sind. Die bestehenden Ansuchen sollen natürlich aufgearbeitet werden. Wer auf dieser Schiene fährt, für den ist es natürlich besser als keine Wohnbauförderung zu haben, das ist ganz klar, aber trotzdem müssen wir komplett andere parallele Maßnahmen dazu setzen und dafür auch die Bindung der Wohnungen erhöhen. Das ist etwas, das wir in Oppositionskreisen schon seit Jahren immer wieder vorgeschlagen haben. Die Abgeordnete Foppa nickt. Das war etwas, was auch dein ehemaliger Kollege immer wieder gefordert hat. Ich glaube, dass das auch eine Form von Gerechtigkeit ist, wenn man sagt, wenn du schon öffentliches Geld von einem erklecklichen Ausmaß – wir reden nicht von einem kleinen Beitrag, sondern von einem großen – bekommst, dann muss auch die Sozialbindung draufbleiben. Das heißt ja nicht, dass man die Wohnung nicht verkaufen kann, aber es muss jenen vorbehalten sein, die dann die gleichen Voraussetzungen haben. Ich glaube, diese Forderungen sind altbekannt. Es täte uns gut, wenn wir uns mehr auf das konzentrieren würden und weg vom Muster der Wohnbauförderung kommen, die, wie wir sehen, uns nicht wesentlich weiterbringt. Deshalb, wie gesagt, Zustimmung und parallel dazu, gemeinsam an neuen und parallelen Maßnahmen zu arbeiten.

PLONER Franz (Team K): Ich denke, Wohnbauförderung heißt im Grunde auch Sozialförderung und in der Folge auch Familienförderung. Denn Wohnen ist ein Grundrecht eines Menschen, ausreichend Wohnung zu haben. Die Wohnbauförderung sollte dazu beitragen, dass Familien ausreichend und genügend Wohnraum zur Verfügung haben. Kollegin Rieder hat es auf den Punkt gebracht. Wenn ich heute für eine Wohnbauförderung, die im Grunde ja nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, von 35.000 Euro bekomme, – bei diesen Preisen, die wir haben, außer man ist in einer Genossenschaft, wo vielleicht Genossenschaftsbeiträge sind –, dann sind diese, wenn ich zweieinhalb Jahre darauf warte, bei einer Inflation von ca. 7% und, wie ich glaube, bei einem Nicht-Fixzinspreis – normalerweise, wenn ich den Kredit heute bei der Bank aufnehme, werde ich wahrscheinlich einen Hypothekenzinssatz haben und der ist dann auch noch variabel –, dann sind diese 35.000 Euro, wenn ich sie ausbezahlt bekomme, bereits aufgebraucht. Das heißt, es ist gar keine Förderung mehr, ich kann vielleicht noch ein bisschen die normalen Zinsen begleichen.

Wir müssten also alles dazu tun, und das hat auch Kollegin Rieder gesagt, in der Zeit der Digitalisierung müsste es ohne weiteres möglich sein, dass bei Abgabe meines Gesuches, der bearbeitende Beamte das in die entsprechende Datenbank eingibt, und diese Datenbank innerhalb kürzester Zeit eine Durchrechnung macht und eine Freigabe erledigen müsste, ob dieses Gesuch ausreichend ist oder zugelassen werden müsste. Das ist ein normaler Ablauf eines Digitalsystems. Wenn Sie einen Kredit bei einer Bank verlangen, dann werden Sie auch nicht zweieinhalb Jahre warten müssen, bis Ihnen die Bank zusagt, dass Sie den Kredit bekommen, sondern Sie werden wahrscheinlich in einer Woche, spätestens in eineinhalb Wochen wissen, Sie müssen das und das noch dazulegen, und dann wird Ihnen der Kredit gewährt, wenn Sie diese Vorhaben haben. Das macht die EDV einfach, das müsste hier in dieser Form genauso sein.

Ich lege aber einen ganz großen Wert darauf, dass wenn wir Wohnbauförderung machen, dann machen wir Familienförderung, dann machen wir Sozialpolitik, und bei diesen Preisen, wie wir sie jetzt haben, wo wir Wohnungen auf dem freien Markt kaum mehr zur Verfügung haben, müssen wir etwas tun, dass Menschen leistbare Wohnung zur Verfügung haben, ansonsten wird die Gesellschaft zunehmend in eine soziale Schieflage kommen, die wir jetzt schon haben, und dagegen müssen wir uns wehren. Danke.

DEEG (SVP): Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Eigentlich wollte ich mich jetzt nicht zu Wort melden, aber Kollege Leiter Reber hat eine Aussage getätigt, auf die ich doch kurz Stellung nehmen möchte. Ich schicke voraus, dass wir im Jahr 2022 hier gemeinsam 50 Jahre Autonomiestatut gefeiert haben. Wenn wir in dieses zweite Autonomiestatut hineinschauen, sehen wir, dass die Bereiche Wohnbau und Soziales als primäre Zuständigkeiten dieses Landes eines der zentralen Themen des zweiten Autonomiestatutes war und ist. Das Ziel war, die Lebensverhältnisse der Menschen in Südtirol besser zu machen. Südtirol war damals auf internationaler Ebene und auch auf staatlicher Ebene nicht nur ein Thema des Minderheitenschutzes, sondern vor allem auch ein soziales Problem. Die Wohnungsnot war auch damals schon ein großes Thema, deshalb hat man das auch hineingeschrieben.

Wenn man heute sich europaweit bewegt, dann sieht man in Wien das Best Practice Modell des leistbaren Wohnens. Es ist hier 60% öffentlicher geförderter und gemeinnütziger Wohnbau. Man hat es nicht dem privaten Markt überlassen, Wohnungen zu bauen und damit die Spekulation zu unterstützen. Wenn wir in Europa nach einem Best Practice Modell der Eigentumsförderung schauen, dann hat Europa bis vor wenigen Jahren zu uns geschaut, weil gerade dieses Modell, das wir in Südtirol haben, nämlich Menschen Zugang zu Grund und Boden zu geben, die keine große Brieftasche geerbt haben, dieses Modell des geförderten Wohnbaus ist. Es wäre mir deshalb schon wichtig, dass wir nicht sagen, dass es nicht mehr aktuell ist. Es ist weiterzuentwickeln, zu verbessern. Sie haben Recht.

Wenn Sie am Nordring in Bruneck vorbeifahren, dann sehen Sie auf der einen Seite Sintermetal und GKN Driveline und auf der anderen Seite die gesamte geförderte Wohnbauzone der 60er und 70er Jahre. Keiner dieser Menschen, die hier gearbeitet haben in der damaligen sogenannten Birfielt, hätten sich mit ihrem Gehalt eine Wohnung leisten können. Nie hat sich in Südtirol mit den Gehältern, die ausbezahlt wurden, jemand eine Wohnung leisten können. Nur, und Sie haben Recht, die Beiträge und auch die Zuweisung der Gründe haben geholfen, dass auch einfache Menschen, ein Arbeiter, wo die Frau daheim ist, und wo 2, 3 Kinder waren, auch dieses Wohnhaus realisieren konnten.

Unsere Aufgabe, und das ist meine tiefste Überzeugung, ist, das wieder möglich zu machen, leistbare Wohnformen zu finden für die Mieter und auch im Eigentum. Deshalb habe ich mich immer dafür eingesetzt und werde mich auch dafür einsetzen, dass wir neue Modelle andenken, aber niemals das Gute, das wir haben, in Frage stellen oder abschaffen. Diese Bestrebungen, das muss ich sagen, habe ich gehört, und gibt es auch in Südtirol. Ich werde mich mit aller Kraft dagegenstemmen. Danke schön.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Io esprimo tutta la mia solidarietà e vicinanza a questa mozione, perché effettivamente è un problema non di poco conto, cioè qui all'interno sono state espresse tutte le problematiche che esistono per la lungaggine di attesa da parte di chi ha fatto questa domanda e ha ottenuto la propria risposta, ha fatto la propria operazione immobiliare di acquisizione e quant'altro per ricevere questo contributo, e poi dopo comunque si deve rivolgere alla banca e gli viene fatto questo prefinanziamento e specialmente in questo periodo c'è un tasso di interesse elevato.

Vi faccio presente che, parlando con un operatore bancario a Brunico, mi diceva che fino a un anno fa c'erano alla settimana quasi quaranta persone che chiedevano come accedere a un mutuo, adesso abbiamo settimane che passiamo allo zero, proprio per colpa dei tassi di interesse che sono enormi. Per cui c'è proprio una svalutazione, alla faccia della svalutazione, ma soprattutto c'è un costo notevole da parte delle famiglie o di chi ha fatto questa operazione.

Nell'attività fatta dall'assessora Deeg c'era stata una velocizzazione anche sui vincoli e quant'altro, per cui bisogna dare atto di un'attenzione in questa direzione, però bisogna ancora migliorare notevolmente sotto questo profilo. Io spero che l'Aula approvi in pieno questa che è una realtà che si tocca con mano quotidianamente, per cui invito veramente a votare a favore di questa mozione. Grazie!

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Einer beschleunigten Auszahlung dieser Ansuchen ist nichts entgegenzusetzen. Ich möchte nur erinnern, das Team K hat in der Vorwahlzeit ein massives Wohnbauprogramm vorgeschlagen. Ich möchte daran erinnern, dass in Südtirol der Bevölkerungswachstum nicht mehr aufgrund des Geburtenüberschusses wächst, sondern aufgrund der Zuwanderung.

Außerdem laut dem Statistikinstitut ISTAT haben wir insgesamt 24% ungenutzte Wohnungen in Südtirol. Hier sind auch viele Wohnungen, die nicht vermietet werden, aufgrund unzureichenden Vermieterschutzes. Es müsste der Vermieterschutz erhöht werden.

Außerdem sind in Südtirol nur ca. 8% der Fläche bebaubar. Mit den Umweltkatastrophen werden die roten Zonen mehr und dadurch die bebaubaren Zonen noch weniger.

Dann ausverkaufte Heimat. Es gibt mehrere Gemeinden mit mehr Zweitwohnungsdomizilen als Hauptwohnungen. Wir müssen schauen, dass die Sozialbindung der geförderten Erstwohnung erhöht wird.

Außerdem ist 2018 mein Antrag zur 10%-Hürde bei Zweitwohnungen im Urbanistikgesetz inzwischen wieder aufgeweicht worden.

Und zum Schluss verlangt die EU die Flächeninanspruchnahme so zu reduzieren, dass bis 2050 netto keine Fläche mehr verbraucht wird (Flächensparziel Netto-Null).

Wie gesagt, wir müssen von diesem Hamsterrad herauskommen. Wachstum, Wachstum, Wachstum. Dann braucht es wieder Personal, das wir nicht haben, das muss wieder von irgendwo hergeholt werden. Wenn dann das Personal hier ist, braucht es wieder Wohnungen. Wir müssen aus diesem Hamsterrad herauskommen. Danke.

COLLI (JWA Wirth Anderlan): Der Antrag ist vernünftig und größtenteils auch unterstützungswürdig. Die Ausführungen können nahezu eins zu eins bestätigt werden, dass diese verzögerte Auszahlung des Beitrages eigentlich nicht mehr eine Wohnbauförderung ist, sondern sie ist in ein Bankenfinanzierungsgesetz mutiert. Wenn ich das Geld 3 Jahre später bekomme, dann haben mir die Zinsen sogar mehr aufgefressen als ich an Beitrag erhalte. Das wird oftmals beim Bau nicht berücksichtigt und dann kommen die Menschen in die Enge. Wir werden deshalb dem Punkt 2 und 3 zustimmen.

Zu Punkt 1 erlaube ich mir eine Anmerkung. Die Auslagerung klingt gut und manchmal in der Theorie denkt man, dass das auch funktionieren kann. In der Praxis funktioniert das aber schlecht. Das kann ich aus Erfahrung sagen, weil wir versucht haben, Grundregelungen auszulagern, und am Ende war es fast ein doppelter Aufwand, denn ein Mitarbeiter des Hauses musste sowieso immer dabei sein, Akten nachreichen, usw. Ob damit der gewünschte Erfolg eintritt, das wage ich zu bezweifeln. Aber, wie gesagt, der Rest wird von uns mitgetragen.

Abgeordnete Deeg, ganz kurz, das Wohnbaumodell, wie wir es heute haben, kostet – ich kenne die Zahlen aus dem Schlerngebiet, vielleicht werden Sie mir sagen, dort ist es etwas anders – 750 bis 800.000 Euro. Damit versklaven wir diese Familien ein Leben lang.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr und gebe deshalb das Wort an die Landesrätin Mair zur Stellungnahme. Bitte.

MAIR (Landesrätin für Wohnen, Sicherheit und Gewaltprävention - Die Freiheitlichen): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Kollegin Rieder. Ich bedanke mich für die interessante Diskussion, auch für die sehr sachliche Diskussion. Das Thema des Wohnens allgemein, der Wohnbauförderung war eines jener Themen, das im Wahlkampf natürlich von allen vorgebracht wurde, und vor allem ist es eines jener Themen, das den Menschen in Südtirol auch tatsächlich ein riesengroßes Herzensanliegen ist.

Ich möchte vorausschicken, dass die angegebenen Zeiten für die Bearbeitung von Gesuchen im Amt für Wohnbauförderung in den richtigen Kontext gestellt werden müssen, denn neben den Gesuchen für den Bau, für den Kauf und auch für die Wiedergewinnung der Erstwohnung bearbeitet das Amt für Wohnbauförderung auch andere Formen von Förderungen, wie beispielsweise die Notstandshilfen bei Naturkatastrophen, Notstandshilfen bei sozialen Härtefällen und auch die Beiträge zur Anpassung der Wohnung an die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen. Diese Gesuche haben immer Priorität und werden durchschnittlich innerhalb 3 bis 4 Monaten bearbeitet.

Des Weiteren möchte ich darauf hinweisen, dass die Antragstellenden derzeit nicht wie es im Antrag angegeben ist, 3 Jahre auf die Auszahlung der Beiträge für den Bau, für den Kauf oder auch für die Wiedergewinnung der Erstwohnung warten müssen. Die durchschnittliche Bearbeitungszeit bis zur Gewährung des

Beitrages beträgt 21 Monate und bis zur Auszahlung vergehen zusätzlich nochmals 5 Monate, was in Summe 26 Monate sind. Dann sind noch die Zeiten zu berücksichtigen, wo die Antragstellenden ihrer Pflicht nicht nachkommen, die Unterlagen zeitgerecht einzureichen. Das derzeitige Informationssystem lässt in diesem Falle leider auch keine Aussetzung der Ansuchen zu, weshalb es sich, wenn man alles mit einrechnet, um eine effektive Bearbeitungszeit von Pi mal Daumen 2 Jahren handelt. Ich bin mir ebenso bewusst, wie auch ihr, dass 2 Jahre für die Antragstellenden eine viel zu lange Wartezeit bedeutet.

Aber eine Auslagerung einer Bearbeitung, und hier danke ich Kollegen Colli, wie im Beschlussantrag gefordert, ist bereits überprüft worden. Eine Auslagerung ist aus verschiedensten Gründen ganz schwer umsetzbar und zum Teil auch überhaupt nicht umsetzbar. Gegen eine Auslagerung der Gesuchsbearbeitung und somit gegen die Annahme der ersten beiden Punkte sprechen eine Reihe von Punkten. Bis externes Personal absolut in voller Autonomie die Kontrolltätigkeit der Gesuche durchführen kann, ist eine Einlernzeit von 6 Monaten erforderlich. Vor den gesetzlichen Verfahrenserleichterungen oder -vereinfachungen hat diese Einlernzeit 8 Monate gedauert.

Es ist rechtlich auch fragwürdig, auch das ist zu bedenken, ob diese Einlernzeit überhaupt Gegenstand einer externen Beauftragung sein kann. Eigentlich setzt eine externe Beauftragung voraus, dass Firmen oder auch Personen beauftragt werden, welche die Tätigkeit bestens und gut kennen und unmittelbar auch ausführen können, nicht dass der Träger auch für das Erlernen der Tätigkeit bezahlt wird. Eine Beauftragung kann zudem immer nur zeitlich begrenzt sein, das heißt nach Ende des Auftrages wären die Ausgaben wieder verloren (sozusagen). Wenn, dann wäre es Ziel führend noch weitere Wege zu finden, um Personen wirklich stabil im Landesdienst aufzunehmen. Daran arbeiten wir und deshalb haben wir auch heute über Mittag ein Treffen. Ebenso zu berücksichtigen sind die technischen Zeiten für die Vorbereitung und Durchführung einer Ausschreibung. Ein weiteres Hindernis für die Auslagerung stellt die Tätigkeit dar, die ausgelagert werden müsste, denn bei der Kontrolle eines Gesuches muss nämlich eine verwaltungsmäßige Kontrolle durch VerwaltungssachbearbeiterInnen und auch eine technische Kontrolle durch Geometer durchgeführt werden. Nachdem es sich dabei um grundverschiedene Tätigkeiten handelt, würde das zur Folge haben, dass die Auslagerung ein und desselben Aktes an verschiedene Akteure erfolgen müsste, was die Bearbeitung zusätzlich auch extern verkomplizieren würde. Es ist wichtig zu beachten, dass eine Auslagerung auch die gesetzlich vorgeschriebene chronologische Reihenfolge der Bearbeitung wahrscheinlich nicht einhalten könnte. Große Probleme gibt es hinsichtlich des Datenschutzes, weil die Zugriffsrechte auf Datenbanken für Externe wirklich ganz genau definiert werden müssten, und das zu bewerkstelligen wäre wiederum ein aufwendiger Vorgang, da bei der Bearbeitung der Ansuchen auf verschiedene Datenbanken, wie beispielsweise Melderegister oder Gemeinden, Grundbuch, Kataster, AS400, usw. zurückgegriffen und auch die persönlichen Daten der Interessierten, Partner, Eltern, Schwiegereltern, usw. eingesehen werden müssten. Zusätzlich zu den Datenschutzproblemen ist auch die technische Machbarkeit in Frage gestellt. Ob die Zugriffe und Abläufe in einem veralteten System wie das AS400 mit vertretbarem Aufwand so angepasst werden können, dass externe Akteure effektiv damit auch arbeiten können. Schließlich muss auch erwähnt werden, dass ein Vergleich mit dem Bausparen, welches über einen großen Teil direkt über die Banken abgewickelt wird, nicht möglich ist, da diese Förderung bereits als ausgelagerte Tätigkeit angedacht und dementsprechend auch so gestartet ist. Man denke beispielsweise an den Ablauf der Bearbeitung und die informatischen Systeme. Außerdem wurde das Regelwerk beim Bausparen bewusst einfach gehalten, um eine Abwicklung außerhalb der Landesverwaltung auch zu ermöglichen.

Was die ersten beiden Punkte, aber auch den 3. Punkt des Beschlussantrages angeht, darf ich betonen, dass ich seit meinem Amtsantritt, und darüber haben wir auch schon gesprochen, wirklich eingehende Gespräche geführt habe, um die Ursachen für die langen Bearbeitungszeiten zu ergründen und wirklich realistische Lösungsansätze zu entwickeln.

Mir ist es ein Anliegen und wirklich wichtig, und ich habe ein bisschen das Gefühl, wir müssen es schaffen, dass die Wohnbauförderung, das Amt endlich als strategisches Ressort verstanden wird wie es bereits andere Ressorts in der Landesverwaltung auch schon erfahren. Das ist noch nicht der Fall. Wir streben eine prioritäre Behandlung der Abteilung Wohnungsbau bei der Informatisierung ihrer Systeme an. Die Hoffnung habe ich noch nicht aufgegeben, Kollegin Rieder. Die vollständige Digitalisierung der Gesuchseinreichung und Abwicklung wie Sie es auch schon gesagt haben, würde wirklich eine Revolution in der Bearbeitung dieser Anträge bedeuten, mit positiven Auswirkungen auch auf den Verwaltungsaufwand und folglich auch auf die Bearbeitungszeiten. Hier sind wir im regen Austausch und vielleicht hoffentlich auch auf einem guten Punkt.

Zweitens streben wir einen zeitnahen spezifischen Wettbewerb für das Personal der Abteilung Wohnbau an, und auch darauf lege ich ganz großen Wert, denn in den letzten Jahren war es wirklich äußerst schwierig, die offenen Stellen zu besetzen, das weiß auch meine Vorgängerin, Kollegin Deeg. Das erforderliche Fachwissen, die lange Einarbeitungszeit, die soziale Komponente, die vor allem in der Beratungstätigkeit am Schalter gefragt ist, und die Verantwortung auch in Zusammenhang mit den lebenswichtigen Entscheidungen, wie den Kauf oder dem Bau einer Wohnung, haben wirklich viele Bewerber immer wieder auch abgeschreckt. Ein eigener Wettbewerb für das Amt Wohnbauförderung würde zweifelslos dazu beitragen, dass wirklich qualifizierte Personen gewonnen werden können, die ganz bewusst diese Tätigkeit wählen und die erforderlichen Qualifikationen mitbringen. Darüber hinaus, und auch darüber werden wir heute reden, ist es natürlich wichtig, dass endlich eine Einführung einer Aufgabenzulage für das Beratungspersonal am Infoschalter in Betracht gezogen wird.

Drittens sind für eine nachhaltige Reduzierung der Bearbeitungszeiten weitere Maßnahmen im Bereich auch der Vereinfachung der Förderverfahren zu bewerten und umzusetzen. Auch diesbezüglich haben wir uns bereits auf den Weg gemacht.

Angesichts dieser Herausforderungen und auch der bereits laufenden Maßnahmen zur Verbesserung der Bearbeitungszeiten schlage ich vor, dass wir diesen Beschlussantrag heute ablehnen, aber nicht, weil wir nicht die Thematik erkannt haben, sondern weil wir wirklich schon dabei sind, etwas auf die Beine zu stellen. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch noch einmal betonen, dass wir für Herbst 2024 ein eigenes Omnibusgesetz zum Thema Wohnen hier einbringen möchten, wo auch weitere Vereinfachung der Verfahren und Beschleunigung der Bearbeitungszeiten vorangetrieben werden sollen.

Ich habe hier zu Beginn ein Versprechen abgeben, nämlich dass ich pragmatisch mit euch allen zusammenarbeiten will, wo es in diesem Bereich um das Thema Wohnen geht. Nicht weil ich mir etwas auf die Fahne schreiben möchte, sondern weil ich der Meinung bin, dass das Thema Wohnen uns allen ein Anliegen ist. Und dass wir alle bei dieser Geschichte dann mitarbeiten sollten bzw. dass alle eingebunden sein sollten, nicht nur der zuständige Gesetzgebungsausschuss. Denn es ist mir wichtig, dass wir so breit als möglich auch für die Zukunft mittel-, kurzfristige und langfristige Lösungen verabschieden können.

OBERKOFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage die getrennte Abstimmung.

PRÄSIDENT: Gerne. Ich denke, zumindest indirekt ist diese bereits beantragt worden.

Ich schließe jetzt die Sitzung für den Vormittag, wir sehen uns um 14.30 Uhr wieder. Danke.

ORE 13.01 UHR

ORE 14.31 UHR

PRÄSIDENT: Ich eröffne die Sitzung und bitte um den Namensaufruf.

Namensaufruf - appello nominale

Wir fahren mit dem Tagesordnungspunkt 9 fort, Beschlussantrag Nr. 72/24, eingebracht von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz und Ploner Alex, betreffend Wohnbauförderung - Auszahlung jetzt und nicht in zwei Jahren. Wir sind bei der Replik der Ersteinbringerin, Abgeordnete Rieder. Bitte Frau Kollegin.

RIEDER (Team K): Herr Präsident, ich möchte gerne auf die zuständige Landesrätin warten. Ich weiß nicht, ob sie beim Kommen ist. Ich würde schon gerne mit der Replik warten, bis die Landesrätin da ist.

PRÄSIDENT: Wir werden versuchen, sie zu erreichen, um zu verstehen, ob sie schon beim Eintreffen ist. Die Landesrätin ist jetzt inzwischen eingetroffen. Ich möchte mitteilen, dass Kollege Repetto mit ein paar Minuten Verspätung kommen wird. Bitte Frau Abgeordnete an Sie das Wort für die Replik.

RIEDER (Team K): Danke schön, Herr Präsident, ich wollte nur, dass auch die Landesrätin die Replik hört. Das war jetzt natürlich kein Vorwurf.

Ich möchte auf ein paar Diskussionsbeiträge eingehen. Zunächst auf den Kollegen Leiter Reber, der jetzt auch noch nicht da ist, natürlich brauchen wir andere Lösungen auch, aber heute reden wir über die Auszahlung des Wohnbaudarlehens. Wobei ich sagen muss, wenn er über dieses Landesdarlehen redet, darüber haben wir in der letzten Legislatur hier auch bereits gesprochen, das haben wir auch schon vorgeschlagen. Ich habe gesehen, dass das jetzt im Regierungsprogramm drinnen steht, wenn ich es richtig gesehen habe. In der letzten Legislatur, ich weiß nicht mehr, war es Kollegin Deeg oder Kollegin Amhof, dass das mit den derzeitigen Wohnbauförderungen nicht vereinbar wäre. Klammer auf, Klammer zu.

Ich möchte eigentlich auf ein paar Sachen eingehen, die die Landesrätin als Begründung genannt hat, warum unser Vorschlag hier abgelehnt wird. Ich möchte noch einmal wiederholen, und das habe ich auch schon in meiner Vorstellung des Beschlussantrages gesagt, es geht kein Vorwurf an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für die Wohnbauförderung, ich weiß, dass alle ihr Bestes geben, darum geht es nicht. Wir wissen aber, dass eben 6 Stellen oder sogar 9 Stellen unbesetzt sind, und da, Landesrätin Mair, wenn Sie sagen Sie möchten hier eine gezielte Ausschreibung eines Wettbewerbes machen, ich bin auf jeden Fall eine Verfechterin, wo man sagt, man muss Wettbewerbe so ausschreiben, dass sich wirklich die bewerben können, die Interesse haben, in diesem Bereich zu arbeiten und vielleicht auch schon in irgendeiner Form Erfahrung haben. Ich muss aber dazusagen, mit einer Aufgabenzulage wird es nicht getan sein. Wir wissen, wie hoch Aufgabenzulagen sind, meistens nicht sehr hoch, meistens 20, 25% vom Grundgehalt. Beim Grundgehalt in diesen niedrigen Lohnstufen ist das dann nicht so viel. Da sind wir wieder bei diesem Thema, wenn wir im öffentlichen Dienst gutes Personal haben wollen, dann brauchen wir auch irgendwann gute Löhne. Klammer auf Klammer zu.

Frau Landesrätin, Sie haben dann gesagt, dass diese Auslagerung de facto nicht möglich ist, weil es eine lange Einlernzeit gibt, weil es sehr schwierig ist, weil es Probleme mit der Privacy gibt, usw.

Ich weiß es aus Erfahrung aus dem Sanitätsbetrieb, da haben wir auch vieles umstrukturiert. Beim Umstrukturieren ist es immer so, wenn man diejenigen fragt, die direkt dort arbeiten, dann werden die nie sagen, wir können etwas vereinfachen oder das kann auch jemand anders machen. Die werden immer sagen, das können nur wir, das ist so komplex und das müssen wir, weil das und das... Man muss Menschen von außen draufschauen lassen und vielleicht auch einmal probieren lassen.

Mich haben, weil mich Kollege Noggler vorhin gefragt hat, nachdem dieser Vorschlag der Presse vorgestellt wurde, einige Firmen kontaktiert, die gesagt haben, ich würde mich darüber hinaussehen, das zu übernehmen. Wenn das Land ordentlich bezahlt, dann würde ich das bis Ende 2024 abarbeiten. Ich glaube, man müsste es einfach einmal probieren. Ich bin keine Freundin von Auslagerungen. Alle, die mich kennen, wissen, dass ich auch als Gewerkschaftsvertreterin immer der Meinung war, wir sollten die Dienste im öffentlichen Dienst behalten, weil wir dann eben die besseren Löhne zahlen (bisher, jetzt nicht mehr), eine bessere Absicherung haben für diese Übergangszeit, um diese Gesuche nachzuarbeiten. Ich glaube Ihnen schon, dass Sie vieles verbessern wollen für die Zukunft, aber diese 1.800 Gesuche bleiben immer noch auf der Agenda. Die müssen irgendwann nachgearbeitet werden. Wenn wir sagen, wir schreiben Wettbewerbe aus und finden hoffentlich gutes Personal und wir haben dann die Einarbungszeiten, wo Sie gesagt haben, das sind mindestens 6 Monate, dann dauert das sicher alles noch über ein Jahr. Jene, die jetzt schon warten, die warten dann weiterhin. Sie haben gesagt, aus den genannten Gründen und weil Sie auch im Herbst Vereinfachungen planen und einen Omnibus in diesem Bereich planen, werden Sie deshalb diesen Beschlussantrag ablehnen. Ich finde es schade, weil ich es einen Versuch wert gefunden hätte. Dann hätten Sie eigentlich einen großen Stolperstein weggearbeitet, und vor allem wäre es für diejenigen, die auf diese Beiträge warten, die im Wohnbau wirklich diese hohen Preise zahlen müssen, zumindest eine Erleichterung, dass sie ihre Wohnbauförderung endlich ausgezahlt bekommen.

Vielleicht überlegt sich der eine oder die andere, jetzt doch noch anders abzustimmen, und es kommt eine Mehrheit zusammen. Wir werden sehen. Danke auf jeden Fall für die Diskussion und für die Rückmeldungen auch von Ihrer Seite, Frau Landesrätin.

Ich möchte bitte eine namentliche Abstimmung, danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Bevor wir zur Abstimmung kommen, begrüße ich die Klasse 3C der Mittelschule Vigil Raber, Sterzing, mit der Begleitperson Frau Elisabeth Wieser.

Wir stimmen nun, wie von den Abgeordneten Repetto und Rieder beantragt, getrennt und namentlich über den Beschlussantrag Nr. 72/24 ab.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 15 Ja-Stimmen und 16 Nein-Stimmen.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 10 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 13 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 15 Ja-Stimmen und 15 Nein-Stimmen.

Somit ist der Beschlussantrag Nr. 72/24 in seiner Gesamtheit abgelehnt.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 73/24 vom 18.04.2024, eingebracht vom Abgeordneten Widmann, betreffend Bürokratieabbau: ein politischer Vorschlag für mehr Verwaltungseffizienz und Bürgerentlastung."**

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 73/24 del 18/04/2024, presentata dal consigliere Widmann, riguardante la sburocratizzazione: una proposta politica per una un'amministrazione più efficiente e più sgavi per i cittadini."**

Bürokratieabbau:

ein politischer Vorschlag für mehr Verwaltungseffizienz und Bürgerentlastung

In Diskussionen über die Bürokratie wird oft viel Zeit mit der Bewertung von Fortschritten und Rückschritten verbracht. Der Verzicht darauf, solche weiter auszuführen, soll unterstreichen, dass es in diesem Beschlussantrag im Wesentlichen primär darum geht, Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und zu verschlanken und BürgerInnen wie UnternehmerInnen zu entlasten.

Altlandeshauptmann Luis Durnwalder ist, wie er selbst bei Amtsabtritt einräumt, am Bürokratieabbau gescheitert, er ist das Thema nicht mehr angegangen. Landeshauptmann Arno Kompatscher hat den Bürokratieabbau zwar angekündigt, aber in den vergangenen 2 Legislaturen seiner Amtszeit ist dieser über 10 Jahre im Tagesgeschäft als Thema vollkommen untergegangen.

Was getan wurde, hat keine oder kaum Sichtbarkeit erreicht, bzw. ob etwas getan wurde, wird in der Bevölkerung nicht wahrgenommen.

Der vorherrschende Eindruck unter den BürgerInnen in Südtirol ist, dass die bürokratischen Auflagen immer mehr und komplizierter werden. Die Bürokratie hat ihre notwendige Nützlichkeit zwi-

schenzeitlich weit überschritten: Die ursprünglich sinnvolle und zumutbare Anforderung wird zur Belastung und immer mehr zur erdrückenden Last.

Die Dringlichkeit, sich dieses Themas zu befassen, erfordert mittlerweile die unmittelbare Aufmerksamkeit und sofortiges Handeln auf höchster Ebene.

Wir vertrauen darauf, dass LH Kompatscher das Thema als Chefsache betrachtet und dass er die erforderlichen Maßnahmen ergreift.

Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

1. innerhalb 2024 einen umfassenden Bericht über alle aktuellen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverfahren, die für die Landesverwaltung relevant sind, vorzulegen; diese mit einem entsprechenden Zusatz zu versehen, ob Prozeduren zwar Usus, aber nicht mehr up to date sind, sowie dafür mögliche Vereinfachungsvorschläge anzuführen;
2. innerhalb 2024 eine Kommission - mit Experten aus der Landesverwaltung sowie externen Fachleuten – einzuberufen, mit der Aufgabe, ein Monitoring zur Identifizierung veralteter Prozesse und Doppelungen vorzubringen, sowie entsprechend dazu kontinuierlich Verbesserungsvorschläge und Maßnahmen zu deren Abbau vorzubringen;
3. dass diese Kommission für mindestens 3 Jahre im Einsatz bleibt, dem Landtag nach 6 Monaten ab Einberufung ein Programm inklusive Zeitplan und Zielen vorlegt, sowie in Folge halbjährlich über erzielte Ergebnisse und umgesetzte Vereinfachungen Bericht erstattet.

Sburocratizzazione:

una proposta politica per un'amministrazione più efficiente e più sgravi per i cittadini

Quando si discute di burocrazia, spesso si tende a dilungarsi nella valutazione dei progressi e dei passi indietro fatti in questo ambito. Nella presente mozione ci asteniamo da ulteriori approfondimenti in merito, per concentrarci piuttosto sull'obiettivo primario, che è quello di semplificare e snellire le procedure amministrative e di sgravare i cittadini e le cittadine, ma anche gli imprenditori e le imprenditrici.

L'ex presidente della Provincia Luis Durnwalder, come ha ammesso lui stesso al termine del suo mandato, è fallito nell'obiettivo di ridurre la burocrazia, perché non ha saputo affrontare il problema. Il presidente della Provincia Arno Kompatscher aveva annunciato di voler ridurre la burocrazia, ma nel corso delle ultime due legislature, quindi da più di 10 anni, questa tematica è completamente sparita dalla sua agenda.

Se qualcosa è stato fatto, ha avuto poca o nessuna visibilità e non viene percepito dalla popolazione.

Tra i cittadini e le cittadine della nostra provincia prevale l'impressione che gli adempimenti burocratici stiano diventando sempre più complicati. La burocrazia ha ormai di gran lunga oltrepassato i limiti di ciò che è utile e necessario. Quegli adempimenti che in origine avevano una loro ragione di essere ed erano comunque accettabili, sono ormai diventati un peso e un fardello sempre più opprimente.

L'urgenza di affrontare questo problema richiede un'attenzione immediata e un'azione tempestiva ai più alti livelli.

Confidiamo che il presidente della Provincia Kompatscher consideri questo problema come una priorità assoluta e adotti le misure necessarie.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

1. a presentare entro il 2024 un rapporto esaustivo su tutte le leggi, i regolamenti e le procedure amministrative attualmente in vigore e rilevanti per l'amministrazione provinciale, specificando quali procedure applicate per consuetudine non sono più al passo con i tempi, e formulando eventuali proposte di semplificazione;

2. *a convocare entro il 2024 una commissione composta da esperti dell'amministrazione provinciale ed esterni, con il compito di effettuare un monitoraggio al fine di individuare le procedure obsolete ed eventuali sovrapposizioni, nonché di presentare regolarmente proposte di miglioramento e misure di semplificazione;*
3. *a mantenere attiva tale commissione per almeno tre anni, a presentare al Consiglio provinciale, entro sei mesi dall'insediamento della commissione, un programma comprensivo di calendario e obiettivi e a riferire ogni sei mesi in merito ai risultati raggiunti e alle semplificazioni attuate.*

Das Wort an den Abgeordneten Widmann für die Erläuterung des Beschlussantrages.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Werte Kollegen, werte Kolleginnen. Bürokratieabbau: ein politischer Vorschlag für mehr Verwaltungseffizienz und Bürgerentlastung.

In Diskussionen über die Bürokratie wird oft viel Zeit mit der Bewertung von Fortschritten und Rückschritten verbracht. Der Verzicht darauf, solche weiter auszuführen, soll unterstreichen, dass es in diesem Beschlussantrag im Wesentlichen primär darum geht, Verwaltungsvorgänge zu vereinfachen und zu verschlanken und BürgerInnen wie UnternehmerInnen zu entlasten.

Altlandeshauptmann Luis Durnwalder ist, wie er selbst bei Amtsabtritt eingeräumt hat, am Bürokratieabbau gescheitert, er ist das Thema nicht mehr angegangen. Landeshauptmann Arno Kompatscher hat den Bürokratieabbau zwar angekündigt, aber in den vergangenen 2 Legislaturen seiner Amtszeit ist dieser über 10 Jahre im Tagesgeschäft als Thema vollkommen untergegangen. Es ist verständlich, denn es brennt immer das, was am Tage brennt und was aktuell ist. Somit ist dieser Bürokratieabbau nicht greifbar und auch nicht leicht umsetzbar.

Was getan wurde, hat keine oder kaum Sichtbarkeit erreicht, bzw. ob etwas getan wurde, wird in der Bevölkerung kaum oder nicht wahrgenommen.

Der vorherrschende Eindruck unter den BürgerInnen in Südtirol ist, dass die bürokratischen Auflagen immer mehr und komplizierter werden. Die Bürokratie hat ihre notwendige Nützlichkeit zwischenzeitlich weit überschritten: Die ursprünglich sinnvolle und zumutbare Anforderung wird zur Belastung und immer mehr zur erdrückenden Last.

Die Dringlichkeit, sich dieses Themas zu befassen, erfordert mittlerweile die unmittelbare Aufmerksamkeit und sofortiges Handeln auf höchster Ebene.

Wir vertrauen darauf, dass LH Kompatscher das Thema als Chefsache betrachtet und dass er die erforderlichen Maßnahmen ergreift und in dieser Legislatur umsetzt.

Dies vorausgeschickt, verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung:

1. innerhalb 2024 einen umfassenden Bericht über alle aktuellen Gesetze, Verordnungen und Verwaltungsverfahren, die für die Landesverwaltung relevant sind, vorzulegen; diese mit einem entsprechenden Zusatz zu versehen, ob Prozeduren zwar Usus, aber nicht mehr up to date sind, sowie dafür mögliche Vereinfachungsvorschläge anzuführen; (Ich mache ein Beispiel. Wir haben ein Forstgesetz, das eingereicht worden ist zur Jahrtausendwende beim Waldsterben. Mittlerweile wissen wir, dass jedes Jahr ungefähr 1.000 Ha zuwachsen, also ist dieses Gesetz auf neue Bedürfnisse oder Situationen anzupassen.)

2. innerhalb 2024 eine Kommission mit Experten aus der Landesverwaltung sowie externen Fachleuten einzuberufen, mit der Aufgabe, ein Monitoring zur Identifizierung veralteter Prozesse und Doppelungen voranzubringen (wo auch manchmal der Ansatz gewesen ist, aber dann in der Umsetzung sehr oft steckengeblieben ist), sowie entsprechend dazu kontinuierlich Verbesserungsvorschläge und Maßnahmen zu deren Abbau vorzubringen; (Ich sage ein Beispiel. Den "silenzio assenso" der auf Staatsebene in vielen Bereichen zumindest die Möglichkeit herrscht, dass man dort wirklich sondiert und schaut wo der "silenzio assenso" im Sinne des Bürgers anwendbar ist und dass es dann einfach gutgeheißen wird.)

3. dass diese Kommission für mindestens 3 Jahre im Einsatz bleibt, dem Landtag nach 6 Monaten ab Einberufung ein Programm inklusive Zeitplan und Zielen vorlegt, sowie in Folge halbjährlich über erzielte Ergebnisse und umgesetzte Vereinfachungen Bericht erstattet. (Wobei die ersten 6 Monate auch gerne verlängert werden können, weil ich weiß, wenn man so etwas einsetzen würde, würde es länger als 6 Monate dauern, bis man die ersten Ergebnisse hat)

Ich bitte in diesem Sinnen den Beschlussantrag anzunehmen und im Wohlwollen gemeinsam umzusetzen. Danke schön.

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich kann mich noch sehr gut an das Bild erinnern, der LVH-Präsident Hanspeter Munter mit dem Schubkarren voller Zettel, mit diesem Werbegag ist er dann praktisch auch in den Landtag gewählt worden.

Ich habe einen interessanten Artikel in der Südtiroler Wirtschaftszeitung gesehen, und zwar steht da: 1993 hat die Landesregierung unter Durnwalder einen Anti-Bürokratiewettbewerb ausgeschrieben. Der war dotiert mit 10 Millionen Lire. Ausgeschüttet wurde dieser Preis dann eigentlich nicht. 2009 wie Kollege Widmann bereits erklärt hat, musste er zugeben, dass er hier einfach gescheitert ist. Er hat dann nochmals die Wirtschaftsverbände ersucht, Entbürokratisierungsvorschläge zu bringen, aber das ist dann alles wieder in einer Schublade gelandet.

Mit dem neuen Landeshauptmann ist das eigentlich relativ gleich weitergegangen. Es wurde hier eine Landesrätin für Verfahrensvereinfachung eingesetzt, Frau Deeg damals, aber spürbar weniger ist die Bürokratie nicht geworden.

Interessanterweise muss der Staat hier Patronate und ein Steuerbeistandszentrum finanzieren für die ganze Bürokratie, die die Politik selbst aufgebaut hat. Das kostet zusätzlich 700 Millionen Euro pro Jahr. Also das sind schon ganz gewaltige Summen, nur um die Bürger zu entlasten. Was kann man dagegen tun?

Es gibt schon Möglichkeiten, das Beispiel des "once only", dass die öffentliche Verwaltung also nur einmal Informationen von den Bürgern abverlangt. Ich nehme das Beispiel Sprachgruppenzugehörigkeit: Wenn ich die einmal abgebe, sollte sie eigentlich schon lebenslang gültig sein. Wir haben diesbezüglich auch einen Vorschlag gemacht, das sogenannte "E-Voting", dass man per elektronischer Abstimmung bestimmte Wahlen und Abstimmungen machen könnte. Das wäre ein riesiger Fortschritt für die Entbürokratisierung.

Von meiner Seite Zustimmung zu diesem Antrag, obwohl ich der Meinung bin, dass sich diesbezüglich relativ wenig bewegen wird.

KÖLLENSPERGER (Team K): Hier würde es praktisch zusätzlich zur Spending Review eine Bürokratie-Review geben, das macht durchaus Sinn. Wer das Buch "La lista della spesa" von Carlo Cottarelli gelesen hat, sieht, dass man sich durchaus auch in den bürokratischen Mäandern verlieren kann, das ist gar nicht so leicht, weil man bei einer Bürokratie-Review gerade die Bürokraten gegen sich hat, die aber die Prozesse alle kennen. Neben dem nötigen Maß an Bürokratie – das unvermeidbar ist, denn es braucht Gesetze und zu den Gesetzen braucht es Kontrollen – haben wir natürlich ein ganz schönes Maß an hausgemachter Bürokratie. Ich hatte hier im Landtag bereits einmal zwei Vorschläge eingebracht, die habe ich auch wieder deponiert, ein Prinzip, das wirklich eine große Abhilfe wäre für die Bürger und für die Unternehmen, ist dieses Prinzip, die Engländer nennen es "once only", ich muss dir meine Daten nur einmal geben. Dazu gibt es in Italien bereits einschlägige Gesetzesbestimmungen, die aber nicht umgesetzt werden. Es gilt nicht für die Informationen, es wird restriktiv nur für die Dokumente ausgelegt, und im Grunde genommen muss man sehr häufig Bilanzen abgeben und Dokumente, die die öffentliche Hand selbst hat bzw. sich beschaffen könnte. Es heißt, ich kann sie Ihnen nicht beschaffen, weil unsere Datenbanken nicht vernetzt sind. Ja, dann vernetzt sie halt! Wir geben in Südtirol für Software-Projekte Millionen aus, von denen die Hälfte überhaupt nicht funktioniert. Da wäre es einmal ein sinnvoller Ansatz, Datenbanken zu vernetzen und Bürger und Unternehmen dahingehend zu entlasten, dass die öffentliche Hand nicht mehr das Recht hat, Daten, die sie selbst holen kann oder schon hat, noch einmal anzufordern.

Ein zweites Prinzip ist natürlich den ganzen Gesetzesdschungel einmal durchzuforschten. Ich habe das mit einem ganz einfachen Prinzip versucht, für jedes neue Gesetz, das eingeführt wird, muss ein altes abgeschafft werden. Es wäre aber auch eine Möglichkeit und da könnte man auch – ich habe gesehen in Bayern machen sie das sogar mit künstlicher Intelligenz – den Gesetzesdschungel durchforschten und Einheitstexte herauszuholen. Das muss natürlich noch eine menschliche Intelligenz kontrollieren, das ist schon klar. Man kann hier aber einiges machen, um den ganzen Dschungel ein bisschen zu durchforschten. Wichtig wäre aus Sicht der Unternehmen, dass es eine einheitliche Anlaufstelle gibt, wo die Unternehmen jemanden haben, der ihnen alles, was Bürokratie ist, von A bis Z erklären kann und ihnen dabei behilflich sein kann.

Es gibt hier viel zu tun, auf jeden Fall werden wir diesen Beschlussantrag unterstützen. Weniger Bürokratie heißt dann auch weniger Kosten. Weniger Zeitaufwand für Bürger und Unternehmen und eine schlankere öffentliche Verwaltung, das kann man im Zuge der Digitalisierung gut durchführen, wenn man nicht die analogen Prozesse digital abbildet, sondern die Digitalisierung hernimmt, um zu vereinfachen.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn man von Bürokratie spricht, dann ist es immer etwas Abstraktes. Was ist jetzt konkret Bürokratie? Das ist nicht greifbar. Ich möchte aber an einem ganz konkreten Beispiel festmachen, wo wir den sogenannten heiligen Bürokratius in Südtirol sehr, sehr gut sehen, und zwar ist das im Moment die Abwicklung der Volksbefragung zur Sprachgruppenerhebung. Das ist ein gutes Beispiel dafür, wie es eigentlich nicht funktionieren soll. Ich habe das dem Landeshauptmann auch schon einmal persönlich gesagt. Ich nutze jetzt die Gelegenheit, um einen konkreten Vorschlag zu machen.

Wir haben das Problem, dass die Bevölkerung dazu aufgerufen wird, eine Sprachgruppenerhebung abzugeben. Wo gebe ich die ab? Ich brauche schon mal einen Bürokratiewettlauf, um überhaupt diese Erhebung durchführen zu können. Ich brauche SPID-Adressen, wenn ich auf die Gemeinde gehe, brauch ich eine PEC-Adresse, also das sind alles Dinge, die für nicht Computer-affine Leute schon schwer durchführbar sind.

Einige Gemeinden sagen, um das Problem zu lösen, bieten wir den Bürgern einen Schalter in der Gemeinde an, da kann der Bürger hingehen und dort seine Sprachgruppe abgeben. Das ist aber nicht koordiniert. Das machen ein paar Gemeinden schon, ein paar andere machen das nicht. Gleichzeitig stellt man Leute an, die man vorher mit bürokratischem Aufwand erst suchen muss, die dann praktisch zu den Leuten nach Hause gehen sollen. Zweite Phase. Mit der Problematik, wann gehen die zu jemandem nach Hause? Zu normalen Arbeitszeiten. Ich war selbst in meiner Gemeinde und habe gefragt, wann kommen die? Irgendwann nach 9 Uhr. Schön, aber da bin ich bei der Arbeit in Bozen. Dann wird das in einem Protokoll vermerkt, dass man mich nicht angetroffen hat. Dann kommen sie ein zweites Mal. Da bin ich aber auch wieder nicht daheim. Wenn ich ein zweites Mal auch nicht daheim bin, dann überlegt man sich vielleicht, dass man doch einen Schalter bei der Gemeinde anbietet.

So und jetzt zum konkreten Vorschlag. Wir haben im Juni Europawahlen. Warum bieten wir den Menschen nicht im Wahllokal einen Ort, wo sie die Sprachgruppe abgeben können? Jeder sollte ja wählen gehen. Ganz viele Menschen gehen an dem Tag ohnehin schon in die Gemeinde. Was würde näher liegen, als an dem Tag in der Gemeinde jemanden anzustellen, der entweder im Wahlsprengel ist, oder vielleicht die Gemeinde an dem Tag zu öffnen, damit die Leute, die eh schon dorthin gehen, die Sprachgruppe abgeben können? Da sieht man, wie man ohne bürokratischen Aufwand Dinge manchmal auch einfacher gestalten könnte. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag zu prüfen, Herr Landeshauptmann, denn es liegt in unserem Interesse, dass die Südtiroler fleißig bei der Sprachgruppenzählung mitmachen, weil es auf Kosten des Proporz geht, und vor allem der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler, wenn die Leute nicht mitmachen.

Wir werden deshalb dem Antrag zustimmen, denn alles, was an Bürokratie in unserem Land abgebaut werden kann, soll gemacht werden. Es sind sehr viele Dinge, die auch absurd sind. Ich erinnere mich als ich Kind war – vielleicht können sich ein paar auch noch erinnern –, gab es eine nette Asterix-und-Obelix-Folge, wo der eine von einem Schalter zum anderen rennen muss, und der schickt ihn dann wieder zum nächsten Schalter hin, und den Eindruck hat man hier schon oft. Das ist in ganz vielen Bereichen so. Ich habe das in der Sanität schon genannt. Um ein paar Stützstrümpfe zu bekommen, muss ich erst zur Sanitätseinheit hin-fahren, dort muss ich mir physisch einen Stempel abholen, um dann wieder zurück zur Apotheke zu fahren. Das sind schon Dinge, wo man sieht, man könnte ganz viel Bürokratie abbauen. Deshalb alles, was in diese Richtung geht, wird von uns unterstützt.

RABENSTEINER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Zum Thema Demokratieabbau. Erstens kostet die ganze Bürokratie der Wirtschaft eine gigantische Summe. Zweitens hindert es viele Leute an der eigentlichen Arbeit, der nachzukommen. Und Drittens, muss man sagen, sind wir wahrscheinlich gezwungen, die Bürokratie abzubauen, weil wir sehen, dass vorne und hinten die Leute nicht mehr reichen, die wir dringend brauchen, auch in der öffentlichen Verwaltung, in den öffentlichen Ämtern. Ich sehe es auch im Einvernehmenskomitee, dass es ein Problem in der öffentlichen Verwaltung ist, noch Leute zu finden. Da werden wir als Politik nicht drumherum kommen, Bürokratie abzubauen.

WIRTH ANDERLAN (JWA Wirth Anderlan): Wir haben in Kaltern vor einigen Wochen einen Maibaum aufgestellt – ich spreche hier das Ehrenamt an –, vorher ist ein Statiker gekommen, der hat 5.600 Euro gekostet, und er hat 31 Seiten über einen Maibaum geschrieben. Ich weiß nicht, was da alles zu bedenken ist, aber die Gefahr, die wir laufen, ist die... das Ehrenamt in Südtirol ist extrem wichtig, aber ich kann Ihnen eines garantieren, wir werden keinen Menschen mehr finden, der hier die Verantwortung übernehmen wird. Es sollte auch dieser Aspekt berücksichtigt werden. Danke.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte eine Gegenstimme erheben, aber nicht für die Bürokratie sprechen. Das will ich nicht. Ich weiß, wie viele Menschen, die ehrenamtlich in Vereinen sind, einzelne Bürgerinnen und Bürger, ältere Menschen, wie viele Schwierigkeiten da immer auf die Einzelnen zukommen, wenn sie an diese Schnittstelle mit der öffentlichen Verwaltung kommen. Im Übrigen auch die Personen, die in der öffentlichen Verwaltung arbeiten, sind die Ersten, die darunter leiden, unter Prozessen, die nicht harmonisiert sind, unter Buchungssystemen, unter Verwaltungssystemen, unter Datenbanksystemen, die miteinander nicht Verbindung sind oder nicht so in Verbindung sind, dass das Arbeiten für die einzelnen Menschen ebenso für die einzelnen Bürgerinnen und Bürger leicht ist.

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass das Ganze nicht entsteht, weil da irgendwelche Leute am Werk sind, die einfach nur Lust haben, es den Menschen schwerzumachen. Wir sollten uns vielleicht auch daran erinnern, warum eigentlich Bürokratie überhaupt entstanden ist. Der Hintergrund ist der Ansatz der Garantie. Das heißt also, dass man weiß, man hat öffentliches Geld oder öffentliches Wohl in den Händen und das kann man nicht einfach so vergeben, mit dem kann man nicht einfach so umgehen wie in der Privatwirtschaft. Wer aus der Privatwirtschaft in eine öffentliche Verwaltung kommt, der meint, er spinnt. Ganz ehrlich, so ist es! Aber man muss dann auch verstehen lernen, was der Hintergrund ist. Der Hintergrund ist, dass wenn wir die Garantien haben wollen, dass öffentliches Geld, öffentliches Wohl und Gut richtig und korrekt verwaltet wird, dann kommt man um eine bestimmte Prozedur nicht herum. Das Ganze schaut dann auch oft noch viel schlimmer aus, als es ist.

Ich glaube deshalb, dass ein Zugang ganz eindeutig ist, und zwar dass wir auf Bürgerfreundlichkeit setzen müssen, also im Umgang. Wenn nämlich die Schnittstelle zur Bürokratie dort erfolgt, wo ein bürgerfreundlicher Ansatz da ist, dann wird die Bürgerin, der Bürger, das Unternehmen, der Verein mit dieser Bürokratie sehr viel weniger Schwierigkeiten haben, als wenn er dem alleine ausgesetzt ist oder mit einer Behörde zu tun hat, die ihn abweist und die ihn auch noch schikaniert. Hier sprechen wir aber von einer Betriebskultur und von einer Verwaltungskultur, die man vielleicht auch stärken müsste, und nicht immer nur die Bürokratiekeule schwingen.

Manchmal kommt mir schon auch vor, es ist so, wie wenn wir über das Wetter reden. Wir können alle unsere Erfahrungen bringen, jeder von uns ist schon einmal in einem Verfahren stecken geblieben und hängen geblieben und der Verwandte von uns auch, und das Ganze schafft auch einen Diskurs, aus den man dann wieder schwer herausfindet. Ich glaube, man sollte optimieren, man sollte wirklich der Verwaltung den Auftrag geben, hier Optimierungen zu schaffen, immer wieder die Schnittstellen und Prozesse aufeinander abzustimmen. Aber ganz ehrlich, Kollege Widmann, ich weiß nicht, ob es mit diesem Antrag so funktionieren würde. Wir enthalten uns bei diesem Antrag.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Bürokratieabbau, das ist für mich ein Reizwort, schon fast wie Nachhaltigkeit, weil es einfach überstrapaziert wird und jeder so viel hineininterpretiert und auch teilweise als Floskel so vor sich hersagt, ohne genau zu analysieren, was damit gemeint ist. Man muss schon sagen, auch wir als Gesellschaft haben uns verändert. Ich kann mich noch gut erinnern, es hat eine Zeit gegeben, wo wir in Südtirol weniger Bürokratie hatten, aber auch ein ganz anderes Verständnis im persönlichen Umgang.

Es ist das Ehrenamt genannt worden, ich kann mich erinnern an Zeiten, wo AVS-Gruppen Zeltlager, Hüttenlager gemacht haben, ohne viel Aufhebens. Wenn da vielleicht ein Kind oder ein Jugendlicher einen kleineren Unfall hatte, zum Beispiel sich einen Arm gebrochen hatte, dann hat es der Familie leidgetan, das Kind hat geweint, weil es beim Hüttenlager nicht mehr dabei sein konnte. Heute kassieren alle eine Anzeige. Ich weiß noch, wie es früher bei uns hieß, typisch deutsch. Wenn die "Turis" irgendwo etwas hatten und dann den Schuldigen gesucht haben, dann haben wir immer gesagt, typisch deutsch. Heute sind wir so. Also wir sind in dieser Entwicklung nur 15, 20 Jahre hinterhergehinkt.

Nichtsdestotrotz gibt es wirklich die Möglichkeiten zu verbessern, vor allem, was im wirtschaftlichen Bereich und in der täglichen Auseinandersetzung mit den Behörden, vor allem mit den lokalen Behörden zu tun ist.

Ich habe hier eine konkrete Frage, ich nehme an, wahrscheinlich an den Landeshauptmann, dieser SUAP-Schalter auf den Gemeinden, der vor allem für kleinere Aufträge ist, und für Handwerker und auch für die Gemeinden teilweise aufwändig ist, die dann den Kodex zurückschicken müssen, um überhaupt ein Angebot, eine Rechnung begleichen zu können, während Mitarbeiter des Landes, nehmen wir Handwerker, die für das WOBI arbeiten, die ein gewissen Budget haben, nehme ich an, die haben den fixen Codex und können sagen, wir haben noch Budget, und können einfach die Kodex-Nummer eingeben. Wenn das funktioniert, so

wir es mir Handwerker sagen, dann muss ich sagen, warum erweitert man diese Möglichkeit nicht auch für andere, die sagen, dann nehme ich mir den Kodex mit einem bestimmten Budget, das ich dann so abwickeln kann? Das ist jetzt nur eine Frage.

Gerade beim Bürokratieabbau geht es nur, wenn wir mit ganz konkreten Beispielen und Abläufen arbeiten, ansonsten bleibt es viel Gerede, viel Bla Bla und es kommt nichts dabei raus an Einsparung für Bürokratieabbau. Wenn, dann muss es eine Möglichkeit sein, wenn das für einen WOBI-Handwerker funktioniert, wenn der sagen kann, hier machen wir keine Verbesserung, keine Erneuerung des Heizkessels (sagen wir mal), sondern wir kaufen zwei neue, weil das Budget noch da ist, immer mit dem gleichen Kodex, dann muss das doch auch für andere Handwerker und Gewerke gelten, um leichter arbeiten zu können. Könnten Sie bitte darauf eine Antwort geben? Ich glaube, das würde gut hineinpassen. Danke.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Somit gebe ich das Wort an den Landeshauptmann für die Stellungnahme der Landesregierung. Bitte.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich denke, es ist gut, dass wir uns über dieses Thema unterhalten. Es wird auch nicht das letzte Mal sein. So ehrlich müssen wir sein. Es würde jetzt niemandem gut anstehen, wenn wir sagen, wir lösen das jetzt. Es ist ein Thema, das die Menschen beschäftigt. Wie sind wir in der Lage, öffentliche Leistungen zu erbringen, für Transparenz, Gerechtigkeit, Korrektheit der Verwaltung zu sorgen, und gleichzeitig nicht die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen, aber auch die Verwaltung selbst zu überlasten mit wahnsinnig viel Akten und Unterlagen, Verfahren und Prozeduren? Es ist in der Tat auch der Eindruck unserer Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen, dass es nicht besser geworden ist, in vielen Bereichen sogar schlimmer. Ich habe als Gesundheitslandesrat an einer Sitzung mit dem Gesundheitsminister teilgenommen, wo ein Gesundheitsassessor einer Region gesagt hat, man möge auch eine neue Todesursache standardisiert einführen, "morto per la privacy", also an den Datenschutzbestimmungen gestorben, weil die Ärzte nicht helfen konnten, weil es so kompliziert geworden ist, unter Umständen an bestimmte Daten zu kommen, weil es immer heißt, das und das müsse noch geschützt werden. Nur um ein Beispiel zu nennen. Wir sind uns oft selbst im Weg.

Es ist auch vom Kollegen Leiter Reber beschrieben worden, das mit dem Zeltlager. Ich habe es selbst als Bürgermeister erlebt, wir hatten in meiner Gemeinde immer Zeltlager, ganz ohne Probleme, bis dort einmal bei einem Sturm Äste auf ein Zelt gefallen sind, dann gab es Ermittlungen, usw. und ab da gab es die Vorabnahme des Zeltplatzes mit Genehmigung, mit Prüfung, mit einem Ausgebildeten, einem im Berufsverzeichnis eingetragenen Techniker, der bestätigen musste, dass es eine gewisse Sicherheit gibt, usw. Also woher kommt das? Es kommt aber nicht alles daher, so ehrlich müssen wir sein, es kommt auch davon, dass wir manchmal nicht in der Lage sind, vielleicht bessere Verfahren zu schaffen, wo es gewisse Dinge nicht braucht, wo wir Dinge doppelt verlangen. Deshalb haben wir es uns klar zum Ziel gesetzt, es ganz einfach konkret zu handhaben.

Vielleicht ein Letztes noch der generellen Betrachtung, ganz konkret, was haben wir jetzt getan und was wollen wir noch tun? Die Einschränkung unserer Autonomie durch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes hat leider auch dazu beigetragen, dass bei uns die Verfahren nicht besser geworden sind. Ein simples Beispiel sind die sogenannten Bagatelleingriffe in der Landwirtschaft. Nachdem der Verfassungsgerichtshof in einem Urteil 2006 erklärt hat, dass auch die Verfahren zu den wesentlichen Leistungsstandards zu einer öffentlichen Verwaltung gehören und deshalb in Italien einheitlich gestaltet werden müssen, auch wenn die Zuständigkeit in einer Region liegt, aber das Verfahren muss einheitlich sein. Verfassungsgerichtshof, das ist ja das Thema, warum wir die Autonomie reformieren müssen. Bagatelleingriffe als vereinfachte Form, teils verfassungswidrig und wurde dann neu geregelt, nicht besser, nicht praktischer geregelt, so offen müssen wir sein.

Bereits 2011 hat man den eigenen Vergabekodex abgeschafft wegen eines Urteils des Verfassungsgerichtshofes aus dem Jahre 2010. Das war noch kurz vor meiner Zeit. Wir haben dann wieder einen Kodex geschaffen, bis es wieder ein neues Urteil gegeben hat, das trotz Durchführungsbestimmung gesagt hat, wir dürfen das nicht einfacher regeln. Wir haben auch das Problem. Und trotzdem, wir müssen ehrlich sein, gäbe es mitunter in vielen Bereichen einen Spielraum, es besser zu machen. Zum Beispiel die Unsitte, dass wir die Hinderungsgründe mitteilen zum Verfahren, es fehlt das und jenes, und sobald das geliefert ist, zu sagen, aber jetzt fehlt auch noch das und jenes andere. Das müssen wir abstellen, ganz einfach verbieten. Die Verwaltung

sagt einmal, das musst du noch liefern und dann entscheide ich, und nicht, jetzt ist mir noch etwas eingefallen. Das sind Dinge, die regelbar sind.

Wir werden einen Gesetzesvorschlag hier einbringen, das ist eine konkrete Maßnahme, für die Überarbeitung des Gesetzes Nr. 17 über das Verwaltungsverfahren, wo wir solche Dinge hineinschreiben wollen.

Wir schauen uns noch einmal, und das entspricht dem Antrag des Kollegen Widmann, die Verfahrenszeitenregelung an. Wir haben das 2016 neu geregelt, da haben wir erstmals auch vorgesehen, dass es Rechtsansprüche des Bürgers gibt, wenn Verwaltungsverfahren verbindlich nicht eingehalten sind. Das war bis 2016 nicht so. Jetzt kann ein Bürger auf Schadenersatz klagen, wenn die Zeiten nicht eingehalten sind, je nach Stufe, wie es im Gesetz vorgesehen ist. Wir müssen vor allem sicherstellen, dass uns nicht dieses Wiederholte immer wieder einholt, es muss zu Entscheidungen kommen innerhalb der Fristen.

Wir müssen mit Sicherheit auch, und deshalb haben wir das in die Zielvereinbarungen hineingeschrieben, in die Vorgaben für die Verwaltungsentscheidung dieser Regierung in den ersten 100 Tagen, ... Unsere Führungskräfte haben jetzt mit dem Führungskräftegesetz ganz klar einen hohen Anteil ihrer Entlohnung aufgrund der Erreichung der Ziele gemäß Zielvereinbarung. Eines der Ziele, das vordefiniert ist, dass in jedem Bereich mindestens 10% – das mag jetzt nach wenig klingen, ist aber sehr ambitioniert – der Verfahren nachweislich vereinfacht bzw. auch zusammengelegt mit anderen oder abgeschafft wird, wenn man feststellt, dass dieses Verfahren eigentlich umsonst ist, es bringt nur Last. 10%, jeder/jede in seinem/ihrer Bereich, jede Führungskraft. Das ist eine neue Vorgabe, die wir hineingegeben haben, ganz einfach, um es konkret zu machen. Dann sagt man, ihr müsst suchen, ihr müsst das liefern, ihr müsst am Ende dokumentieren, bei der Bewertung der Zielerreichung. Diese Verfahren haben wir vereinfacht.

Ich denke schon, wir sollten unsere Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen in den Schutz nehmen. Es ist deren Anliegen, das zu machen. Immer öfter hören wir von den Vergabestellen selbst, wir schaffen das nicht mehr, mit dem ständigen Einholen, usw. Wir wissen, dass das auch damit zu tun hat, die Vereinbarung, die Italien im Zuge der europäischen Finanzierung aus dem Recovery Fund getroffen hat, sämtliche Verfahren digital, dass die Software noch nicht so weit ist, man inzwischen aber die Verpflichtung eingeführt hat, aber die Maschine liefert nicht das System und das führt zu Extremsituationen, an denen die Unternehmen leiden, Bürgerinnen und Bürger leiden, aber auch die Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen. Das muss man an dieser Stelle auch sagen.

Es ist eine Riesenbaustelle. Es ist so, dass wir sicher alle Verantwortung haben, zuständiger Landesrat für die bürgernahe Verwaltung ist Unterfertiger, deshalb auch ich hier an der Antwort. Es wird nicht so sein, dass wir in wenigen Tagen oder bis zum Jahresende sagen können, wir haben die Welt umgedreht. Mir geht es darum, dass wir wirklich konkret Dinge machen und das in jedem Bereich. Der Ort ist die Konferenz der Ressortdirektoren, das haben wir auch festgestellt. Das muss dort dann auch abgeliefert werden. Wir haben eine eigene verantwortliche Einheit, die das dann einfordert und kontrolliert. Parallel läuft der Prozess jetzt in die zweite Phase der sogenannten Spending Review oder Haushaltsüberprüfung, wo es ebenfalls diese Prüfung der Effizienz gibt. Das eine ist: Kann man das Verfahren verbessern? Das andere ist: Ist das überhaupt noch sinngemäß? Bring das etwas? Am Ende haben wir Verfahren, wo wir 8 Berechtigte haben bei einem Beitragsverfahren. Da ist die Frage: Ist es wichtig, trotzdem? Kann sein. Oder ist es vielleicht nicht mehr notwendig, das zu machen?

Die Digitalisierung, als Letztes noch. Sie sollte Vereinfachung bringen. Für viele Menschen bringt sie Erschwernis. Auch diese Erkenntnis müssen wir haben. Dort, wo es gut funktioniert, ist es tatsächlich eine Erleichterung für die öffentliche Verwaltung und für die Bürgerinnen und Bürger, und wir haben solche Beispiele, Gott sei Dank. Das ist ermutigend. Das ist ein Verfahren, wo ich wirklich nur erkannt werde und wo mich das System eigentlich nur fragt. Bestätigst du das, dass du das willst? Ja. Und das ist erledigt, und ich bekomme gleich die Meldung, dass es für mich erledigt ist. Das ist ein digitales Verfahren. Wir haben Bereiche, wo das absolut nicht so läuft und wir wieder Daten abfragen. Gerade beim Vergabewesen gibt es zurzeit Protokolle, die unendlich lang sind. Wir haben festgelegt, diese alle zu überarbeiten, das hat die Abteilung, Frau Dr. Mahlknecht, in Auftrag. Wir schauen, wie das in Österreich, in Deutschland, in Frankreich in den übrigen Regionen Italiens ist – es ist immer EU-Recht –, wie sind diese Protokolle? Ich könnte jetzt noch viele Beispiele aufzählen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, ... wir sollten auch darüber berichten: Was ist gelungen, was nicht? Ich würde gerne in einem Jahr hier, und dann entscheiden Sie die Form, darüber berichten, was haben wir geschafft und was nicht, das in aller Offenheit und Transparenz. Ich möchte schon jetzt ankündigen, wir werden nicht alle die Ziele schaffen, die ich mir gerne stecken würde. Ich würde ganz einfach bürokratische Erleichterung überall herbeiführen. Vielleicht kann ich einen Bericht vorlegen, wo wir einiges zum Besseren

hinkommen haben. Ich muss in aller Demut sagen, das wäre für mich schon eine Genugtuung, wenn das gelingt. Wir müssen natürlich auch ein Gesetz haben.

One in one out ist inzwischen Gesetz bei uns, das ist erst seit 2022 so. Wir müssen jetzt lernen, damit umzugehen, ein neues Gesetz, welche Belastung bringt das mit sich, was können wir gleichzeitig weglassen, damit das nicht insgesamt ein Mehr wird. Das ist eine neue Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Auch das müssen wir dann leben und umsetzen. Sehr oft schaffen wir auch für die Entbürokratisierung Regeln, aber beim Umsetzen ist es dann schwierig.

Ein letztes Beispiel noch, dann ist meine Zeit um. Die Dienststellenkonferenz, die hat die Logik, dass man sagt, man verkürzt das, damit nicht ein Amt ein Gutachten abgibt, und dann gibt das nächste eines ab, und das dritte Amt gibt dann plötzlich ein Gutachten ab, das anders lautet als die ersten beiden, und sagt, genau das darf man nicht, der Rest geht in Ordnung. Die anderen sagen, unbedingt das, ansonsten können wir nicht dafür sein. Damit das nicht passiert, führt man es zusammen und würde es auch beschleunigen. Wir haben gelernt vom Beschleunigen ist da sehr oft nichts, weil dann das nicht richtig funktioniert. Wir werden auch hier die Bestimmungen anschauen müssen im Rahmen des Möglichen, zurzeit und vielleicht morgen, wenn wir wieder Autonomie zurückerlangt haben, mit etwas mehr Spielraum, diese Dinge zu gestalten.

Oder, letztes Beispiel, die urbanistische Konformitätserklärung. Es ist eine Idee des Gesetzgebers zu sagen, damit es schneller geht, wenn es eh ein öffentliches Vorhaben ist. Dann sage ich, das entspricht, das kann dann gleichzeitig, wenn es mit dem Bauleitplan übereinstimmt, Projekt, gestartet werden. Wir sind in der Regel damit zweimal so lange unterwegs, wie mit dem Bauleitplanänderungsverfahren, wir sind schneller, wenn wir das klassische Verfahren machen. Warum auch immer. Ich habe jetzt gesagt, der Gesetzgeber hat diese Möglichkeit eingeräumt, um damit schnell zu sein. Und wir sind damit langsam. Was ist da passiert? Wir müssen also genau hinschauen.

Wir werden diesem Antrag deshalb nicht zustimmen, wir haben schon ganz vieles vereinbart, das wäre jetzt wieder ergänzend und zum Teil ähnlich, Kollege Widmann, wie das, was wir vereinbart haben. Es wäre ergänzend, okay, dann müssten wir es jetzt so machen. Nein, aber dem Grunde nach, ist es trotzdem eine Zustimmung, es ist vieles von dem in der Logik, wie wir es uns auch vorstellen. Ich bin gerne bereit, die Form wird dann hier entschieden, auch in einem Jahr (sag ich mal), zu berichten, was ist gelungen, was nicht, und wo stehen wir. Danke schön.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Danke, Herr Landeshauptmann, für die sachliche, doch sehr informative und auch wohlwollende Ausführung. Ich würde folgendes sagen: Wir hatten viele gemeinsame Gespräche und ich gestehe Ihnen wirklich zu, dass ich das Gefühl hatte, dass Sie in diesen Gesprächen wirklich Bürokratie groß aufgeschrieben haben und das wirklich angehen wollen. Ich weiß aber, ich war selbst in der Regierung, dass es im Tagesgeschäft untergeht, und manchmal, auch wenn es abstrakt ist, wie es Kollege Leiter Reber gesagt hat, nicht leicht ist, jeden Tag zu verfolgen, weil jeden Tag mehr als 24 Stunden lang Probleme sind und das somit hinten bleibt.

Ich wollte mit diesem Antrag auch überhaupt keinen polemischen oder populistischen Antrag machen, auch nicht Druck machen, sondern ich glaube nur, dass man – und da geben Sie mir vielleicht recht –, dass mit einigen wenigen Eingriffen wirklich vieles getan werden kann für die Bürgerinnen und Bürger.

Ich gebe auch der Kollegin Foppa absolut Recht, ein Teil ist Bürokratie, um die wir nicht herumkommen. Das ist überhaupt keine Frage. Dort sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schützen. Dort ist es auch anzuerkennen, öffentliches Geld muss kontrolliert werden, auch mehrfach. Wenn man Regeln hat, dann sind die Regeln auch zu kontrollieren, sonst hat eine Regel keinen Sinn. Absolut in Ordnung. Aber ich bitte Sie sich doch das Enthalten noch einmal zu überdenken, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Es geht mir hier nicht darum, Druck zu machen, sondern mir geht es darum – ich bin auch gerne bereit den ersten beschließenden Teil wegzulassen –, dass man über die kleinen Erfolge hier im Landtag berichtet. Dem haben Sie im Prinzip schon zugesagt, Herr Landeshauptmann, aber vor allem, Kollegin Foppa, dass man hier nur den Teil nimmt. Ich mache Ihnen ein, zwei Beispiele.

Wie es Landeshauptmann Kompatscher bereits gesagt hat, wir haben Digitalisierung, und sehr oft ist es so, dass ältere Leute überfordert sind. Was heißt Digitalisierung? Die bekommen einen Schrieb, die müssen den einscannen, müssen ihn am Computer ausfüllen, müssen ihn ansonsten, wenn sie es am Computer nicht schaffen, ausdrucken, händisch ausfüllen, einscannen, anheften und wieder zurückschicken per PEC, usw. Ich kann Ihnen sagen, dass vor allem im ländlichen Bereich sehr viele Menschen überfordert sind. Ich behaupte, dass in manchen Sachen wird man das nicht umgehen können, aber in manchen anderen, und da

wäre es einfach toll, wenn man eine Kommission hätte, die das überprüft, und da gibt es viele Bereiche, wo das nicht notwendig wäre, wo man sagen kann, nein, dort funktioniert es anders und dort können wir den Menschen entgegenkommen.

Ich mache Ihnen ein zweites Beispiel. Der Landeshauptmann hat es schon richtig gesagt, er kennt die Problematik. Wenn man zum Beispiel als Bürger bei einer Gemeinde oft gar keine Antwort bekommt, dann muss der Bürger doch das Recht haben, irgendwann eine Antwort zu bekommen, ein Ja oder ein Nein, und nicht den einzigen Weg des Verwaltungsgerichtes beschreiten zu müssen, der dann 3, 4, 5 Jahre lang geht und mehr kostet als das kleine Projekt, das er einreichen wollte.

Oder dass die Gemeinde das Recht hat, obwohl es nirgends steht – Landeshauptmann Kompatscher hat es vorher bestätigt –, vier-, fünfmal nachzufragen, wir hätten noch gerne das, wir hätten noch gerne jenes, und manchmal das Gegenteil von dem, was man das erste Mal gefragt hat, und der Bürger hat kein Recht. Irgendwann sollte es einfach durchforstet sein, dass der Bürger das Recht hat. Wenn die Verwaltung die Termine nicht einhält, passiert meistens nichts. Man bekommt dann irgendwann nach 4 Jahren vor Gericht Recht.

Ich möchte nur eine Kommission, die es bereits gibt – und auch auf das würde ich bei diesem Beschlussantrag verzichten (Sie haben bereits vieles ausgeführt, was alles schon passiert) –, dass wir halbjährlich oder jährlich einen Bericht bekommen (was Sie ja schon zugesagt haben), wo es Erleichterungen gegeben hat. Und wenn es nur einfache kleine Sachen sind, wenn es drei Sachen sind, dann haben wir bereits einen gemeinsamen Erfolg.

Ich würde Sie deshalb nochmals bitten, Herr Landeshauptmann, überdenken Sie es, ich bin bereit, auf Punkt 1 zu verzichten, eventuell auf Punkt 1 und 2 zu verzichten, weil Sie sagen, die Kommission ist nicht notwendig, Sie haben schon alles, dann macht der Punkt im beschließenden Teil keinen Sinn.

Aber der Bericht in den Landtag, liebe Kollegin Foppa, wenn nur mehr das bleibt, dann würde ich Sie bitten, nochmals das Veto zu überdenken, dass wir den Bericht gemeinsam vielleicht doch durchkriegen könnten. Danke.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Nur damit ich es richtig verstehe, wir würden jetzt darüber abstimmen, dass in einem Jahr ein Bericht gemacht wird. Dem habe ich bereits zugesagt. Wir können auch gerne darüber abstimmen, dem werden wir auch zustimmen, das erlaube ich mir zu sagen. Es ist dann ja meine Obliegenheit diesen Bericht mit meinen Mitarbeitern und allen Beteiligten zu verfassen, das gerne. Es muss vereinbart werden, ob man das so erklärt, und das ist dann die Abstimmung darüber, damit wir alle wissen, über was wir abstimmen. Dass in einem Jahr ein Bericht über die Fortschritte bei der Verfahrensvereinfachung, bei den Maßnahmen, was alles gemacht worden ist, welche Fortschritte, usw. Wenn das so gemeint ist, dann würden wir zustimmen.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Ich würde bereit sein, den Punkt 1 des beschließenden Teils zurückzuziehen, Punkt 2 auch, und wir würden hier im Landtag offiziell beschließen, dass wir im Landtag 3 Jahre lang einen Bericht bekommen.

PRÄSIDENT: Habe ich richtig verstanden? Hier wird die getrennte Abstimmung verlangt? Und Punkt 1 wird zurückgezogen.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Aus meiner Sicht tut man sich schwer, wenn man jetzt mit diesem Text arbeitet, denn dann müsste man ihn umschreiben. Die Frage ist, ob man es jetzt formulieren kann und sagen, die Landesregierung wird verpflichtet, meinetwegen der zuständige Landesrat wird verpflichtet, einmal jährlich (und das ist dann in einem Jahr das erste Mal) einen Bericht über den Fortgang der Arbeiten beim Bürokratieabbau zu verfassen.

Hier geht es um eine andere Liste. Die Liste der Gesetze mit dem Zusatz obsolet oder nicht, das ist schon ein bisschen weitreichend. Hier wollte ich erklären, wir müssen uns nicht einig sein, dass wir diesbezüglich bereits mit dem Ressortdirektorenkonferenz Verfahren vereinbart haben. Aus diesem Grund habe ich gesagt, würde ich das nicht dazu beschließen, sonst wird es wieder kompliziert.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Zum Fortgang der Arbeiten. Das verstehe ich vollkommen. Ich würde immer noch beim Punkt 3 bleiben. Punkt 1 und Punkt 2 nicht. Aber im Punkt 3 steht:

In Folge halbjährlich über erzielte Ergebnisse und umgesetzte Vereinfachungen Bericht zu erstatten. Und das ist mir wichtig. Dieser Teil ist mir wichtig – ich weiß ja, wie es in der Regierung funktioniert – es ist so, dass man tagtäglich so viel zu tun hat, dass man nicht daran denkt, dass das auch noch zu tun ist. Wenn wir jetzt wissen, dass wir in einem halben Jahr oder in einem dreiviertel Jahr einen Bericht bekommen und das von uns allen irgendwo institutionalisiert ist, dann bekommen wir auch den Bericht. Wie ich den Landeshauptmann Kompatscher kenne, wird er nicht kommen, ohne etwas vorzuweisen, sondern wird auch etwas vorzuweisen haben, und deshalb freuen wir uns auf das. Ich glaube, das ist in unser aller Sinne, dass wir das gemeinsam in diese Richtung durchbringen. Punkt 1 und Punkt 2 ist zurückgezogen und über Punkt 3 würde ich abstimmen wollen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. Aber Kollege Widmann, wenn Punkt 1 und Punkt 2 weg sind, dann heißt der beschließende Teil: die Landesregierung wird verpflichtet, dass diese Kommission für mindestens 3 Jahre im Einsatz bleibt. Welche Kommission? Das ist Punkt 3. Wenn du nur Punkt 3 beibehältst, dann versteht man nicht, auf welche Kommission du dich beziehst.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Zum Fortgang der Arbeiten. Mir geht es darum, dass man eine Form findet, man kann bis zum Beistrich streichen.

ABGEORDNETE - CONSIGLIERI: *(unterbrechen - interrompono)*

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Wenn der Landeshauptmann sagt, er hat mehrere Kommissionen, dann macht es doch keinen Sinn ...

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(unterbricht)*

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Genau. Dem Landtag regelmäßig einen Bericht.

PRÄSIDENT: Kollege Widmann, Sie wissen wir hätten auch die Möglichkeit, hier noch eine Änderung einzubringen vor der Abstimmung, damit wir das geklärt haben, oder, wie Sie vorschlagen, dass Sie die ersten beiden Punkte zurückziehen und wir getrennt zu Punkt 3 abstimmen. Es wäre aber die Möglichkeit, hier eine Änderung vorzulegen, bevor wir das abstimmen.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Zum Fortgang der Arbeiten. Wenn die Kolleginnen und Kollegen 3 Minuten Geduld haben, dann würde ich gemeinsam mit Kollegen Leiter Reber formulieren und noch einmal vorlegen.

PRÄSIDENT: Geht in Ordnung. Wir setzen den Beschlussantrag Nr. 72/24 inzwischen aus und warten bis ein entsprechender Änderungsantrag vorgelegt wird.

Somit kommen wir zu Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 74/24 vom 19.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Köllensperger, Rieder, Ploner Franz und Ploner Alex, betreffend Südtirols Natur generiert Reichtum. Alle müssen was davon haben."**

Punto 11) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 74/24 del 19/4/2024, presentata dai consiglieri Köllensperger, Rieder, Ploner Franz e Ploner Alex, riguardante: La natura della nostra provincia produce ricchezza e tutti devono trarne vantaggio."**

Südtirols Natur generiert Reichtum. Alle müssen was davon haben

Die Unternehmen bezahlen für den Ankauf und die Verwendung der Produktionsfaktoren, mit denen sie ihre Produkte herstellen. So geschieht dies im Normalfall. Sieht man sich jedoch die Bilanzen einiger der erfolgreichsten Unternehmen der Welt an – vor allem derer, die zu den profitabelsten zählen –, erkennt man jedoch, dass einige Unternehmen enorme Profite einfahren,

weil sie für ihre wichtigsten Produktionsfaktoren kaum bis gar nicht bezahlen. Das berühmteste Beispiel sind die US Bigtech-Unternehmen wie Microsoft, Apple, Alphabet (Google), Meta Platforms und Amazon.com, die für den Produktionsfaktor Daten kein Geld bezahlen.

Dazu kommt, dass diese Unternehmen in Europa kaum Steuern abführen – und es ist unerträglich, dass die Europäische Union so ein Gebaren schon seit Jahren duldet bzw. ihm hilflos gegenübersteht. Doch Steuern auf Gewinne sind auch keine Lösung, mit der man internationalen Konzernen beikommen könnte. Auch hier wäre eine angemessene Bezahlung der Produktionsfaktoren – und seien es die Daten der europäischen Nutzerinnen und Nutzer – der erste Schritt, den die EU einfordern müsste. Das wären Milliarden an Einnahmen für Europa und seine Bürgerinnen und Bürger.

Ganz besonders sollte dieses Prinzip gelten, wenn es sich um Produktionsfaktoren im Besitz der Allgemeinheit handelt. Nehmen wir zum Beispiel Norwegen und sein Erdöl: Der norwegische Staat geht davon aus, dass Erdöl ein Allgemeingut ist und steckt die Gewinne aus dem Ölgeschäft ins Sozialsystem, insbesondere in den staatlichen Rentenfonds. Somit profitiert die Allgemeinheit von den Gewinnen, die aus einem öffentlichen Gut geschöpft werden.

Dies sollte ein generelles Prinzip sein: Wer alle Produktionsfaktoren der Allgemeinheit nutzt, muss dafür einen angemessenen Preis an die Allgemeinheit bezahlen.

Blicken wir nach Südtirol: Es sollte klar sein, dass unsere Natur, die Berge, das Wasser, die Luft der Allgemeinheit, also uns allen, gehören. Und diese unsere Natur ist so einzigartig, dass mehr als 8 Mio. Urlauber aus aller Welt sie jedes Jahr sehen möchten. Und so boomt das Geschäft mit den Touristen in Südtirol – genau wegen der Einzigartigkeit dieses Allgemeingutes Natur, und am stärksten in den Gegenden, wo sie besonders beeindruckend ist: in den Dolomiten.

Dort befinden sich nicht umsonst einige der "heißesten" touristischen Hotspots unseres Landes: mit Nächtigungspreisen, die auch im internationalen Vergleich mittlerweile als "hochpreisig" gelten. Doch die Gäste sind ob der Schönheit unseres Landes bereit, diese hohen Preise zu zahlen. Geschickte Unternehmer haben in Südtirol einen florierenden Tourismussektor aufgebaut, der in den meisten Gegenden gute Profite abwirft. Natürlich profitieren auch weitere Wirtschaftszweige vom Tourismus: die Gastronomie, das Handwerk usw. Doch die Allgemeinheit, die Südtiroler Bürgerinnen und Bürger profitieren bis heute wenig davon, weil für das Allgemeingut Natur, als grundlegender Produktionsfaktor des Tourismus, kaum etwas bezahlt wird. Dem eingangs genannten Prinzip folgend, stellt sich die Frage, ob die Tourismuswirtschaft für die unternehmerisch zweifellos ausgezeichnete Vermarktung und Monetisierung des Allgemeingutes Natur als Produktionsfaktor ausreichend bezahlt. Heute heben die Beherbergungsbetriebe pro Gast und Nacht als Steuersubstitut nur eine Gemeindeaufenthaltsabgabe, alias Ortstaxe, zwischen 0,5 und 5 Euro pro Kopf und Nacht ein.

Die 8 Mio. Gäste mit ihren ca. 35 Mio. Nächtigungen haben dabei nicht nur das Privileg, unsere Natur zu genießen, aber sie produzieren auch eine Belastung, als ob es in Südtirol eine zweite Stadt Bozen gäbe, in Bezug auf Abfall, Wasserkonsum, Kläranlagen, CO₂. Dieser Ressourcenverbrauch und die Vermarktung unserer Natur sind mit der heute gültigen Ortstaxe jedoch bei Weitem nicht abgegolten.

Und während einige Unternehmen im Tourismus ausgezeichnete Gewinne einfahren, haben die einfachen Bürgerinnen und Bürger direkt nicht nur herzlich wenig Vorteil, sondern spüren, gerade in den letzten Jahren des Overtourismus, die negativen Folgen des Touristen-Stroms. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind in der Hochsaison sind zumeist überfüllt, die Wohnungs- und Mietpreise in den Sternen. Langsam kippt auch hierzulande die vormals gute Tourismusgesinnung der Menschen – das Beispiel der Kanaren sollte eine Warnung sein.

Auch Norwegen verschenkt sein Erdöl nicht, sondern holt das Maximum heraus. Dies sollte Südtirol, im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger, ebenso tun.

Der Tourismus soll nicht mit öffentlichen Geldern finanziert werden, sondern er soll Geld für alle produzieren – indem wir die Nutzung unserer Natur angemessen monetisieren.

Deshalb soll in Südtirol zusätzlich zur heutigen Ortstaxe eine Abgabe eingehoben werden, in einem Ausmaß pro Kopf und Nacht, der nicht weniger als weitere 10 Euro im Durchschnitt ausmacht. Die Taxe sollte natürlich proportional zum Nächtigungspreis, und deshalb in Prozenten des Zimmerpreises ausgedrückt sein. Dies ist absolut zumutbar, in einem Hochpreisland wie

Südtirol, das überdies unter Overtourism leidet. Die Gastbetriebe in Südtirol können trotzdem ohne Probleme am Markt im Wettbewerb bestehen, auch weil ja nicht sie direkt zur Kasse gebeten werden sollen, sondern die Touristen.

Bei 35 Millionen Nächtigungen ergibt das zusätzliche Einnahmen im Landeshaushalt von 350 Millionen Euro – jedes Jahr. 3,5 Milliarden in 10 Jahren.

Zu verwenden sind die zusätzlichen Einnahmen für Maßnahmen zugunsten unserer Bürgerinnen und Bürger. Die Diskussionen über die Co-Finanzierung der Pflegesicherung, nur um ein Beispiel zu nennen, könnte damit überflüssig werden. Ebenso könnte der Wohnbau für Ansässige damit finanziert werden, oder die öffentlichen Verkehrsmittel kostenlos angeboten.

Die Gäste, die unser Allgemeingut Natur nutzen und genießen, müssen dafür angemessen zahlen und die Südtiroler und Südtirolerinnen müssen unmittelbar und angemessen davon profitieren. Weil Südtirols einzigartige Landschaft nicht unter Wert verkauft werden darf und ALLE Südtirolerinnen und Südtiroler zu Gewinnern durch den Tourismus werden müssen!

Dies vorausgeschickt

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung und den Landeshauptmann,

- 1. ein Modell auszuarbeiten, wie die öffentliche Hand von den touristischen Beherbergungsbetrieben zusätzlich einen verpflichtenden Beitrag der Gäste als Steuersubstitut einheben kann – ca. 10 Euro pro Gast und Nacht –, als Entschädigung für die Verwendung unseres Allgemeingutes Natur;*
- 2. dem Landtag Vorschläge zu unterbreiten, welche sozial nützlichen Initiativen mit diesen zusätzlichen Einnahmen finanziert werden können, sodass eine möglichst breite Masse an Bürgerinnen und Bürgern davon direkt profitieren können (z.B. Co-Finanzierung der Pflegeversicherung, kostenlose Nutzung des ÖPNV, Unterstützung der Bergbauern und Almwirtschaft usw.).*

La natura della nostra provincia produce ricchezza e tutti devono trarne vantaggio. Le aziende pagano per l'acquisto e l'utilizzo dei fattori produttivi necessari per la produzione di un bene. Così avviene normalmente. Se però andiamo a vedere i bilanci di alcune imprese che raccolgono i maggiori successi a livello mondiale – e soprattutto sono tra le più redditizie – vediamo che alcune di esse realizzano profitti enormi, perché pagano poco o nulla per i loro fattori produttivi più importanti. L'esempio più noto sono i giganti statunitensi dell'high tech come Microsoft, Apple, Alphabet (Google), Meta Platforms e Amazon, che non hanno spese per il fattore produttivo dei dati.

A ciò si aggiunge che queste imprese non pagano praticamente tasse in Europa, e non è tollerabile che l'Unione Europea accetti questo da anni ovvero continui ad assistervi impotente. Tuttavia tassare i profitti non è una soluzione praticabile nei confronti delle aziende multinazionali. Anche qui il pagamento adeguato dei fattori produttivi – nella fattispecie i dati delle utenti e degli utenti in Europa – sarebbe la prima cosa che l'UE dovrebbe pretendere. Sarebbero miliardi di introiti per l'Europa e per i suoi cittadini e le sue cittadine.

Questo principio andrebbe applicato in modo particolare se si tratta di fattori produttivi appartenenti alla collettività. Prendiamo l'esempio della Norvegia e del suo petrolio: lo Stato norvegese parte dal fatto che il petrolio è un bene comune e investe quindi nel sistema sociale i profitti che ne trae, in particolare nel fondo pensioni statale. In questo modo i ricavi derivanti dalla vendita di un bene pubblico vanno a vantaggio della collettività.

Il principio generale dovrebbe essere che chi usa i fattori produttivi appartenenti alla collettività debba pagare a quest'ultima un prezzo adeguato.

Guardando all'Alto Adige, dovrebbe essere chiaro che la nostra natura, le montagne, l'acqua e l'aria appartengono alla collettività, e quindi a tutti e tutte noi. E la nostra natura è talmente unica che ogni anno più di 8 milioni di turiste e turisti arrivano da tutto il mondo per ammirarla. Questo fa registrare cifre importanti nel settore del turismo in Alto Adige, proprio per via dell'unicità del bene comune natura, e ciò soprattutto nelle zone in cui la natura è particolarmente bella, vale a dire nelle Dolomiti.

Non è un caso se proprio lì si trovano i maggiori hotspot turistici della nostra provincia, dove i prezzi dei pernottamenti si collocano ormai nella fascia più alta anche rispetto agli standard internazionali. Ma per godere della bellezza dei nostri luoghi le turiste e i turisti sono comunque disposti a pagare cifre anche cospicue.

Imprenditori capaci hanno costruito un settore turistico in continua crescita, che nella maggior parte delle zone della nostra provincia permette di realizzare ottimi guadagni. Del turismo approfittano naturalmente anche altri settori economici come la gastronomia, l'artigianato, ecc. Invece la collettività, i cittadini e le cittadine della nostra provincia fino ad oggi ne hanno ricavato ben poco, perché per il bene comune natura, in quanto fattore produttivo essenziale per il turismo, non si paga praticamente nulla. Seguendo il suddetto principio, bisogna chiedersi se il settore del turismo paga abbastanza per la commercializzazione, senza alcun dubbio eccellente dal punto di vista imprenditoriale, e per la monetizzazione del bene comune natura in quanto fattore produttivo. Attualmente gli esercizi ricettivi si limitano a riscuotere, come sostituto d'imposta, un'imposta comunale di soggiorno, detta comunemente tassa di soggiorno, che va dagli 0,5 ai 5 euro a testa e a notte.

8 milioni di turisti con i loro 35 milioni di pernottamenti circa non godono solo del privilegio di ammirare la nostra natura, ma gravano sul territorio in termini di rifiuti prodotti, consumo di acqua, depuratori, emissioni di CO₂, come se in Alto Adige ci fosse una seconda città delle dimensioni di Bolzano. Questo consumo di risorse e la commercializzazione della nostra natura non sono minimamente compensate dalla tassa di soggiorno attualmente applicata.

E mentre alcune imprese nel settore turistico fanno ottimi guadagni, i semplici cittadini e le semplici cittadine non solo non ne ricavano grandi vantaggi, ma piuttosto, soprattutto in questi ultimi anni in cui abbiamo assistito a un boom del turismo senza precedenti, devono sopportarne le conseguenze negative. In alta stagione i mezzi pubblici sono in genere stracolmi e gli affitti così come i prezzi delle case sono ormai alle stelle. Piano piano anche nella nostra provincia sta mutando l'atteggiamento in passato favorevole al turismo – e l'esempio delle Isole Canarie dovrebbe insegnarci qualcosa.

Anche la Norvegia non regala il suo petrolio, ma ne trae il massimo vantaggio possibile. L'Alto Adige dovrebbe fare altrettanto nell'interesse delle sue cittadine e dei suoi cittadini.

Il turismo non va finanziato con fondi pubblici, ma piuttosto deve produrre guadagni per tutta la popolazione, monetizzando in modo adeguato l'utilizzo della nostra natura.

Per questo motivo in Alto Adige, in aggiunta alla tassa di soggiorno, andrebbe applicata un'altra imposta, calcolata a testa e a notte, per un importo non inferiore ai 10 euro in media. Questa tassa dovrebbe naturalmente essere proporzionata al prezzo del pernottamento, per cui dovrebbe rappresentare una percentuale di quello della camera. Il tutto è assolutamente attuabile, in una provincia dai prezzi alti come la nostra, che oltretutto soffre per l'overtourism. I pubblici esercizi esistenti in Alto Adige non dovrebbero avere problemi a fronteggiare la concorrenza sul mercato, anche perché non sono loro a pagare, ma i turisti.

35 milioni di pernottamenti porterebbero a una entrata aggiuntiva per il bilancio provinciale di 350 milioni di euro all'anno, che fanno 3,5 miliardi in 10 anni.

Le entrate aggiuntive andrebbero usate per misure a favore della nostra cittadinanza. Le discussioni sul cofinanziamento dell'assistenza alle persone non autosufficienti non sarebbero più necessarie. Questo per citare solo un esempio. Un'altra possibilità consisterebbe nel finanziare l'edilizia abitativa per i residenti oppure mettere a disposizione gratuitamente i mezzi del trasporto pubblico.

I turisti che si godono il nostro bene comune natura devono pagare in modo adeguato per poterlo fare, e gli altoatesini e le altoatesine devono trarne profitto in modo diretto e adeguato. Il paesaggio unico dell'Alto Adige non può essere venduto sottocosto, e TUTTI gli altoatesini e TUTTE le altoatesine devono trarne vantaggio!

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale e il presidente della Provincia

1. *a elaborare un modello che consenta alla mano pubblica di riscuotere dagli ospiti delle strutture ricettive con finalità turistiche un'ulteriore somma obbligatoria, come sostituto d'imposta, per un importo di 10 euro ca. per ospite e pernottamento, come indennizzo per l'utilizzo del bene comune natura;*
2. *a presentare proposte al Consiglio provinciale, contenenti iniziative socialmente utili da finanziare con queste entrate aggiuntive, in modo che il maggior numero possibile di cittadini e cittadine possa trarne vantaggi immediati (per esempio, cofinanziamento dell'assistenza alle persone non autosufficienti, utilizzo gratuito dei mezzi del trasporto pubblico locale, sostegno all'agricoltura di montagna e all'alpicoltura, ecc.).*

Das Wort dem Abgeordneten Köllensperger für die Erläuterung des Beschlussantrages. Bitte.

KÖLLENSPERGER (Team K): Südtirols Natur generiert Reichtum. Wichtiger ist der zweite Teil des Titels. Alle müssen was davon haben. Es geht hier um ein Prinzip, das in der liberalen Wirtschaft auch so funktioniert. Produktionsfaktoren sind zu zahlen. Und wenn mit Allgemeingut gearbeitet wird, dann muss die Allgemeinheit auch direkt etwas davon haben. So wie Norwegen sein Öl als Allgemeingut ansieht und fördert und damit den nationalen Pensionsfonds mit über 400 Millionen Euro speist, so ist in Südtirol unsere größte Ressource der Allgemeinheit unsere Natur und unsere Berge. Ich glaube, wir sind schon alle einverstanden, dass Natur und Berge in Südtirol Allgemeingut sind. Und genauso sind wir auch alle einverstanden, dass jeder, also die Allgemeinheit, davon profitieren sollte, wenn dieses Allgemeingut vermarktet und kommerzialisiert wird.

Es geht hier vor allem um das Prinzip. Es geht hier nicht um eine Diskussion Euro weniger Euro mehr, Garnì wieviel? Luxushotel wieviel? Es geht um das Prinzip. Es geht auch nicht prinzipiell um die Eindämmung des Overtourism, das könnte ein Nebeneffekt sein, aber dafür braucht man andere Instrumente. Es geht darum, dass die Bevölkerung für die Verwendung ihres Allgemeinguts entschädigt wird.

Die paar Euro Ortstaxe, die wir heute kassieren, die sind für den Tourismus selbst, das soll auch so bleiben, die reicht aber bei weitem nicht aus, um die Bevölkerung zu entschädigen für die Schattenseiten, die der Tourismus mit sich bringt bei allen Vorteilen, der Verkehr, CO₂, Müll, Abwasser, die Teuerung des Wohnraums, volle Öffis, teure Restaurants, usw. Wenn man sich das durchrechnet und man kann es aus verschiedenen Blickwinkeln rechnen, wieviel Müll generiert wird, wieviel Abwasser generiert wird, wieviel Nächtigungen der 8 Millionen Touristen (35 Millionen Nächtigungen) gemacht werden, dann gibt es in Südtirol ein zweites Bozen, das auf keiner Landkarte steht, für das aber die Allgemeinheit die Infrastrukturen und alles finanziert. Deshalb sage ich, wenn man diesen Aspekt beachtet, dann muss der Tourismus – er kann auch eine neue Einnahmequelle für alle sein – für das Land, und das heißt für alle eine Einnahmequelle sein. Es ist eine der ganz wenigen Möglichkeiten, die wir haben, neue Einnahmen zu generieren ohne neue Steuern einzuhoben und ohne den Mittelstand weiter zu belasten. Wir wissen, wir haben in Südtirol mit dem Haushalt noch kein Problem, aber wir haben schon ein tendenzielles Problem und das sind die laufend steigenden Kosten, die laufenden Kosten, die jedes Jahr mehr werden. Bisher wurden die immer aufgefangen durch steigende Steuereinnahmen. Aber auf das können wir uns nicht verlassen. Ich rede nicht einmal von einem Rückgang, ich rede nicht einmal von einem Covid. Da gibt es Notfallsituationen. Aber wenn diese stagnieren, dann haben wir ein veritables Problem. Dann brauchen wir neue Einnahmen, die nicht fiskalischer Natur sind. Woher holen, wenn nicht da?

Wir machen heute das Gegenteil, wir haben letztes Jahr 80 Millionen Euro den Seilbahnen gegeben, gleichzeitig aber reden wir von Pflegeversicherung, weil wir die Pflegesicherung nicht mehr stemmen können mit den Kosten, weil das Geld nicht mehr da ist. Wir investieren laufend in touristische Infrastrukturen, auch von Privaten, öffentliche Gelder, machen aber nie eine echte Rechnung der Kostenwahrheit und nie eine echte Rechnung der drei Variablen, mit dem man den Tourismus bewerten muss. Die Wertschöpfung, die ist da und ist bei ca. 11%, weit unter der Industrie, aber sie ist natürlich da und bringt indirekt Vorteile anderen in anderen Sektoren, den Ressourcenverbrauch und die Wertverteilung. Wie wird diese Wertschöpfung verteilt? Gerade hier setze ich an.

Mit diesem System, mit der Einhebung einer zusätzlichen Ortstaxe können wir Werte aus dem Tourismus schöpfen und verteilen. Ich möchte auch darum bitten, dass Sie dann nicht mit dem Vorwurf kommen, ich sei gegen den Tourismus, das habe ich schon von jemand anderem gehört, das ist falsch. Ich habe lange im digitalen Tourismus gearbeitet, ich kenne diesen Akteur und ich weiß den Tourismus zu schätzen und seine

Vorteile. Das heißt aber nicht, dass man auch nicht über seine Nachteile sprechen muss. Im Gegenteil, mit so einem System tun wir dem Tourismus gut, wir können den Tourismus retten, indem wir seine Akzeptanz sichern. Lassen wir es nicht so weit kommen, wie auf den Kanaren, dass die Leute auf der Straße stehen, weil sie sich den Wohnraum nicht mehr leisten können. Proteste gab es auch in Venedig, Barcelona, sogar in Oberbayern, also relativ nahe bei uns, und auch am Tegernsee wurde offen gegen die Touristen protestiert.

Wenn alle Südtirolerinnen und Südtiroler zu Gewinnern durch den Tourismus werden, dann kann man diese Situation abwägen. Bei 35 Millionen Nächtigungen, die die ca. 8 Millionen Ankünfte pro Jahr generieren ist es auch gar nicht so schwierig, hier zusätzliche Einnahmen zur bestehenden Ortstaxe zu generieren. Diese Touristen kommen wegen unserer einzigartigen Berge und Natur. Und diese Touristen können zusätzliche Einnahmen generieren. Man hört hier schon von Seiten des HGV, es ginge nicht, weil dann würden die Hotels zu teuer werden. Also da habe ich in den letzten Jahren, als die Hotelpreise stark angestiegen sind in manchen Gegenden fast verdoppelt sind, keine Proteste gehört. Es wäre jetzt zu teuer und die armen Familien. Die Skipässe sind ganz klar hinaufgegangen. Jeder, der Skifahren geht, hat das am eigenen Leib miterlebt. Da hat niemand protestiert.

Wenn ich jetzt aber sage, holen wir uns doch durchschnittlich 10 Euro heraus (weniger vom Garni und deutlich mehr vom Luxushotel mit einem stark progressiven System), holen wir uns doch ein bisschen Geld heraus, dann heißt es gleich, nein, das geht nicht, das ist zu teuer. Wenn es in die eigene Tasche geht, dann geht es, wenn es in die öffentliche Tasche geht, dann wird es zu teuer. Das ist eine etwas heuchlerische Ansage, die so dann nicht akzeptabel ist.

Es geht hier im Beschlussantrag auch darum, ein Konzept auszuarbeiten. Man könnte sich natürlich überlegen, dass die Ankunft mehr besteuert wird und dass man die Kurzurlauber oder dass man die Tages-touristen irgendwo erwischt und nicht die "Längerurlauber". In dem Fall müsste man ca. 30 Euro pro Ankunft einheben, ansonsten im Durchschnitt 10 Euro pro Nächtigung. Das wären 350 Millionen im Idealfall, in 10 Jahren dreieinhalb Milliarden Euro. Dann brauchen wir in diesem Land nicht mehr über Pflegeversicherung reden.

Das Prinzip ist das, Herr und Frau Südtiroler sollen etwas vom Tourismus haben, und nicht nur jene, die direkt mit dem Tourismus verbunden sind und dort arbeiten, sondern alle anderen. Die Produktionsfaktoren sind zu zahlen, der Tourismus steht ja nicht vor den Menschen. Auch das, was man immer gerne aus dem Tourismus hört, es sei eine Melkkuh für den ganzen Rest. Nein! Die Melkkuh in Südtirol, das ist der Mittelstand, der das alles mit seinen Steuern finanziert. Und die Melkkuh in Südtirol ist die Natur und die Umwelt. Wenn schon, dann ist der Tourismus heute die Melkkuh für eine begrenzte Anzahl von Betrieben, die sehr gut dabei verdienen. Denen gebührt auch Respekt. Das sind teilweise top Unternehmer.

Gleichzeitig reden wir jetzt davon auch noch, eines der letzten unversehrten Gebiete die Convinböden mit einer Bahn zu erschließen, damit wieder ein paar Betriebe mehr verdienen können. Ich sage Ihnen, wenn in Südtirol nicht die große Mehrheit der Einwohner und Einwohnerinnen direkt profitiert, dann riskieren wir hier, dass es in die Hose geht. So wie auf den Kanaren. Und banalisieren Sie dieses Thema nicht, denn Sie wissen selbst, es wird kommen. Wir werden mit dem Thema konfrontiert werden, denn eine Lenkung und eine Beschränkung wird nicht funktionieren. Wir haben das mit dem Bettenstopp versucht, es ist eher ein Bettenturbo geworden. Klar, der Wildwuchs im Airbnb und im Privatvermieterbereich wird gestoppt werden, aber inzwischen haben wir heute schon viel zu viele Betten. Verbote gehen sowieso nicht in einem Europa, wo man sich Gott sei Dank frei bewegen kann. Der Tourismus wird übrigens noch steigen. Die Asiaten fangen jetzt erst an. Die Russen fehlen aus einem anderen Grund, die werden auch früher oder später kommen, aber die Chinesen, die Inder, die kommen jetzt erst, also er wird steigen. Und die Preise werden auch steigen, denn der Markt regelt das ja bis zu einem gewissen Punkt, die Nachfrage und das Angebot, und daraus entsteht der Preis.

Wenn wir jetzt für die öffentliche Hand etwas abschöpfen, indem wir eine zusätzliche Ortstaxe einheben, die nicht der Betrieb zahlt, das zahlen die Touristen, die sehr progressiv an die Nächtigungspreise der Hotellerie angepasst ist, dann ist das drinnen. Wir sind im internationalen Vergleich – schauen Sie sich einmal die Skipässe und die Hotelpreise anderswo an – zu günstig im Gesamtpaket, immer noch, trotz der Teuerungen der letzten Jahre. Diese Maßnahmen werden kommen, ich würde sie so schnell als möglich in Betracht ziehen und nicht warten, bis es zu spät ist. Die touristische Belastung, die wir heute in Südtirol haben, ist nur gerechtfertigt, wenn etwas für die Bevölkerung herauschaut.

Der zweite Teil des beschließenden Teils im Antrag sagt der Landesregierung, kommt, wenn ihr das Konzept erarbeitet habt, danach mit Vorschlägen, wie wir diese Gelder einsetzen können. Es fällt natürlich leicht, heute zu sagen, zahlen wir doch die Pflegeversicherung damit. Ich habe mir das durchgerechnet, in einer

privaten Beispielversicherung, in einer Pflegeversicherung. Man könnte mit einer zusätzlichen Tourismusabgabe von 6,8 Euro pro Nacht das komplett abdecken, und nicht über Pflegeversicherung reden und noch einmal den Mittelstand ausquetschen.

Man könnte die Öffis gratis fahren lassen, für die 10 Millionen, die wir dort einnehmen. 5 Millionen kostet uns nur die Software und wir haben noch nicht einmal das Personal gerechnet und den Verwaltungsaufwand. Da schaut sowieso nichts heraus. Nehmen wir die 20% Einnahmen, die die europäische Union will, und lassen alle gratis fahren, auch die Touristen, die fahren heute schon fast gratis.

Man könnte diese zusätzliche Ortstaxe, die im Urlaub-am-Bauernhof-Bereich generiert wird, auch für die Almwirtschaft hernehmen. Dort ist sicher Not am Mann. Wir haben einen Klimaplan, der nicht durchfinanziert ist, nicht einmal ansatzweise, nur der Mobilitätsteil ist finanziert. Wir brauchen noch einen Sozialplan dazu. Wir könnten in Innovation, in junge Start-ups investieren. Wir haben heute über Wohnbau geredet. Uns hauen die jungen Leute ab, 2.000 Leute junge Leute pro Jahr, die größtenteils nicht wieder zurückkommen. Wollen wir denen günstige Wohnungen aus der öffentlichen Hand zur Verfügung stellen? Dann holen wir uns doch dieses Geld. Reden wir zumindest seriös darüber und banalisieren wir nicht diesen Antrag, so wie es der HGV gerne machen würde.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Wenn wir über den Tourismus in Südtirol reden, dann müssen wir zweifelslos anerkennen, dass der Tourismus in den letzten Jahrzehnten Südtirol sehr viel positive Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich gebracht hat. Dass viele Menschen in Südtirol Arbeitsplätze gefunden haben, die sonst woanders hingehen hätten müssen. Und dass viele Ortschaften, die in strukturschwachen Gegenden ursprünglich waren, dadurch sehr stark profitiert haben. Das ist bis zu einem gewissen Punkt auch gutgegangen. Nur der Tourismus hat inzwischen in Südtirol, wie man so schön sagt, den Rubikon überschritten. Wir haben einen Punkt erreicht, nicht in allen Gemeinden Südtirols, aber vor allem in den touristisch sehr stark geprägten Gemeinden Südtirols, wo der Tourismus anfängt, nicht nur sich selbst, sondern auch den Menschen dort Schaden zuzufügen, weil es einfach zu viel ist.

Wir haben gerade heute Mittag darüber gesprochen. Man braucht nur in die Tourismushochburgen gehen, in jeder Zwischensaison findest du einen Kran nach dem anderen, es werden noch größere Häuser gebaut, die Hotels werden noch größer ausgebaut, und da gilt es einfach 2 Fragen zu stellen: Wer soll dort alles wohnen? Aber die noch wichtigere Frage: Wer soll dort arbeiten?

Wir sind in Südtirol ein Land, das mehr oder weniger Vollbeschäftigung hat. Dort werden nicht Einheimische arbeiten. Das heißt, wir werden größtenteils Fachkräfte von außerhalb Südtirols herholen müssen, die hier in der Saison oder vielleicht auch länger arbeiten und leben. Wo wohnen die aber dann? Wir sind nicht mehr in den Hotelbetrieben, wie in den 70er Jahren, wo das Personal unterm Dach oder im Keller gewohnt hat und damit zufrieden war. Das heißt, wir müssen entweder diesen Leuten Wohnraum zur Verfügung stellen, Wohnungen, die dann auf dem freien Mietmarkt fehlen, oder auf der anderen Seite werden die Hotels Mitarbeiterhäuser bauen, die dann aber auf dieser ohnehin schon verfügbaren Baufläche in Südtirol wieder den Anderen Wohnraum wegnehmen wird. Die Konsequenz wird sein, dass junge Menschen wegziehen, weil das Wohnen in den eigenen Dörfern nicht mehr möglich ist, weil es zu wenig Wohnraum gibt oder weil die Mietpreise – von Kaufen redet man in diesem Zusammenhang schon gar nicht mehr – so hoch sind, dass ich das Normalverdienender nicht mehr leisten können.

Es ist deshalb schon berechtigt, dass wir uns in Südtirol die Frage stellen, wohin soll sich der Tourismus in diesem Land entwickeln? Wieviel Tourismus braucht Südtirol überhaupt? Reden wir von der Lebensqualität, dass wir inzwischen in einem Land leben, wo du weißt, dass du am Samstag überhaupt nirgends hinfahren wirst, weil du keine Chance hast, irgendwo hinzukommen, weil es dermaßen jedes Wochenende zu staut. Wir werden es dieses Wochenende wieder erleben mit dem Feiertag dazwischen. Wir erleben das im Passaiertal jede Woche, wir erleben es, wenn schlecht Wetter ist, dass die Menschen es nicht schaffen, rechtzeitig zur Arbeit zu kommen, nicht rechtzeitig zur Schule zu kommen, man nicht irgendwo ungeplant irgendwo hinfahren kann, weil es einfach zu viel geworden ist. Da stehen nicht nur die Einheimischen im Stau, da stehen inzwischen auch die Gäste im Stau. Wir warnen seit Jahren davor, dass Südtirol zu einem Land entwickelt, wo auch die Gäste sagen, das ist nicht mehr das Südtirol, das wir kennen.

Wenn wir dann die Frage stellen, und damit komme ich zum Schluss, wie können wir beispielsweise ländliche Betriebe, Bergbauern unterstützen, dann ist ein solches Modell natürlich ein gangbarer Weg. Die Tourismuswerbung macht Werbung mit den Bergbauern, die macht nicht Werbung mit dem Abtul, der die Zimmer sauber macht und irgendeinem Betonklotz, wo er untergebracht wird, sondern der macht mit dem

schönen Bergbauernhof oben auf der Wiese, wo die Bäuerin mit dem Kopftuch die Milchkannen auswäscht. Das sind die Tourismusbilder, die vermittelt werden. Diese Realität wird es aber nicht mehr geben, wenn es keine Bergbauern mehr oben gibt.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich finde den Vorschlag, 10 Euro pro Gast und Nacht, maßlos übertrieben. Ich finde es auch ungerechtfertigt, wenn man schaut, wie viele unterschiedliche Kategorien wir haben. Es macht einen Unterschied, ob jetzt eine einfache Pension, Zimmer mit Frühstück, 10 Euro pro Gast abgibt, oder ein Luxushotel, wo die Nacht 250 Euro kostet. Ich glaube, das steht in keinem Verhältnis.

Ich möchte einen Aspekt aus der praktischen Erfahrung anbringen, wenn man mit offenen Augen durch das Land fährt, und auch die eigenen Bekannten und Verwandten sieht, muss man urteilen, dass wir alle als Gesellschaft auch einem Antrieb ausgesetzt sind, und das ist der Ehrgeiz. Ehrgeiz bringt uns weiter, Ehrgeiz bringt uns in unterschiedlichsten Bereichen nach vorne und beflügelt Entwicklung. Nur glaube ich auch, dass wir, Kollege Köllensperger, vor allem bei einem Instrument ansetzen müssten, und das ist das steuerliche Instrument. Ich bin überzeugt, dass die Praxis, wie sie hierzulande ist, und nicht nur in Südtirol, sondern auch die staatliche Steuerregelung, dass die Leute sagen, ich baue lieber dazu, erweitere, um Steuern zu sparen. Sozusagen diese Unzufriedenheit, auf der einen Seite der bestehende, gutlaufende Betrieb mit 40, 50 Betten, eine überschaubare Mitarbeiter-Crew, und es läuft gut in jeder Hinsicht, aber dann auf einer Seite das "Immermehrwillen" und auch zugleich, ich werde doch nicht so viel Steuer zahlen, lieber investiere ich, erweitere ich qualitativ, quantitativ, usw. Das ist dieses Hamsterrad, wo wir drinnen sind, und wo aus diesen einzelnen gut funktionierenden Familienbetrieben Komplexe werden, die nicht mehr jenem Tourismusbild entsprechen, das wir als Politiker gerne sehen. Ich glaube aber auch, dass die Bürgerinnen und Bürger des Landes, und am Ende auch die Gäste in Südtirol das nicht unbedingt gern sehen wollen. Ich glaube nicht, dass das mit diesen 10 Euro getan ist. Diese Teufelsspirale des "Immermehrwillens", des "Immerdazubauens" liegt im Steuersystem.

Es ist vieles Richtiges gesagt worden, wir tun uns keinen Gefallen damit. Wir tun uns keinen Gefallen damit, weil wir nicht imstande sind, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu generieren, weil wir auch mit dem Verkehr immer mehr Probleme bekommen. Ich warne bereits jetzt davor. Wir wissen es aus der letzten Legislaturperiode, dass von Seiten des Tourismus vorgeschoben wurde, Industrie und Handwerk, für Mitarbeiterunterkünfte bzw. dass in Gewerbegebieten Unterkünfte für Mitarbeiter errichtet werden dürfen. Hier müssen wir aufpassen, dass das wirklich für Handwerker- und Industriebetriebe bleibt, die nicht so viele Wohneinheiten pro Betrieb benötigen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht so weit gehen und jetzt auch noch die Tourismusmitarbeiter sozusagen in "Tourismuserbeiterghettos", in Industriebetriebe hineinbringen. Das wäre die Entwicklung, und die zeichnet sich jetzt schon ab.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Kollege Köllensperger, was haben wir in den letzten Jahren hier doch über die Belastung des Tourismus diskutiert. Immer wieder, wenn wir dann Hochsaisons haben und zumindest unsere Telefone heiß laufen, Menschen, die sagen, wir können uns in unseren Zügen nicht mehr bewegen, unsere Wälder sind überlaufen und Schwammerln gibt es auch keine mehr, dann sehen wir, dass es zu viel geworden ist. Davor warnen wir wirklich schon seit langem. Deshalb die Last des Tourismus, diese Analyse teilen wir zu 100%. Und dass wir schon viel zu spät dran sind, um dieses Rad noch aufzuhalten, das ist auch Fakt. Ebenso ist Fakt, und das hat zum Beispiel der ehemalige grüne Bürgermeister Paul Rösch immer wieder gesagt, dass Tourismus nur dann funktioniert, wenn eine Allianz besteht zwischen dem Menschen, der Tourismus möglich macht, also den Tourismustreibenden, dem Gast und der Bevölkerung. Wenn dieses Gleichgewicht kippt, dann wird es richtig problematisch und dann ist auch nicht mehr schön, irgendwo Urlaub zu machen. Alle diese Dinge stimmen total.

Gleichzeitig wundert es mich, und ich bin wirklich verwundert, Kollege Köllensperger, dass von dir als Liberaler so ein Vorschlag kommt, der so pauschalisiert. Ich denke mir, dieses Thema, das du aufwirfst, dem kann man auf verschiedener Weise beikommen.

Ich spreche als Erstes von Kontingentierung, und das hat nicht geklappt mit den Betten, aber das kann man für Hotspots machen, das kann man für Passstraßen machen, das kann man machen für Städte. Kontingentierung ist ein Weg, und das ist für uns der Königsweg im Normalfall, weil er nicht Arme ausschließt und Reiche reinlässt. Das ist etwas, das wir als Kriterium grundsätzlich für nicht richtig finden. Wir haben deshalb auch bei den Passstraßen immer für Schließung und Kontingentierung plädiert und nicht für Maut bzw. erst in

zweiter Linie für Maut. Damit setzen wir eigentlich nur ein Kriterium des Habens. Und das ist für uns nicht ein soziales und ökologisches Kriterium. Das wäre zum Beispiel ein Weg gewesen.

Ein anderer Weg wäre die Umlenkung der Ortstaxe. Da gäbe es wirklich Spielraum und das wird auch von den Gemeinden zunehmend gefordert und es wird auch von den Tourismustreibenden selbst gefordert. Da gäbe es Wege und das sollten wir wirklich andenken und gut evaluieren, ob das ein Weg wäre. Aber zu sagen, wenn ich als Gast, der nach Südtirol kommt, mit meinen zwei Kindern in der Jugendherberge hier in der Rittner Straße unterkomme oder ob ich ein anderes Paar bin, das mit seinen Kindern im Laurin wohnt, und ich zahle 10 Euro bzw. 40 Euro am Tag ...

KÖLLENSPERGER (Team K): *(unterbricht)*

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Das steht nicht im Antrag. Hier steht circa 10 Euro pro Gast und Nacht, das habe ich gelesen.

KÖLLENSPERGER (Team K): *(unterbricht)*

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Okay, beschließende Teile sind die, die hier im Falle angenommen werden und deshalb wissen wir, dass die beschließenden Teile selbsterklärend sein müssen. Also wenn das angepasst ist, dann muss das dort stehen, denn das ist das Um und Auf. Das ist wirklich das Um und Auf, sonst können wir nicht mitgehen. Wenn das abgeändert wird, und wir sprechen da von ganz anderen Zahlen, dann überlegen wir es uns, sonst ist das für uns, auch gerade dem Jugendtourismus, dem Mittelklassetourismus und dem nachhaltigen Tourismus, den wir unterstützen wollen, einfach überhaupt nicht zuträglich. Deshalb würden wir da nicht mitgehen.

LOCHER (SVP): Ich habe hier oft schon gesagt, dass wir mit diesem Tourismus-Euro ..., ich wäre damals hier sehr gnädig gewesen mit Schuler als Tourismuslandesrat, diesen Vorschlag zu machen, 1 Euro für die Berglandwirtschaft einzuführen. Man muss einige Vergleiche machen. Rom wird in den nächsten Jahren auf 10 Euro gehen mit der Tourismusabgabe, London ist bereits bei 7 Euro. Im Grunde genommen wird diese Tourismusabgabe in den nächsten Jahren für den Ausbau der Infrastrukturen eine ganz wesentliche Rolle spielen. Ich habe es den Touristikern einige Male vorgeschlagen. Was habt ihr lieber? Das Drehkreuz oben auf den Parkplätzen, wo ihr auf den Almen wandern geht und euch erholt? Wir müssen uns vorstellen, wir haben in Südtirol 1.600 Almen, wenn wir alleine auf 800 Almen ein Drehkreuz errichten, wo man dann praktisch den Euro einwirft, das wäre dann nicht schöner.

Abgeordneter Knoll, Sie haben es treffend gesagt. Mit was macht man für Südtirol Werbung? Die Werbung macht man mit der schönen Landschaft, und wie die Bauern oben das Heu zusammentragen. Das ist ganz einfach Fakt. Ich tue mich ganz, ganz schwer, hier dagegen zu stimmen, denn es ist einfach Fakt, dass es viele schon eingeführt haben. Der Tourismus hat in den letzten Jahren eine enorme Steigerung gemacht, vor allem, was die Übernachtungen betrifft. Es war ein enormer Zuwachs, ich weiß die Prozentsätze nicht genau, aber sicher 30 bis 40%, wenn nicht sogar 50%. Es sagt niemand etwas, wenn man 220 oder 250 Euro für die Übernachtung bezahlt, da sagt kein Mensch etwas, aber die 3 Euro für die Ortstaxe, die wären dann fast zu viel. Das ist sicherlich eine Thematik, worüber wir diskutieren müssen.

Der nächste Punkt, der eine wesentliche Rolle spielt, man hört es immer wieder, ist das Weltnaturerbe, dass immer mehr Touristen nach Venedig kommen, nach Südtirol kommen, die Dolomiten besichtigen, dann weiterfahren in die Schweiz, das heißt 1-Tages-Tourismus bzw. 2-Tages-Tourismus. Der Kurzurlaub wird sich in den nächsten Jahren ganz massiv ausbreiten. Ich ersuche, auch wenn es mir schwerfällt, dagegen zu stimmen, aber ich hoffe, dass wir noch einige Male über diese Thematik diskutieren. Das wird ein Thema in den nächsten Jahren sein. Wie ich es oft schon gesagt habe, es wäre eine gute Möglichkeit, auch die Berglandwirtschaft zu finanzieren, denn was ist mit den paar Kühen oben getan? Es ist eine Leidenschaft, und sonst nichts. Der Tourist erholt sich den ganzen Tag, übernachtet im Hotel, wo er 220 oder 250 Euro bezahlt, und der erholt sich in der freien Natur draußen. Man könnte auch andere Sachen mitfinanzieren. Aber es wäre zumindest ein Denkanstoß, den wir schon einige Male gemacht haben. Es ist nicht so, dass der Abgeordnete Köllensperger das als Erster bringt, das hat damals auch der Abgeordnete Faistnauer eingebracht und verschiedene andere Abgeordnete. Ich glaube, es wird parteiübergreifend ein sehr interessantes Thema werden in der nächsten Zeit. Danke.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Werte Kolleginnen und Kollegen. Ich sage, grundsätzlich bin ich bürgerlicher Wirtschaftler, aber doch sozial, und trotzdem muss ich sagen, es ist so, dass der Tourismus in Südtirol sicherlich an Grenzen stößt und an Grenzen gestoßen ist. Das ist überhaupt keine Frage. Ich bin nicht für eine Kontingentierung. Ich bin für punktuelle Eingriffe, weil eine über das ganze Land gestülpte Kontingentierung, ich war auch damals gegen den Bettenstopp, im Prinzip nichts bringt. Man sieht, jeder findet 50 Wege, diese zu umgehen und meistens, die die es nicht brauchen, finden sie und die, die es bräuchten, finden es schwieriger. Das ist meine Einstellung. Ich sage aber, es muss irgendwas getan werden, und deshalb unterstütze ich den Vorschlag vom Kollegen Köllensperger.

Wo ich nicht der Meinung bin, dass man jetzt schon 10 Euro hineinschreiben soll. Ich würde vorschlagen, dass man diese Euro getrennt abstimmt und dass man grundsätzlich eine Überarbeitung und eine Überlegung andenkt. Ich glaube, das ist richtig. Es gibt einfach Täler, wo der öffentliche Verkehr an die Grenze stößt. Denken wir an Schenna oder andere Orte, dieses Nadelöhr, das nicht beseitigt werden kann. Ich war damals selbst zuständig. Zuerst verlangt man die Busse, dann sind es zu viele, weil es die Straße nicht aufnehmen kann, dort braucht es andere Lösungen. Es gibt Belastungen, die Straßen werden mehr belastet, denken wir an die Passstraßen, und vieles mehr. Überhaupt keine Frage und deshalb braucht es eine gewisse Rückführung, bin ich der Meinung. Nur ist es eine sehr komplexe Sache und deshalb sollte man es sich gut überlegen. Ich bin selbst am Werkeln und Arbeiten, einen Vorschlag einzubringen. Es gibt immer diese Kritik, dass die eigene Bevölkerung immer noch ordentlich zahlt bei den öffentlichen Nahverkehrsmitteln und die Gäste etwas weniger. Wenn man nachrechnet, stimmt das nicht ganz so. Trotzdem bin ich der Meinung, dass wir ein Projekt ausarbeiten sollten, ähnlich wie in Luxemburg, dass alle Südtirolerinnen und Südtiroler, nicht nur bis 24 Jahre, umsonst fahren sollten. Ich bin der Meinung, es stimmt schon, was nichts kostet, ist nichts wert, aber ich kann Ihnen aus meiner Erfahrung sagen, und ich würde den Beweis jederzeit antreten, wenn man 10, 20, 30 Euro bei den Senioren verlangt, dann kostet das Kassieren eindeutig mehr. Damals in meiner Zeit waren 480.000 Euro Einnahmen, die werden jetzt ein bisschen höher sein, aber nicht viel höher, weil wir nicht mehr Senioren als es in diesem Land gibt, haben, und insgesamt haben wir 800.000 Euro an der Struktur gebraucht, um das zu kassieren. Kein Betrieb könnte sich das leisten, nur um das Feigenblatt vorzuhalten, und zu sagen, wir kassieren, wir sind brav, aber im Prinzip macht es keinen Sinn. So ehrlich müssen wir sein. Ich werde deshalb in nicht allzu langer Zeit einen Vorschlag bringen, ähnlich wie in Luxemburg, dass alle umsonst fahren, aber wir brauchen dann Umweg-Finanzierungen und das könnte auch der Tourismus sein. Deshalb bin ich voll dafür. Allerdings würde ich nicht 10 Euro hineinschreiben, sondern das Grundkonzept ausarbeiten, und dann über den Betrag nochmals diskutieren.

COLLI (JWA Wirth Anderlan): Ich rede nicht als Vertreter des HGV oder irgendeiner Interessensvereinigung, sondern ich rede als ehemaliger Bürgermeister einer Gemeinde, die an der Spitze war mit den Nächstigungen von 1,8 Millionen. Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich mir im ersten Moment gedacht, das könnte eigentlich schon ein Weg sein. Aber als ich dann besser gelesen habe, habe ich die 1 Euro mit den 10 Euro verwechselt. 10 Euro halte ich für maßlos überzogen, vor allem weil es Unterschiede in den einzelnen Kategorien gibt und geben muss, so wie es in den Reglements vorgesehen ist. Sie haben es in Ihrer Ausführung gesagt, aber im Beschlussantrag schaut es anders aus.

KÖLLENSPERGER (Team K): *(unterbricht)*

COLLI (JWA Wirth Anderlan): Ja stimmt, in den Prämissen steht es drinnen. Ich erinnere mich zurück als der Tourismus noch nicht so funktionierte, da sah es speziell in meinem Gebiet schlecht aus, deshalb von Quoten zu sprechen, halte ich für den völlig falschen Weg. Südtirol ist eh schon das Land der Verhinderer, anstatt der Unterstützer der Unternehmer. Wenn wir diesen Weg fortsetzen, dann machen wir etwas kaputt, von dem wir eigentlich grundsätzlich alle leben.

Ich glaube, wenn man, so wie es Kollege Widmann gesagt hat, vielleicht im unteren Bereich bei einigen Euros wäre, dann könnte man mitgehen. Ich glaube, dass auch der Tourist wegen ein paar Euro die Destination nicht wechseln würde, aber mit 10 Euro schaut es wesentlich schlimmer aus.

Ich glaube, dass wir dem Tourismus in der Vergangenheit mit dem generellen Bettenstopp keinen Gefallen gemacht haben, was ich persönlich für falsch halte. Wenn wir jetzt hier nochmals draufhauen, dann machen wir uns etwas kaputt, was uns alle sehr viele Vorteile gebracht hat. Wie gesagt, wenn man im unteren

Bereich bleiben könnte, kann man darüber diskutieren. Mit 10 Euro glaube ich nicht, dass wir den richtigen Weg beschreiten.

PLONER Alex (Team K): Im Veranstaltungsbereich sagt man Folgendes: Wenn eine Veranstaltung von der örtlichen Bevölkerung nicht mehr mitgetragen wird, dann stirbt sie. Das gilt für Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, für jede Art der Veranstaltung. Wenn wir aus diesem Blickwinkel den Tourismus betrachten – es ist eine Veranstaltung, wir haben Gäste und wir bieten ihnen sehr viel bei dieser Veranstaltung – und wenn hier die Bevölkerung nicht mehr mitspielt, verlieren wir diese Veranstaltung, wir verlieren den Tourismus. Das sagt auch ganz klar eine Studie der Universität Breda, die sagt, Tourismus hängt auch von der jeweiligen Bevölkerung ab, sie muss gastfreundlich sein und einen guten Eindruck des Urlaubsortes vermitteln. Wenn die Bevölkerung nicht mehr mit dem Tourismus einverstanden ist, geht die ganze Grundlage dafür verloren. Das haben Destinationen wie Amsterdam, Barcelona, Venedig, Dubrovnik mittlerweile verstanden, die haben umgeschwenkt. Zum Beispiel Dubrovnik, die Stadt hatte 5.000 Einwohner, jetzt sind es noch 800. Der Niedergang geschah mit Games of Thrones. Es wurde der Film gedreht, dann wurde die Stadt zum Tourismushotspot, zum Drehorttourismus, deshalb habe ich auch gewarnt und warne vor Filmen wie Cliffhanger, wenn wir hier einen Drehorttourismus herholen und nicht wissen, wie wir mit dem in Zukunft umgehen wollen. Deshalb auch die Frage, gibt es bei IDM ein Konzept dafür? Ein Konzept heißt nicht, wir setzen uns mit den lokalen Tourismusvereinen auseinander und das werden wir schon irgendwie regeln, wir machen Werbung und schauen, es nett zu verkaufen. Das ist kein Konzept. Das überrollt uns. Mittlerweile werden viele Gebiete überrollt. Ich als Niederdorfer weiß, was am Pragser Wildsee passiert. Ich als Niederdorfer weiß, was bei den Drei Zinnen passiert. Das überrollt uns alljährlich in jeder Saison. Wir wissen und wir merken jetzt auch, wie wir hier hinterherlaufen. Ich warne, dass wir hier das Gleichgewicht verlieren. Und wir verlieren das Gleichgewicht.

Ich war in Niederdorf beim Tourismusverein – ich bin Mitglied des Niederdorfer Tourismusverein – bei der Vorstellung der Gästekarte, die ein dreiteiliges Modell ist. Im ersten Teil, unten in der Basis geben wir den Gästen den öffentlichen Verkehr um 55 Cent, also nicht gratis, aber um fast nichts. Damit fahre ich in keiner Stadt in Europa einen Kilometer. Wir geben Ihnen die Museen dazu. Aber eine Schulklasse sagt mir, wir müssen Eintritt zahlen in den Südtiroler Museen und die Touristen kommen mit 55 Cent in jedes Museum rein oder ein bisschen mehr. In der zweiten Stufe haben wir dann die Goodies mit dabei. Da ist die Seilbahn mit dabei, der Parcours mit dabei. Da überlegt sich jeder Tourismusverein, was kann ich hier noch dazugeben, praktisch kostenlos. Und obendrauf setzen wir jetzt noch den Market Place. Hier verlieren wir in der Bevölkerung die Zustimmung und damit die Tourismusgesinnung. Da müssen wir verdammt aufpassen. Wenn das passiert, dann kippt das Ganze. Ich gebe dem Kollegen Colli vollkommen Recht, der Tourismus ist eine wichtige Säule dieses Landes und wir dürfen die Tourismusgesinnung in der Bevölkerung nicht verlieren. Wir sollten deshalb genau hinschauen. Der Sinn des Antrages vom Kollegen Köllensperger ist auch, hier Querfinanzierungen zu schaffen. Das dürfen wir nicht vergessen. Wir dürfen den Leuten nicht sagen, wir haben kein Geld, vergessen dann aber die Kuh zu melken, die da ist. Ich werde in der ganzen Welt als Tourist gemolken, ich war unterwegs in der Welt und ich weiß, was es in New York kostet, was in Bali die Dinge kosten. Wir müssen da genauer hinschauen. Ich bitte deshalb um Zustimmung zu diesem Antrag. Wie Kollege Widmann gesagt hat, über die Details müssen wir dann noch reden.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr, somit das Wort an die Landesregierung. Herr Landesrat Walcher, bitte.

WALCHER (Landesrat für Tourismus, Land- und Forstwirtschaft - SVP): Danke für dieses Dokument, das mich doch einigermaßen überrascht hat in den Wortmeldungen, denn jeder hat einerseits gesagt, dass das Dokument notwendig ist, und im nächsten halben Satz hat er auch gesagt, dass er versteht, wie wichtig der Tourismus ist und wie wichtig er über Jahrzehnte bis auf den heutigen Tag war. Deshalb ist dieses Dokument für den Bereich Tourismus auch nicht ganz leicht zu sehen. Wir wissen alle, hier wird Tourismus mit Natur verbunden und wir wissen alle, dass Natur logisch als Gesamtes ein Allgemeingut ist, was allen zur Verfügung steht, und nicht einzelnen Marktmechanismen unterstehen soll. Das ist mir durchaus klar.

Dann ist es auch so, dass wir den Tourismus bereits vor langer Zeit irgendwie geregelt haben. Noch in der Regierung Durnwalder haben wir mit einem Landesgesetz im Dezember 2012 das famose 3-Säulen-System eingeführt und dann die Ortstaxe mit 1.1.2014 eingeführt. Die Landesregierung hat es im letzten Jahr

noch einmal abgeändert und mit 1.1.2024 ist eine höhere Taxe notwendig. Eine Tourismustaxe ist ja schon seit viel längerer Zeit notwendig. Wir wissen auch, Tourismus in Südtirol wird vor allem von den Tourismusvereinen gestaltet. Ich bringe Ihnen ein ganz praktisches Beispiel, wo man sieht, dass der Tourismusverein Menschen einbindet und für alle etwas tun kann. Ich gehe da in die Marktgemeinde Kaltern, wo sie durch die Mehreinnahme, durch die Kurtaxe, durch die Aufenthaltsabgabe in den kommenden 3 Jahren den gesamten Weg durch den Altenburger Wald bzw. durch die Rastenbachklamm neu machen, mit neuen Stiegen, mit neuen Aussichtsgelegenheiten, so wie es die Kalterer eigentlich seit vielen Jahrzehnten kennen, wo aber das Geld für eine komplette Sanierung und eine neue Beschilderung nicht da war.

Ich glaube, hier sieht man, dass im Kleinen, wenn Einheimische vom Tourismus etwas haben und dort arbeiten können, ganz egal, ob in der Hotellerie, als Privatzimmervermieter oder als Urlaub am Bauernhof, ganz egal, ob in einem Gastbetrieb oder in einer Bar, in einer der Fraktionen, wo ansonsten diese Bar eigentlich zumachen müsste, denn wenn nur mehr die paar Einheimischen hineingingen, wäre es zu wenig, die paar Touristen wäre auch zu wenig, alle miteinander geben diese kleine kritische Masse, wo man imstande ist, vor Ort eine Nahversorgung zu garantieren. Die letzte Bar und das letzte Geschäft, Sei wissen auch, dass wir im Umkehrschluss Landesbeiträge geben, damit wir in den entlegenen Gegenden diese Struktur halten können.

Freilich ist der Tourismus, das wurde von fast allen gesagt, und Kollege Colli wird es als einer der vor Ort die Situation sich entwickeln gesehen hat, absolut bestätigen können, ohne Tourismus wären wir nach wir vor ein armes Land, oben in den Bergen sowieso, aber ich würde auch sagen, in sehr vielen ebenen Gegenden in Südtirol, weil, wie wir wissen, wirft die Landwirtschaft nicht sehr viel ab. Dann hätten wir auch zehntausende Arbeitsplätze nicht. Ich erinnere nur, dass im Tourismus direkt um die 40.000 Arbeitsplätze generiert sind, und indirekt durch Zulieferer in den verschiedenen Branchen, Getränkegroßhändler, Lebensmittelzulieferer, das Handwerk, das auch einen großen Teil seiner Aufträge in Südtirol Winter für Winter im Gastgewerbe findet. Bei mir daheim, wenn einmal die Küche steht, die wird nicht alle paar Jahre ausgetauscht und die Platten erneuert, und ich hoffe, dass sie noch lange hält. So denken private Haushalte.

Deshalb, glaube ich, eine meiner Hauptaufgaben, wo ich neben dem Tourismus sehr bescheidene Bereiche vom Einkommen her, Land- und Forstwirtschaft, verantworten darf, ist es, der ländlichen Bevölkerung, aber nicht nur, den Tourismus noch besser zu erklären, dass man diese Zahnräder, die ineinander gehen sollen, müssen und dürfen, noch besser erklärt. Wenn das Rad des Tourismus nicht dreht, ... das haben wir in Corona-Zeiten gesehen, wo nach 3 Wochen schon verstanden wurde, dass der Weinkonsum rapide abnimmt, wohin mit dem Wein? Dass Handwerker gesagt haben, die Aufträge im Sommer, wie geht es weiter? Und viele Arbeitsplätze auf einmal, weil Menschen daheimbleiben mussten, auch in Frage gestellt wurden.

Deshalb sage ich, der Tourismus ist für dieses Land ein Segen. Freilich müssen wir schauen, dass des Segens nicht zu viel wird. Deshalb geht der Bettenstopp in eine Richtung und Südtirol hat einen Weg bereitet, wo wir mit dem Bettenstopp vor allem, und das ist absolut gelungen, die Kurzzeitvermietung, die in ganz Europa, in allen Städten, und in allen schönen Gegenden zum Problem geworden ist, diese Kurzzeitvermietung konnten wir stoppen, weil keine neuen Betten sind, deshalb kann keiner neu anfangen.

Ich erinnere daran, Bayern hat vor einigen Tagen seine Tourismuszahlen bekanntgegeben mit 100.000. Im Umfeld der großen Städte ist es bereits zum Problem geworden, und nicht nur in den großen attraktiven schönen Städten. Auch sie haben gesagt, wenn wir diesen Tourismus nicht hätten, gerade in Bayern in den entlegenen Dörfern, hätten wir in diesen Dörfern eine Abwanderung in die großen Städte. In den Dörfern funktioniert teilweise nicht einmal das Funktelefon.

Deshalb einem generellen Vorschlag einer Kurtaxe oder einer Steuer von 10 Euro oder einer unverhältnismäßig hohen Steuer, egal ob jetzt noch etwas abgeändert werden soll, ohne ein Konzept zu haben, kann ich absolut nicht zustimmen. Sie müssen immer denken, im Südtiroler Tourismus ist die Vielzahl der Betriebe die 3-Sterne-Hotels. Davon haben wir am meisten und dort generieren wir auch von den Nächtigungen eine beachtliche Anzahl. Da ist so eine Summe, die man einverlangt, ohne ein Konzept zu haben, wie man es verteilen möchte, einfach unverhältnismäßig. Wir riskieren vor allem mit so einem Zuschlag, den wir verlangen, dass einige Gäste einige Tage weniger lang bleiben, und somit wird vielleicht der eine oder andere das Wochenende noch machen, das sind nur 2, 3 Nächte, aber er kommt nicht mehr die 6, 7 Tage, und wir verlieren noch einmal an der Durchschnittsdauer.

Deshalb muss ich sagen, mit diesem Beschlussantrag, den ich mir sehr gut durchgelesen habe und den ich mir durchaus zu Herzen genommen haben, weil im Vorfeld auch die Thematik der Kanaren genannt wurde, und ich bereits auf diesem Artikel, als die Proteste auf den Kanaren waren, mit gut 70.000 Menschen, Antwort geben musste. Ich hoffe und glaube auch nicht, dass wir in Südtirol ähnliche Zustände bekommen. Ich glaube,

dass zum einen der Bettenstopp und dann auch, und das können Sie mir glauben, eine sorgfältige Zukunftsvision, und die werden wir erarbeiten, im Tourismus doch auch Garant sein werden für den einzelnen Südtiroler, Mann und Frau, Alt und Jung, für die Familien, dass wir in unserem Land, in einem besonderen Land wohnen. Das wissen wir, es ist ein Sehnsuchtsort, aber es ist auch ein Land, wo viele Menschen herkommen.

Mir hat der Denkanstoß zu diesem Beschlussantrag nicht gefallen. Am Ende, weil ich es einige Male durchgelesen habe, kommt es wirklich darauf an, ja gut, wir haben hier den Gast, dann "cashen" wir ihn ab, wo es geht. Ich habe für mich gedacht, ich bin ein Urlaubsmuffel, ich fahre vielleicht 2 Tage im Jahr irgendwo anders hin, ansonsten reicht mir die Schönheit Südtirols und unsere Umgebung. Wenn wir die Schönheit in Südtirol (und aus Südtirol, meinte der Kulturlandesrat Achammer gerade, was ich jetzt nicht direkt sagen kann, weil ich mich auf den Tourismus konzentriere), ... aber ich sage bewusst, wenn ich anderswo noch so erwünscht bin, wie wir hier in Südtirol das in den letzten Wochen versucht haben, fast zu lenken, dann muss ich sagen, werden es sich die Menschen schon überlegen, ob sie sich diese Auszeit von daheim nehmen werden. Ich sage immer, jeder von uns und das haben die letzten Feiertage gezeigt – der Staatsfeiertag vom 25. April oder vom 1. Mai, und die ganzen "ponti" und morgen haben die Österreicher und die Deutsche Christi Himmelfahrt (ein abgeschaffter kirchlicher Feiertag in Italien) vergolten aber mit 8 arbeitsfreien Stunden, die man nehmen kann, wenn man will –, jeder hat dieses Sehnsuchsgefühl einmal, Tapeten zu wechseln oder Wände zu wechseln (Tapeten sollte man aus Umweltgründen nicht mehr sagen und wenn man nicht ganz antiquiert leben und reden will), der Tapetenwechsel tut aber manchmal absolut gut. Ich hoffe deshalb, dass noch sehr lange Menschen nach Südtirol kommen und mit uns diesen Sehnsuchtsort teilen, sie für einige Tage und wir das ganze Jahr.

Dass wir dann politisch für das leistbare Wohnen und für jene Menschen etwas tun müssen, die oben arbeiten und diese Umwelt und diese Landschaft unter schweren Umständen pflegen, das haben wir vor einigen Wochen erst gesagt, als Kollege Locher den Beschlussantrag eingebracht hat für die Milchwirtschaft. Da werde ich mir erlauben, in Absprache mit Kollegen Locher, ein recht sportliches Dokument Ihnen allen vorzulegen. Ich hoffe, dass sie da zustimmen. Heute werden wir aber diesen Beschlussantrag ablehnen.

PRÄSIDENT: Danke. Für die Replik bitte Kollege Köllensperger.

KÖLLENSPERGER (Team K): Danke für die Diskussion, die war inhaltlich sehr gut. Ich möchte hier gleich eines sagen. Indem ich auf eure Anträge und Anmerkungen eingehe, bitte ich darum, im beschließenden Teil, Punkt 1, das Wort "zusätzlich" zu streichen und auch die "ca. 10 Euro pro Gast und Nacht" zu streichen. Wenn das geht, ansonsten müssen wir es getrennt abstimmen. Auf jeden Fall, aber dass wir das getrennt machen, denn es geht hier darum, und so steht es hier, prinzipiell ein Modell auszuarbeiten, wie man die Tourismusgesinnung retten kann, eine zusätzliche Einnahmequelle ohne Steuern zu generieren und eine Querfinanzierung zu schaffen. Um das geht es, und das steht in diesem Antrag. Die 10 Euro sind nur gestanden, weil ich gesagt habe, man könnte insgesamt ca. 350 Millionen Euro bei 35 Millionen Nächtigungen herausholen. Aber das muss dann im Modell festgelegt werden. Das Modell, das sollten dann auch Sie ausarbeiten. Und es ist klar, dass man zwischen Hoch- und Nebensaison unterscheiden kann, zwischen Hotspot und Nicht-Hotspot, und auf der Hand liegen würde auch die Dauer desurlaubes, dass der erste, der zweite Urlaubstag mit einer höheren Ortstaxe oder einer höheren zusätzlichen Taxe belegt wird, als der 4., 5. Tag, und der 6., 7. Tag vielleicht gar nicht mehr. Da kann man viel steuern, da hat man viel in der Hand, um es so zu machen, dass sie nicht verkürzend auf den Urlaub wirkt, sondern im Gegenteil, sogar verlängernd.

Zu Kollegin Foppa möchte ich sagen, Sie haben Recht, es steht nicht im beschließenden Teil, es steht nur in der Prämisse. Ich habe es auch in meiner Ausführung gesagt, es ist völlig klar, dass diese zusätzliche Abgabe stark progressiv sein muss. Das ist völlig klar, das liegt auf der Hand. Man könnte nie von einem kleinen Garni 10 Euro verlangen. Ich bin eher der Meinung, dass die heutige Ortstaxe zu wenig progressiv ist, und ungerecht den kleinen Betrieben gegenüber. Ich würde es noch viel stärker progressiver machen. Es sind viele Betriebe in Südtirol, die im Hochpreissegment liegen und da auch 50 Euro mehr verlangen, wäre nicht das große Thema.

Ich teile auch die Worte des Kollegen Widmann. Aus diesem Grund nehmen wir die 10 Euro aus dem Beschlussantrag heraus. Ich habe es auch gesagt, es geht hier nicht um den Euro mehr oder weniger, es geht mir hier um das Prinzip. Es freut mich, dass das Prinzip hier von vielen geteilt wird, auch weil wir diese zusätzliche Einnahmequelle zur Querfinanzierung in Zeiten eines Haushaltes, wo wir uns nicht darauf verlassen können, dass die Steuereinnahmen stetig steigen. Weil wir das bitter nötig haben werden, und auch, weil wir

den Menschen etwas zurückgeben können. Auch das wie, wo genau, Pflegesicherung, Öffis gratis, Almwirtschaft, Innovation, das ist zu definieren, das müssen wir hier auch besprechen. Aber wenn wir den Leuten etwas zurückgeben, dann ist das der einzige Weg, die Tourismusgesinnung in Südtirol langfristig zu halten. Mittlerweile beklagen sich schon einige Touristen selbst über den Overtourismus in gewissen Hotspots. Das wissen wir.

Gut ist, dass alle anerkennen, dass die Natur ein Allgemeingut ist, und dass für dieses Allgemeingut eine entsprechende Entschädigung zu zahlen ist. Dass das die Ortstaxe nicht sein kann, die ist erstens zu wenig und zweitens nur für den Tourismus und für IDM zurückgebunden. Wir müssen hier schon allen Südtirolern etwas zurückgeben.

Ich schätze den Tourismus. Ich werde immer wieder damit konfrontiert, wenn man solche Anträge macht, man sei gegen den Tourismus. Das stimmt überhaupt nicht. Es geht mir hier sogar darum, die Tourismusgesinnung zu retten. Es ist eher für den Tourismus als gegen den Tourismus. Es geht auch nicht auf die Betriebe, es geht, wenn schon, direkt auf den Gast.

Zu sagen ist auch, wir haben es gesehen, wenn der Tourismus nicht mehr funktioniert, das stimmt. Wir sehen aber auch in Zeiten, wo der Tourismus und die Wirtschaftszweige alle funktionieren, dass die Wertschöpfung des Tourismus eigentlich viel weniger ist, als das, was man meinen würde, es ist bei ca. 11, 12%, die Landwirtschaft macht ungefähr 3 bis 4%, der Rest kommt von Industrie, Handel und anderen Sektoren. Deshalb sage ich immer wieder, wir brauchen in Südtirol vor allem eine gute Standortpolitik, eine gute Industriepolitik und nicht mehr Tourismus. Wir brauchen den Tourismus, aber nicht noch mehr Tourismus. Ich glaube, wir können es schaffen, im Gesamtpaket, so wie Südtirol bepreist ist als Traumdestination, wir können es uns leisten, hier etwas für die öffentliche Hand und für alle Südtiroler, auch für die Südtiroler Familien, die in den Urlaub fahren, und ein wenig Ortstaxe mehr zahlen, aber für alle Familien auf der anderen Seite etwas herausholen und ihnen etwas zurückgeben.

Noch einmal, bitte im beschließenden Teil das Wort "zusätzlich" streichen und "die ca. 10 Euro pro Gast und Nach" streichen. Oder wir stimmen getrennt ab. Ich würde sagen, wir können es einfach nur streichen, wenn das für Sie Okay ist. Ich bedanke mich für die gute Diskussion und bei jenen, die dem zustimmen wollen.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich bin froh Kollege Köllensperger, dass du diesen Punkt herausnimmst. Ich möchte schon ergänzen, wenn diese 10 Euro gar nicht drinnen gestanden wären, dass wahrscheinlich auch die Diskussion hier in der Aula eine völlig andere gewesen wäre. Ich finde, das war schon ein zentraler Aufhänger in der Debatte zum diesem beschließenden Teil.

Ich habe vorhin meine Ablehnung zu diesem beschließenden Teil kundgetan, jetzt, wo er völlig anders ist, und die 10 Euro draußen sind und ein Konzept erarbeitet werden soll, werde ich dem auch zustimmen.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte im beschließenden Teil beantragen. Und vielleicht noch etwas in der Prämisse, wenn wir das im beschließenden Teil verändern. Da ist immer noch die Rede von pro Kopf und Nacht, zum Beispiel auch keine Unterscheidung zwischen Familien und ... bzw. wie man das regeln will. Ich würde deshalb beantragen, dass man den Teil von "Deshalb soll in Südtirol zusätzlich zur heutigen Ortstaxe" getrennt abstimmt, also die Prämisse nicht vollständig, sondern diesen Teil getrennt. Dass man in den Prämissen den Absatz von "Deshalb soll in Südtirol zusätzlich zur heutigen Ortstaxe" bis "ausmacht", getrennt abstimmt.

PRÄSIDENT: Geht in Ordnung. Somit kommen wir zur Abstimmung des Beschlussantrages Nr. 74/24, getrennt nach Prämissen (auch Textteile der Prämissen) und einzelnen Punkten, wie von den Abgeordneten Köllensperger und Oberkofler verlangt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen, und zwar ohne den Absatz "Deshalb soll in Südtirol zusätzlich zur heutigen Ortstaxe eine Abgabe eingehoben werden, in einem Ausmaß pro Kopf und Nacht, der nicht weniger als weitere 10 Euro im Durchschnitt ausmacht. Die Taxe sollte natürlich proportional zum Nächtigungspreis, und deshalb in Prozenten des Zimmerpreises ausgedrückt sein. Dies ist absolut zumutbar, in einem Hochpreisland wie Südtirol, das überdies unter Overtourismus leidet. Die Gastbetriebe in Südtirol können trotzdem ohne Probleme am Markt im Wettbewerb bestehen, auch weil ja nicht sie direkt zur Kasse gebeten werden sollen, sondern die Touristen.": mit 10 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen und 9 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Die Abstimmung über diesen Absatz ist damit hinfällig.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teiles ohne die Worte "zusätzlich" und "-ca. 10 Euro pro Gast und Nacht -": mit 16 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teiles: mit 16 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Somit ist der Beschlussantrag Nr. 74/24 abgelehnt.

Wir kommen zurück zum Beschlussantrag Nr. 73/24, den wir vorhin nicht zu Ende debattiert haben.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 73/24 vom 18.4.2024, eingebracht vom Abgeordneten Widmann, betreffend Bürokratieabbau: ein politischer Vorschlag für mehr Verwaltungseffizienz und Bürgerentlastung."** (Fortsetzung)

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 73/24 del 18/4/2024, presentata dal consigliere Widmann, riguardante sburocratizzazione: una proposta politica per una un'amministrazione più efficiente e più sgravi per i cittadini."** (continuazione)

Inzwischen liegt der **Änderungsantrag** des Kollegen Widmann vor. Dieser ist allen zugeschickt worden. Das heißt, der beschließende Teil wird wie folgt ersetzt:

"Dies vorausgeschickt,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung:

Dem Landtag jährlich über die Ergebnisse zum Bürokratieabbau zu informieren und über die umgesetzten Vereinfachungen zu berichten."

"Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

a informare il Consiglio provinciale con cadenza annuale sui risultati della sburocratizzazione e sulle semplificazioni attuate."

Die Geschäftsordnung sieht vor, dass bei einem Änderungsantrag die Diskussion darüber wieder eröffnet wird, und zwar in etwas beschränkter Form. Das heißt, der Einbringer hat 5 Minuten Zeit, den Änderungsantrag zu erklären, und die einzelnen Abgeordneten jeweils 3 Minuten für eine eventuelle Stellungnahme. Bitte, Kollege Widmann.

WIDMANN (Für Südtirol mit Widmann "FSW"): Danke für die Möglichkeit der Abänderung und der Korrektur. Ich glaube, so ist es sauberer. Ich denke, es ist nichts mehr hinzuzufügen, nachdem es vorher einen relativ großen Konsens gab. Danke schön.

PRÄSIDENT: Danke. Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann können wir zur Abstimmung schreiten. Weil dieser Änderungsantrag eingebracht worden ist, stelle ich die Frage, wird trotzdem die getrennte Abstimmung beantragt oder nur eine Abstimmung, Prämissen und dieser neue beschließende Teil. Jemand muss das entsprechend vorbringen. Bitte, Herr Landeshauptmann.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung der Prämissen und des beschließenden Teiles. Danke.

PRÄSIDENT: Somit kommen wir zur Abstimmung des Beschlussantrages Nr. 73/24 nach getrennten Teilen wie soeben beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung der Prämissen: mit 14 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung des so abgeänderten beschließenden Teiles: mit 34 Ja-Stimmen genehmigt.

Wir kommen zum Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 76/24 vom 19.4.2024, eingebracht von den Abgeordneten Rohrer, Foppa und Oberkofler, betreffend: Zughaltestelle Sinich/Lana auf Schiene bringen."**

Punt 12 all'ordine del giorno: **"Mozione n. 76/24 del 19/4/2024 presentata dai consiglieri Rohrer, Foppa e Oberkofler, riguardante: Porre le basi per la realizzazione della fermata ferroviaria di Sinigo/Lana."**

Zughaltestelle Sinich/Lana auf Schiene bringen

Eines der prioritären Projekte für einen attraktiveren öffentlichen Verkehr in Südtirol ist der doppelgleisige Ausbau der Bahnlinie zwischen Untermaies (Meran) und Kaiserau (Bozen). Im Zuge des Ausbaus der Bahnlinie soll auch eine zusätzliche neue Haltestelle im Meraner Stadtviertel Sinich bzw. der Handwerkerzone Lana gebaut werden. Die Errichtung der Zughaltestelle ist an den Ausbau der Bahnlinie geknüpft, da heutige Betriebskonzepte und Fahrpläne keinen Raum für einen zusätzlichen Halt lassen. Diese Haltestelle wird bereits in verschiedenen Planungsdokumenten angeführt, wie zum Beispiel im Detailverkehrsplan für das Stadtviertel Sinich der Gemeinde Meran von 2017, im strategischen Entwicklungsplan der Gemeinde Meran – genehmigt mit Beschluss der Landesregierung Nr. 747/2019 – und im Entwurf des Landesplans für nachhaltige Mobilität von 2023.

Im Rahmen der aktuellen Fragestunde Nr. 91/März/24 ("Wo steht der Zugausbau zwischen Bozen und Meran?") teilte der für die Mobilität zuständige Landesrat bezüglich Zeitplans für den Ausbau der Bahnlinie mit: "Bei einem derart umfangreichen und komplexen Projekt mit etlichen Genehmigungsverfahren ist eine präzise Planung nicht einfach. Aus heutiger Sicht scheint 2035 realistisch". Wie im Landesplan für nachhaltige Mobilität vorgesehen, gibt es also eine klare politische und machbare Vorgabe, innerhalb wann die Bahnlinie doppelgleisig ausgebaut werden soll. Damit gibt es auch einen Zeitplan, innerhalb wann die Zubringer zum Bahnhof für alle Verkehrsteilnehmenden (Fußgänger:innen, Radfahrende usw.) optimiert bzw. neu errichtet werden müssen. "Es hat bereits mehrere Treffen mit Gemeindevertretern und Vertretern des Bauernbundes, dem ein Großteil der Eigentümer angehört, und einen Lokalausgleich auf der gesamten Strecke mit der Teilnahme von einigen Grundstücksbesitzern, Bürgerinnen und Bürgern und den Vertretungen der Verbände gemeinsam mit RFI und STA gegeben. Über die Zughaltestelle Sinich wurde nicht detailliert gesprochen, da die Unterlagen noch nicht den Detailgrad haben", teilt der zuständige Landesrat im Februar 2024 auf die Anfrage Nr. 8/23-XVII mit.

Die Gemeinde Meran hat im Jahr 2020 eine Nachfrageschätzung zur Haltestelle in Sinich bzw. Handwerkerzone Lana erstellt und dem Land übermittelt. Die Studie geht dabei von folgenden Annahmen aus: "Das engere Einzugsgebiet umfasst 3.000 Einwohner sowie 1.300 Arbeitsplätze in Sinich und in der Gewerbezone von Lana. Von diesen Einwohnern und Arbeitsplätzen ergibt die Schätzung eine Nachfrage von knapp 300 Personen, die an Werktagen je eine Hin- und Rückfahrt (zusammen knapp 600 Fahrten) ausführen. Als 'Hinterland', das ebenfalls von der Haltestelle Sinich profitieren kann, wurden die folgenden Gebiete untersucht: Tscherms und kleine Teile von Lana; Teile von Obermaies (im Nahbereich der Strasse SP8); Schenna; Hafling; Trauttmansdorff und Meran 2000. Insgesamt sind von diesem Hinterland ähnlich viele Fahrten zu erwarten, das ergibt im Sommerhalbjahr einen geschätzten Wert von total 1.200 Fahrten pro Werktag, im Winterhalbjahr 1.050 Fahrten pro Werktag ... Wird das Resultat der Abschätzung auf Jahreswerte umgerechnet, so ergibt das für die Haltestelle Sinich ca. 150.000 Einsteiger pro Jahr, davon gut die Hälfte aus dem direkten Einzugsgebiet. Diese Zahl liegt im Bereich der Haltestelle Untermaies und übertrifft zahlreiche bestehende Haltestellen an der Bahnlinie Bozen-Meran. Das hängt mit dem beachtlichen direkten Einzugsgebiet und der guten Lage der Haltestelle in diesem Einzugsgebiet zusammen. Diese Fahrten werden zum Teil Busfahrten in den Spitzenstunden entlasten sowie Autofahrten verkürzen oder ersetzen. Da schnellere und direktere Verbindungen entstehen wird der OeV generell gestärkt".

In der Studie zur Nachfrageschätzung der Zughaltestelle Sinich wird die Wichtigkeit der Anbindung der Haltestelle an die Fuß- und Radwege sowie das Busnetz besonders hervorgehoben. "Das Potential aus dem Hinterland wurde aufgrund der folgenden Voraussetzungen abgeschätzt:

- Ein neuer Steg für den Fuß- und Fahrradverkehr über die Etsch und die MeBo, der die Haltestelle Sinich direkt mit dem angrenzenden Gewerbegebiet von Lana verbindet und einen direkten Fahrradzugang von Tscherm's ermöglicht.
- Eine Busverbindung von der Haltestelle Sinich nach Trauttmansdorff und Schenna (im Winter Meran 2000). Die von der STA vorgesehene Fahrplanlage ist für Anschlüsse von/nach Bozen und Meran gleichermaßen günstig.
- Genügend Abstellplätze für Fahrräder und Kleinmotorräder sowie ca. 150 Abstellplätze für P+R und K+R. Ein Teil davon (10 bis 20%) auf der Seite von Lana unmittelbar beim neuen Steg.
- Denkbar ist eine Seilbahnverbindung nach Hafling und eventuell weiter nach Falzeben (Meran 2000). Dieser Punkt wurde bei dieser Nachfrageabschätzung nicht zu Grunde gelegt, sollte aber in die Überlegungen zur Lage der Haltestelle einbezogen werden. Der direkte Anschluss dieses ausserordentlich schönen Ski- und Wandergebietes an den Südtiroltakt sollte bezüglich der Machbarkeit (Technik, Landschaftsschutz und Wirtschaftlichkeit) überprüft werden.
- Das Ultental und das Vigilijoch wurden nicht in die Potentialabschätzung einbezogen. Diese Gebiete sind stärker auf Lana bezogen. Denkbar ist, dass aus dem Ultental eine gewisse Nachfrage nach P+R-Stellplätzen erfolgt. Es wäre sinnvoll, diese Plätze beim neuen Steg auf der Flussseite von Lana anzubieten. Das würde sowohl die Ortsdurchfahrt von Lana (SP69) als auch von Sinich (SP 117) entlasten".

Für die tatsächliche Nutzung der Zughaltestelle ist es demnach entscheidend, dass alle zuständigen Akteure in die Planungen eingebunden werden und es eine ganzheitliche Mobilitätsplanung gibt. Je nach Fortbewegungsmittel liegen die Zuständigkeiten allerdings bei unterschiedlichen Akteuren, wie der zuständige Landesrat im Februar 2024 auf die Anfrage Nr. 8/23-XVII mitteilt: "Es gibt diverse Möglichkeiten zur Verbindung zwischen Bahnhof Sinich und Handwerkerzone Lana (bestehende Landesstraße, bestehender übergemeindlicher Radweg, bestehende Gehsteige, bestehende Buslinien). Je nach genutztem Fortbewegungsmittel ist das Land, die Bezirks-gemeinschaft oder die Gemeinde zur Planung der Details der jeweiligen Netzanschlüsse zuständig". Damit die neue Zughaltestelle bestmöglich zu Fuß, mit dem Rad und den öffentlichen Bussen erreicht wird und die Pendlerparkplätze zu keiner Belastung für das verkehrsgeplagte Stadtviertel werden, ist eine frühzeitige Planung und ein enges Zusammenwirken aller Akteure notwendig. Auch deshalb, weil eine neue Zughaltestelle mehr als nur ein Infrastrukturprojekt ist, sondern Einfluss auf die Raumentwicklung im Burggrafenamt haben wird.

Daher

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

1. Eine Studie in Auftrag zu geben mit dem Ziel, in Erfahrung zu bringen, wie die geplante Zughaltestelle in Sinich/Lana in das Bus-Netz eingebunden werden kann und welche Bedürfnisse bei den Mitarbeitenden der im Umkreis der geplanten Zughaltestelle angesiedelten Unternehmen bezüglich Mobilität vorhanden sind.
2. Eine Arbeitsgruppe für die Koordination aller Maßnahmen für eine angemessene Anbindung der Verkehrsteilnehmenden an die geplante Zughaltestelle Sinich/Lana einzurichten; das Amt für Infrastrukturen und nachhaltige Mobilität mit der Leitung dieser Arbeitsgruppe zu beauftragen.
3. Ein Konzept für die Anbindung der Gärten von Schloss Trauttmansdorff an die geplante Zughaltestelle Sinich/Lana in Auftrag zu geben.
4. Dem Landtag jährlich über die Umsetzung des Vorhabens zum zweispurigen Ausbau der Bahnlinie zwischen Untermais (Meran) und Kaiserau (Bozen) zu berichten, einschließlich aller begleitenden Maßnahmen, wie die Realisierung der Zughaltestelle in Sinich/Handwerkerzone Lana.

Porre le basi per la realizzazione della fermata ferroviaria di Sinigo/Lana

Uno dei progetti d'importanza primaria per rendere più attraente il trasporto pubblico in provincia di Bolzano è il raddoppio della linea ferroviaria nel tratto compreso tra le stazioni di Maia Bassa (Merano) e Casanova (Bolzano). Nell'ambito del potenziamento della linea ferroviaria, è prevista

anche la realizzazione di un'ulteriore nuova fermata per la frazione di Sinigo, alle porte di Merano, e per la zona artigianale di Lana. Tale progetto è subordinato al potenziamento della linea ferroviaria, in quanto allo stato attuale i piani operativi e gli orari dei treni non consentono la realizzazione di un'ulteriore fermata. Questa fermata è già prevista in diversi strumenti di pianificazione, come il Piano dettagliato per la mobilità di Sinigo, adottato dal Comune di Merano nel 2017, il Piano strategico di sviluppo del Comune di Merano, approvato con deliberazione della Giunta provinciale n. 747/2019, e la bozza del Piano provinciale della mobilità sostenibile del 2023.

Nella sua risposta all'interrogazione su temi di attualità n. 91/marzo/24 ("Cosa sta bloccando l'ampliamento della linea ferroviaria Merano-Bolzano?"), l'assessore provinciale alla mobilità, in relazione alle tempistiche per il potenziamento della linea ferroviaria, ha comunicato quanto segue: "Non è facile pianificare con precisione un progetto così ampio e complesso, che richiede una serie di procedure di approvazione. Oggi come oggi, appare realistico che si arrivi al 2035." Come previsto dal Piano provinciale della mobilità sostenibile, c'è quindi un chiaro e fattibile obiettivo politico in merito alle tempistiche per il raddoppio della linea ferroviaria. Ciò significa che esiste anche una tabella di marcia per l'ottimizzazione o la nuova realizzazione dei collegamenti alla stazione per tutti gli/tutte le utenti della strada (pedoni/pedone, ciclisti/cicliste, ecc.). "Ci sono già stati diversi incontri con i rappresentanti dei Comuni e del Bauernbund, al quale è iscritta gran parte dei proprietari; inoltre, si è svolto un sopralluogo con RFI e STA lungo tutto il tragitto, al quale hanno partecipato anche alcuni proprietari dei terreni, cittadine e cittadini nonché le rappresentanze delle associazioni di categoria." Non si è discusso nel dettaglio della fermata ferroviaria di Sinigo, perché non esiste ancora una documentazione dettagliata al riguardo", ha dichiarato l'assessore provinciale competente nel febbraio 2024 in risposta all'interrogazione n. 8/23-XVII.

Nel 2020, il Comune di Merano ha redatto e trasmesso alla Provincia una stima del potenziale di utenza della fermata ferroviaria di Sinigo/zona artigianale di Lana. Lo studio si basa sulle seguenti ipotesi: "L'immediato bacino di utenza comprende 3.000 abitanti e 1.300 posti di lavoro a Sinigo e nella zona produttiva di Lana. Data questa popolazione con i relativi posti di lavoro, si stima una domanda di poco meno di 300 persone che effettuano ciascuna un viaggio di andata e ritorno nei giorni lavorativi (per un totale di poco meno di 600 spostamenti). Per quanto riguarda l'hinterland, sono state prese in considerazione le seguenti zone che potrebbero anch'esse beneficiare della fermata di Sinigo: Cermes e una piccola parte di Lana, parte di Maia Bassa (in prossimità della strada provinciale 8), Scena, Avelengo, Castel Trauttmansdorff e Merano 2000. Nel complesso, da questo hinterland ci si può attendere un numero analogo di spostamenti, per un totale stimato di 1.200 spostamenti per giorno lavorativo nel semestre estivo e di 1.050 spostamenti per giorno lavorativo nel semestre invernale. Se il risultato della stima viene convertito in valori annui, si arriva a circa 150.000 passeggeri all'anno per la fermata di Sinigo, di cui una buona metà proveniente dall'immediato bacino d'utenza. Si tratta di un valore analogo a quello registrato presso la stazione di Maia Bassa, che supera quelli di molte altre fermate esistenti lungo la linea Bolzano-Merano. Ciò è dovuto al notevole bacino d'utenza immediato e alla buona posizione della fermata all'interno di tale bacino. Questi viaggi in treno andranno a sgravare il trasporto pubblico su gomma nonché a sostituire, in tutto o in parte, molti spostamenti in auto negli orari di punta. Creando collegamenti più veloci e diretti, si potenzia il trasporto pubblico in generale."

Lo studio sulla stima dell'utenza della fermata ferroviaria di Sinigo sottolinea in particolare l'importanza di collegare la fermata ai percorsi pedonali, alle piste ciclabili e alla rete degli autobus. "Il potenziale proveniente dall'hinterland è stato stimato sulla base delle seguenti ipotesi:

- un nuovo ponte ciclopedonale che attraversi il fiume Adige e la MeBo, collegando la fermata di Sinigo direttamente con la vicina zona produttiva di Lana e consentendo un accesso ciclabile diretto da Cermes;
- un collegamento in autobus dalla fermata di Sinigo a Castel Trauttmansdorff e fino a Scena (in inverno fino a Merano 2000), con un piano orari della STA che garantisca comode coincidenze da e per Merano e Bolzano;
- un numero sufficiente di parcheggi per biciclette e ciclomotori nonché circa 150 posti macchina di interscambio (P+R e K+R), da prevedere in parte (dal 10 al 20%) sul versante di Lana, nelle immediate vicinanze del nuovo ponte ciclopedonale.

- Sarebbe ipotizzabile un collegamento a fune con Avelengo ed eventualmente con Falzeben (Merano 2000). Questo elemento non è stato posto come base della stima della domanda, ma dovrebbe essere incluso nelle considerazioni relative all'ubicazione della fermata. Il collegamento diretto di quest'area sciistica ed escursionistica di straordinaria bellezza con la rete del trasporto pubblico cadenzato andrebbe valutato in termini di fattibilità (tecnologia, tutela del paesaggio ed economicità).
- La Val d'Ultimo e il Monte San Vigilio non sono stati inclusi nella stima del potenziale. Si tratta di zone che gravitano piuttosto intorno a Lana. È ipotizzabile che vi sia una certa domanda di posti macchina P+R da parte di chi proviene dalla Val d'Ultimo. Sarebbe opportuno realizzare questi posti macchina sul versante di Lana, in prossimità del nuovo ponte ciclopedonale. In questo modo si andrebbe a decongestionare le strade di accesso agli abitati di Lana (S.P. 69) e Sinigo (S.P. 117).

Affinché la fermata del treno venga effettivamente utilizzata, è quindi fondamentale che tutte le parti interessate siano coinvolte nella progettazione e che la pianificazione della mobilità contempli tutti gli aspetti correlati. Tuttavia, a seconda del mezzo di trasporto, le responsabilità ricadono su soggetti diversi, come ha evidenziato l'assessore provinciale competente nel febbraio 2024 in risposta all'interrogazione n. 8/23-XVII: "Ci sono diversi possibili collegamenti fra la stazione ferroviaria di Sinigo e la zona artigianale di Lana (allo stato attuale esistono già la strada provinciale, la pista ciclabile sovracomunale, i marciapiedi e le linee di autobus). A seconda del mezzo di trasporto utilizzato, la progettazione nel dettaglio dei rispettivi collegamenti alla rete è di competenza della Provincia, della Comunità comprensoriale o del Comune". Per far sì che la nuova fermata del treno sia raggiungibile il più facilmente possibile a piedi, in bicicletta e con gli autobus pubblici e che i parcheggi per i pendolari non causino disagi al quartiere, già congestionato dal traffico, sono necessarie una pianificazione tempestiva e una stretta collaborazione tra tutte le parti interessate. Ciò anche in considerazione del fatto che la nuova fermata ferroviaria non rappresenta soltanto un progetto infrastrutturale, ma avrà un impatto sullo sviluppo territoriale dell'intero Burgraviato.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica

pertanto la Giunta provinciale

1. di commissionare uno studio al fine di valutare come la prevista fermata ferroviaria di Sinigo/Lana possa essere integrata nella rete di autolinee e quali siano le esigenze di mobilità dei/delle dipendenti delle aziende situate nelle vicinanze della prevista fermata ferroviaria;
2. di istituire un gruppo di lavoro che coordini tutti gli interventi finalizzati a un adeguato collegamento dell'utenza dei trasporti alla prevista fermata ferroviaria di Sinigo/Lana; tale gruppo di lavoro sarà posto sotto la guida dell'Ufficio infrastrutture e mobilità sostenibile;
3. di commissionare un progetto di massima per il collegamento dei Giardini di Castel Trauttmansdorff alla prevista fermata ferroviaria di Sinigo/Lana;
4. di relazionare annualmente il Consiglio provinciale in merito all'attuazione del progetto di raddoppio della linea ferroviaria nel tratto compreso fra Maia Bassa (Merano) e Casanova (Bolzano), inclusi tutti gli interventi correlati, come ad esempio la realizzazione della fermata ferroviaria di Sinigo/zona artigianale di Lana.

Das Wort an die Abgeordnete Rohrer für die Erläuterung des Beschlussantrages.

ROHRER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Wir haben aus der Presseaussendung des Landesrates Alfreider vernommen, dass es jetzt endlich aktualisierte Planungen für den Ausbau der Bahnlinie Meran-Bozen gibt und darüber freuen wir uns sehr, denn das ist ein sehr wichtiges Bahnprojekt, nicht nur weil es die zwei größten Städte unseres Landes verbindet und weil ich als Pendlerin, genauso wie der Fraktionssprecher der Volkspartei als regelmäßiger Zugfahrer, wir immer wieder im Zug warten bzw. immer wieder mit Ausfällen zu tun haben. Das geht nicht nur uns so, sondern das geht auch sehr vielen Pendlern so. Die Linie ist leider sehr störungsanfällig und auch weil durch die Reduktion der Fahrtzeit die Strecke damit endlich auch konkurrenzfähig zum Auto wird. Kommt die Begradigung und der zweispurige Ausbau der Bahnlinie, dann wird auch die Haltestelle für die Handwerkerzone Lana und für das Meraner Stadtviertel Sinich

notwendig. Es ist ein Projekt, das es bereits länger gibt. Kollege Stauder hat mir vorhin gesagt, er habe bereits 2008 darüber diskutiert. Der Masterplan der Gemeinde Meran, der von der Landesregierung 2019 genehmigt wurde, enthält auch die Zughaltestellen in Sinich bzw. Lana. Natürlich auch der Entwurf des Landesmobilitätsplanes enthält diese Haltestelle. Es steht damit außer Frage, dass es diese Haltestelle braucht, dass es dazu auch einen politischen Willen gibt. Das wurde auch erst kürzlich vom Landesrat bekräftigt gemeinsam mit den beiden Vizebürgermeisterinnen von Lana und Meran, dass diese Haltestelle wichtig ist.

In unserem Antrag geht es nicht um ein Ja/Nein für diese neue Zughaltestelle, sondern es geht um eine effiziente gemeindeübergreifende Planung, die auch die Anbindung dieses Bahnhofes/dieser Zughaltestelle in Betracht zieht. Uns hat der zuständige Landesrat vor einigen Monaten, im Februar, auf eine Anfrage geantwortet, und ich lese hier vor, dass es eben mehrere Lokalausweise gegeben hat: "Über die Zughaltestelle Sinich wurde nicht detailliert gesprochen, weil die Unterlagen noch nicht den Detaillierungsgrad haben." Was den Detaillierungsgrad betrifft, hat die Gemeinde Meran 2020 eine Studie erarbeitet und damals auch dem Land übermittelt, wo es um die Nachfrage geht. Ich war in einer anderen Funktion als in der heutigen und wir hatten darüber gesprochen, dass es eine Erhebung braucht und auch wer diese Haltestelle nutzt. Wir haben damals den Ingenieur Hüsler beauftragt, einen der Väter der Vinschger Bahn, der unser Land sehr gut kennt, und er geht in seiner Studie (wir haben diese auch ausführlich im Beschlussantrag zitiert, davon aus, dass in unmittelbarem Umkreis an die 3.000 Einwohner sind, dass es 1.300 Arbeitsplätze gibt und dass jedes Jahr 150.000 Menschen diese Haltestelle auch nutzen würden. Es ist natürlich sein großes Interesse. Das hat auch damit zu tun, dass der botanische Garten von dieser Haltestelle aus gut erreichbar wäre und auch die Handwerksbetriebe.

Weil eben eine Zughaltestelle nicht nur ein Infrastrukturprojekt ist, sondern auch eine Auswirkung auf die gesamte Mobilität hat, und natürlich auch auf die Raumentwicklung, sind wir der Auffassung, dass wir jetzt schon mit der Planung beginnen müssen und jetzt schon auch die Gemeinden, die Grundbesitzer und auch die vielen Betriebe zusammenführen müssen, die ein großes Interesse an dieser Zughaltestelle haben. Deshalb haben wir uns auch nochmals in einer Anfrage uns beim Landesrat erkundigt, wie es denn so ist mit der Erschließung dieser Zughaltestelle. Und Sie haben uns im Februar geantwortet, ich lese Ihr Zitat vor: "Es gibt diverse Möglichkeiten zur Verbindung zwischen Bahnhof Sinich und Handwerkerzone Lana, bestehende Landesstraße, bestehende übergemeindlicher Radweg, bestehende Gehsteige, bestehende Buslinien. Je nach genutzten Fortbewegungsmitteln ist das Land, die Bezirksgemeinschaft oder die Gemeinde zur Planung der Details der jeweiligen Netzanschlüsse zuständig." Wir haben also mit sehr vielen verschiedenen Akteuren zu tun, und da kommt natürlich dem Land eine sehr große Koordinationsaufgabe zu, damit jeder auch seine Hausaufgaben macht. Gerade deshalb ist eine frühzeitige und gut koordinierte Planung notwendig.

Wir bringen daher 4 Punkte. Der 4. Punkt ist eine regelmäßige Berichterstattung dem Landtag gegenüber, wie es grundsätzlich um das Vorhaben zum zweispurigen Ausbau der Bahnlinie steht. Im Detail auch, wie es um Sinich steht. Wir hoffen, dass die Zustimmung ähnlich groß ist, wie bei vorhergehenden Beschlussantrag, den Landtag hier regelmäßig zu informieren.

Die anderen 3 Punkte sehen vor: Zum einen eine Studie in Auftrag zu geben mit dem Ziel, in Erfahrung zu bringen, wie die geplante Zughaltestelle in Sinich/Lana in das Bus-Netz eingebunden werden kann (zur Zeit diskutiert man ja über 2 Vorschläge, wo diese Zughaltestelle errichtet werden kann mit wenigen 100 Metern Unterschied) und welche Bedürfnisse bei den Mitarbeitenden der im Umkreis der geplanten Zughaltestelle angesiedelten Unternehmen bezüglich Mobilität vorhanden sind.

2. Eine Arbeitsgruppe für die Koordination aller Maßnahmen für eine angemessene Anbindung der Verkehrsteilnehmenden an die geplante Zughaltestelle Sinich/Lana einzurichten; das Amt für Infrastrukturen und nachhaltige Mobilität mit der Leitung dieser Arbeitsgruppe zu beauftragen, da diesem Amt eine große Koordinationsaufgabe zukommt.

3. Ich habe vorhin bereits über die Botanischen Gärten gesprochen, auch hier eine Studie zur Anbindung dieser wichtigen Infrastruktur zu veranlassen.

Das sind unsere Vorschläge. Wir hoffen, dass diese Zughaltestelle in der Handwerkerzone Lana und im Stadtviertel von Sinich endlich auf Schiene geht und dass es eine gemeinsame und übergreifende rasche Planung gibt. Vielen Dank.

Presidenza del vicepresidente | Vorsitz des Vizepräsidenten: Angelo Gennaccaro

PRESIDENTE: Grazie consiglieria Rohrer. Ha chiesto la parola il consigliere Stauder, ne ha facoltà.

STAUDER (SVP): Ich kann den Dingen, die die Kollegin Rohrer gesagt hat, einiges abgewinnen. Es ist, wie berichtet, ein sehr langer Weg seit 2008, wo man versucht, diese Zughaltestelle Lana/Sinich angrenzend an die Industriezone Lana zu realisieren. Es steht hier Handwerkerzone, es ist die Industriezone Lana. Die Handwerkerzone ist weiter südlich, nicht dass wir von unterschiedlichen Dingen reden. Die Handwerkerzone ist bei der MEBO-Ausfahrt Lana/Burgstall. Es handelt sich hier um die Industriezone, die bei der Ausfahrt Meran Süd ist (von der MEBO her gedacht). Es wird seit langer Zeit darüber gesprochen. Jetzt gibt es durchaus die realistische Chance im Zuge der Verdoppelung der Zuglinie, etwas zu realisieren und das ist sicherlich sehr begrüßenswert. Es wurde mittlerweile einiges gemacht, was die Kollegin Rohrer hier auch gefordert hat. Dieses Mobilitätsbedürfnis der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen angrenzenden Gewerbebezonen, also Industriezone Lana und Zone Kravogl in Meran, wurde bereits erhoben. Da braucht es keine Studie mehr. Es wurde im Zuge des Verkehrskonzeptes der Gemeinde Lana erst im letzten Jahr erhoben. Das ist bereits da. Auch was die Busverbindungen betrifft, wurden diese optimiert in Richtung Industriezone und in Richtung Burgstall, jeweils von Meran kommend und Lana und Burgstall miteinbindend. Also es ist einiges da, was wir hier als Forderung sehen. Grundsätzlich bin ich mit sehr vielen Dingen einverstanden, der Weg ist der Richtige. Wir brauchen diese Zughaltestelle und bräuchten optimalerweise natürlich auch eine Haltestelle für die zukünftigen Expresszüge, entweder dort oder beim Bahnhof Lana/Burgstall, um das Zugfahren noch attraktiver zu machen als es heute bereits ist. Grundsätzlich also dafür. Die hier verlangten Schritte sind meines Erachtens entweder bereits realisiert oder auf einem sehr guten Punkt.

PRESIDENTE: Grazie consigliere Stauder. Ha chiesto la parola il consigliere Repetto, ne ha facoltà.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Vedo che comincia a formarsi un ampio consenso su questa mozione e anche da parte nostra va appoggiata, alla luce delle premesse e per quanto riguarda appunto le ricadute.

L'area di Sinigo ha una straordinaria rilevanza per Merano, per l'intero Burgraviato, tanto nella sua parte industriale che in quella residenziale, non a caso il masterplan urbanistico approvato dal consiglio comunale di Merano nel 2019 le assegna un ruolo di RAB dal punto di vista urbanistico, prevedendo la costruzione di una nuova stazione ferroviaria nei pressi dell'abitato, che funga anche da scambio intermodale ferrovia-bus-bici per favorire i collegamenti verso la val di Nova e la stazione sciistica di Avelengo, verso i giardini Trauttmansdorff, promuovendo anche la fruibilità della pista ciclabile verso Merano lungo l'Adige.

Lo stesso masterplan inoltre assegna all'area industriale di Sinigo la funzione di polo industriale dell'intero Burgraviato da sviluppare attraverso sia il riuso di spazi nell'ambito del territorio comunale, sia l'impiego di aree disponibili in Comuni limitrofi, d'intesa con le corrispondenti amministrazioni.

Perciò la realizzazione di questa nuova stazione ferroviaria come prevista nel masterplan è quindi rilevante per Sinigo, anche se la decisione su dove allocarla deve essere ancora presa dall'amministrazione di Merano. Sono in gioco l'area in fondo a via Fermi, nella zona di fronte ai magazzini Obi, come pare auspichi la maggioranza dei cittadini, che vanno coinvolti nel processo decisionale, poiché la stazione ferroviaria è situata in quelle località raccoglierebbe anche l'interesse di chi abita a Lana e Maia Alta, in quanto favorirebbe lo spostamento di lavoratori pendolari da e verso Bolzano.

In connessione al progetto di realizzazione della nuova stazione ferroviaria a Sinigo rileva il raddoppio ferroviario MeBo e per quanto concerne questo tema è evidente la necessità di una maggiore chiarezza sui tempi di approntamento del raddoppio della ferrovia MeBo, previsti dal Piano mobilità provinciale, ma poco chiari nei tempi di realizzazione e dei corrispondenti volumi di finanziamento – mi pare che ci sia qualcuno che si sta un po' opponendo.

Il raddoppio è da realizzarsi in toto, ovvero fino alla stazione ferroviaria centrale di Merano entro l'anno 2030, con tutte le opere di estensione e di modernizzazione della rete ferroviaria e la riduzione dei tempi di percorrenza tratta Merano-Bolzano. L'infrastruttura rappresenta perciò una reale opportunità di riduzione del traffico privato di scambio con Bolzano qualora si realizzasse una ferrovia intesa come una metropolitana di superficie con una frequenza ogni quarto d'ora, come previsto dal Piano mobilità provinciale, avvicinando di fatto la città di Merano a Bolzano, contribuendo altresì a ridurre il traffico automobilistico lungo la MeBo, con il conseguente abbattimento di NO₂, biossido di azoto e polveri sottili.

È altresì chiara per noi, per il Partito Democratico, l'importanza che riveste la realizzazione della nuova stazione di Sinigo, i cui tempi di realizzazione non dovranno eccedere quelli per il raddoppio della linea ferroviaria.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Die Realisierung dieser Haltestelle Sinich/Lana Industriezone muss in Zusammenhang mit der gesamten Erneuerung der Bahnstrecke Bozen-Meran betrachtet werden. Es ist nicht ein isoliertes Projekt. In dem Zusammenhang natürlich wäre auch die Frage zu klären, wenn diese Haltestelle dort gebaut würde, wie es dann beispielsweise auch mit einer Brücke für die Fußgänger in Richtung Industriezone aussehen würde, denn wir haben zwar die bestehende Brücke, die die Zufahrt zur MEBO und Richtung Lana bietet, aber diese ist für Fußgänger in der Form nicht geeignet, weil man über die stark befahrene Fahrbahn drüber gehen müsste. Also wenn man so etwas baut, dann müsste man auch denken, im Bereich dieses Bahnhofes oder ein Stückchen weiter hinten, aber in näherer Umgebung eine Brücke zu bauen, die sowohl die Etsch als auch die MEBO überquert bzw. unterquert. Hier würde mich interessieren, ob es diesbezüglich auch Planungen gibt, weil das gerade für die Nutzung der Industriezone in Lana essenziell wäre, dass man dort dann auch hinkommt.

Eine zweite Frage hätte ich aber generell zur Erneuerung der Bahnlinie Meran-Bozen. Uns wurde hier einmal im Landtag – ich glaube es war noch in der vergangenen Legislatur, wenn ich es richtig im Kopf habe –, am Ende der vergangenen Legislatur, ein Projekt vorgestellt. Da waren auch die Vertreter der STA mit dabei, die dieses Projekt vorgelegt haben. Wir haben jetzt im Zusammenhang mit diesem Projekt gehört, seit gestern oder vorgestern, dass einige Gemeindevertreter am Etschtal bemerkt haben, dass dieses Konzept in der Form für sie noch nicht in Ordnung geht. Es gibt die Diskussion zum Beispiel um den Bahnhof in Terlan, es gibt Diskussionen um diverse Schleifen, die zwar begradigt werden, aber nicht zu einer so großen Beschleunigung führen, dass es dafürsteht, diese Kulturgründe zu nehmen. Da gibt es umfangreiche Diskussionen. Mich würde deshalb interessieren, was der aktuelle Stand ist. Bleibt es bei dem, was uns hier im Landtag vorgelegt wurde, oder kommt es noch zu Abänderungen, vor allem im Bereich Terlan?

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Io volevo sottolineare che in questo caso non si tratta solo di una stazione ferroviaria in più, ma in questa pianificazione della ferrovia tra Bolzano e Merano è fondamentale elaborare anche un concetto della mobilità per collegare al meglio queste nuove stazioni – in particolare in questo caso la stazione ferroviaria di Lana/Sinigo – con il tessuto industriale, con il tessuto dei lavoratori, con il tessuto dei cittadini e delle cittadine che usufruiranno di questa fermata.

Quindi è fondamentale che la pianificazione della linea tra Bolzano e Merano venga fatta in parallelo con una pianificazione rispetto a tutte le stazioni ferroviarie che verranno realizzate. È un concetto di mobilità per rendere queste stazioni raggiungibili, comode, con magari un concetto di intermodalità nel cambio dei mezzi di trasporto. Queste sono cose che devono avanzare parallelamente e per fare ciò bisogna iniziare fin da ora a pensare anche al collegamento delle stazioni a tutte le zone dove lavorano, vivono o che vengono utilizzate dalle persone che poi andranno alla stazione.

In questo senso la mozione secondo me è molto importante, soprattutto nel secondo e nel terzo punto, perché prevede proprio questo, cioè che non si costruisca solo una stazione, non si mettono in dubbio tutti gli sforzi che sono magari già stati fatti, nuovi bus, eccetera, però nella pianificazione bisogna anche pensare alla raggiungibilità e all'intermodalità di questa stazione, e questo deve avvenire parallelamente alla pianificazione della linea tra Bolzano e Merano.

Quindi secondo me sarebbe veramente un passo importante approvare questa mozione, soprattutto questi punti che vanno in questa direzione, in modo da non avere prima il collegamento e poi in un secondo momento pensare anche al collegamento della stazione con la città o con il paese, perché veramente abbiamo poco tempo, dobbiamo ridurre il traffico in provincia, lo vediamo sulle nostre strade, ma lo vediamo anche dai dati quanto la mobilità, quanto il traffico impatti la salute delle persone, ma impatta anche soprattutto l'emissione di CO2 e quindi qui dobbiamo veramente accelerare di gran lunga nell'ampliamento del trasporto pubblico, nell'efficienza del trasporto pubblico e nella raggiungibilità del trasporto pubblico.

Quindi diciamo che misure e infrastrutture così importanti come la linea tra Bolzano e Merano, che noi sosteniamo assolutamente, anche di renderla più veloce e con un percorso migliore, però devono anche essere previsti tutti gli interventi che sono correlati e quindi penso che sarebbe importante oggi dare un segnale positivo in questa direzione di una pianificazione che parta subito adesso e vada parallelamente e non sempre solo step by step.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Wenn man die beschließenden Punkte durchliest, dann fällt einem doch eines auf. Der 4. Punkt spricht davon, dass im Zuge der Maßnahmen des zweispurigen Ausbaus regelmäßig hier im Landtag berichtet wird, einschließlich aller begleitenden Maßnahmen, wie die Realisierung der Zughaltestelle. Genauso lese ich das auch, denn wir können nicht nur die Zughaltestelle und künftige Bushaltestelle, ich würde sagen einen Verkehrsknotenpunkt Sinich, behandeln und separat betrachten. Für mich sind alle anderen Stationen gleich wichtig, und vor allem auch Sigmundskron, die ich irgendwo als anderes Ende, als Verkehrsknotenpunkt vor dem urbanen Zentrum Bozen betrachte, und Sinich/Lana als künftigen Verkehrsknotenpunkt vor Meran. Was in der Diskussion ein bisschen untergegangen ist, ist, viele wissen vielleicht nicht, dass von Untermais in die Stadt hinein weiterhin im "Schnaggeltempo" gefahren wird, und deshalb für ganz viele Lana/Sinich besonders attraktiv sein wird für die künftigen Direkt- und Schnellverbindungen, also viel attraktiver als Meran-Zentrum. Auch wenn wir uns von den größeren Gemeinden die Zufahrten betrachten, könnte ich mir vorstellen, dass wirklich Meran/Sinich für viele Pendler morgen ein attraktiver Parkplatz/Zustiegsplatz und auch Verknüpfungspunkt für die Busse und andere öffentliche Zubringerdienste nach Lana/Sinich sein könnte. Von dem her Zustimmung, aber bitte, wie gesagt, nicht Lana/Sinich hervorheben und die anderen Verkehrspunkte und Anknüpfungspunkte nicht.

Ich gehe davon aus, dass die Einbringer das hier auch erwarten, dass die Landesregierung die gesamte Strecke als einheitlich und als Gesamtkonzept sieht und nicht diesen einen Knotenpunkt hier losgelöst sehen will. Grundsätzlich Zustimmung.

Bei dieser Gelegenheit, Herr Landesrat, darf ich Sie erinnern, dass ich immer noch einen Aktenzugang offen habe, und zwar zum ursprünglichen Modell. Ich weiß nicht, ist es besser, wenn ich es Ihnen noch einmal schreibe zur Erinnerung an Ihre Mitarbeiter? Es wäre einfach fein, im Zuge dieses Konzeptes – wir haben ständig auch hier im Landtag immer wieder Auseinandersetzungen inhaltlicher Natur zum Ausbau der Bahnstrecke Meran-Bozen –, damit wir hier auch die nötigen Informationen haben. Grundsätzlich Zustimmung, aber wie gesagt, mit der Bitte, das für alle Verkehrsknotenpunkte entlang der Strecke zu sehen.

PRESIDENTE: Grazie. Non vedo altre richieste di intervento, quindi do la parola alla Giunta, assessore Alfreider prego.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung und Kultur, Mobilität und Infrastruktur - SVP): Ich möchte bei dem anschließen, was gerade gesagt worden ist. Es war auch der Grund, weshalb der Fraktionssprecher Stauder vorhin gesagt hat, dass wir diesem Beschlussantrag leider nicht zustimmen können, weil es zu sehr nur einen Teil dieses gesamten Projektes betrifft. Natürlich inhaltlich verfolgen wir sehr wohl genau diese Ziele, die Sie auch als gesamtheitliche Ziele genannt haben, die über diesen Beschlussantrag hinausgehen. Ich muss sagen, es hat mich sehr gefreut, diese Aussagen zu hören, dass wir gemeinsam an einem Projekt arbeiten können, das für die Zukunft Südtirols, speziell, was die gesamte westliche Seite Südtirols anbelangt, eine gewaltige Änderung in der Mobilität sein wird, und zwar eine bessere Anbindung an den gesamten Korridor, eine bessere Anbindung an den Bahnhof von Bozen, der gesamten Meraner Linie. Was ist heute das Problem? Dass die Meraner Linie erstmals auf den Brennerkorridor muss, bevor sie überhaupt in den Bahnhof eintritt. Deshalb ist es ganz wesentlich, dass wir hier dieses Projekt weiterbringen.

Ich kann mich erinnern, bereits in der letzten Legislaturperiode war ein Beschlussantrag hier im Landtag auf der Tagesordnung, und es war so, dass fraktionsübergreifend eine absolute Mehrheit dafür war, dieses Projekt weiterzubringen. Natürlich steckt der Teufel im Detail, wie auch in diesem Fall die Zughaltestelle in Sinich, genauso wie viele anderen Punkte. Die Zughaltestelle Sinich wurde sehr stark von den beiden Gemeinden Meran und Lana beantragt, von den unterschiedlichen Mobilitätskonzepten der Gemeinden, wie vorhin Kollege Stauder gesagt hat, bereits vorgesehen. Und wir haben damals gesagt – danke für das Zitat –, wir möchten diese Verkehrsknoten bzw. die Mobilitätsbedürfnisse, die auf uns zukommen werden, genauer untersuchen. Es braucht auf jeden Fall das, was Sie gesagt haben, ein sogenanntes Mobilitätszentrum. Wir sind auch der Meinung, das sage ich jetzt, weil das gerade in der Planung aufgekommen ist, dass wir sogar eine Fahrrad- und Fußgängerbrücke auf die andere Seite des Flusses irgendwo errichten möchten, damit man auch noch einfacher von einer Seite des Tales auf die andere kommen kann, auch zu Fuß und auch mit dem Fahrrad. Das heißt, es ist hier einiges im Gange.

Ich möchte einiges dazusagen, und zwar wir waren vor einem Jahr auf einem Planungsstand, den haben wir hier in der letzten Legislatur gemeinsam angeschaut. Ich habe die Techniker eingeladen. Hier im

Landtag wurden die Ergebnisse präsentiert. Natürlich waren das die ersten Ergebnisse einer Anfangsstudie. In der nächsten Zeit wird es von Monat zu Monat mehr ins Detail gehen. Wenn die Planung schon fertig wäre, dann bräuchten wir nicht planen. Es braucht die Planer, die jetzt von Tag zu Tag mehr ins Detail gehen und sich natürlich jede Situation vor Ort genau ansehen. Da spreche ich zum Beispiel auch von einzelnen Brückenbauwerken, Unterführungen, Überführungen, Anschlüsse an die Grundstücke.

Eines ist mir auch sehr wichtig in diesem Zusammenhang zu sagen, wenn wir über Grundstücke sprechen, sobald der Planungsstand – das wurde auch vorgestern mit den Bürgermeisterinnen so besprochen – konkreter wird, das heißt mehr ins Detail geht, dass man auch direkt anfangen kann, Flächen auszurechnen. Heute hat man immer noch von Linien gesprochen, aber muss dann im Detail auch von 2D ins 3D gehen und die Flächen ausrechnen. Dann möchten wir natürlich auch mit den Grundstücksbesitzern reden, das ist uns ganz wichtig, ins Gespräch kommen, diesen auch zeigen. Hier sind wir mit den Gemeinden und mit der Arbeitsgruppe, die es bereits gibt, in Kontakt.

Sehr gerne würden wir das weitermachen, was wir bereits in der letzten Legislatur gemacht haben, ich habe alle Techniker eingeladen, das auch hier im Landtag zu präsentieren. Das können wir sehr gerne weitermachen. Ich glaube, das geschieht bereits. Ich bitte das so zu verstehen, als eine Einladung hier weiterzumachen.

Zum einzelnen Beschlussantrag tut es mir leid zu sagen, dass diese ersten drei Punkte bereits eingeflossen sind in die Planung, deshalb bitte es nicht so zu verstehen, als eine Gegenposition, aber es ist bereits eingeflossen. Gerne, wie gesagt, werden wir weiterhin so berichten, wie wir das schon in der letzten Legislatur gemacht haben. Wenn Sie möchten, auch schon in den nächsten Monaten mit den Ergebnissen, die wir derzeit haben.

Das Letzte noch, heute sind wir bei einem Planungsgrad, der in einigen Abschnitten noch zu vertiefen ist, und es geht jetzt Abschnitt für Abschnitt. Zum Beispiel, wie es aus den Medien ersichtlich war, der Abschnitt Terlan, der Abschnitt Sinich, da gibt es sicherlich noch Vertiefungspotential bzw. -bedarf und das wird jetzt auch gemacht. Das heißt, wir würden gerne, sobald dieser nächste Schritt konkreter wird, dann mit Ihnen das diskutieren können.

Kaiserau/Casanova. Diese Haltestelle ist natürlich auch Teil des Gesamtprojektes. Da Meran-Bozen eine Strecke ist, die über viele Kilometer geht, ist auch die Auswirkung einer Schraube, wenn man auf einer Seite dreht, kann es Auswirkungen haben bis nach Bozen, bis nach Meran. Also auch das nur eine Information. Manchmal wird gesagt, nehmen wir diese Kurve weg, nicht hier aber insgesamt in der Debatte, die es gibt in der Öffentlichkeit, im Eisenbahnbereich ist eine Strecke sehr abhängig. Das heißt, wenn man irgendwo an einem Rad dreht, oder irgendwo an einem Bahnhof schiebt, oder einen zusätzlichen Bahnhof macht, hat das Auswirkungen auf die gesamte Strecke. Das bitte mit zu berücksichtigen, auch in der öffentlichen Diskussion. Ansonsten meint man, man könnte irgendwo punktuell intervenieren, aber das hat oft Auswirkungen auf die gesamte Strecke. Das nur als allgemeine Information.

Danke und auf eine gute Zusammenarbeit beim Weiterbringen dieses Projektes. Auch hier der Dank im Voraus an jeden, der hier mithilft, dass dieses Projekt im Westen des Landes auch Realität wird. Vielen Dank.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Arnold Schuler

PRÄSIDENT: Danke. Somit kommen wir zur Replik. Kollegin Rohrer, bitte, Sie haben das Wort.

ROHRER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich möchte mich für die Wortmeldungen und die grundsätzliche Zustimmung für dieses Vorhaben bedanken. Was mich schon ein bisschen wundert, Herr Landesrat, ist, Sie sagen, Sie können diesem Beschlussantrag nicht zustimmen, weil ihm kein Gesamtkonzept zugrunde liegt und weil bereits – das ist der zweite Punkt, den Sie gesagt haben – die einzelnen Punkte schon eingeflossen sind.

Ich werde gerne eine schriftliche Anfrage nachlegen, wie zum Beispiel jetzt das Mobilitätskonzept für die botanischen Gärten ausschaut. Das ist der Punkt 3 in unserem beschließenden Teil. Mir wäre nicht bekannt, dass es hier bereits eine Studie gibt, wie der botanische Garten an die neue Zughaltestelle angebunden wird und wie dann natürlich auch die touristische Infrastruktur durch diese Bahn genutzt werden kann. Aber wenn Sie sagen, das gibt es schon, dann lasse ich mich gerne davon überraschen.

Was mich auch überrascht, dass Sie nicht einmal den 4. Punkt annehmen wollen, wo es eigentlich um eine Aufwertung des Landtages geht. Sie wissen ja selbst, dieses Projekt ist doch sehr, ich will nicht sagen

umstritten, aber Ihnen bläst ein sehr starker, kalter Wind entgegen und es gibt immer wieder Kritik. Die einen sagen, es ist ein Monsterprojekt. Wir sind uns hier einig, dass es diesen Ausbau der Bahnlinie braucht, besser schon gestern als übermorgen, deshalb verwundert es uns, dass Sie auch den 4. Punkt ablehnen, wo wir sagen, wir wollen einmal im Jahr einen Bericht über dieses Projekt erstattet.

Wenn dieser Antrag von der Mehrheit abgelehnt wird, ist die Botschaft, die nach außen geht, man möchte hier nicht über dieses Projekt diskutieren. Das ist doch schade.

Kollege Leiter Reber und auch Kollege Knoll haben beide auch über die Brücke für Fußgänger und Fahrräder gesprochen, die in Diskussion stand. Sie stand auch in der Studie des Herrn Ing. Hüsler. Es wäre hier doch schade, nachdem der Standort noch nicht bekannt ist, ob der Bahnhof in der Fermi-Straße oder ob er doch beim OBI kommt, vielleicht diese Fußgänger- und Radbrücke dann gar nicht mehr möglich wäre, weil man das vorher nicht ausreichend studiert und untersucht hat.

Uns tut es leid, dass Sie diesen Antrag ablehnen, dass Sie hier zwar an die Zusammenarbeit appelliere, aber wenn es dann die Möglichkeit gäbe, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen, das nicht machen wollen. Wir bleiben trotzdem am Thema dran, da uns der Ausbau der Bahn als eines der wichtigsten Mobilitäts- und Klimaschutzprojekte erscheint. Vielen Dank.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung und Kultur, Mobilität und Infrastruktur - SVP): In persönlicher Angelegenheit. Ich habe nicht gesagt, dass wir den Punkt 4 ablehnen. Ich habe nur gesagt, dass wir das bereits in der letzten Legislatur beschlossen haben. Wir haben diese Präsentation im Landtag schon gemacht. Wir haben damals beschlossen, diese immer wieder kontinuierlich zu machen. Ich habe Ihnen jetzt auch hier angeboten, dass wir das weitermachen, so wie damals beschlossen, und dass wir diesen 4. Punkt nicht nochmals beschließen müssen.

PRÄSIDENT: In persönlicher Angelegenheit bedeutet, dass man sich persönlich angegriffen fühlt.

ALFREIDER (Landesrat für Ladinische Bildung und Kultur, Mobilität und Infrastruktur - SVP): Mir wurde in den Mund gelegt, das gesagt zu haben, und das wollte ich nochmals wiederholen. Vielen Dank.

PRÄSIDENT: Danke. Somit kommen wir zur Abstimmung des Beschlussantrages Nr. 76/24. Meines Wissens ist keine getrennte Abstimmung verlangt worden, zumindest bisher.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. Ich beantrage die namentliche Abstimmung.

PRÄSIDENT: Geht in Ordnung. Wir stimmen also den Beschlussantrag Nr. 76/24 namentlich ab, wie vom Abgeordneten Oberkofler beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 16 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen.

Punkt 13 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 77/24 vom 19.4.2024, eingebracht vom Abgeordneten Leiter Reber, betreffend EU-Wahlkreis für Südtirol. Kleines Europa in Europa braucht kleinen Wahlkreis."**

Punto 13) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 77/24 del 19/4/2024, presentata dal consigliere Leiter Reber, riguardante circoscrizione elettorale del Parlamento Europeo per l'Alto Adige. Per la "piccola Europa in Europa" serve una piccola circoscrizione elettorale."**

EU-Wahlkreis für Südtirol

Kleines Europa in Europa braucht kleinen Wahlkreis

In wenigen Wochen sind rund 430 Millionen Bürgerinnen und Bürger in den EU-Mitgliedsländern aufgerufen das Europäische Parlament zu wählen. Darunter befinden sich rund 46 Millionen italienische Staatsbürger und unter diesen wiederum knapp 400.000 Südtiroler Wahlberechtigte. Gerade für die autonome Provinz Bozen-Südtirol, mit ihren drei Volksgruppen, spielen die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess eine ganz besondere Rolle:

Am 1. April 1998 konnten von den beiden Landeshauptleuten Luis Durnwalder und Wendelin Weingartner die Grenzbalken zwischen der Innertiroler Grenze am Brenner entfernt werden. Vorausgegangen war der EU-Beitritt Österreichs und die Umsetzung des Schengener Abkommens. Auch die Einführung des Euros in beiden Staaten hat die Tiroler Landesteile wieder näher zusammenrücken lassen. All dies mag dazu beigetragen haben, dass Südtirols Politiker und Bürger der Europäischen Union grundsätzlich positiv gegenüberstehen und eine generelle EU-Skepsis und Austrittsforderungen in Südtirol geringer ausgeprägt zu sein scheinen als in den benachbarten Regionen.

Trotzdem zeigt sich, dass das geltende Wahlsystem ausgerechnet für Südtirol und alle anderen Regionen mit mehreren anerkannten Volks- und Sprachgruppen äußerst ungeeignet ist. Dies liegt zum einen an der in Italien geltenden 4 % Hürde auf Staatsebene, als auch an den Mega-Wahlkreisen in denen Minderheiten wie deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler zahlenmäßig keine Chance auf eine angemessene Vertretung haben. Die rund 46 Millionen Wahlberechtigten Italiener sind derzeit nur fünf Wahlkreisen zugeteilt:

Nord-Ost, Nord-West, Zentrum, Süden und Inseln. Die Region Trentino-Südtirol und somit die Wählerinnen und Wähler in Südtirol gehören dem Wahlkreis Nord-Ost an.

Die derzeitige Regelung ist auf staatsweit agierende Parteien ausgelegt und bevorzugt Parteien welche Vertreter ins italienische Parlament entsenden. Parteien welche wie in Südtirol, nur auf lokaler, regionaler Ebene existieren, bleiben auf der Strecke oder sind gezwungen völlig unnatürliche Wahlbündnisse auf Staatsebene einzugehen. Dies führt dazu, dass sich zahlreiche Südtiroler Parteien gar nicht erst an den EU-Wahlen beteiligen oder unter dem Symbol einer staatlichen Partei an den Start gehen müssen. Dies hat zur Folge, dass angesichts der äußerst beschränkten Wahlmöglichkeiten viele wahlberechtigte Südtiroler zuhause bleiben und das Interesse an der Europäischen Union und ihrer Zukunft für viele Menschen ausgerechnet in einer historisch gewachsenen europäischen Kulturregion schwindet. Um der Sonderrolle der autonomen Provinz Bozen-Südtirol und dem Minderheitenschutz gerecht werden zu können ist deshalb die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises notwendig.

Ein eigener EU-Wahlkreis mit beispielsweise zwei garantierten Abgeordneten würde nicht allein den Wählerwillen und die demokratische Mitsprache der deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler stärken, sondern wäre auch für die italienische Parteienlandschaft äußerst interessant und würde das Zusammenleben aller drei Sprachgruppen positiv beeinflussen. Denn ohne eine zwangsläufige Ausrichtung auf Rom und die Abhängigkeit von staatlichen Parteien könnten sich auch Südtirols italienische Parteien und Listen bei einer EU-Wahl unter Umständen völlig anders präsentieren. Dies könnte interessante Optionen ergeben und sich auch auf künftige Landtagswahlen auswirken, wo italienische Regionalparteien oder sprachgruppenübergreifende Optionen noch immer kaum existent zu scheinen.

Dies vorausgeschickt:

1. Spricht sich der Südtiroler Landtag für eine Änderung des derzeitigen italienischen Wahlgesetzes zur EU-Wahl und für die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises aus, der der Sondersituation der autonomen Provinz Bozen-Südtirol gerecht wird.

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung

2. Die Schaffung eines eigenen EU-Wahlkreises für die autonome Provinz Bozen-Südtirol auf die ständige Agenda des Autonomieausbaus zu setzen und in die aktuellen Verhandlungen zur Autonomiereform mit der italienischen Regierung aufzunehmen.
3. Dem Landtag innerhalb von 12 Monaten eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Errichtung eines Südtiroler EU-Wahlkreises vorzulegen, welche über die verschiedenen vom Autonomiestatut vorgesehene Kommissionen zwischen Land und Staat sowie über die Südtiroler Vertreter im italienischen Parlament vorangetrieben wird.
4. Bei Südtirols aktuellen und künftigen Vertretern in Brüssel konkret für die Schaffung minderheitenfreundlicher Wahlkreise und transnationaler Listen vorzusprechen und sie ersuchen dieses Interesse des Landes Südtirol über ihre jeweiligen Fraktionen im Europäischen Parlament konkret voranzutreiben.
5. Vertreter der Republik Österreich, des Südtirol-Ausschusses im österreichischen Parlament und alle anderen überregionalen und internationalen Ansprechpartner und Kontakte für minderheitenfreundliche EU-Wahlkreise und transnationale Listen und einen eigenen EU-Wahlkreis für Südtirol zu sensibilisieren.

Circoscrizione elettorale del Parlamento Europeo per l'Alto Adige

Per la "piccola Europa in Europa" serve una piccola circoscrizione elettorale

Tra poche settimane, circa 430 milioni di cittadini e cittadine degli Stati membri dell'UE saranno chiamati a votare per il Parlamento europeo. Tra questi ci saranno circa 46 milioni di cittadini italiani, di cui 400.000 altoatesini aventi diritto al voto.

L'Unione Europea e il processo di unificazione europea rivestono un ruolo importante proprio per la Provincia autonoma di Bolzano/Alto Adige con i suoi tre gruppi etnici.

Il 1° aprile 1998, l'allora presidente della Provincia, Luis Durnwalder, e il governatore del Tirolo, Wendelin Weingartner, avevano eliminato le sbarre di confine al Brennero che dividevano in due il Tirolo. Questa operazione era stata preceduta dall'adesione dell'Austria all'UE e dall'attuazione dell'accordo di Schengen. Anche l'introduzione dell'euro in entrambi i Paesi ha avvicinato nuovamente i due territori al di là e al di qua del confine. Tutto ciò ha fatto sì che i politici e i cittadini altoatesini vedano fondamentalmente di buon occhio l'Unione Europea e che in Alto Adige lo scetticismo generale nei confronti dell'UE e le sollecitazioni a uscirne siano meno frequenti rispetto alle regioni vicine.

Tuttavia, è chiaro che l'attuale sistema elettorale è inadatto soprattutto per la Provincia di Bolzano e per tutte le altre regioni in cui vivono gruppi etnici e linguistici riconosciuti. Ciò è dovuto da un lato alla soglia del 4% vigente in Italia, dall'altro alle enormi circoscrizioni elettorali in cui minoranze come quella sudtirolese e quella ladina non hanno alcuna possibilità di essere adeguatamente rappresentate. I circa 46 milioni di italiani aventi diritto al voto sono attualmente ripartiti in sole cinque circoscrizioni elettorali:

nord-orientale, nord-occidentale, centrale, meridionale e insulare. La Regione Trentino-Alto Adige e quindi gli elettori dell'Alto Adige fanno parte della circoscrizione elettorale nord-orientale.

L'attuale sistema è pensato per i partiti presenti a livello nazionale e favorisce i partiti i cui rappresentanti risultano eletti al Parlamento italiano. I partiti che – come in Alto Adige – esistono solo a livello locale e regionale non hanno alcuna possibilità di essere rappresentati o sono costretti a stringere alleanze elettorali a livello statale del tutto innaturali. Questo fa sì che numerosi partiti altoatesini non partecipino nemmeno alle elezioni europee o lo debbano fare con il simbolo di un partito presente a livello statale. Di conseguenza, vista la poca scelta, molti aventi diritto al voto rimangono a casa e numerosi cittadini e cittadine di una regione culturale che storicamente ha radici europee sono sempre meno interessati all'Unione Europea e al suo futuro. Per tener conto

del particolare ruolo rivestito dalla Provincia autonoma di Bolzano e della tutela delle minoranze, è quindi necessario istituire una circoscrizione elettorale a parte per l'Alto Adige.

Una circoscrizione europea a sé stante con, ad esempio, due europarlamentari garantiti, non solo rispecchierebbe la volontà degli elettori e rafforzerebbe la partecipazione democratica dei sudtirolesi di lingua tedesca e ladina, ma sarebbe anche estremamente interessante per il panorama politico italiano e avrebbe un'influenza positiva sulla convivenza dei tre gruppi linguistici. Infatti, se non si fosse costretti a orientarsi verso Roma e non si dipendesse dai partiti nazionali, i partiti e le liste ita-liane dell'Alto Adige potrebbero presentarsi alle elezioni europee in modo completamente diverso, il che potrebbe aprire scenari interessanti e ripercuotersi anche sulle future elezioni provinciali, dove i partiti regionali italiani o le liste alternative comprendenti tutti i gruppi linguistici sono ancora pressoché inesistenti.

Ciò premesso,

- 1. il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara favorevole alla modifica della vigente legge elettorale statale per le elezioni europee nonché all'istituzione di una circoscrizione europea a sé stante per l'Alto Adige che tenga conto della particolare situazione della Provincia autonoma di Bolzano/Alto Adige.*

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- 2. di prevedere nell'agenda permanente per l'ampliamento dell'autonomia l'istituzione, per la Provincia autonoma di Bolzano/alto Adige, di una circoscrizione a sé stante per le elezioni europee e di inserire questo punto nelle trattative con il Governo sulla riforma dell'autonomia;*
- 3. di presentare a tal fine entro 12 mesi al Consiglio provinciale un'iniziativa legislativa concernente l'istituzione, per la Provincia autonoma di Bolzano, di una circoscrizione per le elezioni europee da promuoversi attraverso le varie commissioni Stato-Provincia previste dallo Statuto di autonomia nonché attraverso i parlamentari altoatesini a Roma;*
- 4. di attivarsi concretamente presso i rappresentanti attuali e futuri della Provincia di Bolzano a Bruxelles affinché si provveda all'istituzione di circoscrizioni e liste transnazionali rispettose delle minoranze, chiedendo loro di promuovere questo obiettivo della Provincia autonoma di Bolzano attraverso i rispettivi raggruppamenti politici del Parlamento europeo;*
- 5. di sensibilizzare i rappresentanti della Repubblica d'Austria e della Sottocommissione per l'Alto Adige del Parlamento austriaco nonché tutti i restanti interlocutori sovra regionali e internazionali in merito all'istituzione, per le elezioni europee, di circoscrizioni e liste transnazionali rispettose delle minoranze nonché di una circoscrizione a sé stante per l'Alto Adige.*

Das Wort an den Abgeordneten Leiter Reber für die Erläuterung des Beschlussantrages.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Es geht bei diesem Antrag um ein Thema, das uns alle 5 Jahre wieder begegnet. Die Südtirolerinnen und Südtiroler sind zu den EU-Wahlen aufgerufen. Knapp 400.000 Wahlberechtigte in Südtirol sind zu den Wahlen aufgerufen, finden aber Anfang Juni bei den Wahlen nicht die Südtiroler Parteienlandschaft auf dem Wahlzettel und können auch nicht alle Lager wählen. Aufgrund des italienischen Wahlgesetzes, das natürlich auf gesamtstaatlicher Ebene ausgerichtet ist, können die Südtiroler Parteien hier nicht teilnehmen. Wir wissen alle, es gibt die 4-Prozent-Hürde. Obwohl alle Südtirolerinnen und Südtiroler gemeinsam nicht einmal 1 Prozent des italienischen Staatsvolkes ausmachen. Wir sind auch noch einem Mega-Wahlkreis zugeteilt. Italien hat nur 5 große Mega-Wahlkreise, wo wir Teil davon sind.

Die Volkspartei hat es in den letzten Jahrzehnten auch immer nur mit staatlichen Bündnissen und mit Abmachungen geschafft und nach außen irgendwie propagiert, dass der Volkspartei-Kandidat sozusagen der einzige Kandidat wäre, der einzige EU-Abgeordnete. Das Problem ist, dass sehr viele Südtiroler Parteien kandidieren möchten und irgendwo gezwungen sind, diese Bündnisse auf Staatsebene einzugehen, was zur Folge hat, dass sie meist auf ihr Listenzeichen verzichten müssen. Es wird auch bei diesen Wahlen wieder so sein, dass viele Wählerinnen und Wähler eigentlich ihre lokalen Parteien wählen möchten, aber diese nicht einmal mit dem Listenzeichen auf dem Wahlzettel finden, das führt natürlich zu einer Verwirrung und vor allem, und das finde ich sehr schade für Südtirol, die Parteienvielfalt. Ich glaube, dass gerade für die Kandidaten, die

für das EU-Parlament kandidieren, dieser Antrag ganz interessant wäre, denn weder kandidiere ich noch habe ich sonst irgendwelche Ambitionen, aber ich glaube, dass es gerade die hier trifft. Dass man diesen Antrag auch hier im Südtiroler Landtag behandelt und dass man sich wirklich aufmacht, einen eigenen Wahlkreis für Südtirol zu schaffen.

Ein eigener Wahlkreis hätte mehrere Vorteile. Wenn wir davon ausgehen, dass wir bei 500.000 Südtirolern zwei Abgeordnete als fixe Sitze für Südtirol zugewiesen bekämen, dass wir mit diesen zwei Sitzen natürlich auch ganz anders arbeiten können, vor allem parteiübergreifend. Das würde ganz neue Konstellationen ergeben. Es könnten sich Südtirol-Bündnisse zusammenschließen, die ganz klar den Minderheitenschutz und die Südtiroler Anliegen in den Vordergrund stellen, was uns ja völlig von den klassischen nationalen Gruppierungen und nationalen Verbänden unterscheidet.

Meines Erachtens war es schon ein autonomiepolitisches Versäumnis als nach dem Austritt Großbritanniens Italien zusätzlich 3 Sitze bekommen hat, hier nicht gleich aktiv zu pochen, die Gunst der Stunde zu nutzen und dieses Wahlgesetz anzupassen und für ein Minderheitengebiet wie Südtirol zusätzliche Sitze zu fordern. Es ist natürlich schwieriger, wenn die Sitze bereits aufgeteilt sind und wenige Regionen bereit sind, darauf zu verzichten.

Warum ist es für ein Minderheitengebiet wie Südtirol so wichtig? Ich glaube, dass die Südtirolerinnen und Südtiroler mehrheitlich der EU und dem europäischen Einigungsprozess positiv gegenüberstehen. Bei aller Kritik an der Europäischen Union und bei allen Reformen, die die Europäische Union notwendig hat, glaube ich trotzdem, dass wir Südtirolerinnen und Südtiroler aus der Geschichte heraus, aus unseren Erfahrungen mit der intertirolischen Grenze, aus unseren Erfahrungen am Brenner, mehrheitlich positiv dem Einigungsprozess gegenüberstehen. Es ist umso mehr bedauerlich, dass aufgrund dieses Wahlgesetzes, aufgrund dieser hohen Hürden der Bezug zur Europäischen Union gerade bei uns geringer ausfällt als bei anderen, weil wir eben nicht die Möglichkeit haben, direkt die Leute zu entsenden, weil das Wahlgesetz in Italien so ist wie es ist, aber auch weil die Europäische Union aufgrund der nationalstaatlichen Forderung es auch immer noch nicht zulässt, dass man sich öffnet und auch über die Wahlkreise hinaus wählen kann. Das wäre natürlich noch einmal eine Königsdisziplin, dass man sagt, man geht weg von diesen reinen nationalen Wahlen zur EU, und transnationale Wahlen zulässt, indem ich auch die VertreterIn aus Spanien wählen kann, wenn ich von der überzeugt bin, oder wen auch immer.

Dies vorausgeschickt, fordere ich in diesem Antrag 1. den Südtiroler Landtag dazu auf, sich für eine Änderung des derzeitigen italienischen Wahlgesetzes zur EU-Wahl und für die Schaffung eines eigenen Südtiroler EU-Wahlkreises auszusprechen, der der Sondersituation unseres Landes gerecht wird.

2. Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung die Schaffung eines eigenen EU-Wahlkreises für die autonome Provinz Bozen-Südtirol auf die ständige Agenda des Autonomieausbaus zu setzen und in die aktuellen Verhandlungen zur Autonomiereform mit der italienischen Regierung aufzunehmen.

3. Dem Landtag innerhalb von 12 Monaten eine entsprechende Gesetzesinitiative zur Errichtung eines Südtiroler EU-Wahlkreises vorzulegen, welche über die verschiedenen vom Autonomiestatut vorgesehene Kommissionen zwischen Staat und Land sowie über die Südtiroler Vertreter im italienischen Parlament vorangetrieben wird.

4. Bei Südtirols aktuellen und künftigen Vertretern in Brüssel konkret für die Schaffung minderheitenfreundlicher Wahlkreise und transnationaler Listen vorzusprechen und sie ersuchen, dieses Interesse des Landes Südtirol über ihre jeweiligen Fraktionen im Europäischen Parlament konkret voranzutreiben.

5. Vertreter der Republik Österreich, des Südtirol-Ausschusses im österreichischen Parlament und alle anderen überregionalen und internationalen Ansprechpartner und Kontakte für minderheitenfreundliche EU-Wahlkreise und transnationale Listen und einen eigenen EU-Wahlkreis für Südtirol zu sensibilisieren.

Warum ist das so wichtig? Weil das natürlich nicht der Südtiroler Landtag alleine bestimmen kann. Wir können nur unsere Wünsche äußern und unsere Forderung, unsere Ziele setzen, aber dann auf allen uns zur Verfügung stehenden Ebenen dafür werben und Alliierte suchen und Allianzen schmieden, die eben auch für einen eigenen Südtiroler Wahlkreis werben. Es geht hier nur gemeinsam und im Einvernehmen, wo man auch erklärt, warum das so wichtig für uns ist.

Eins lassen Sie mich noch sagen in Richtung der italienischsprachigen Abgeordneten hier im Landtag. Ich glaube, dass dieser eigene EU-Wahlkreis auch für euch ganz, ganz wichtig wäre. Vielleicht nicht, weil es deinen persönlichen Vorteil betrifft, Kollege Repetto oder auch andere, sondern es geht um das Zusammenleben in diesem Land. Es geht darum, dass wenn wir einen eigenen Wahlkreis hätten mit 2 Vertretern, dass vielleicht auch die italienischen Parteien zusammenarbeiten müssten und lokale Bündnisse machen müssten,

um hier gemeinsam anzutreten. Das könnte sich durchaus auch positiv auf die Landtagswahlen auswirken. Was passiert in Südtirol? Die deutsch- und ladinischsprachigen Südtiroler wählen nach wie vor zum Großteil zu 90% lokal, lokale Parteien mit lokalen Vertretern. Die Italiener in Südtirol wählen zu 90% national und hängen sich an die nationalen Vertreter an. Ich glaube, dass wir mit so einem Vorstoß auch hier ein Rad positiv in Schwung bringen könnten, damit vielleicht auch diesbezüglich ein Umdenken stattfindet und wir Südtirol in den Vordergrund stellen und nicht das andere Ende des Stiefelstaates.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sehr gerne nehme ich zu diesem Antrag Stellung. Ich bin gewissermaßen "parte in causa", und zwar nicht nur, weil ich gerade Kandidatin bin, sondern auch weil ich mich mit dem Thema Wahlgesetz in den letzten Jahren ziemlich viel befasst habe. Die KollegInnen im ersten Gesetzgebungsausschuss erinnern sich, wie wir getüftelt haben am Wahlgesetz für unsere eigenen Landtagswahlen. Ich möchte aber auch sagen, als langjährige Parteivorsitzende meiner Partei, die dementsprechend auch die EU-Wahlen ausgerichtet hat und selbst nicht Kandidatin war. Schade, dass der Altobmann von der SVP nicht hier ist, denn er hat wahrscheinlich auch ähnliche Wahlkämpfe ausgerichtet. Es besteht aber ein großer Unterschied, in welcher Partei man in Südtirol EU-Wahlkämpfe machen muss. Wir haben es hier oft schon gesagt, wie ausdrücklich auf eine einzige Partei das Wahlgesetz zu den EU-Wahlen in Südtirol zugeschnitten ist, daran kommt man einfach nicht vorbei. Es sind verschiedene Hürden eingebaut, die einfach nur eine große Partei überwinden kann. Und man kann sagen, das entspricht dem Wählerwillen, das aber vorab schon festzulegen, das ist nicht sehr demokratisch.

Von da her eine neue Überlegung rund um das Wahlgesetz kann schon berechtigt sein. Kollege Leiter Reber, aber ich finde es aus zweierlei Gründen nicht vertretbar. Einmal weil ich glaube, dass die Stoßrichtung ganz eindeutig die der transnationalen Listen sein muss. Es ist etwas grundsätzlich anderes als ein eigener Wahlkreis. Ich habe mich in den letzten Jahren, und wir als Südtiroler Grüne, auch innerhalb unserer Grünen Familie, haben uns dafür wirklich sehr stark gemacht. Transnationale Listen würden das Verständnis von Europa und von der Demokratie in Europa und der demokratischen Vertretung total verändern.

Ich finde es etwas vom Bemerkenswertesten, was auf politischer Ebene in den letzten 10 Jahren (das würde ich so lokalisieren) in Südtirol passiert ist. Ich glaube insbesondere bei den letzten Europawahlen, dass sich Südtirol in diesem Sinne europäisch normalisiert hat. Da waren wir endlich so weit, dass jede Partei in Südtirol nicht nur für sich selbst steht, sondern auch eine Beheimatung in den europäischen Parteien finden musste und finden durfte. Daran können wir uns nämlich über uns hinaus messen. Wir können unsere Programme abgleichen, wir können wissen – Kollege Köllensperger, der einer anderen Familie zugehört –, wo auch die Unterschiede sind. Wir müssen für die auch geradestehen, das ist für uns nicht immer ganz leicht. Aber es heißt eine Normalisierung. Wir sind dann Teil von Europa und die transnationalen Listen würden uns hier enorm weiterhelfen. Der letzte Grund aber, warum ich glaube, dass man diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen kann, ist, dass ich mich niemals für eine Änderung eines Systems entscheiden würde, ohne genau zu wissen, wie das Wahlsystem ist. Ich finde wir können hier keine Änderung machen, ohne zu wissen, proportional, nicht proportional, Mehrheit, wie sind die Hürden? Wir sind schon zu oft – darf ich es sagen? – "fregiert" worden, weil wir eben nicht genau wussten, was die Details der Regelung waren. Deshalb habe ich bei so einer Idee, die vielleicht als Idee auch interessant ist, aber sich als Himmelfahrtskommando herausstellen könnte, ganz große Bedenken.

REPETTO (Partito Democratico - PD - Demokratische Partei): Intanto ringrazio il collega Leiter Reber perché per lo meno ci porta fuori da discussioni che stanno mortificando estremamente l'opposizione perché mi sembra che ci sia una campana che suona a morto da parte della maggioranza, cioè non c'è nessun tipo di apertura nei confronti delle opposizioni, per nulla.

A parte questo, che poi sapremo come comportarci, dico che in premessa bisogna dire che la normativa elettorale per le europee è di competenza nazionale e non provinciale.

Sull'istituzione delle liste transnazionali che effettivamente è di competenza europea, però, occorre che ci sia la ratifica di tutti gli Stati membri e pare che ad oggi non siano stati fatti dei grandi progressi in tal senso, nonostante il fatto che non siano mancate proposte transnazionali. Si tratta quindi di una mozione che non ha una reale possibilità di applicazione giuridica.

Sul fatto che si ammicchi anche agli italiani, che ormai è un destino del gruppo linguistico italiano qua in Alto Adige, come quello dei ghiacciai, dico che questo nuovo sistema permetterebbe anche a loro di smarcarsi dai partiti nazionali. In tal caso ridurrebbero a zero il peso della loro rappresentanza politica in Europa,

perché è questo quello che avverrebbe per la comunità italiana, da quello che tu proponi. Peraltro la legge italiana già prevede norme a tutela delle minoranze senza che sia obbligata a ciò dalla cornice della Comunità europea.

Diversamente da quello che dice la mozione, l'articolo 12 della legge elettorale italiana 18/79 stabilisce regole speciali a garanzia delle minoranze linguistiche in Valle d'Aosta, in Friuli Venezia-Giulia e in provincia di Bolzano – adesso non la leggo, però la conosciamo tutti quanti –, perciò tutti gli Stati UE hanno circoscrizioni molto ampie, l'Italia non fa eccezione, questo serve per evitare una frammentazione eccessiva dei gruppi nel Parlamento europeo. Peraltro la maggior parte degli Stati europei hanno soglie elettorali – anche la Germania – per evitare una frammentazione eccessiva nel Parlamento Europeo, su raccomandazione dello stesso Parlamento.

È vero che il riferimento dei partiti nazionali è fuorviante, che preferiremmo avere delle liste transnazionali, tuttavia queste liste transnazionali dovrebbero comprendere rappresentanti di altri Paesi dell'UE e non basarsi soltanto sul rapporto ad esempio con la vicina Austria. Facendo come proposto dalla mozione, si farebbe una scelta di dimensione non solo europea, ma penso di convenienza.

La proposta si riferisce poi solo alle minoranze di lingua tedesca e ladina, escludendo del tutto il gruppo italiano altoatesino a cui sarebbe tolta qualsiasi rappresentanza in Europa. Se fosse creata una circoscrizione Sudtirolo-Tirolo il gruppo italiano dell'Alto Adige dovrebbe essere riconosciuto come minoranza a livello europeo, allora se la rappresentanza fosse di minoranze si otterrebbe il risultato di frammentare il Parlamento Europeo in consorterie senza un reale interesse di promuovere l'Europa.

Concludo dicendo che l'Europa va rafforzata dandole un reale potere e non va indebolita, per cui io mi sento obbligato a non votare questa mozione. Comunque ti ringrazio, perché per lo meno siamo usciti da un ambito molto triste. Grazie!

ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Für viele in Europa wird die EU als großer Bürokratie-Moloch gesehen, nicht anders ist es zu bewerten, dass nur mehr kaum die Hälfte oder nur jeder Zweite zur Wahl geht. Die EU wurde zuletzt von etlichen Korruptionsskandalen gebeutelt, ich erinnere an die Causa Katargate oder die dubiosen Verbindungen der Kommissionspräsidentin mit dem Pharmakonzern Pfizer. Andere Sachen, was die Leute auch ärgert, das Pendeln zwischen Straßburg und Brüssel, das den Steuerzahler sehr viel Geld kostet, 110 Millionen Euro laut Rechnungshof pro Jahr. Das sind Sachen, die nicht mehr vertretbar sind. Die Nettozahler werden weniger. Großbritannien ist ausgetreten. Wichtige Abkommen, wie das Maastricht-Abkommen werden nicht eingehalten. Noch ein Beispiel, die Abschaffung zur Zeitumstellung, was eigentlich vom EU-Parlament genehmigt wurde, wird nie umgesetzt. Das sind Sachen, die nicht vertretbar sind.

Also die EU braucht eine Reform, eine Wahlrechts- und Föderalismusreform, um international bestehen zu können, soll sich auf Kernkompetenzen konzentrieren, wie Außenpolitik, Verteidigungs- oder Währungspolitik und der Rest soll föderal organisiert werden, oder Bereiche, wo europaweit eine Harmonisierung für die Bürger eine Erleichterung bringt. Zum Beispiel eine möglichst einheitliche Straßenverkehrsordnung.

Ich nehme immer das Beispiel der Schweiz her, da sind 4 Sprachgruppen, die ohne größere Konflikte zusammenleben, auch die sind nach außen geschlossen, nach innen föderal aufgestellt. Da gibt es sogar die Möglichkeit, dass sich eine Gemeinde per Volksbefragung den Kanton aussuchen kann. Die mehrheitlich französischsprachige Stadtgemeinde Moutier durfte per Volksabstimmung vom Kanton Bern zum Kanton Jura wechseln. Ich würde mir vorstellen, das wäre auch ganz toll für eine EU in der Zukunft, wo Länder der Provinzen sich dieses Recht herausnehmen dürften. Das würde dann viel weniger Konflikte bedeuten.

Grundsätzlich ist dieser Antrag positiv, dass man sich nicht einer staatlichen Partei anhängen muss und diese 4-Prozent-Hürde schaffen muss. Die Frage ist, wenn wir zukünftig den Doppelpass als Südtiroler bekommen, ob dieser Antrag dann nicht obsolet ist.

HOLZEISEN (VITA): Grundsätzlich ist folgendes zu sagen, jeder EU-Parlamentarier/jede EU-Parlamentarierin ist eigentlich VertreterIn der gesamten Bevölkerung der Europäischen Union, deshalb ist es nicht nachvollziehbar nach meinem Ansinnen, und nicht nur, sondern es ist auch die Meinung von vielen Juristen, dass es nicht gerecht ist, dass wir in Italien beispielsweise diese Hürde der Mindestprozentklausel von 4% haben und dass in anderen EU-Ländern es keine solche Hürde gibt. Es ist rein vom institutionellen Recht her so, dass jeder EU-Parlamentarier de facto die gesamte EU-Bevölkerung gleich vertritt, das ist eigentlich Ausdruck eines Mandats im EU-Parlament. Das ist einfach nicht logisch. Ich würde hier schon auch dafür plädieren.

ren, dass wir als Abgeordnete des Südtiroler Landtages – ich war selbst schon zweimal Kandidatin auf Listen, wo die jeweilige Partei, die mich ins Rennen geschickt hatte, auch nicht unbedingt in allem d'accord war, ich finde, solche Listen also unnatürlich, und ich wollte das eh schon machen aus Interesse als Juristin und als Bürgerin in Zusammenarbeit mit anderen Juristen auf EU-Ebene – prüfen, ob man hier wirklich nicht zu einem vereinheitlichten System auf EU-Ebene kommt. Erstens schon was diese Schwelle anbelangt, das ist einfach nicht gerecht, und zweitens – es ist schon die dritte Wahl im EU-Parlament – würden diese transnationalen Listen sehr vieles lösen. Jede kleinere Partei hier in Südtirol hat natürlich politische Nähe oder auch sehr starke Übereinstimmung mit politischen Bewegungen in anderen EU-Ländern, und gerade, weil jeder EU-Parlamentarier letztendlich die gesamte Bevölkerung der EU vertritt, wäre es nur logisch, wir hätten solche transnationalen Listen. Das wäre eigentlich die Logik überhaupt.

Deshalb begrüße ich grundsätzlich diesen Antrag, ich glaube, es ist auch unsere Aufgabe hier als Vertreter der Südtiroler Bevölkerung dafür zu sorgen, dass eine Entwicklung in Gang gebracht wird, dass wir vielleicht in Zukunft das ändern, sofern es die EU noch geben wird. Ich bin eine starke Kritikerin der derzeitigen EU, die alles andere als transparent ist und kriminelle Machenschaften zulässt, da gebe ich Ihnen vollkommen Recht, Kollege Zimmerhofer. Aber wir müssen positiv denken. Deshalb unterstütze ich gerne den Antrag, wenn wir auch über Zusätze nachdenken sollten.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Es ist eine sehr spannende Materie, mit der wir uns auch inhaltlich fachlich schon seit Jahren sehr intensiv auseinandersetzen. Wir hatten zum Beispiel vor zwei Jahren in Bozen eine internationale Tagung von Minderheiten aus ganz Europa, die sich Gedanken gemacht haben, wie ein solches Wahlrecht ausgestaltet werden könnte. Wen es interessiert, wir haben dort auch eine Publikation dazu veröffentlicht, die kann ich gerne austeilen, wenn jemand Interesse daran hat. Wir haben uns angeschaut, was die Bedürfnisse anderer Minderheitenregionen sind. Wir sehen immer die Welt aus der Nabelschau Südtirols heraus, aber es gibt in Europa unzählige Minderheiten. Wir hatten zum Beispiel Vertreter der Ungarn in Siebenbürgen, also Teil des rumänischen Staates, die auch die Problematik haben, wie umgehen mit einem Land, das sehr nationalistisch ist und Minderheiten kaum kennt. Frankreich leugnet teilweise die Existenz von Minderheiten im eigenen Staatsgebiet. Und wie umgehen in einem Europa, das zwar von einem grenzenlosen Europa träumt, aber bei der Wahl zum eigenen Parlament nur ein Wahlrecht über die Nationalstaaten kennt.

Was wäre denn sinnhafter als ein grenzüberschreitendes Wählen in Europa, im Besonderen für die ethnischen Minderheiten. Es gibt keinen einzigen Staat in Europa, der nicht auf seinem Staatsgebiet ethnische Minderheiten hat. Sehr viele dieser Minderheiten haben transnationale Verbindungen, weil aufgrund von Kriegen Grenzen hin- und hergeschoben worden sind. Wo mehr würde ein grenzenloses Europa Sinn machen als gerade diesen Regionen auch wirkliche Europaregionen bilden zu lassen? Wo würde das mehr Sinn machen? Gerade die Europaregion Tirol könnte hier beispielsweise ein Leuchtturmprojekt sein, indem man sagt, in dieser Europaregion Tirol bietet man die Möglichkeit für das EU-Parlament ein grenzüberschreitendes Wählen an, gemeinsame Listen an. Das sind alles Dinge, die Europa wirklich mehr zusammenwachsen lassen würden. Das Problem ist, dass die EU, und da muss man die Unterscheidung zwischen Europa und der EU machen, eine Vereinigung von Nationalstaaten ist und nicht eine EU der Völker und Regionen. Das ist das ganz große Problem. Deshalb sind wir auch solche Verfechter der doppelten Staatsbürgerschaft, denn bis derartige Dinge nicht umgesetzt werden, und das wird – leider muss ich sagen – noch sehr viele Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte in Anspruch nehmen, die doppelten Staatsbürgerschaften es zumindest diesen Grenzregionen möglich macht, grenzüberschreitend zu wählen. Wir hatten das Beispiel der Ungarn in Siebenbürgen gebracht. Die Ungarn in Siebenbürgen besitzen zu einem großen Teil alle die ungarische Staatsbürgerschaft als Doppelstaatsbürgerschaft, können somit grenzüberschreitend wählen. Dasselbe würde im Übrigen auch in Südtirol gelten. Wir wären dann nicht mehr angewiesen auf einen Wahlkreis Nord-Ost-Italien, wo wir dann sozusagen auf das Wohlwollen einer italienischen staatsweiten Partei angewiesen sind, die uns einen Sitz zur Verfügung stellt und bei entsprechender Stimmenstärke dann zu Gunsten auf einen Sitz verzichtet, sondern wir hätten die Möglichkeit, grenzüberschreitend zu wählen. Gerade in dieser Dimension muss man die ganzen Dimensionen sehen und deshalb natürlich die Unterstützung zu diesem Antrag.

Ob Südtirol alleine ein eigener Wahlkreis werden soll oder ob wir das nicht wirklich ein bisschen weitergefasst sehen sollten, es sind beide Varianten drinnen, deshalb geht mir das gut. Wir würden eine weitergefasste Variante sicherlich bevorzugen, also ein wirklich grenzenloses Europa, das nur dann funktioniert, wenn man auch grenzüberschreitend wählen kann, und ein Letztes noch, indem auch das Wahlrecht gleich ist. Es

gibt Staaten, in denen darf man erst mit 18 wählen, andere dürfen bereits mit 16 Jahren wählen. Das ist eine Ungleichbehandlung, die in dieser Form abzuschaffen ist.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Kollege Leiter Reber, Sie haben es gesagt, wir müssen das System öffnen. Dafür braucht es eine europäische Herangehensweise. Ich glaube, dass wir wirklich in diesem europäischen Gedanken viel mehr daran arbeiten sollten, nicht im nationalstaatlichen Denken oder im regionalen und kleinen Denken diese Diskussion weiterzubringen, sondern dass wirklich auf europäischer Ebene anzugehen, wo man ein europäisches Wahlrecht hat, was die Minderheiten eigentlich alle gut repräsentieren kann, wo alle Länder, alle Menschen, alle Staaten gut repräsentiert sind. Ich war vor einigen Jahren im europäischen Parlament und dort hat man uns auch über das ganze Wahlsystem der EU und das Gleichgewicht erzählt, wie dieses europäische Parlament aufgebaut ist. Da wird ganz fest darauf geschaut, dass die Länder und die Menschen auch in den Minderheitenregionen, oder in den Staaten, wo es nicht so viele Einwohner gibt, trotzdem gut vertreten sein können. Deshalb finde ich, dass man diese Diskussion wirklich auf europäischer Ebene angehen sollte.

Was sehr, sehr wichtig wäre, das haben auch viele Vorredner und Vorrednerinnen gesagt, ist, dass wir endlich transnationale Listen einführen. Das würde das europäische Projekt stärken, das würde auch das ganze Verhalten im europäischen Parlament verändern. Oft ist es so, dass die unterschiedlichen Abgeordneten von den einzelnen Ländern dann eher mit dem Land mitstimmen, anstatt die Vision für Europa der zugehörigen Fraktion weiterzubringen. Ich glaube, das würde auch ganz viel daran ändern, dass man den Wählerinnen und Wählern aufzeigt, dass Europa eigentlich ein gemeinschaftliches Projekt ist, was uns alle gemeinsam voranbringt und uns alle stärkt, wenn wir gemeinsam an etwas arbeiten, und nicht wieder zu diesem Gedanken kommen, wo man in Europa eigentlich nur versucht, das Beste für das eigene Land oder die eigene Region zu bekommen. Eigentlich holen wir das Beste für unser Land, für unser Südtirol, für Italien her, wenn wir gemeinsam die beste Lösung für das ganze Europa finden. Deshalb finde ich schon, dass wir hier viel mehr europäisch denken sollen. Sie haben gesagt, dass wir uns für die transnationalen Listen stark machen sollten, das wäre auch in unserem Interesse. Sie haben gesagt, wie das hier in Südtirol manchmal funktioniert, wie viele Menschen bei der Europa-Wahl denken. Sie sagen, die italienische Bevölkerung denkt eher an die italienischen nationalen Listen und die deutsche und ladinische Bevölkerung wählt eher die lokalen Listen, die Südtiroler Liste. Vielleicht hat das auch mit unserm Anspruch als Grüne zu tun, wir versuchen wirklich, die Südtiroler Bevölkerung im Ganzen zu vertreten und nicht zu unterscheiden nach deutscher oder italienischer Sprache, sondern dass man wirklich sprachgruppenübergreifend das Beste für Europa, für unser Land herausholt. Deshalb sollten wir nicht daran denken, nur italienisch zu wählen oder nur deutsch zu wählen, sondern wir als Südtiroler Grüne möchten endlich europäisch wählen. Das wäre ein riesiger Fortschritt für uns alle.

KÖLLENSPERGER (Team K): Ich bin auch völlig einverstanden mit der Idee der transnationalen Listen, das wäre wirklich eine europäische Idee. Wenn man Europa wählt, dann sollte man auch europäisch wählen. Ob das dann Listen sind, so ähnlich wie die Fraktionen im Europaparlament, ob das Parteien sind, die sich transnational aufstellen, so wie Volt, die das heute schon machen, wenn auch mit mäßigem Erfolg, aber von der Idee her äußerst sympathisch, äußerst nett. Ich bin immer ein Fan von Volt gewesen. Das wäre sicher der Quantensprung. Von den Problemen des Wahlgesetzes, das wir in Italien haben, kann ich ein Lied singen. Ich habe mir das in den letzten Wochen und Monaten verständlicherweise genauer anschauen müssen, das Einfachste wäre natürlich, ein paar Verbesserungen zu machen. Wenn man in Italien die 4-Prozent-Hürde weggeben würde, die es zum Beispiel in Deutschland nicht gibt, und auch explizit klarstellt, dass Minderheitenlisten nicht Unterschriften sammeln müssen, nicht nur wenn sie schon Parlamentarier haben, auch wenn sie keine haben, dann wären zwei Riesenprobleme schon gelöst, die es uns zum Beispiel ermöglicht hätten, mit dem eigenen Symbol anzutreten als auf eine Partnerliste gehen zu müssen, notgedrungenen Maßes und nicht unserem Willen entsprechend.

Was auch stimmt, das Wahlrecht in Europa sollte gleich sein. Zum Beispiel in Deutschland gibt es keine Hürden, in Italien gibt es Hürden. Es ist so effektiv eine Ungleichbehandlung, weil man in unterschiedlichen Ländern mit unterschiedlichen Voraussetzungen gewählt werden kann. Das Problem bei diesem Vorschlag ist, die Idee des Wahlkreises Europa gefällt mir prinzipiell, so wie mir ein Wahlkreis für die Landiner bei den Landtagswahlen gefallen würde, es ist aber schon so, dass wir ein bisschen aufpassen müssen, die Katze nicht im Sack zu kaufen. Hier liegt dann schon der Teufel im Detail. Wenn wir sagen, wir haben 2 Gewählte im Wahlkreis Südtirol, wird erstens Italien da etwas dagegen haben, denn im restlichen Italien braucht es

600.000 Stimmen für einen Gewählten und bei uns mit 400.000 Stimmen zwei Gewählte, also da ist zu schauen, ob man auf Verhandlungsbasis so etwas herausbekommt. Dann haben wir gesehen, wie gut die SVP die Wahlgesetze in Rom für sich selbst zurechtschneiden kann, also müsste man hier zumindest ein paar Eckpunkte angeben, damit der Minderheitenschutz nicht wieder Edelweiß-Schutz wird, wie es andere Male passiert ist. Deshalb werden wir uns hier enthalten, weil diese großen Fragezeichen sind, obwohl ich die Idee sympathisch finde, für Südtirol einen europäischen Wahlkreis zu machen.

PRÄSIDENT: Danke. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen und gebe somit das Wort der Landesregierung. Herr Landeshauptmann, bitte.

KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP): Ich denke, in einigen Punkten, wenn es nicht komplett geschlossene Einigkeit gibt, gibt es doch einen relativ breiten Konsens, dass das heutige Wahlrecht zum europäischen Parlament eigentlich nicht ganz der europäischen Logik entspricht, weil es die Nationalstaaten in den Vordergrund stellt. Das ist, glaube ich, eine Kritik, die von vielen vorgebracht worden ist, und die man durchaus teilen kann. Wir teilen diese sicher. Es wäre doch wesentlich europäischer, wenn man nicht in dieser nationalstaatlichen Logik das Wahlrecht hätte, da sind wir uns einig.

Nicht einig sind wir uns vielleicht über die Form, wie wir dieses Ziel erreichen. Rein formell müsste es ein Begehrensantrag sein, es ist nicht Zuständigkeit des Landtages, hier das Wahlrecht zum europäischen Parlament auch auf der staatlichen Ebene zu ergänzen. Das eine ist die europäische Ebene, dass man das insgesamt überwindet, dazu bräuchte es den Konsens der Staaten. Das ist das Problem, die Staaten müssten zustimmen, dass künftig Europa das überstaatlich regelt. Da bräuchte es diesen Konsens. Da gibt es wahrscheinlich leider wenig Bereitschaft, weil die Haltung eine falsche ist. Das sind wir uns ja einig. Das müsste wesentlich europäischer sein. Innerstaatlich ist das natürlich eine Zuständigkeit des Parlaments, also innerhalb Italiens und somit wäre es in dieser Form ein Begehrensantrag. Ich kann Ihnen aber berichten, dass es nicht Untätigkeit gibt. Wir haben in der zuständigen Kommission der Konferenz der Regionen, in der Kommission für institutionelle Angelegenheiten, wo ich Vizepräsident bin als Vertreter und Sprecher der Regionen mit Sonderstatut, eine Initiative auf den Weg gebracht, um das Wahlrecht neu zu gestalten, auch fairer, denn es gibt auch Kritikpunkte von anderen Regionen, die nicht Minderheiten haben, die auch sagen, das ist nicht fair, aber auch minderheitenfreundlich. Es ist mir gelungen diesen Passus in diese Initiative hineinzubringen, es müsste auch minderheitenfreundlicher gestaltet werden. Dazu muss man vielleicht sagen, wir sind in der Lage, dass wir im europäischen Vergleich zwar nicht das Minderheitenfreundlichste System haben, es gibt Minderheiten, die bessere haben, aber es gibt doch sehr viele Regionen, die wesentlich schlechter dastehen als wir. Wir haben wenigstens diese Sonderregelung, die es uns ermöglicht, dann in einer Verbindung mit anderen einen Sitz zu erringen. Deshalb okay, wir sind nicht ganz dort, wo wir gerne sein würden.

Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, weil er in der Methode und in der Form nicht funktionieren wird. Wir haben durchaus auch Sympathie für die Überlegung, dass wir diese rein nationalstaatlichen Logiken überwinden, das ist nicht europäisch. Im europäischen Wahlrecht sollte auch die europäische Idee eines Europas der Völker und der Regionen und nicht unbedingt der Nationalstaaten zum Niederschlag bringen und dementsprechend sollte über die Grenzen hinweggewählt werden können, nachdem was das politische Anliegen ist und nicht das, was die staatliche Zugehörigkeit ist. Dafür bräuchte es aber auf europäischer Ebene eine Reihe von Reformen, denn wir haben auch diese Zuordnung der Abgeordneten in einer rein nationalstaatlichen Logik, das sind dann größere Überlegungen, die zu machen sind, um dieses Ziel zu erreichen.

Einstweilen, und damit schließe ich, der Schritt, dass man zumindest in der innerstaatlichen Logik noch eine weitere Verbesserung des Wahlrechtes erreichen kann für uns, mit dem großen Ziel in Europa gemeinsam mit vielen anderen dafür zu streiten, dass das Wahlrecht insgesamt grenzüberschreitend gestaltet werden soll, transnational, da treffen wir uns sicher. Ablehnung also eher der Form halber nicht dem Grunde nach.

LEITER REBER (Freie Fraktion): Ich danke allen Vorrednerinnen und Vorrednern. Es tut mir sehr leid, dass ich meine Replik jetzt dazu verwenden muss, einige Dinge zurechtzurücken. Auch was die Form betrifft, ich habe mir konkret zu jedem einzelnen Punkt ganz genaue Überlegungen gemacht. Es ist kein Begehrensantrag, Herr Landeshauptmann, ich fordere nicht Rom auf, sondern ich fordere die Südtiroler Landesregierung auf, das auf die eigene Autonomieagenda hinaufzugeben und selbst aktiv zu werden und für ein Anliegen zu arbeiten. Man muss zuerst hier das auf die Agenda hinaufgeben, das ist ja ganz klar. Deshalb ist es kein Begehrensantrag. Ich fordere nicht die nationale Regierung jetzt zu etwas auf, sondern ich fordere den Land-

tag auf, sich dafür auszusprechen, damit die Südtiroler Landesregierung das auf die Autonomieagenda stellt und dann dem Landtag innerhalb 12 Monaten einen Entwurf als Konzept vorlegt: Wäre das etwas, was wir in dieser Form vorantreiben sollten oder könnten? Was dann auch zur Folge hätte: Wie würden wir uns eventuelle Hürden vorstellen? Um das geht es ja, dass wir uns zuerst einig sein müssen, was unser Ziel sein soll.

Kollegin Foppa und Kollege Oberkofler, Punkt 4 und Punkt 5 – ich verlange auch die getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte –, da steht genau drinnen, dass man bei den "Auswärtigen", also in Wien und in Brüssel für transnationale Listen werben soll. Warum steht das bei uns und in Rom nicht drinnen? Die nationale Gesetzgebung ist wie sie ist, und leider auf die derzeitige Form ausgelegt. Deshalb hänge ich mich da an. Innerhalb der nationalstaatlichen Logik Italiens mit dem eigenen Wahlkreis und nicht in Rom für die transnationalen zu werben, das müssen wir international machen. Deshalb die Logik dahinter auch diese Trennung, weil die derzeitige Gesetzgebung und die Wahlgesetzgebung natürlich von den einzelnen Nationalstaaten gestaltet wird. International natürlich die Werbung bei allen Kontakten. Es ist ja so offengehalten, dass man dort dafür wirbt und sich dafür einsetzt. Wie gesagt, das ist der Sinn hinter den einzelnen Anliegen dieses Antrages. Es tut mir auch leid, wenn ich Kollegen Repetto gehört habe, der als Vertreter des PD sofort herausliert, dass jetzt die Italiener den Kürzeren ziehen würden, oder wenn Kollege Oberkofler sagt, nicht die Deutschen und Ladinischsprachigen. Es steht in allen 5 beschließenden Punkten gar nichts von Deutsch- und ladinischsprachigen, sondern "der Sondersituation der autonomen Provinz Bozen Südtirol gerecht zu werden" und genau um das geht es. Diese Sondersituation mit unseren 3 Sprachgruppen, die wir haben, mit diesen Volksgruppen, die wir hier haben, der es gilt bestmöglich gerecht zu werden. Da steht nichts drinnen nur von der deutsch- und ladinischsprachigen Minderheit. Ich merke, das sind Reflexe und das gehört wahrscheinlich zum politischen Klein, Klein dazu – wie Kollege Knoll bei dem Antrag von Kollegin Foppa zur Rentengeschichte, dass ihr auch eine Stoßrichtung vorgebt, vielleicht preußisch interpretiert –, so machen es die Grünen hier und suchen sich etwas raus, was nicht im beschließenden Teil drinnen steht. Das ist schade, vor allem weil es der Diskussion nicht guttut, denn die Diskussion sollte eigentlich ein positives Zeichen setzen, dass wir uns für Südtirol ein besseres Wahlgesetz wünschen, ein Wahlgesetz, das geeignet ist, allen drei Volksgruppen so gut wie möglich gerecht zu werden. Und vor allem der Start, darüber nachzudenken, dass wir aufgrund dieses Wahlgesetzes und auch anderen Wahlgesetzen, die in Südtirol mit bestimmten Hürden verbunden sind – Sie wissen alle, von was ich spreche –, einen Schritt weiterkommen.

Zusammenfassend, Herr Landeshauptmann, appelliere ich wirklich auch an Sie. Sie betonen immer wieder die Wichtigkeit Europas und der EU für Südtirol. Ich bin auch überzeugt, ich habe es in der Einleitung bereits gesagt – bei aller Kritik, die wir an der derzeitigen EU haben, und bei aller Kritik, die auch berechtigt ist – dass die Südtirolerinnen und Südtiroler mehrheitlich proeuropäisch denken aufgrund der Geschichte, die wir haben, aufgrund der Grenzsituation, die wir haben. Ich glaube, dass viele froh wären, wenn die EU ihre Hausaufgaben machen würde, wenn wir weiterkämen, wenn wir uns als Gesamteuropäer eine bessere internationale Performance an den Tag legen würde. Das würde viele Probleme, die wir derzeit haben, auch lösen bzw. lindern. Vielleicht können Sie bei Ihren Kontakten, die Sie in Rom haben, aber auch die Sie international haben, wirklich dafür werben, dass Sie sowohl was einen Wahlkreis anbelangt (oder verschiedene Modelle, die geeignet sind, für den Minderheitenschutz und für unsere Situation generell) als auch für die transnationalen Listen zu werben.

Ich darf daran erinnern, dass die deutsche Gemeinschaft in Belgien rund 80.000 Leute umfasst. Die haben 1 Sitz im EU-Parlament, der steht ihnen zu als Minderheitenschutz. Wir sind insgesamt 500.000 Südtiroler, davon knapp 300.000 deutsch- und ladinischsprachige, also nur um die Relation zu sehen, es gibt völlig unterschiedliche Regelungen. Man kann denen nicht vorwerfen, sie wären weniger europäisch oder mehr europäisch, sondern es gibt hier verschiedene Ansätze. Ich glaube, das soll heute auch aus diesem Saal als Botschaft hinausgehen. Ich ersuche um getrennte Abstimmung der 5 Punkte im beschließenden Teil. Danke.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Zum Fortgang der Arbeiten. In persönlicher Angelegenheit spricht dann der Kollege. Nein, Kollege Leiter Reber, im Punkt 5, wenn das so ist, wie du gesagt hast, dann sind die Wörter "und einen eigenen EU-Wahlkreis" da nicht passend, wenn du sagst, es geht um die transnationalen Listen. Dem Punkt 4 und Punkt 5 könnte man zustimmen, das würden wir auch tun. Wenn du das willst, dann müssten die Wörter "und einen eigenen EU-Wahlkreis" herauskommen. Wenn das rauskommt, stimmen wir beiden Punkten zu, ansonsten nur dem Punkt 4.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): In persönlicher Angelegenheit. Nur um zu klären, ich habe explizit nicht auf den Antrag verwiesen und auf die Forderungen im Antrag, sondern ich habe auf das verwiesen, was Sie gesagt haben in der Vorstellung des Antrages beim Thema die Deutschsprachigen und die Ladinischsprachigen wählen lokal und Italiener wählen national. Ich wiederhole, wir wählen europäisch.

PRÄSIDENT: Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung des Beschlussantrages Nr. 77/24, getrennt nach Punkten, wie von den Abgeordneten Foppa und Leiter Reber beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 8 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen und 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 8 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 8 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 8 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 5 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 15 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über Punkt 5 des beschließenden Teils: mit 12 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung abgelehnt.

Somit ist der Beschlussantrag Nr. 77/24 abgelehnt.

Punkt 14 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 6/23 vom 20.12.2023, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Post ans Land."** (Fortsetzung)

Punto 14) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 6/23 del 20/12/2023, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Rabensteiner, Knoll e Atz Tammerle, riguardante: Le Poste alla Provincia."** (continuazione)

Ich möchte in Erinnerung rufen, dass die Behandlung des Beschlussantrages am 7. März 2024 begonnen hat. Nach der Erläuterung des Beschlussantrages durch den Ersteinbringer, Abgeordneter Zimmerhofer spricht der Abgeordnete Leiter Reber für 2 Minuten, somit hätte er noch eine Restzeit von 1 Minute.

Ich eröffne die Wortmeldungen zu diesem Beschlussantrag. Wer möchte sich zu Wort melden? Abgeordneter Knoll, bitte.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Der Antrag zur italienischen Post hat ein bisschen das Dilemma wie die echte Post, immer ein bisschen spät dran. Das soll uns aber nicht daran hindern, über diesen Antrag zu reden, denn das Postabkommen mit der italienischen Post ist erst vor kurzer Zeit erneuert worden, was uns sehr gewundert hat. Ich glaube niemandem von uns in diesem Land ist es einmal passiert, dass er einem Bürger begegnet ist, der gesagt hat, super, dass ihr das Postabkommen gemacht habt, denn jetzt funktioniert die Postzustellung wirklich gut.

Wenn wir über die Postzustellung reden, dann fangen wir vielleicht hier im Landtag selbst an. Bei den vergangenen Landtagswahlen haben 13.000 Bürger (Daumen mal Pi) von der Briefwahl Gebrauch gemacht, 13.000 Stimmen (per Post) sind ausgezählt worden. Was schätzen Sie, wie viele Briefe nicht ausgezählt werden konnten? Fast 10.000! Das ist ein ganzes Mandat hier im Landtag, das verloren gegangen ist, weil die Schlaperei bei der italienischen Post dazu geführt hat, dass die italienischen Briefe nicht rechtzeitig den Empfängern zugestellt und wieder zurückgestellt werden konnten. Dafür zahlen wir auch noch in Südtirol. Das habt ihr eurem Landeshauptmann zu verdanken, der an diesem Postabkommen festhält. Das ist eine Sache, die die SVP intern klären muss, ob das dann gut ist oder schlecht.

Aber nur um vor Augen zu führen, die italienische Post ist ein Dienstleister für den wir ohnehin alle zahlen, jeder, der seinen Brief aufgibt, wird dafür zahlen müssen. Dafür, dass wir einen wirklich grottenschlechten Dienst in Südtirol bekommen, zahlen wir noch einmal obendrauf. Uns hat heute zum Beispiel eine Briefträgerin kontaktiert, die uns darauf aufmerksam gemacht hat, dass seit einiger Zeit die Arbeitszeiten bei der Post geändert worden sind, und sie jetzt 45 Minuten später anfangen zu arbeiten. Das klingt im ersten Moment

natürlich gut, ich schlafe morgens auch lieber ein bisschen länger als ein bisschen kürzer, das ist nicht das Thema. Nur, was hat das zur Folge? Das hat zur Folge, dass die Zeitungen nicht mehr rechtzeitig zugestellt werden können, dass dieser Dienst nicht mehr garantiert werden kann, so wie es vereinbart worden ist. Dann fragen wir uns doch, für was zahlen wir hier den Dienst?

Wir haben auch schon hier im Landtag öfters das Beispiel gebracht, dass es in Europa Regionen gibt, die seit der Liberalisierung der Post, die Postdienstleistungen an ein andere Unternehmen gegeben haben, weil es mit dem staatlichen Dienstleister nicht mehr funktioniert hat, weil es Probleme gegeben hat, weil die Postzustellung zu langsam war, weil es natürlich auch das Problem gibt, dass die Post sich nicht mehr auf ihr Kerngeschäft konzentriert, sondern lieber Bankgeschäfte und Paketzustellungen, usw. macht, und wir gerade in ländlichen Gebieten dann nicht mehr flächendeckend versorgt werden. Wir haben diesen Rückbau in den letzten Jahrzehnten bereits gesehen, während früher jedes Haus angeliefert wurde, wurden dann irgendwann einmal in entlegenen Gebieten diese roten Briefkästen irgendwo als Sammelstation aufgestellt, trotzdem zahlen wir, zahlen wir, zahlen wir. Das ist ein Zustand, den wir glauben, den wir nicht so automatisch hinnehmen müssen. Es ist auch die Frage zu stellen, ob nicht der Rechnungshof dieses Abkommen genau anschauen sollte, denn dass wir für ein Abkommen Steuergeld zahlen, wo die Dienstleistung eher schlechter als besser wird. Das ist, glaube ich, nicht im Sinne des Steuerzahlers. Deshalb dieser Antrag, wo wir sagen, denken wir einmal darüber nach, ob es nicht Sinn machen würden, das Geld das wir derzeit für einen schlechten Dienst der italienischen Post in den Rachen werfen, zu nutzen, um entweder eigenständig etwas aufzubauen, oder mit einem Postdienstleister, was sicherlich einfacher wären, weil es da schon die internationalen Postverträge gibt, dafür zu sorgen, dass vielleicht die Schweizer Post, die österreichische Post, die deutsche Post, wer auch immer, eine Dienstleistung in Südtirol übernimmt, damit die Post rechtzeitig in Südtirol zugestellt wird und damit die Dienstleistung auch in Zukunft noch garantiert wird. Damit es eben nicht passiert, wie es uns allen bei den Landtagswahlen passiert ist, dass die Bürger von einem demokratischen Recht Gebrauch machen wollen, eine Briefwahlstimme abgeben, diese Stimme aber nicht gezählt wird, weil die Beamten der italienischen Post nicht in der Lage waren, diese Post rechtzeitig zuzustellen.

KÖLLENSPERGER (Team K): Es ist bereits gesagt worden, es ist gerade erst die neue Konvention, das neue Abkommen mit der Post unterschrieben worden. Ein Abkommen, das in vielen Aspekten besser ist, als vorher, vor allem was die Zahlung der Zweisprachigkeitszulage anbelangt, die aber das eine Problem hat – und ich hatte auch im Vorfeld bereits darauf hingewiesen –, dass jetzt die Post die Arbeitszeiten, den Arbeitsbeginn einfach verschoben hat und damit ist eine pünktliche Auslieferung der Post nicht mehr garantiert, vor allem was die Zeitungen betrifft, bis 13.00 Uhr, das wird nicht mehr klappen. Damit haben wir wieder die ganzen Probleme. Diesmal hätten wir die eigentlich in der Konvention schon festhalten können, und nicht nur den Termin um 13.00 Uhr mit der Abgabe, sondern den Arbeitseintritt.

Es ist ein Irrglaube zu sagen, wir Südtiroler würden das alles besser machen. Wenn ich das Chaos sehe mit den Entwertungen in manchen Bussen, das Chaos bei manchen Ausschreibungen, wir brauchen 3 Jahren, um Wohnbauförderungsgesetze zu bearbeiten und Wohnbauförderungsanfragen zu bearbeiten, dann bin ich mir nicht mehr so sicher, dass wir auch wirklich in der Lage wären, ohne jede Vorerfahrung so einen komplexen Dienst einfach zu machen (den schmeißen wir jetzt besser wie die anderen seit 50 Jahren machen mit einer Riesenstruktur, die wohl gemerkt finanziell auch nur noch leben kann, weil sie eigentlich zu einem Finanzdienstleister geworden ist. Der ganze Rest ist ein Verlustgeschäft. Briefe werden immer weniger geschrieben. Und im Paketsektor steht man in direkter Konkurrenz zu STA (der der Post selber gehört) zu DHL, zu Amazon, dass wir in dem Sektor mithalten wollen, das schaffen wir nicht, das wollen wir aber auch nicht, das ist kein öffentlicher Dienst. Nur Briefe zu schicken, es geht nicht darum Briefe von Bozen nach Leifers zu schicken, sondern in die ganze Welt, das ist nicht banal. Und es ist ein Verlustgeschäft. Dann kommt die ganze Geschichte mit den Zeitungen dazu, die wir immer in unserem Abkommen drinnen haben, weil wir hier ein großes Unternehmen damit beglücken müssen. Zu berücksichtigen ist auch, die Post hat heute 850 Mitarbeiter, größtenteils Südtiroler, die haben Verträge mit Arbeitszeiten, die nicht dem Standard entsprechen, also alles hier das zu machen ist bei Gott nicht banal. Ich glaube, sagen zu können, wenn das in Südtiroler öffentlicher Hand wäre, zu den aktuellen Bedingungen, würden wir kein Personal finden. Die Kosten würden nochmals richtig hochgehen und das wäre im Vergleich doch um ein Vielfaches teurer als das, was wir heute für das Abkommen zahlen. Ich nehme an, ich weiß es nicht, ich kenne die Vorgeschichten nicht, aber ich glaube, dass bereits unter Luis Durnwalder jemand an das gedacht hat. Wenn es nicht gemacht worden ist, glaube ich, scheitert

es eben an der Komplexität und vor allem an den Kosten, die auf uns zukommen würden, um hier einen Dienst zu machen, der jährlich sicher Verluste schreiben würde. Ich würde es mir gut überlegen.

Was schon stimmt, man hätte das Abkommen ... zumindest das mit den Arbeitszeiten, das hätte nicht passieren sollen, dass hier wieder Schindluder getrieben wird.

OBERKOFER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sarò breve. Secondo me sarebbe innanzitutto importante controllare come vengono spesi i soldi che la Provincia dà a Poste Italiane e se l'accordo che è stato fatto tra Poste Italiane e la Provincia viene effettivamente rispettato. Qua bisogna anche poi trarre delle conseguenze se i punti di questo accordo non vengono attuati e non vengono rispettati.

Quindi prima di parlare di chi sia la competenza, o se tutto funzionasse meglio se la Posta venisse gestita a livello locale – non so se sarebbe così –, però innanzitutto bisognerebbe veramente controllare che dove vengono spesi dei soldi pubblici e dove viene fatto un accordo con Poste Italiane, che questo accordo venga rispettato e se non viene rispettato devono esserci delle conseguenze e quindi innanzitutto bisogna veramente controllare. Abbiamo anche fatto come Gruppo Verde un'interrogazione in questo senso, se i punti che sono stati fissati in questo accordo sono effettivamente stati rispettati e se non lo sono stati, devono esserci delle conseguenze certamente.

Presidenza del vicepresidente | Vorsitz des Vizepräsidenten: Angelo Gennaccaro

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il consigliere Ploner, ne ha facoltà.

PLONER Alex (Team K): Ich schlage in dieselbe Kerbe wie Kollege Oberkofler. Wir hatten auch schon 2019 angefragt, ich zitiere: "Hat die Südtiroler Landesregierung als Vertragspartner der Poste Italiane die Umsetzung des Abkommens, die mit 10 Millionen Steuergeld finanziert wird, kontrolliert und wie?" Die Antwort war damals: "Das Abkommen sieht vor, dass das Land eine Überwachungs- und Kontrollfunktion periodisch ausübt. Zudem wurde eigens eine Steuerungs-, Überwachungs- und Kontrollkommission eingesetzt, welche periodisch die erbrachten Dienstleistungen überwacht." 2019 haben wir dann auch angefragt: Wer sind die Kommissionsmitglieder von Seiten des Landes? Sie haben geantwortet: 3 von Seiten des Landes und 3 der Post. Sie haben auch gesagt, dass sie mehrfach in dieser Angelegenheit in Rom bereits interveniert haben.

Wenn wir jedes Jahr 10 Millionen Euro in diese Dienstleistung investieren – in der Wirtschaft ist es so – und wenn der Gegenwert nicht der ist, den man sich vorstellt als Vertragspartner, dann muss man irgendwann die Notbremse ziehen. Die Frage ist: Wann wollen Sie die Notbremse ziehen? Wie wollen Sie die Notbremse ziehen?

Damals 2017 haben Sie gesagt, die Rechnung wurde nicht ausbezahlt, die wurde dann später bezahlt. 2018 wurde die Rechnung erst gar nicht von den Poste Italiane gestellt, auch weil noch ein ziemliches Chaos geherrscht hat mit dem Verteilerzentrum in Bozen, wir erinnern uns. Wir bekommen auch von verschiedenster Seite immer wieder Rückmeldungen, dass auch kurzfristig Leute aus Italien aufgeholt werden, die können die Sprache nicht, werden in Seitentälern eingesetzt, können mit den Ortsnamen nichts anfangen, können mit den Adressen nichts anfangen, sind eine Belastung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (ihre Kolleginnen und Kollegen), weil sie zum Teil den Dienst übernehmen müssen, usw. Es hakt wirklich in diesem Dienst.

Ich bin wie Kollege Köllensperger nicht der Meinung, dass wir den Dienst selbst übernehmen sollten, wir haben es heute gehört, wir bekommen es nicht einmal hin, Toiletten sauber zu halten, geschweige denn einen neuen Postdienst aufzuziehen. Da bin ich auch eher bei der Methodik, dass man bei der Post die Dauerschraube ansetzen sollte und wirklich die Kontrollfunktion ausweiten sollte und am Ende des Tages auch Konsequenzen ziehen sollte, indem man einfach nicht bezahlt. Wenn eine Dienstleistung nicht funktioniert, werde ich am Ende doch nicht bezahlen.

In diesem Sinne die Frage, wie dieses Kontrollsystem funktioniert und wie dieses Kontrollgremium arbeitet, was Sie uns darüber berichten können.

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Arnold Schuler

PRÄSIDENT: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, also würde jetzt das Wort an die Landesregierung bzw. an den Landeshauptmann gehen, aber nachdem nur noch 2 Minuten fehlen bis 18.00 Uhr, werden wir morgen mit diesem Beschlussantrag weitermachen.

Ich möchte daran erinnern, dass wir morgen bereits um halb zehn mit der Sitzung des Landtages beginnen. Es sind zwei Referate vorgesehen zum Europatag, auch die Möglichkeit Fragen zu stellen. Wir werden das Ganze maximal auf eine Stunde begrenzen, sodass wir dann mit der "normalen" Tagesordnung fortfahren werden.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass das Protokoll der Sitzung Nr. 15 vom 7.5.2024 gemäß Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt, da keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.58 Uhr

Sono intervenuti/e i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:
Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:

ALFREIDER (11, 65, 67)
AMHOF (19)
ATZ TAMMERLE (14, 21)
COLLI (1, 9, 29, 52)
DEEG (28)
FOPPA (1, 9, 38, 43, 50, 51, 72, 77)
HOLZEISEN (73)
KNOLL (2, 10, 18, 22, 37, 49, 64, 74, 78)
KÖLLENSPERGER (36, 47, 51, 52, 55, 75, 79)
KOMPATSCHER (39, 42, 58, 76)
LEITER REBER (27, 38, 50, 56, 65, 70, 76)
LOCHER (51)
MAIR (29)
OBERKOFER (18, 19, 31, 56, 64, 67, 75, 78, 80)
PAMER (3)
PLONER Alex (8, 53, 80)
PLONER Franz (2, 27)
RABENSTEINER (37)
REPETTO (5, 6, 17, 28, 63, 72)
RIEDER (3, 16, 25, 31, 32)
ROHRER (62, 67)
STAUDER (6, 11, 63)
WALCHER (53)
WIDMANN (35, 41, 42, 43, 52, 57)
WIRTH ANDERLAN (10, 17, 37)
ZIMMERHOFER (8, 12, 29, 36, 73)